Montag, 24. September 1984 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 224 - 39. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 140,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Geistiger Notstand: Durch das Eindringen evangeliumswidriger Ideologien wie *Neomarxismus* oder „Theologien der Befreiung" erlebt die Evangelische Kirche nach Auffassung des Theologen Beyerhaus einen gefährlicheren geistigen Notstand als zur Zeit des Dritten Reiches. (S. 5)

Trendwende: In der „DDR" gibt es starken Andrang auf kirchliche Ausbildungsplätze. Jeder zweite Bewerber konnte nicht angenommen werden. Von einem „Pfarrerboom" kann jedoch nicht die Rede sein – auf die Studierenden warten ungewöhnlich viele unbesetzte Pfarrstellen.

Flucht: Drei Polen ist in einem Container mit Textilien die Flucht nach Österreich gelungen. Der Container war in Bromberg für den Export verplombt worden. Die Flüchtlinge baten um politisches Asyl.

Landwirte: Weitere Hilfen für die Landwirtschaft über das bereits beschlossene 20-Milliarden-Mark-Programm hinaus fordert CSU-Chef Strauß. Ernährungsminister Kiechle dagegen mahnt zu Geduld. (S. 5)

Südlibanon: Israel ist offensichtlich zu einem Übereinkommen mit Syrien bereit, um Vereinbarungen über den Abzug der Truppen aus Südlibanon zu erzielen. Außenminister Shamir schließt nicht aus, daß die USA eine Vermittlerrolle übernehmen könnten. Darüber dürfte es Gespräche mit Außenminister Shultz geben.

Hongkong: Der britisch-chinesische Vertragsentwurf über die Zukunft von Hongkong soll am Mittwoch paraphiert werden. Das Abkommen sieht die Übergabe unter chinesische Oberhoheit in 1997 vor; über weitere 50 Jahre hinweg soll aber der bisherige Status erhalten bleiben.

Südsudan: Der sudanesische Präsident Numeiri will darauf verzichten, den Süden des Landes in drei Regionen aufzuteilen. Er beugt sich damit dem Druck Aufständischer, die in der Neugliederung den Versuch sahen, die Macht des moslemischen Nordens weiter zu festigen.

Heute: Reagan vor der UNO. – Bundeskanzler Kohl nach Dänemark.

Wer ist die Älteste im ganzen Land?

Seit 1950, als Kempten im Allgäu sein 2000jähriges Bestehen feierte, ist ein Wettbewerb um das Adelsprädikat „älteste Stadt" entbrannt. In diesem Jahr meldete Trier Anspruch auf den Titel an. Doch das Guinness-Buch der Rekorde hat sich auf Worms festgelegt. Im Rennen um das urbane Gütesiegel sind auch Köln, Mainz, Neuss, Augsburg und Bonn. (S. 4)

WIRTSCHAFT

Außenhandel: Ein vom US-Senat verabschiedetes Handelsgesetz räumt dem Präsidenten die Vollmacht ein, gegen alle Länder vorzugehen, die das Prinzip der Gegenseitigkeit nicht akzeptieren. Es erlaubt den US-Firmen Importbeschwerden, wenn sie keinen gleichwertigen Zugang im Ausland erhalten. (S. 11)

Zinsen: In den USA sind nach Ansicht von Bundesfinanzminister Stoltenberg „leichte Zinssenkungstendenzen" erkennbar. Als Signal dafür wertet er die Senkung der Prime rate durch Großbanken. Bonn würde es begrüßen, wenn Washington diesen Trend offiziell unterstützte.

Führungskräfte: Die Wirtschaftsjunioren, denen rund 7400 junge Unternehmer und Führungskräfte angehören, haben künftig eine Chefin. Sie wählten die 35jährige Prokuristin Angelika Pohlenz zur Vorsitzenden.

KULTUR

„Zigeunerkonzert": Bei den Berliner Festwochen präsentierte die Filharmonica Pomorska (Bromberg) die jüngste Komposition der 85jährigen Grete von Zierwitz – Auschwitz als Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Zigeuner. (S. 17)

Krebsrisiken: Einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Ernährung und Krebsentstehung sieht Professor Preussmann vom Deutschen Krebsforschungs-Zentrum nicht. Er empfielt jedoch abwechslungsreiche Ernährung, um „Risiken" zu streuen.

ZITAT DES TAGES



»Ich habe den Eindruck, daß die Partei aus einer Reihe von taktischen Gründen und auch aus Gründen, die in Fehlern der Vergangenheit liegen, zur Zeit des NATO-Doppelbeschlusses den Grundwert der Freiheit nicht wichtig genommen hatte«

Die aus der SPD-Grundwertekommission abberufene Politologin Gesine Schwan
FOTO: DIE WELT

SPORT

Fußball: Der VfB Stuttgart hat im Kampf, den Titel zu verteidigen, bereits resigniert. Nationalspieler Karl-Heinz Förster: „Machen wir uns nichts vor, wir müssen uns neue Ziele setzen." (S. 14)

Motorsport: Formel-1-Fahrer Bellof wurde neuer deutscher Meister in der Rennsportklasse. Auf dem Nürburgring gewann er den letzten Lauf der Meisterschaft, den ADAC-Supersprint. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Kunstfehler: Der ehemalige Chef einer orthopädischen Klinik in Hamburg-Barmbek steht unter dem Vorwurf, über 100 Kunstfehler begangen zu haben. Eine amtliche Untersuchung brachte kaum Klarheit. Patienten fordern Schadenersatz. (S. 18)

Herzinfarkt: Die 95 Passagiere einer Linienmaschine der Egypt Air entgingen nur knapp dem Tod, als der Pilot beim Landeanflug auf Luxor einen Herzinfarkt erlitt. Die Maschine setzte noch sicher auf, bevor er tot im Cockpit zusammenbrach.

Wetter: Wechselnd bewölkt, Schauer. Um 12 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



Hand in Hand auf dem Douaumont

Wes Hand die des anderen suchte, verrät das unbestechliche Auge der Kamera. Es war der Ältere, der die europäischen Bruderkriege noch am eigenen Leib erlebt hatte, François Mitterrand war es, der die Geste wollte – eine Geste von beeindruckender Symbolkraft, die den 22. September 1984 auf dem Douaumont in die geschichtliche Dimension hob: Der deutsche Kanzler und der französische Präsident Hand in Hand vor dem Opfer der Toten beider Völker. „Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden", sagt der Text der gemeinsamen Erklärung von Verdun.

FOTO: SVEN SIMON

Seite 3: *Verdun – die Gegenwart läßt die Erinnerung verblassen; Der helle Tag von Douaumont*

Thema „DDR": Jenninger stellt Aussagen von Windelen klar

Es geht um die „Respektierung" einer separaten Staatsbürgerschaft

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Das Interview des Bundesministers für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), in dem eine Bereitschaft zu Gesprächen mit Ost-Berlin über den umstrittenen Punkt der Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft signalisiert wurde, hat das Bundeskanzleramt gestern umgehend zu Klarstellungen veranlaßt. Mit einem entschiedenen „Nein" beantwortete Staatsminister Philipp Jenninger Fragen nach einer eventuellen Veränderung des bisherigen Bonner Standpunktes. Bundeskanzler Kohl hatte am 10. September vor der CDU/CSU-Fraktion in Berlin erklärt: „Wir bekennen uns zu den Prinzipien, und es ist kein Firlefanz, wenn wir von einer deutschen Staatsbürgerschaft sprechen." Er hatte damit klargemacht, daß es entsprechend dem Grundgesetz hier keine Zugeständnisse an die andere Seite geben könne.

Minister Windelen befürwortete es im „Spiegel", über die sogenannten Geraer Forderungen Erich Honeckers zu sprechen. „*Herr Honecker hat* 1980 in seiner Geraer Rede gefordert, daß die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt werden müsse. Inzwischen verwendet er den Begriff der Respektierung. *Wenn klar würde, was darunter* verstanden würde, sähe ich durchaus eine Möglichkeit, hier zu einem Konsens zu kommen. Die DDR weiß, daß wir keinen ihrer Besucher für unsere Staatsbürgerschaft in Anspruch nehmen. Hier gilt es Klarheit zu schaffen". Und nach Hinweisen, daß vereinzelt Bundeswehreinberufungsbescheide an in der Bundesrepublik lebende frühere „DDR"-Bewohner verschickt worden seien, sagte der Minister: „Wir sind bereit – wenn dies der Sache dient –, unsere Position noch weiter zu präzisieren, damit es kein Mißverständnis gibt. Wir nehmen keinen Bürger der DDR für unseren Staatsbürgerbegriff in Anspruch". Er meldete aber Bedenken dagegen an, diese Frage etwa in einem gemeinsamen Kommuniqué mit Kohl und Honecker festzuhalten. Vielmehr könne dies „sehr wohl durch einseitige Erklärungen" festgestellt werden.

Staatsminister Jenninger bemühte sich dem Eindruck entgegenzuwirken, daß hier eine Veränderung der Bonner Position eingetreten sei. „DDR"-Bewohner, die auf einer eigenen Staatsbürgerschaft bestünden, würden heute schon respektiert, sagte er der *„Bild-Zeitung"*. Ost-Berlin wolle aber mehr: „Den Deutschen drüben soll das Recht genommen werden, jederzeit aus eigenen Willen einen Paß der Bundesrepublik zu bekommen *und damit Bundesdeutsche* zu werden. Wenn wir darauf eingehen, dann müßten wir zum Beispiel Flüchtlingen in unserer Ständigen Vertretung oder in der Bonner Botschaft in Prag vor die Tür setzen. Darüber können wir natürlich nicht mit uns reden lassen. Das verbietet das Grundgesetz".

In dem „Spiegel"-Interview ging Minister Windelen auch auf die „DDR"-Forderung nach Auflösung der zentralen Erfassungstelle für an der innerdeutschen Grenze begangene Gewaltverbrechen ein. Wenn die „DDR" mit dem Abbau der Todesautomaten fortfahre und den Schießbefehl zurücknehmen würde, „dann würde natürlich die Notwendigkeit einer solchen Stelle sehr abgeschwächt werden". Windelen: „Dann würde es sicher sehr viel leichter fallen, über die Einstellung dieser Stelle zu reden".

Und zu einem weiteren Streitpunkt, dem Verlauf der Elbgrenze, bemerkte der CDU-Politiker: Hier gebe es de facto bereits einen Modus vivendi. Es bestünden keine Bedenken, eine solche Regelung auch zu formalisieren, wenn der Wille der Alliierten über den Grenzverlauf begründet werden könnte. Es sei jedoch zu befürchten, daß sich kein Konsens mit der „DDR" finden lassen werde.

Eine Bonn-Reise Erich Honeckers wird nach Windelens Darstellung keine *Statusprobleme aufwerfen*. Solche Probleme könnten aber entstehen, wenn daraus abgeleitet würde, daß ein möglicher Gegenbesuch in Ost-Berlin stattfinden müsse.

Reagan bietet Moskau neue Verhandlungen an

DW. **Washington**

US-Präsident Ronald Reagan wird heute vor den Vereinten Nationen einen neuen Versuch machen, Moskau zur Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zu bewegen. Er wolle seine Bereitschaft signalisieren, einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen mit einer umgehenden Fortsetzung der Rüstungskontrollgespräche entgegenzutreten, hieß es in Washington. Reagan prüfe die Möglichkeit eines Gipfeltreffens mit Tschernenko sowie eine Reihe von Vorschlägen, die er bei einer Rückkehr der Sowjets an den Verhandlungstisch vorlegen will. Er sei jedoch nicht bereit, das NATO-Nachrüstungsprogramm zu verlangsamen.

Seite 10: Reagan kommt entgegen

Affäre um „gefundene" Steuerakten

xhk, **Stuttgart**

Ein mysteriöser Datenschutz-Skandal beschäftigt seit dem Wochenende Baden-Württemberg: Das Hamburger Magazin „Stern" ist in den Besitz von 10 000 Steuerakten gekommen. Darunter befinden sich Computerlisten mit Angaben über Höhe der Einkommen, Bausparverträge, Anschriften und Kinderzahl von 10 000 Stuttgartern. Unter den Opfern dieses Vorfalls: Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU). Der „Stern" behauptet, die Akten seien in einem „jedermann zugänglichen Müllcontainer" neben dem Stuttgarter Finanzamt II gefunden worden. Die Finanzbehörden und die Datenschutzbeauftragten haben Untersuchungen eingeleitet.

Hodscha an Schüttellähmung erkrankt?

AP, **London**

Der albanische Parteichef Enver Hodscha soll, wie die Londoner Zeitung „Sunday Times" erfahren haben will, an der Parkinsonschen Krankheit (Schüttellähmung) leiden. Die Krankheit verschlimmere sich schnell, wogegen die französischen Ärzte des Politikers einen aussichtslosen Kampf führten. Enver Hodscha habe, als er am 1. Mai zum letzten Mal in der Öffentlichkeit aufgetreten sei, „zerbrechlich und schwach" ausgesehen. Hodscha, seit 1954 Parteichef, wird am 16. Oktober 76 Jahre alt. Der einstige Lehrer gründete 1941 die KP seines Landes. Die „Sunday Times" sagt voraus, daß der jetzt 60jährige Ministerpräsident Ramiz Alia Nachfolger Hodschas werde.

Kabul gibt Schwierigkeiten zu

Karmal erklärt die „militärische Frage" zur Hauptsache / Angriffe auch gegen Bonn

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Die Führung der in Kabul herrschenden Kommunistischen Partei unter Babrak Karmal hat „dringende Maßnahmen" gegen den afghanischen Widerstand gefordert. Die innere Lage sei kompliziert und gespannt, zitierten die sowjetischen Medien gestern Karmal. Das Schicksal der „Revolution" des Landes hänge entscheidend von engeren Beziehungen zwischen Partei und Bevölkerung ab, die Grundlage des Regimes müsse verbreitert werden. Auch den Zustand seiner Partei fand Karmal höchst unbefriedigend.

Diese ungewöhnlich offenen Eingeständnisse verband der afghanische Staats- und Parteichef mit Vorwürfen an die Adresse der USA, mehrerer westeuropäischer Länder einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, des Nachbarn Pakistan und des „hegemonistischen China". Diese Staaten, so Karmal, schürten die „Konterrevolution" Afghanistans. Angesichts des andauernden Widerstandes erklärte er die „militärische Frage" zur Hauptsache. Als Sofortmaßnahmen bezeichnete er die Sicherung der Grenzen zu Pakistan und Iran.

Um das Regime in Kabul zu unterstützen, hat Moskau sein propagandistisches Sperrfeuer gegen Pakistan in jüngster Zeit verschärft. Außenminister Gromyko warf Pakistan offen Einmischung vor und drohte mit Konsequenzen für die sowjetisch-pakistanischen Beziehungen. Wortführer der sowjetischen Medien bei den Attacken gegen Pakistan ist der „Rote Stern", das Blatt des Verteidigungsministeriums. Der „Rote Stern" stellte jetzt sogar die Behauptung auf, Angehörige des pakistanischen Geheimdienstes und der Armee beteiligten sich an militärischen Operationen auf afghanischem Gebiet.

In Korrespondentenberichten Moskauer Zeitungen wird dem sowjetischen Leser überdies gesagt, daß der „ehrenvolle Dienst im begrenzten Kontingent der sowjetischen Streitkräfte im afghanischen Bruderland" hart und gefahrvoll sei. Die Beteiligung sowjetischer Einheiten an den Kämpfen und deren Ausmaß wird aber verschwiegen.

DER KOMMENTAR

Geraer Geraune

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Unverhofft mischt sich der innerdeutsche Minister Windelen in die Rotte derer, die nach dem Scheitern des Honeckers-Besuches nichts Eiligeres zu tun haben, als den SED-Generalsekretär mit dessen eigenen Geraer Forderungen zu ködern. Windelen wirft sich in die Pose eines deutschlandpolitischen Pragmatikers und erweckt den Eindruck, als wolle die Bundesregierung mit sich über die „DDR"-Staatsbürgerschaft verhandeln lassen. Das ist zumindest ein neuer Zungenschlag.

Der Minister befand sich in keinerlei Not, sich jetzt mit einem Interview so weit zum Fenster hinauszuhängen. Ohnehin wird in unserer medialen Gesellschaft das Inhaltliche weniger zur Kenntnis genommen als das Bildhafte, und das nimmt sich so aus: Der innerdeutsche Minister ist um eine Nasenlänge am Kanzleramts-Staatsminister Jenninger vorbeigezogen, er hält jetzt eine Position fünf Nasenlängen vor Bundeskanzler Kohl; dennoch trabt er drei Pferdelängen hinter SPD-Vordenker Bahr daher.

Um auf das Inhaltliche einzugehen: Windelen redet natürlich nicht von einer Anerkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft, sondern weist darauf hin, daß Honecker seinerseits von „Respektierung" gesprochen habe; nun müsse man klären, was er damit meine. Zu klären gibt es da nicht viel. Honecker spricht nicht von der schon geübten „Respektierung" in dem Sinn, daß keinem Landsmann aus Mitteldeutschland der Staatsbürgerschaftsbegriff unseres Grundgesetzes aufgedrängt wird; er meint, die Behörden der Bundesrepublik hätten die „DDR"-Staatsbürgerschaft auch dann zu „respektieren", wenn ein Mitteldeutscher zu uns kommt und die eine, die ungeteilte deutsche Staatsbürgerschaft so in Anspruch nimmt, wie sie ihm das Grundgesetz zuerkennt. Honecker wird sich nur mit einer „Respektierung" zufrieden geben, die es ihm erlaubt, gegenüber Dritten zu behaupten, mit der separaten Staatsbürgerschaft habe Bonn zugleich die „DDR" völkerrechtlich als Staat anerkannt.

Auf daß keine Grauzone aufkomme, sei an das erinnert, wozu das Bundesverfassungsgericht alle Verfassungsorgane verpflichtet hat: Die „deutsche Staatsangehörigkeit" des Grundgesetzes gilt nicht nur für die Bürger der Bundesrepublik; jeder Deutsche – also auch einer aus Mitteldeutschland – hat, wann immer er in den *staatlichen* Schutzbereich der Bundesrepublik Deutschland gelangt, einen Anspruch auf den vollen Schutz der Gerichte und aller Garantien der im Grundgesetz verbürgten Grundrechte.

Konfrontation im IWF konnte vermieden werden

Schuldenlast: Industrieländer sind zum Dialog bereit

C. DERTINGER, **Washington**

Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) hat die in den wichtigsten Gremien des IWF erzielten Ergebnisse positiv bewertet. Sie seien vom Geist der Kooperation zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern geprägt. Eine verschiedentlich befürchtete Konfrontation über das Vorgehen bei der Lösung der internationalen Schuldenkrise ist vor der heute in Washington beginnenden Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vermieden worden.

Die Industrieländer haben ihre Bereitschaft zu einem vertieften Dialog mit den Entwicklungsländern bekräftigt. Als wichtige politische Weichenstellung wertet Bundesfinanzminister Stoltenberg in diesem Zusammenhang den von seinem US-Kollegen Donald Regan unter Bezugnahme auf die Londoner Gipfelabsprachen gemachten Vorschlag, die finanz- und wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen, vor allem auch die der internationalen Verschuldung im Rahmen des IWF und der Weltbank im kommenden Frühjahr während der Sitzung des Interimsausschusses des IWF in Washington zu behandeln. Den wichtigsten Industrieländern, besonders den USA und der Bundesrepublik, ging es vor allem darum zu verhindern, daß dieser Dialog in eine besondere Schuldenkonferenz umgemünzt wird, die zum Tribunal für die Industrieländer wird und die womöglich unrealistische Erwartungen der Entwicklungsländer wecken würde. Nachdrücklich hat sich das politische Lenkungsorgan des IWF, der Interimsausschuß, gegen globale Lösungsversuche der internationalen Verschuldungskrise ausgesprochen und seine bisherige Auffassung bekräftigt, daß Probleme von Fall zu Fall gelöst werden sollen. Dennoch wollte Stoltenberg nicht ausschließen, daß auf dieser Konferenz im April 85 auch neue Konzepte von den Entwicklungsländern vorgelegt werden, die nicht in die bewährte Strategie des Fonds passen.

In den konkreten Fragen der weiteren Ausleihpolitik des IWF einigten sich die Finanzminister und Notenbankchefs im Interimsausschuß auf eine sehr maßvolle Reduzierung der 1980 geschaffenen zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten für Entwicklungs- und Schwellenländer beim Fonds. Zu diesem Kompromiß zwischen der harten Haltung der USA und den weitgehenden Forderungen der Entwicklungsländer hat Stoltenberg, wie er sagte, mit seinen schwierigen Vermittlungsbemühungen entscheidend beigetragen. Den Schuldnerländern stehen zunächst bis Ende 1986 befristet weiterhin ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten beim IWF über den sogenannten Erweiterten Zugang zur Verfügung.

Den größten Raum in den Diskussionen nahm die Situation des Dollars ein. Bundesbankpräsident Pöhl verteidigte gestern vor der Presse die massiven Interventionen am Freitag als notwendigen Schritt, Übersteigerungen des Dollarkurses zu verhindern.

Seite 3: Der starke Dollar
Seite 11: Kompromiß

Der Bischof von Durham erzürnt Frau Thatcher

Auseinandersetzung um Sympathieerklärung für Streikende

FRITZ WIRTH, **London**

Der britische Bergarbeiterstreik, der schärfste und längste Ausstand der Nachkriegszeit, hat einen erstaunlichen Konflikt zwischen der Regierung Thatcher und der anglikanischen Staatskirche ausgelöst. David Jenkins, der neue Bischof von Durham, nutzte die Inthronisierung in seiner *Diözese zu einer direkten* Intervention in den Streik und forderte die Ablösung des Präsidenten der britischen Kohlebehörde, Ian MacGregor, den er „einen importierten älteren Amerikaner" nannte. Zugleich erklärte er, daß die streikenden Bergleute diesen Arbeitskampf nicht verlieren dürften.

Premierministerin Margaret Thatcher ist über diese Äußerungen zutiefst verärgert. Sie ist besonders erzürnt über die Tatsache, daß der Bischof mit keinem Wort die von Bergarbeiterführer Scargill inszenierte Welle der Gewalt verurteilte. Energieminister Peter Walker attackierte den Bischof scharf und legte ihm nahe, daß er seine Predigten „auf Fakten und nicht auf Fiktionen" aufbauen sollte. Der konservative Partei-Präsident John Cummer, ein Mitglied der Generalsynode der anglikanischen Kirche, warf dem Bischof vor, daß er mit seiner Predigt eine Spaltung in der Kirche herbeigeführt habe. Und der konservative Abgeordnete Beaumont-Dark nannte den Oberhirten ein „wandelndes klerikales Desaster".

Bischof Jenkins wiederholte mit seinem Verlangen nach der Entlassung MacGregors praktisch die Forderung, die der liberale Parteichef David Steel kurz zuvor auf dem Parteitag der Liberalen in Bournemouth erhoben hatte. Der Erzbischof von Canterbury lehnte eine Distanzierung ab.

Der neue Bischof von Durham hatte vor Wochen mit der Erklärung, daß es keine historischen Anhaltspunkte für die jungfräuliche Geburt und die leibliche Auferstehung Christi gebe, Aufsehen erregt. Einige Gläubige nannten ihn bei seiner Bischofsweihe im Münster von York, das 48 Stunden später in *Flammen aufging*, einen „Gotteslästerer".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Bild von Douaumont

Von Herbert Kremp

Das Bild hat symbolischen Rang und politische Bedeutung. Als Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl vor dem monströsen Beinhaus von Douaumont einander an der Hand hielten, dachte man zuerst an eine Geste des Erschauerns. Dem Massengrab entströmt die Kälte des Unbegreifbaren. Erstarrtes Entsetzen. Für die Franzosen ist das Wahrzeichen der Verdun-Schlacht jedoch ebenso ein Sinnbild der heldenhaften Verteidigung des Vaterlandes – gemäß der Raison der Republik sogar in erster Linie. Die Geste Mitterrands galt also der Gegenwart und Zukunft: Der Präsident läßt keinen Zweifel an dem Vorzug, den er seinem östlichen Nachbarn einräumt.

Die feste Entschlossenheit, mit der er dem jüngeren Bundeskanzler vor den Toten, den angetretenen Soldaten beider Armeen, vor den Regimentsfahnen der Veteranen und dem regendurchnäßten Publikum die Hand bot, hatte auch einen tagesaktuellen Bezug. Mitterrand wollte auf dem Boden von Verdun, der blutdurchtränkt und doch historisch bedeutungsvoller ist als eine Schlacht, seinen Verbündeten vor dem unverantwortlichen Versuch der Sowjets in Schutz nehmen, die Deutschen mit dem neu verflüssigten Teer des Revanchismus zu übergießen. Das werden wir uns merken. Die Szene vor dem Katafalk von Douaumont, das nun um die Welt geht, ist eine Demonstration gegen die unbegrenzte Unzumutung, ein Zeichen der Wahrheit und der politischen Kameradschaft.

In der Begleitung des Kanzlers befand sich auch Georg Leber, der frühere Verteidigungsminister. Er war der einzige prominente Sozialdemokrat, der bei der Demonstration von Verdun zu sehen war. Lag es am Protokoll, an der Einladungsliste – oder lag es am Desinteresse der Opposition? Wollte die SPD eine Szene meiden, die in der direkten Folge der westorientierten Politik Konrad Adenauers steht? Das wäre bedauerlich. Denn es wäre ein Zeichen dafür, daß die Sozialdemokraten sich immer weiter aus der Mitte einer Politik entfernen, die in Verdun augenfällig wurde.

Nichts sagender Kandidat

Von Dankwart Guratzsch

Mit dem gefrorenen Lächeln eines Eiskünstlers trat Volker Hauff am Wochenende zum Kürlauf vor dem Frankfurter SPD-Unterbezirk an, der ihn mit überwältigender Mehrheit zum Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl am 10. März 1985 und damit zum Herausforderer des CDU-Oberbürgermeisters Walter Wallmann nominiert hat. Vier Monate hatte Hauff, wie dabei herauskam, gegen heftige innere Zweifel, Familienprobleme und Karrierevorstellungen anzukämpfen, bis er sich dem Wunsch der Parteispitzen in Bonn und Frankfurt beugte.

Daß die SPD Spitzenpolitiker in die Ballungszentren entsendet, zeugt von ihrer Einsicht, wie wichtig für sie die Rückeroberung des Terrains dort ist, wo sie es zuerst, lange vor Bonn, verloren hat. Haben diese „Macher", wie Apel in Berlin und jetzt Hauff in Frankfurt, aber wirklich genug Einsicht gewonnen, um den Alt-Genossen Trend noch einmal für ihre Partei zu mobilisieren?

Hans Apels Ausrutscher auf dem Berliner Eis sind inzwischen fast sprichwörtlich geworden. Auch Hauff ließ gleich bei seinem ersten Auftritt Schwächen erkennen. Den Frankfurter Genossen mochte er offenbar keine klare programmatische Perspektive geben. In kitzligen Punkten wie in Sachen Stadtautobahnbau vermied der „rechte Technokrat", wie ihn die Frankfurter Grünen nennen, jede Festlegung. Der Keim zu neuen Streitigkeiten zwischen ihm und der Frankfurter SPD, die auf ein grünes Bündnis fixiert ist und gegen die er einst die Startbahn West durchboxte, scheint also gelegt.

Andererseits aber macht er den Eindruck, sich mit dem neuen Selbstverständnis der Frankfurter anlegen zu wollen, die ihre oft beschimpfte Stadt unter Wallmann mit Stolz zu einer Kulturmetropole und „liebenswerten Stadt" aufrücken sahen. Hauff will keine Wiedererweckung der Historie mehr, keine Stadtverschönerung, kein Wort von Kultur, keine Bundesgartenschau. Dafür will er der Öffnung Frankfurts für einen neuen Ausländerzustrom, wie ihn Börner gegen Wallmann durchzusetzen sucht, nicht entgegentreten. Keine allzu günstigen Vorgaben für den Versuch, das zu werden, was Wallmann heute unangefochten ist: Oberbürgermeister aller Frankfurter.

Griechisch-byzantinisch

Von Evangelos Antonaros

Als Papandreou vor gut einer Woche in Athen zirkulierende Gerüchte über eine vorgezogene Parlamentswahl dementierte, sah es danach aus, als ob die Spekulationen über die politischen Entwicklungen in Griechenland zumindest für die kommenden Monate zu Ende seien. Es ist anders gekommen: Die am Wochenende erfolgte kleine Regierungsumbildung hat aufs neue bestätigt, daß Papandreou mit seinen Gedanken bereits bei der nächsten Wahlschlacht ist.

In erster Linie hat das Revirement zwar nur kosmetische Bedeutung. Der Austausch von ein paar Ministern soll den Eindruck vermitteln, daß Papandreou um mehr Effizienz bemüht ist. Zudem muß die Berufung von zwei unbekannten Politikern aus der Insel Kreta, die bereits mit vier Regierungsangehörigen im Kabinett überproportional vertreten ist, als ein Versuch betrachtet werden, die Ausstrahlung des ebenfalls aus Kreta stammenden neuen Oppositionsführers Mitsotakis zu neutralisieren. Kreta ist bislang eine Hochburg der Sozialisten.

Dennoch gab es eine wichtige Änderung: die Ernennung des bisherigen Ressortchefs für öffentliche Arbeiten Akis Tsochatzopoulos zum Minister beim Ministerpräsidenten. Dieses Amt ist neu und einflußreich, zumal der Inhaber laut Dekret im Auftrag des Premiers die Arbeit von verschiedenen Ministerien koordinieren soll.

Der im Ausland wenig bekannte Tsochatzopoulos gilt seit einiger Zeit in Griechenland als Papandreous heimlicher Kronprinz. Er ist der Exponent des linken Parteiflügels und hat, wie es heißt, die Basisorganisationen fest im Griff. Möglicherweise will Papandreou prüfen, ob sein Kronprinz imstande ist, das Amt des Ministerpräsidenten auszuüben, für den Fall, daß er selber griechisches Staatsoberhaupt werden wollte.

Allerdings macht auch eine andere Version die Runde: daß Papandreou den ehrgeizigen Emporkömmling Tsochatzopoulos aufgewertet hat, um im Stillen seine Entmachtung zu betreiben, weil der Kronprinz zu stark geworden sei. Am Mittelmeer, insbesondere im sozialistischen Griechenland, sind solche byzantischen Machenschaften gang und gäbe.



West-Ost-Axen KLAUS BÖHLE

Die Manager im Herbst

Von Peter Gillies

Keine Regierung – jedenfalls keine demokratisch gewählte – verfügt über eine blindergebene Claque, die ihr stets und überall eilfertig applaudiert. Weder erwies sich eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung als das Wunschbild der Gewerkschaften, noch lebt die Wirtschaft heute mit den Bürgerlich-Liberalen in sanfter Harmonie. Aber die anschwellende Kritik aus den großen Unternehmen und Verbänden sowie aus prominentem Managermund an der Regierung Kohl läßt dennoch aufhorchen.

Hierbei soll nicht von jenen die Rede sein, die sich von ihrer „Wende"-Euphorie aus der Kurve der Realität haben tragen lassen. Der flapsige Vorwurf, auch dem imponierendsten Startschuß müsse irgendwann das Rennen folgen, ist nicht realitätsnah. Dennoch, von eitlen Verbandsvorsitzenden, die durch Reibung an der Regierung in die Schlagzeilen gelangen wollen, einmal abgesehen – es warnet, es mäkelt, es nörgelt, es zischt.

Die Kritik hängt sich an zwei Motiven auf: an der Form des Regierungsstils – was mehr als eine Formalie ist! – und den ordnungspolitischen Vorgaben. Ein Manager vermag die Pannen, die das Sommerloch bis zum Rande füllten, nicht zu billigen. Quatschereien sind ihm verhaßt. Er kennt die Gefahr, die einem Betrieb aus Widersprüchlichkeit, Desorganisation oder Handlungsschwäche erwachsen. Andererseits ist vor Übertreibungen dieser Vorwürfe zu warnen, wenn man sieht, wie schwerfällig und oft bürokratisch Großunternehmen manchmal reagieren, zumal wenn sie mitbestimmt sind (in anderem Sinne ist auch eine Koalitionsregierung mitbestimmt, wobei es freilich hier wie dort auf das überzeugend-kraftvolle Votum des Vorsitzenden ankommt).

Ernster zu nehmen ist da schon der Vorwurf, der Regierung mangele es an klaren Zielvorgaben für die Wirtschaft, an Wegweisungen, wie man die ökonomischen Kräfte entfesselt. Eine Fülle von Themen tendiert zur Verwirrung statt zur Verstetigung und zur Vertrauensbildung. Die Zaghaftigkeit und Resignation beim Subventionsabbau, der wieder auflebende Streit um die Steuerreform innerhalb des Koalitionslagers oder die sich neuerdings großer Beliebtheit erfreuende Verteilungsdiskussion säen Zweifel in die Verläßlichkeit der Finanzpolitik. Hinzu treten manche Widersprüchlichkeiten in der konjunkturellen Lagebeurteilung. Bisher ist es auch nicht gelungen, Herrn und Frau Jedermann die Voraussetzungen und Chancen zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung oder die „Versöhnung" zwischen Ökonomie und Ökologie auf der Basis der Marktwirtschaft begreiflich zu machen. Die Spreu vom Weizen zu trennen und hernach die Spreu zu verteilen, ist jedoch töricht.

Im Organismus der deutschen Volkswirtschaft schlummern riesige Reserven. Die Vision jedoch, man könne soziale Wohltaten aus etwas anderem als aus der Arbeit und der Leistung finanzieren, ist gefährlich, weil ein Staatswesen dann vom Wege abkommt. Es wird dann vielleicht mehr Wohlstand finanzieren, aber weniger Wohlstand erreichen. Die Aufblähung der öffentlichen Apparate muß angestochen werden. Jedermann muß erkennen, daß mehr Sicherheit, mehr Wohlstand, Urlaub und Konsum nur möglich sind, wenn das Risiko, dies alles zu verdienen, belohnt und nicht bestraft wird. Daß die Schattenwirtschaft bereits Größenordnungen erreicht hat, die dem Ausfall durch die Erwerbslosigkeit entsprechen, erfordert tiefsinnigere Reaktionen als die Androhung von Strafen. Zu selten erwähnt wird auch, daß die Arbeit nicht von der Zeit, sondern von den Kosten geprägt ist. Da noch nie in der Wirtschaftsgeschichte Prosperität ohne gute Unternehmensgewinne erreicht wurde, noch nie Vollbeschäftigung ohne Wachstum und noch nie soziale Sicherheit ohne Investition und Innovation, wünschte sich die Wirtschaft eine kraftvollere Anwendung dieser Grundsätze – und zwar in der täglichen Politik zwischen Agrarsubvention und Babyjahr, Extrakindergeld für Häuslebauer und Mutterschaftsprämie.


Regieren, so wie er konsolidiert: Stoltenberg FOTO: JUPP DARCHINGER

In den Augen der Bosse hat der Bundeskanzler die Gesprächsfäden mit der Wirtschaft in den letzten Monaten abreißen lassen. Dabei ist diese konstruktiv kritisch, fühlt sich nur durch eine gewisse Dickfelligkeit oder Wurstigkeit in wichtigen Fragen abgestoßen (so sehr sie auch würdigt, daß Helmut Kohl die Gewerkschaften an seinen Kamin locken will). Ronald Reagan nimmt die Schlaumeier von der Ostküste überhaupt nicht zur Kenntnis, aber er vermag Aufbruch zu bewirken. Ein deutscher Regierungschef sollte Rückgriff nehmen auf den Rat und Sachverstand jener, die seinen Erfolg mit dem ihren verknüpft sehen, auch wenn eine Alternative zu ihm weit und breit nicht zu sehen ist.

Andererseits sollten die Kritiker die Gefahr einer „self fulfilling prophecy" sehen, also die Gefahr, daß Nörgelei just den Zustand herbeiführt, vor dem sie warnen. Es ergießt sich über die Deutschen genug mediale Düsternis, als daß sie daran weiteren Bedarf hätten. Sie ist unberechtigt. Fast könnte man von einer Traumkonstellation der Wirtschaftsaussichten sprechen: Export- und Stabilitätsrekorde, properes Wachstum, sinkende Zinsen, steigende Investitionen und andere gute Nachrichten. Aber den Durchbruch auch zu besserer Beschäftigung wird die Bundesrepublik nur schaffen, wenn sie auf lange Sicht mehr Verläßlichkeit, mehr Marktwirtschaft einspeist, wenn sie vermag, den unternehmenden Teil der Gesellschaft davon zu überzeugen: du riskierst auf keinen Fall, daß deine Leistung in ein paar Jahren an einer rotgrünen Rückwende zuschanden wird. Oder wie ein Unternehmer es formulierte: Die Bonner müssen so regieren, wie Stoltenberg konsolidiert.

IM GESPRÄCH Arturo Cruz

Gegen die Comandantes

Von Werner Thomas

Seine Anhänger sehen in ihm die „letzte Hoffnung" für einen demokratischen Ausweg aus dem bitteren Konflikt. Sie befürchten endgültig Nicaraguas Marsch in den Marxismus und eine Eskalation des Blutvergießens, wenn Arturo Cruz seine Ziele nicht erreicht.


Für ein friedliches Nicaragua: Cruz FOTO: AP

Arturo Cruz (60) ist der prominenteste Oppositionsführer dieser turbulenten mittelamerikanischen Nation. Er beendete im Juli eine zweijährige Exilzeit in Washington, um sich von der „Demokratischen Koordinationsbewegung" (CDN) als Präsidentschaftskandidat nominieren zulassen. Noch nie wurden die sandinistischen Comandantes von einem so potenten Kontrahenten herausgefordert.

Der große, stämmige Mann, der ruhig, ernst und souverän wirkt, kann nicht so leicht zum reaktionären Rechten gestempelt werden, wie das die Sandinisten gerne mit ihren Gegnern tun. Während der Somoza-Diktatur saß er zweimal im Gefängnis, weil er sich an Umsturzversuchen beteiligte. Er war der erste Zentralbankpräsident der neuen Regierung, Botschafter in Washington. Schließlich brach der studierte Ökonom mit den Sandinisten und kehrte zurück zu seinem früheren Arbeitgeber in der US-Hauptstadt, der interamerikanischen Entwicklungsbank.

Der Kandidat der weitaus wichtigsten Oppositonsgruppe, die drei Parteien, zwei Gewerkschaften und den Verband des Privatsektors umfaßt, wollte sich bisher nicht für den Wahltermin am 4. November einschreiben. Er besteht darauf, daß die Sandinisten zunächst einige „Minimalforderungen" erfüllen. So soll die Regierung die Presse- und Versammlungsfreiheit garantieren, die Urnen weit von den Kasernen aufstellen, das sandinistische Blockwartsystem von Organisationsaufgaben entbinden und internationale Beobachter zulassen. Dann verlangt Cruz noch die Verlegung des Ereignisses auf nächstes Jahr, um mehr Zeit zu haben für den Wahlkampf.

Die Comandantes denken darüber nach. Ohne Cruz würden die Wahlen auch in ausländischen Sympathisantenkreisen diskreditiert sein. Keiner der anderen sechs Oppositionskandidaten besitzt das Format des ehemaligen Junta-Vertreters. In den letzten Tagen standen Managuas Männer unter dem Druck des kolumbianischen Präsidenten Belisario Betancur, Konzessionsbereitschaft zu zeigen.

Arturo Cruz träumt von einem demokratischen, friedlichen Nicaragua, das sich mehr um die eigenen Probleme kümmert als um die Revolution in der Nachbarschaft. Die antisandinistischen Rebellen würden dann schnell ihren Krieg beenden, meint er: „Die Sandinisten führten uns unnötigerweise in einen Ost-West-Konflikt." Und, ein Hinweis auf die jungen Soldaten, die in den Kampf geschickt werden und oft in Särgen zurückkehren: „Wir brauchen keine Helden und Märtyrer. Wir brauchen eine Jugend, die Leben kann."

Solche Worte provozierten den Zorn der Comandantes. Junta-Chef Daniel Ortega, der sandinistische Präsidentschaftskandidat, schimpfte Cruz einen „CIA-Agenten". Die „Turbas", die SA der Revolution, schrien ihn nieder oder bewarfen und verletzten ihn mit Steinen – wie letzte Woche in der Stadt Leon geschehen.

Mit Sicherheit wird der Wahlsieger Daniel Ortega heißen, ob Arturo Cruz teilnimmt oder nicht. Dann besteht die Gefahr, daß der Heimkehrer wieder enttäuscht ins Exil geht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung widmet ihren Leitartikel der gemeinsamen Gedenkfeier in Verdun.

Die deutsche Einheit wird sich beim Gedenken an Verdun einstellen. Die deutsche Einheit liegt in der Geschichte. Daher darf man sich nicht wundern, wenn in unregelmäßigen Abständen wie in den vergangenen Monaten die mit ihr verbundenen Leidenschaften, Hoffnungen und Befürchtungen erwachen. Und man muß es als sicher ansehen, daß dieses Problem sich eines Tages in einer für die Zukunft Europas bestimmenden Weise stellen wird. Die Hälfte Deutschlands, die in Verdun dabei war, ist an diesem Nachmittag nicht dort. Das ist nicht normal, und das wird nicht so bleiben.

BERLINER MORGENPOST

Über die deutschlandpolitische Diskussion heißt es hier:

Der SPD-Vorsitzende Brandt macht sich lustig darüber, daß einst ein afrikanischer Präsident für fünf Millionen DM Entwicklungshilfe eine positive Aussage zur Wiedervereinigung Deutschlands gemacht haben soll. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Ehmke lobt den italienischen Außenminister Andreotti dafür, daß er sich gegen die Wiedervereinigung aussprach. Der Berliner SPD-Spitzenkandidat Apel hält „die Phrase vom Offenhalten der deutschen Frage" für lebensgefährlich. So kann sprechen, wer die Einheit der Deutschen als politisches Ziel abgeschrieben und gründlich aus seinem Herzen verbannt hat. Die politishe Kälte, die hier offenbar wird, macht frösteln. Man verhält sich so, als sei der Verfassungsauftrag zur Vollendung der Einheit in Freiheit nationale Makulatur. Man liefert den Andreottis die entlastenden Stichwörter. Mit Recht sagte Dregger, der Vorsitzende der Bonner Unionsfraktion, die „DDR" brauchte keine Mauer, wenn es nicht das ungebrochene Bewußtsein der Deutschen gäbe, einer Nation anzugehören.

RHEINISCHE POST

Die Düsseldorfer Zeitung untersucht die Rüstungsstudie von Andreas v. Bülow:

Verblüfft stehen bundesdeutsche Wehrpflichtige und Steuerzahler vor der angeblichn Erkenntnis, daß es „Horror-Szenarios" sind, die uns zu soviel Opfern für die eigene Sicherheit verleiten. Allen Behauptungen führender Politiker und Militärs zum Trotz soll die NATO mehr Soldaten unter Waffen halten als das Warschauer-Pakt-Gegenstück. Haben sie alle gelogen, die NATO-Oberkommandierenden von Eisenhower bis Rogers? Wie hieß es noch 1979? „Im Laufe der Jahre hat der Warschauer Pakt ein großes und ständig weiter wachsendes Potential von Nuklearsystemen entwickelt, das Westeuropa unmittelbar bedroht." Ein Kernsatz des sagenhaften NATO-Doppelbeschlusses, auf deutscher Seite unterzeichnet von Verteidigungsminister Apel (SPD). Dessen Parlamentarischer Staatssekretär: von Bülow (SPD). Beider Kanzler und stellvertretender Parteichef: Schmidt (SP).

Sind die Armen wirklich arm, weil die Reichen reich sind?

Die Wirtschaftskritik des Papstes begegnet Erstaunen, aber Respekt / Von Friedrich Meichsner

Es war in der kanadischen Erdölmetropole Edmonton, als den Papst der heilige Zorn zu überkommen schien. Von der gewohnten Predigtrhetorik abweichend, donnerte er ins Mikrophon: „Die armen Völker und die armen Nationen – arm in verschiedener Beziehung, beraubt nicht nur der Nahrung, sondern auch der Freiheit und der Menschenrechte – werden jene Völker richten, die ihnen diese Güter genommen haben, indem sie sich das imperialistische Monopol der Wirtschaft und die politische Vorherrschaft auf Kosten anderer aneigneten."

Auf wen war das gemünzt? Die kanadische Zuhörerschaft fühlte sich tatsächlich angesprochen. Das zeigte nicht nur das Erstaunen auf vielen Gesichtern der Anwesenden, sondern auch das Echo in der Presse. So fragte die in Toronto erscheinende Zeitung „The Globe and Mail": „Meint er, daß die armen Länder deshalb arm sind, weil die reichen Länder reich sind? Wenn den Kanadiern dieser Schuh paßt, werden sie ihn sich natürlich anziehen müssen. Vielen wird es aber nicht leicht fallen, sich als Teil einer gigantischen Verschwörung zu sehen, die nur darauf aus ist, ärmere Länder ihrer Güter oder gar ihrer Freiheit zu berauben."

Hätte ein anderer Besucher solche Aussagen wie die von Edmonton und vorher zu den Fischern von Flat Rock gewagt, er wäre wohl auf empörte Zurückweisung gestoßen. Johannes Paul II. jedoch fand bei seien Zuhörern weithin sogar Zustimmung. Die Politiker nahmen seine Predigten schweigend hin. Und von den Medien wurden sie im äußersten Falle mit einigem Erstaunen registriert.

Die Gründe für diese Zurückhaltung liegen offensichtlich in der Tatsache, daß dieser Papst als moralische Autorität akzeptiert wird – weit über die katholische Kirche hinaus, die in Kanada ja nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung umfaßt. Daß moralische Autorität nicht gleichbedeutend ist mit direktem Einfluß oder gar Macht im politischen und wirtschaftlichen Bereich – wer wüßte das besser als gerade dieser Papst aus Polen! Trotzdem hat er auch dort, in seiner Heimat, Unbequemes gesagt, so Unbequemes, daß die Sowjetregierung darauf mit der Verweigerung der Einreise in das sowjetisch beherrschte Litauen reagierte.

In Kanada konnte Johannes Paul II. nicht nur einreisen, er konnte auch frei sprechen. Und er wurde selbst dann angehört, wenn das, was er sagte, nicht der Überzeugung vieler seiner Zuhörer entsprach. Seine moraltheologischen Forderungen in bezug auf Ehe und Familie, sein Nein zu Ehescheidung, Empfängnisverhütung, Abtreibung und wilder Ehe wurden weithin selbst von Leuten respektiert, die nicht danach leben und nicht danach zu leben gewillt sind.

Im politischen und wirtschaftlichen Bereich ist es nicht anders. Während seiner letzten Messe auf kanadischen Boden hat der Papst Frieden und Gerechtigkeit als untrennbare Einheit herausgestellt. Er hat Gewaltanwendung und historischen Materialismus verurteilt. In Toronto vor seinen polnischen Landsleuten hat er für jedes Volk die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung der eigenen Zukunft gefordert. Die Zustimmung zu diesen Postulaten war allgemein und vorbehaltlos. Aber er hat eben auch die wirtschafts- und entwicklungspolitischen Vorstellungen aufgestellt, denen mancher Zuhörer bei allem Respekt, der am Ende dieser erfolgreichen Rundreise bei der Volksmehrheit zu heimlicher, wenn nicht ganz offener Verehrung geworden zu sein schien, mit Fragen begegnete.

Der Kern solcher Fragen war, ob der in Edmonton gegeißelte „Wirtschaftsimperialismus" eine rein nordamerikanische Fehlentwicklung sei. Der Begriff selber werde normalerweise von den Sowjets benutzt, die in ihrem eigenen Machtbereich den Imperialismus wesentlich konsequenter praktizierten und im Gegensatz zu Ländern wie Kanada nicht daran dächten, eine weltweite Entwicklungspolitik mitzutragen.

Dem Erfolg der päpstlichen Reise hat solches Fragen gewiß keinen Abbruch getan. Dieser Erfolg bleibt auch dann unumstritten, wenn, wie zu erwarten ist, der neue Premierminister Brian Mulroney sein Wirtschaftsprogramm unter das Motto „Mehr Raum für die Privatinitiative" anstatt unter eine wohlfahrtsstaatliche Devise stellt.

Denn entscheidend für diesen Erfolg ist die Anerkennung des Ziels, das der Papst, wie schon so oft, auch hier in Kanada wieder gezeigt hat: Frieden durch Gerechtigkeit. Der Papst setzt in erster Linie moralische Maßstäbe. Daß dies ohne politische Bedeutung sei, wird freilich im Blick auf diesen Papst heute kaum noch jemand behaupten können. Ein Politikum ist schließlich schon die Tatsache, daß Karol Wojtyla durch seine Reisen einen Kontakt zu den verschiedendsten Völkern, Kulturen und Menschen hergestellt hat, wie ihn kein einziger Politiker hat.

Verdun – die Gegenwart läßt die Erinnerung verblassen

An den Schlachtfeldern von Verdun haben Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl die Versöhnung beider Völker bekräftigt: Franzosen und Deutsche sind Freunde geworden.

Von A. GRAF KAGENECK

Der Himmel war auf die Erde *heruntergekommen*, um die Toten den Lebenden noch etwas näherzubringen. Die Reihen weißer Kreuze, unwirklich und nicht mehr faßbar in ihrer dichten Gedrängtheit, glänzten im Nebelwasser, das sich wie Schleier über sie legte. Der Glockenturm des Beinhauses steckte seine Spitze in die Wolken, seine knöcherne Bleichheit mit dem fahlen Licht über dem Douaumont vermählend.

Vor dem Beinhaus mit seinen Resten von 150 000 unidentifizierten Deutschen und Franzosen standen zwei Männer im dunklen Mantel und entblößten Hauptes. Vor ihnen ein Katafalk, von der französischen und der deutschen Fahne bedeckt. Eine französische Militärkapelle spielte langsam, fast klagend das Lied der Deutschen. Und während die Haydn-Melodie über Täler und Hügel und die Häupter der Tausenden von Alten und Jungen ringsum hinwegging, fanden sich die Hände von Helmut Kohl und Françcois Mitterrand. Beide Männer blieben so, ihre Hände ineinander verschlungen, bis eine deutsche Kapelle die Marseillaise zu Ende gespielt hatte.

1141 Jahre nach dem Vertrag von Verdun, in dem die drei Söhne Ludwigs des Frommen das Fränkische Reich aufteilten, 68 Jahre nach der Schlacht von Verdun, die einer Million Deutschen und Franzosen das *Leben gekostet hatte, hatten François* Mitterrand und Helmut Kohl am Morgen eine Erklärung unterschrieben, in der es heißt: „Frankreich und Deutschland haben die Lehren aus der Geschichte gezogen. Europa ist unser gemeinsames Vaterland. Wir sind Erben einer großen europäischen Tradition. Deshalb haben wir vor 40 Jahren den Bruderkampf beendet und begonnen, gemeinsam an unserer Zukunft zu bauen. Wir haben uns versöhnt, wir haben uns verstanden, wir sind Freunde geworden."

Das alles sind keine sehr neuen Worte. Adenauer und de Gaulle haben Ähnliches schon vor 21 Jahren gesagt, als sie den Elysée-Vertrag abschlossen. Es hat auch Stimmen gegeben in Frankreich, die diese ganze Feier von Verdun für überflüssig, ja anachronistisch hielten, da man, wie etwa Alfred Grosser sagte, hier ja nur an einen deutsch-französischen Krieg und damit an das Europa der Vaterländer erinnere, das man ja gerade überwinden wolle. Und es gab auch einige, die diese Stunde auf dem Douaumont auf ein simples Trostpflaster Mitterrands für seinen Freund Kohl reduzieren wollten, da er ihn nicht zu den Siegesfeiern in der Normandie *eingeladen hatte*. Vor der Größe dieser Stunde verblassen solche protokollarischen Spekulationen.



Als Gäste des deutsch-französischen Jugendwerkes wurden die Kinder Zeugen der Begegnung von Verdun FOTO: SVEN SIMON

Mitterrand ist ein Mann mit einem feinen Empfinden für die Kraft der Symbole. „Ein Ort, der die Geschichte für alle Zeiten markiert hat," nannte er Verdun in der gemeinsamen Erklärung. Er weiß, daß auch die Politik aus Emotionen leben muß, um immer wieder neue Impulse zu erhalten. Hier, in den Hügeln ringsum, irgendwo *hatte Helmut Kohls* Vater gekämpft. Drüben auf der anderen Seite der Mars, auf der Höhe 304 war Mitterrand 1940 als Sergeant der *Kolonialinfanterie* verwundet und gefangengenommen worden.

So waren die beiden Männer, die heute an der Spitze ihrer Völker stehen, ganz eng mit den alten Veteranen verbunden, die in achtunggebietendem Abstand dabeistanden und ihre Fahnen senkten, als das „Ich *hatt' einen Kameraden" und die französische* Totenklage erklangen.

Als die Melodien verklungen waren, lockerte sich die Schwere. Plötzlich wurde man eines merkwürdigen akustischen Hintergrundes der ganzen Feier inne: Das Geschnatter und Gelächter von Tausenden von Kindern, *die das deutsch-französische* Jugendwerk als Zeugen der Szene geladen hatte. Für sie gab es keinen Bezug mehr zu dem Absurden, das hier einst geschehen war. Sie waren schon im gemeinsamen Vaterland Europa geboren worden und aufgewachsen. Das galt auch für die meisten deutschen und französischen Soldaten, die hier, nebeneinander und beinahe nicht mehr voneinander zu unterscheiden, in ihren Felduniformen *die Ehrenwache hielten.*

Am Tage vorher hatten sie in der Plaine von Longwy, da wo man sich 1870, 1914 und 1940 gegenübergestanden *hatte, gemeinsam den Gegenangriff* gegen einen gemeinsamen Feind geübt; deutsche Panzermänner aus Koblenz und französische Panzergre*nadiere aus Trier, eng miteinander* in ihren Einheiten verbunden, von sprachkundigen Offizieren geführt: „Es gab keine Probleme," versicherte der deutsche Korpsgeneral Diedrichs, aber sein französischer Kollege Moulton ergänzte bedauernd: „Das einzige Hindernis für unsere Zusammenarbeit ist die Sprache." Ja, die gemeinsame Sprache fehlt noch im gemeinsamen Europa.

Nun lächeln sie wieder. Drücken gut gelaunt die Hände, die ihnen französische und deutsche Teenager zu Dutzenden entgegenstrecken, pflanzen eine junge Esche da, wo vor ihnen das Jugendwerk schon 70 andere gepflanzt hatte, um der 70 Jahre zu gedenken, die seit 1914 vergangen sind.

Kohl hat die drei Ministerpräsidenten Zeyer, Vogel und Späth mitgebracht, auf deren Territorium französische Soldaten stationiert sind. Mitterrand wird von seinem früheren Premierminister Mauroy begleitet, der so oft mit ihm in Bonn war. Die beiden Verteidigungsminister Wörner und Hernu blicken zufrieden auf dieses freundschaftliche, ein wenig *respektlose Gewimmel um sie herum.*

Auch Ernst Jünger ist da, mit schlohweißem Haar, in Frankreich meist mehr verehrt als in seiner Hei*mat. Lauscht er, durch die Rufe der* Kinder hindurch, noch auf ferne Stahlgewitter? „Die Treue ist das Mark der Ehre . . . " *steht*, schwer von Assoziationen und nicht mehr ganz auf diesen Tag passend, auf einer deutschen Veteranenfahne. Ein französischer Veteran – er muß weit über die 90 sein – murmelt: „Zwölfhundert, wir waren 1200 im Regiment, und nur 120 davon sind zurückgekommen." Für ihn ist die Zeit damals auch stehengeblieben. Wer kann es ihm verübeln. „Die Weisheit braucht eben viel länger als der Wahnsinn, um über die Völker zu kommen", sinniert ein französischer Kollege.

Der helle Tag von Douaumont

Von HERBERT KREMP

Die Architektur des Massengrabes von Douaumont wirkt in ihrer Brutalität so unbegreiflich wie die *Schlacht, die hier 1916 in Gang* gesetzt worden war. Die Kriegsgeschichte führt sie unter den Begriffen „Ausblutung", „Ermattung" – ein verzweifeltes Unterfangen der deutschen Heeresleitung, der die Initiative des Bewegungskrieges entglitten war. Die tödliche Verkrampfung und Starre der damaligen Situation hält die geschwungene Landschaft um Verdun gefangen. Sie liegt in der Klammer riesiger Friedhöfe, Narbenfelder und Erdbuchtungen, die aus der Vogelperspektive des niedrig fliegenden Hubschraubers am deutlichsten dichtbar werden.

Die Starre teilt sich der Delegation des Bundeskanzlers mit, weil niemand mehr nachzuvollziehen vermag, was damals geschah, was für ein Tod gestorben wurde und wie die Entronnenen überlebten. Helmut Kohl wechselt in den kurzen Pausen des Tages nur hin und wieder ein Wort, mehr nicht. Er hat seine Söhne mitgebracht; auch Alfred Dregger brachte einen Sohn mit.

Mitterrand wirkt ernst und kühl wie stets. Die rationale Aura des Staates umgibt die knappe Abmessung seiner Erscheinung. Er führt sichtlich die politische Regie, die sich nicht in Erinnerung erschöpfen soll. Ob er im pladdernden Regen Schal und Hut verlangt oder eine *kurze Anweisung* gibt – die militärische Umgebung verwandelt alles in schnell befolgte Befehle.

*Der Tag ist nicht dunkel. Die Vete*ranen mit den ordenübersäten Jakken geben sich wie die Alten aller Armeen. Sie sind stolz und ganz fröhlich, der Donner der Vergangenheit hat in ihren Ohren einen anderen, fast liedhaften Klang. Ernst Jünger mit schlohweißem Haar und leuchtend blauem Mantel, wohl der berühmteste deutsche Veteran, kommt im Hubschrauber des Bundeskanzlers. Er spricht mit Mitterrand, „der sich über meine Bücher sehr freundlich geäußert hat". Schnellen Schritts schließt sich Jünger dem Bundeskanzler und dem Staatspräsidenten an, als diese auf dem Flugfeld von Metz die Front der französischen Truppen abnehmen.

Verdun sah der 89jährige Schriftsteller und Träger des Pour le mérite zum erstenmal 1913, als er sich dort bei der Fremdenlegion meldete – „eine Episode in französischer Uniform". 1914, beim Vormarsch der Deutschen, wurde er vor Verdun verwundet („der *Granatsplitter* durchschlug mein Portemonnaie und kratzte den Oberschenkel"). Die Schlacht von Verdun erscheint ihm heute in der *Perspektive demoralisierender* Wucht für beide Seiten. Sie hat sich, auch nach seinem Urteil, mit hoher Geschwindigkeit aus dem Vorstellungsvermögen unserer Zeit entfernt.

So endet der Tag von Verdun mit dem Gefühl, noch einmal durchschritten zu haben, was man die Lehre der Geschichte nennt. In seiner Schrift „Der Friede" (1943 geschrieben) zitiert Ernst Jünger einen Satz aus der Ethik des Philosophen Spinoza. „Der Haß, welcher durch Liebe gänzlich besiegt wird, geht in Liebe über; und die Liebe ist dann stärker, als wenn ihr der Haß nicht vorausgegangen wäre."

Der starke Dollar macht dem Währungsfonds Sorgen

Der Dollar ist das alles überschattende Thema auf der *Jahrestagung des* Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington. Er beschäftigt die Finanzminister und Notenbankpräsidenten mehr als die offiziellen Themen auf der Tagesordnung dieser Währungskonferenz.

Von CLAUS DERTINGER

Die Explosion des Dollarkurses besonders am letzten Freitag beunruhigt die Experten auf der IWF-Jahrestagung aufs äußerste. Selbst *die Amerikaner, denen* der Dollarkurs bisher ziemlich gleichgültig war, sind besorgt, seit der Dollar die Marke von drei Mark übersprang. US-Finanzminister Donald Regan bezeichnete die Dollarhausse am Wochenende als spekulative Übertreibung, eine Äußerung, die ein Umdenken in Washington in Währungsfragen signalisiert.

Konferenzteilnehmer haben den Eindruck, daß dies mehr ist als nur eine Geste der Amerikaner gegenüber ihren ausländischen Kritikern. Dafür spricht, daß die USA am Freitag erstmals seit Jahren bereit waren, den Höhenflug des Dollars mit Interventionen zu bremsen. Dazu kam es freilich nicht mehr, weil bereits massive Dollarverkäufe seitens der Bundesbank, die wegen der preissteigern*den Effekte der Dollarhausse* besorgt, den Kurs des Greenback von seinem Gipfel (3,1770 DM) stießen. Andere Zentralbanken haben die Bundes*bank bei ihren Interventionen* übrigens nur mit kleinsten Beträgen unterstützt.

Bundesfinanzminister Stoltenberg schließt nicht aus, daß es künftig zu konzertierten Interventionen großer Notenbanken unter Einfluß der amerikanischen kommt, wenn der Dollarkurs wieder so stark wie am Wochenende hochschießen sollte. Freilich darf man nicht erwarten, daß Interventionen gegen einen stabilen Markttrend vorgenommen oder gar bestimmte Kursziele angesteuert werden. Dagegen hat sich nicht nur die Bundesbank immer wieder ausgesprochen und der Finanzminister hat das jetzt in Washington ebenfalls bekräftigt, vor allem das US-Schatzamt hält überhaupt nichts von solchen Eingriffen in den Markt. Und ohne die Beteiligung der Amerikaner wäre der Erfolg jeglicher Interventionen in Frage gestellt.

Wenn die Amerikaner, die, wie Fi*nanzminister* Regan am Samstag vor dem Interims-Ausschuß des IWF wieder betonte, die Dollarstärke als natürliches Spiegelbild der Stärke der US-Wirtschaft *betrachten*, dennoch bereit sind, spekulativen Übersteigerungen entgegenzutreten, so deshalb weil sie die negativen Auswirkungen der Überbewertung ihrer Währung selbst immer stärker spüren. Ihre Handelsbilanz, hat sich wegen des wechselkursbedingten Importsogs noch mehr als wegen der geringeren Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportindustrie weiter drastisch verschlechtert.

Zu einem immer ernsteren Problem werden für die USA die protektionistischen Bestrebungen zum Schutz der von billigen Importen bedrängten heimischen Industriezweige. Und es geht die nicht unberechtigte Furcht um, daß protektionistische Maßnahmen der USA mit Protektionismus in anderen Ländern beant*wortet werden, so daß sich letztlich* der freie Welthandel stranguliert.

Zudem wächst in Washington die Furcht, daß Übersteigerungen des *Dollarkurses an den Märkten eine* Gegenreaktion auslösen, die ebenso heftig ausfallen könnte und die möglicherweise in eine internationale Vertrauenskrise einmünden würde. Der Kapitalzustrom in die USA risse ab, die Zinsen in Amerika schössen neuerlich hoch. Das wäre eine für die USA fatale Entwicklung. Denn ein neuer Zinsboom stellt eine ernste Gefahr für die sich (inzwischen offensichtlich etwas abkühlende) Superkonjunktur dar.

Zudem würden die Staatsschulden, die ohnehin wegen des wachsenden Anteils der Zinsen an den Staatsausgaben in einem besorgniserregenden Tempo zunehmen, weiter explodieren. Die bislang zaghaften Versuche, das Haushaltsdefizit zu reduzieren, würden damit zum Scheitern verurteilt.

Auf die Gefahr, daß der Dollar wie ein Stein fällt, wenn die Überbewertung korrigiert wird, und daß es dann zu Übertreibungen nach unten kommt, weist auch Bundesbankpräsident Pöhl immer wieder hin. Vor allem liegt es im Interesse der USA, die Korrektur von Übertreibungen des Dollarkurses langsam herbeizuführen, wobei wohl auch politische Überlegungen eine Rolle spielen. Ein Verfall des Dollarkurses, der als Schreckgespenst an die Wand gemalt wird, obwohl es dafür überhaupt noch keine Indizien gibt, würde Reagans Image vor der Wahl sicherlich schaden.

Zu einer Beruhigung des Dollarkurses auf einem immer noch hohen Niveau könnte ein Zinsrückgang in den USA beitragen. Dagegen wird eingewendet, die jüngste Dollarhausse sei die aufregendste seit langem gewesen – trotz etwas sinkender Zinsen.

Als vorsichtiges Zinssenkungssignal soll wohl auch die am Freitag von der Morgan Guaranty Trust, der fünftgrößten US-Bank, beschlossene Reduzierung der Prime Rate (des Basiszinssatzes für Kredite an erste Adressen) aufgefaßt werden.

Die Tatsache, *daß* gerade diese Bank, die in dem Ruf steht, besonders enge politische Kontakte zu pflegen, die Schrittmacherrolle bei dieser *bescheidenen Zinssenkung* übernahm, gilt in Washington nicht als Zufall. Man glaubt an einen Wink aus dem Schatzamt oder aus der Notenbank. Das Timing scheint diese Vermutung ebenso zu bestätigen.

Ein Zinsrückgang just zur Tagung des Internationalen Währungsfonds könnte jenen, die wegen der hohen Zinsen an den USA heftige Kritik üben, ein wenig den Wind aus den Segeln nehmen. Inwieweit die Märkte auf dieses Signal reagieren werden, ist jedoch noch offen. Am Freitag hatten jedenfalls die massiven Dollarverkäufe der Bundesbank, von denen sich der Markt sehr beeindruckt zeigte, größeres Gewicht als die Senkung der Prime Rate.

Dubai, eine Hintertür für Iran

Von PETER M. RANKE

Am Ufer des „Creek" in Dubai herrscht Hochbetrieb. Hier laden iranische und arabische Dhauen, hölzerne Segelschiffe mit Motor, kostbare Fracht für das kriegs- und krisengeschüttelte Iran. Büchsen mit Lebensmitteln aus Westeuropa und USA, Trockenfrüchte und Textilien aus Indien, Säcke mit Reis, Autoreifen, Fernseher und japanische Kleinlastwagen werden an Bord verstaut.

Ein bis zwei Tage benötigt eine Dhau bis zum iranischen Bandar Abbas, jetzt der Haupthafen der Iraner am Golf mit Straßenanschluß nach Teheran. Eine Eisenbahn ist in Bau, ebenso eine Pipeline zu südiranischen Ölfeldern, die die Insel Kharg entlasten soll. Denn bis Bandar Abbas an der Straße von Hormuz kommen die irakischen Flugzeuge nicht, der Verkehr mit den kleinen Dhaus läuft ungestört.

Über das traditionell liberale Dubai, wo auch alkoholische Getränke erlaubt sind, laufen Privathandel und der Schmuggel mit Konsumgütern, die vom devisenknappen Iran sonst nur streng kontingentiert eingeführt werden. *Die Iraner bezahlen die Gü*ter aus Dubai mit schwarzgetauschten Dollar (1 Dollar gleich 500 bis 550 iranische Rial), mit Pistazien und an*geblich auch mit Heroin.*

„Es gibt keine Probleme mit dem Zoll drüben", sagt einer der arabischen Kapitäne. Gegen „Bakschisch" ist in Iran weiterhin alles zu regeln, selbst ein Ausreisevisum von der Polizei hat seinen Preis: 22 000 US-Dollar. Praktisch profitieren die Händler in Dubai davon, daß in Iran wegen der allgemeinen Knappheit von Versorgungswaren nicht nur Korruption herrscht, sondern zwei Märkte nebeneinander existieren, ein freier und ein staatlich kontrollierter. Waffen oder Munition aus Nordkorea z. B. werden direkt in Bandar Abbas abgeladen, weil sie die Kriegführung betreffen, nur Konsumgüter und Drogen und Gold nehmen den Umweg über Dubai – für offiziell jährlich 230 Millionen Dollar.

„Ohne den *Handel* mit *Iran* könnten wir nicht existieren", meint einer der Kapitäne, der früher Perlentaucher fuhr. Er weiß von seinen Aufenthalten in Bandar Abbas auch zu berichten, daß man nur noch ganz junge oder sehr alte Männer sehe. Die anderen seien an der Front. Oft müßten Frauen und Kinder nach Reis, Fleisch *oder Fett anstehen. Pro Person gibt* es im Monat 1,5 Kilo Reis oder 50 Gramm Fleisch am Tag, wenn überhaupt. Die Rationierung sei aber nicht streng, denn wer Geld habe, bekommt fast alles.

Im Hafen von Bandar Abbas arbeiten – nach diesen Berichten – vor allem Pakistanis und Belutschen, der Marinehafen mit ein oder zwei Fregatten und Schnellboten sowie der Flugzeugplatz sind streng abgesperrt. Das Tragen westlicher Kleidung wird von den Mullahs verboten, aus den ausländischen Filmen im Fernsehen wird jede Liebesszene, jeder Kuß herausgeschnitten. Benzin ist ausreichend vorhanden, aber teuer.

Besonders beeindruckt war einer der arabischen Besucher von Bandar Abbas, daß dort zwei jugendliche Fußball-Mannschaften in langen Gewändern oder knielangen Hosen spielen mußten, weil die Mullahs es so befahlen. (SAD)


Felix Zimmermann, Oberbürgermeister von Trier, dem „Rom des Nordens" FOTO: JOSEF TIETZEN

Seit 1950, als Kempten sein 2000jähriges Bestehen feierte, ist ein Wettstreit um das Adelsprädikat „älteste Stadt Deutschland" entbrannt. In diesem Jahr meldete Trier Anspruch auf den Titel an. Doch das Guiness-Buch der Rekorde hat sich auf Worms festgelegt. Im Rennen um das urbane Gütesiegel sind aber auch Köln, Mainz, Neuss, Bonn und Augsburg.


Hans Daniels, Oberbürgermeister von Bonn, der jungen Hauptstadt mit langer Geschichte FOTO: S. SIMON

Wer ist die Älteste im ganzen Land?

Von NORBERT KOCH

Schon in römischer Zeit haben sich viele Städte ihr eigenes Gründungsdatum gegeben", frozzelt Hans-Gerd Hellenkemper, Direktor des renommierten Römisch-Germanischen Museums in Köln. Kaiser Claudius beispielsweise habe es in seiner kurzen Regierungszeit (42 bis 59 n. Chr.) geschafft, in Rom gleich zweimal eine Jahrhundertfeier zu veranstalten. Bei dem Wettstreit, wer nun die älteste Stadt Deutschlands ist, handele es sich um einen „fröhlichen Spaß im Wasserglas" und um einen Grenzfall „zwischen Feuilleton, Humor und Wissenschaft".

Hellenkemper hat gut locker reden, denn Köln hat sich selbst aus dem Rennen geworfen und muß sich noch bis zum Jahre 2050 gedulden, bis es in den Klub der Zweitausender aufgenommen wird. „Die Stadt hat ihr Jubiläum verschlafen", erboste sich der „Kölner Stadt-Anzeiger", als ruchbar wurde, daß Trier, Neuss und Bonn ihr zweites Millennium anpeilten. Dabei hätte die Colonia Agrippinensis mit Fug und Recht Anspruch auf das urbane Gütesiegel „zweitausend", denn immerhin holte der römische Feldherr Marcus Vipsanius Agrippa die Ubier um 38 v. Chr. vom rechten auf das linke Rheinufer und ließ sie ein oppidum auf Kölner Boden bauen. Da es für diese Umsiedlungsaktion nur schriftliche Hinweise, aber keine handfest-archäologischen Beweise gab, beschloß der Rat der Stadt Köln, die Erhebung zur römischen Kolonie im Jahre 50 n. Chr. zum Anlaß einer 1900-Jahr-Feier zu nehmen.

Heute bereuen die Domstädter dieses voreilige Jubilieren, weil sie hilflos mit ansehen müssen, wie ihnen andere Städte die Schau stehlen. Es gab Bestrebungen, diesen Schritt

> „Mit dem Jubiläum wollen wir daran erinnern, daß Bonn nicht nur eine junge Hauptstadt, sondern auch tief in der Geschichte verwurzelt ist."
>
> Der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels

nachträglich zu korrigieren und wie weiland Kaiser Claudius gleich zweimal zu feiern. Schließlich setzte sich jedoch die Einsicht durch, es „dem Fassungsvermögen eines breiteren Publikums nicht zumuten zu können, nur zwölf Jahre nach der 1900-Jahr-Feier eine 2000-Jahr-Feier anzusetzen" (Vierteljahresschrift für die Freunde der Stadt Köln).

Doch der Stachel sitzt tief. Leserbriefschreiber Konrad Kiel am 27. März dieses Jahres: „Als Kölner Bürger und Köln-Fan, dessen Familie nachweislich seit dem Jahr 1754 in der Stadt lebt, kann ich es leider nicht unwidersprochen lassen, daß Trier älter ist als Köln." Über die Tatsache, daß Bonn demnächst sein Zweitausendjähriges feiert, können die Kölner nur müde lächeln. Doch bei Trier ist das anders, denn das „Rom des Nordens" ist ein ernsthafter Rivale.

Das Thema „älteste Stadt" ist natürlich ein gefundenes Fressen für die Lokalzeitungen. Sie heizen den Disput genüßlich an und können eines lebhaften Echos bei ihren Lesern sicher sein.

So schreibt der „Kölner Stadt-Anzeiger" voller Verachtung, Trier rechtfertige sein Jubiläum „mit ein paar Holzknüppeln". Man möchte die gutnachbarlichen Beziehungen zwar nicht gefährden, „aber bei einigen Kölner Lokalpatrioten wachsen Mißmut und Verdacht, daß man sich andernorts mit den Federn schmückt, die eigentlich Köln zustünden".

Mit den „Holzknüppeln" wurde Trier an der wundesten Stelle getroffen, denn sie sind eine hämische Anspielung auf eine römische Brükke, die Trier als Hauptindiz für sein Stadt-Jubiläum ins Feld führt. Die „Holzknüppel", in Wirklichkeit vierkantig gebeilte Eichenpfähle, wurden vor einigen Jahren in der Mosel gefunden und mit Hilfe der Dendrochronolgie (Bestimmung nach dem Alter des Holzes) exakt auf 17 v. Chr. datiert. Da man davon ausgehen muß, daß die Bäume gleich verarbeitet wurden, gilt es als sicher, daß um 16 v. Chr. eine Pfahljochbrücke die Mosel bei Trier überspannte. Und wo eine Brücke stand, da muß es auch eine Stadt gegeben haben, folgerten die Trierer. Es spricht einiges dafür, nur beweisen läßt sich die Schlußfolgerung leider nicht. „Eine Ufersiedlung mit dörflichem Charakter, ja. Aber eine Stadt?" gibt Hans-Gerd Hellenkemper zu bedenken. Trier jedoch besteht darauf, seit 2000 Jahren eine veritable Stadt zu sein, und begnügt sich nicht damit, „nur" auf eine zweitausendjährige Siedlungsgeschichte zurückzublicken, wie es – mit Ausnahme von Kempten – die Konkurrenten tun.

Einen weiteren Beleg für die Stichhaltigkeit ihrer Datierung sehen die Moselaner im Namen ihrer Stadt „Augusta Treverorum". Kaiser Augustus habe 16 bis 12 v. Chr. Gallien und Westgermanien bereist und bei dieser Gelegenheit einigen bedeutenden Ansiedlungen „huldvoll erlaubt, den Beinamen Augusta zu führen". (Pressestelle Trier). Geradezu rührend mutet die Begründung an, warum über „diese Akte kaiserlicher Generosität" keine Urkunden überliefert sind. „Die Treverer", heißt es im „Nachrichtendienst" der Stadt vom 6. 1. 1983, „ein keltischer Stamm, neigten, wie die meisten Kelten, mehr zu schönen Künsten und Amouren als zu nüchterner Dokumentation."

Für Professor Christoph Rüger, Direktor des Rheinischen Landesmuseums in Bonn, ist Trier dennoch die älteste Stadt auf deutschem Boden, wenn man den Begriff Stadt definiere als „ein abgestecktes Siedlungsareal mit zentralörtlicher Funktion, das gleichzeitig Verwaltungssitz und Kulturmittelpunkt ist". Und eine solche Stadt, die diesen Namen verdient, sei die Augusta Treverorum gewesen – allerdings erst um 40 n. Chr. In diesem Jahr spricht der Geograph Pomponius Mela erstmals von einer „urbs opulentissima", einer außerordentlich reichen Stadt. Außerdem verweist ein Meilenstein aus dem Jahre 44 auf die Erteilung der Stadtrechte. Bei dieser Argumentation zeigen sich auch die Kölner einsichtig. Sie haben zwar die älteste schriftliche Stadturkunde (50 n. Chr.), doch räumen sie der Rivalin von der Mosel den Vorrang ein. Hans-Gerd Hellenkemper: „Es ist unzweifelhaft, daß Trier die Stadtrechte kurze Zeit vor Köln erhalten hat."

Neuss, die Stadt am Niederrhein, die gemeinsam mit Trier in diesem Jahr ihre zweitausendjährige Geschichte feiert, hat keine Mühe, ihr Alter hieb- und stichfest nachzuweisen – aber auch keine Porta Nigra, keine Kaiserthermen und keine Basilika. Was Neuss vorzeigen kann, das liegt, oder besser lag, unter der Erde. Zerdeppertes Geschirr römischer Legionäre bis in die Zeit 16 v. Chr., Scherben, nach denen sich die Trierer und Kölner die Finger lecken würden. Nirgendwo in Deutschland gibt es ältere Funde von Terra sigillata, dem durch Lasur rotglänzend versiegelten „Meißner der Römer". Neuss kann überdies die am besten belegte Keramiksequenz aus römischer Zeit nachweisen und sie mit Holz und Münzfunden „parallelisieren", wie die Archäologen sagen.

Die Feststellung von Professor Rüger, „Neuss kann für sich in Anspruch nehmen, die älteste kontinuierlich bewohnte Siedlung auf deutschem Boden zu sein", ging den Neussern herunter wie Öl. Flugs entschlossen sie sich, den offiziellen Jubiläums-Festakt zwei Monate vor Trier zu veranstalten. Dieses Jahrtausend-Ereignis wird das angeknackste Selbstbewußtsein der Neusser wohl wieder etwas anheben, denn sie haben die Demütigung von 1975, als ihnen im Rahmen der Gebietsreform die Kreisfreiheit aberkannt wurde, noch nicht verwunden.

Die erste Kommune, die sich das dekorative Prädikat „zweitausend Jahre alt" verpaßte, war 1950 Kempten im Allgäu. Auf einem mannsho-

> „Kempten kann von sich behaupten, das älteste schriftliche Zeugnis als Stadt unter allen deutschen Städten zu besitzen."
>
> Der Kemptener Oberbürgermeister Josef Höss

hen Begrenzungsstein am Ortsrand liest der Besucher die gemeißelte Inschrift „Willkommen in der ältesten Stadt Deutschlands". Oberbürgermeister Josef Höss verteidigt diesen Superlativ wie die Löwin ihre Jungen. Er kann richtig ungemütlich werden, wenn seinem Gemeinwesen dieser Ehrentitel streitig gemacht wird. Als die Deutsche Presse-Agentur vermeldete, Neuss sei die älteste kontinuierlich bewohnte Siedlung, da legte er Einspruch ein und ließ klarstellen, Kempten könne „von sich behaupten, das älteste schriftliche Zeugnis als Stadt unter allen deutschen Städten zu besitzen". Kempten beruft sich auf den griechischen Geographen Strabon, der in seiner 18 n. Chr. fertiggestellten „Geographika" von Cambodunum als Stadt (polis) der keltischen Estionen spricht. Und wie kam Kempten auf den Geburtstag 50 v. Chr.? Die Stelle bei Strabon legten die Kemptener so aus, daß das keltische Cambodunum 15 v. Chr. im augusteischen Feldzug erobert wurde, und sie billigten der angenommenen keltischen „Polis" bereits eine Existenz von 35 Jahren zu. So kam man auf ein halbes Jahrhundert vor Christi.

Die Trierer und Kölner kontern, dem Griechen Strabon müsse da „über die Größe der Entfernung ein Irrtum oder eine Ortsverwechslung" unterlaufen sein. Und wie sieht es mit Funden aus keltischer Zeit aus? Mit einem keltischen Namen können ja auch Trier, Bonn, Worms und Neuss aufwarten. Hier muß der OB aus Kempten passen: „Es fehlt bislang jede archäologische Spur."

Zwölf Jahre nach Kempten meldete sich Mainz als Zweitausendjährige zu Wort und muß sich dafür bis auf den heutigen Tag Spott und Hohn gefallen lassen. „Das war ein Abschiedsgeschenk für den damaligen Oberbürgermeister Stein", empören sich die Kritiker. In der Tat gibt es keinerlei exakte Hinweise dafür, daß die Römer schon 38 v. Chr. ein Lager auf Mainzer Boden errichtet haben. Im offiziellen Festkatalog wird die strittige Frage denn auch nur mit einigen recht vagen Wendungen gestreift: „In der Nähe des Ortes (dem späteren Mainz) gelangten römische Legionäre unter Agrippa um das Jahr 38 v. Chr." Man könne daraus schließen, daß es um diese Zeit schon einen befestigten Stützpunkt gegeben haben müsse.

Archäologen und Historiker schüttelten die Köpfe, und schon damals mahnte Profesor Hans-Ulrich Instinsky, Historiker an der Johannes-Gutenberg-Unversität: Mainz feiert um mindestens 20 Jahre zu früh, denn erst 12 v. Chr. hätten römische Legionäre ein Militärlager errichtet. Und selbst der damalige OB Stein räumte in seiner Festansprache ein, daß es erst um 13 v. Chr. „ganz sichere Beobachtungen über ein umfangreiches Wirken der Römer in unserem Raum" gegeben habe. Ja, und warum dann dieses vorgezogene Jubiläum? Lokalhistoriker hätten 1962 aus mehreren möglichen Daten herausgegriffen, hieß es. Außerdem habe sich das Jubiläumsdatum im Bewußtsein der Bevölkerung festgesetzt.

Die „Süddeutsche Zeitung" schrieb dazu 1962: „Erkundet man das Bewußtsein der Mainzer Bevölkerung, so erhält man einen plausiblen Grund: Das Jubiläum habe 1962 begangen werden müssen, weil Oberbürgermeister Stein, der es während seiner Amtszeit feiern wollte, für eine Wiederwahl zu alt sei. Offiziell wird zwar immer wieder dementiert, daß Stadt-Jubiläum und Pensionsdatum des Stadtoberhauptes in Beziehung stehen. Privat geben es jedoch auch die Offiziellen augenzwinkernd zu."

Im nächsten Jahr begehrt Augsburg Einlaß in den Klub der Zweitausender. Die Augusta Vindelicum kann gute Gründe für dieses Privileg ins Feld führen, archäologische und schriftliche, aber dennoch gibt man sich in der offiziellen Begründung für die Datierung des Stadtjubiläums wohltuend bescheiden.

Die Kommission zur Vorbereitung der 2000-Jahr-Feier läßt verlautbaren: „In der Tat feiern wir nicht einen präzise fixierbaren Geburtstag, sondern einfach 2000 Jahre Augsburger Geschichte." Im Jahre 15 v. Chr. habe Kaiser Augustus seine Stiefsöhne Drusus und Tiberius damit beauftragt, die rätischen Alpenbewohner und die Kelten zu unterwerfen. Es sei anzunehmen, daß römische Soldaten bei diesem Feldzug auch am Zusammenfluß von Lech und Wertach ein Militärlager errichteten und „sozusagen den ersten Grundstein legten zur Gründung der späteren Römerstadt Augusta Vindelicum".

Die Stadt macht keinen Hehl daraus, daß man sich von diesem Jubiläum auch „eine gute überregionale Werbung" verspricht. In Augsburg will man sich als eine traditionsreiche Stadt präsentieren, die „andererseits auch vom pulsierenden Leben der modernen Zeit erfüllt ist". Das Jubiläum als Vehikel für Image-Werbung, in diesem Punkt ziehen sie alle an einem Strang, die Zweitausender.

Bei den Bonnern, die 1989 ihr Zweitausendjähriges begehen, ist das nicht anders. Oberbürgermeister Hans Daniels: „Für die meisten Deutschen fängt die Geschichte unserer Stadt 1949 an. Mit dem Jubiläum wollen wir daran erinnern, daß Bonn nicht nur eine junge Hauptstadt ist, sondern daß Bonn tief in der Geschichte verwurzelt ist." Die Bonner können sich übrigens bei Wilhelm Daniels, dem Vater des amtierenden OB, für dieses rare Jubiläum bedanken. Wie die Kölner wollten nämlich auch die Bonner schon 1969 die weit weniger spektakuläre 1900jährige Geschichte ihrer Stadt feiern, und zwar die erste Erwähnung des „Castra Bonnensia" bei Tacitus. Der „alte Daniels" jedoch, ein archäologisch interessierter Mann, wußte von römischen Funden aus der Zeit um 12 v. Chr., und er konnte den Rat der Stadt davon überzeugen, um wieviel wirkungsvoller doch ein Millennium ist.

Sollte bei der Kommunalwahl am 30. September alles nach Plan laufen und die CDU wieder das Rennen machen, dann kann Daniels junior 1989 das „Zweitausendjährige Bonn" als eine Erbschaft seines Vaters feiern. Und welch ein Zufall: Es ist wieder Wahljahr.

Der Kölner Museumsdirektor Hellenkemper höhnt in Richtung Bonn: „Das Jubiläum steht auf wackeligen Füßen. Die feiern das Richtfest der ersten Kaserne." Solche Querschüsse werden in der Bundeshauptstadt gelassen aufgenommen. „Die Kölner sind doch nur sauer, weil sie ihre Zweitausend-Jahr-Feier verpennt haben", heißt es. Professor Rüger gibt den Bonnern Schützenhilfe mit der „kleinen Sensation", daß Archäologen im vergangenen Jahr einen Töpferofen aus der Zeit um 30 v. Chr. ausgebuddelt haben. Rüger zur WELT: „Wo eine Töpferwerkstatt war, da muß es auch Abnehmer gegeben haben. Folglich muß Bonn schon vor den Römern besiedelt gewesen sein." Dieser jüngste Fund, der bisher noch nicht publiziert wurde, könnte durchaus den Schluß zulassen – so Rüger – daß Bonn eine noch längere kontinuierliche Siedlungsgeschichte nachweisen kann als Neuss.

Im Wettstreit „Wer ist die Älteste im ganzen Land", der seit 1950, als Kempten erstmals Titelschutz anmeldete, die Gemüter erhitzt, vermißt man den Namen einer Konkurrentin, die laut Guinness-Buch der Rekorde die älteste Stadt auf westdeutschem Boden ist: Worms. Warum diese Enthaltsamkeit? Oberbürgermeister Wilhelm Neuß scheint dieses Feilschen um Jahrzehnte geradezu peinlich zu sein. „Ach wissen Sie", sagt er mit einem dünnen Lächeln, „ich möchte mich an dieser Jubiläums-Inflation nicht beteiligen." Und er fügt hinzu: „Mir scheinen all diese Gründungsdaten mit Willkür verbunden zu sein." Die Direktorin des Wormser Museums, die Archäologin Mathilde Grünewald, stimmt spontan zu: „Diese Jubiläen sind doch eine Erfindung der Oberbürgermeister. Siehe Mainz."

Gut, also kein Jubiläum und kein Festakt mit dem Bundespräsidenten. Aber wieso kommt Worms ins Buch der Rekorde? Borbetomagus, eine keltische Gründung um 60 v. Chr., steht da als Begründung. „Warum die Guinness-Leute gerade 60 v. Chr. angeben, das weiß ich auch nicht", meint Mathilde Grünewald. „Natürlich gab es um diese Zeit eine keltische Siedlung. Aber genauso gut hätten sie das Jahr 3800 v. Chr. angeben können. Zur Zeit graben wir nämlich eine Siedlung aus der Zeit der Hinkelstein-Gruppe aus."

Nun wurden beispielsweise auch auf Kölner Boden, in Lindenthal und Mengenich, zwei Siedlungen aus der Zeit um 4000 v. Chr. ausgegraben, oh-

> „Mir scheinen all diese Gründungsdaten mit Willkür verbunden zu sein; deshalb verzichtet Worms auch auf ein offizielles Stadt-Jubiläum."
>
> Der Wormser Oberbürgermeister Wilhelm Neuß

ne daß die Kölner Anspruch anmelden, 6000 Jahre alt zu sein. Mathilde Grünewald macht geltend, daß Worms im Gegensatz zu Köln mit archäologischen Funden belegen kann, daß das Stadtgebiet seit der Jungsteinzeit ohne Unterbrechung besiedelt war. „Ohne Unterbrechung", betont sie. Im Museum präsentiert sie ihre Beweisstücke: Waffen, Schmuck und Haushaltsgeräte von der Linienbandkeramik, den Hinkelstein-Leuten, der Rössener Kultur, den Glockenbecher Leuten über die Hallstadtkultur bis ins Latène. Selbstbewußt faßt die Archäologin zusammen: „Worms begann nicht mit den Römern, sondern setzte sich unter den Römern fort."

Läßt man das prähistorische Worms einmal beiseite, wie sieht es mit archäologischen Zeugnissen aus der Römerzeit aus? Gehört die ehemalige Civitas Vangionum in den Klub der Zweitausender? Frau Dr. Grünewald bleibt die Antwort nicht schuldig und legt lässig eine Handvoll augusteischer Sigillate auf ihren Schreibtisch: „Die haben wir vor einigen Wochen in der Paulusstraße gefunden."

Wie Trier oder Neuss, Mainz oder Kempten, Bonn oder Augsburg gebührt also auch Worms das urbane Adelsprädikat „zweitausend Jahre alt". Und es soll tatsächlich kein publicityträchtiges Jubiläum geben? OB Neuß winkt ab: „Ich zumindest werde in dieser Frage keine Initiative ergreifen."

Es spricht für das Selbstbewußtsein der Wormser, daß sie kein großes Aufhebens davon machen, die „älteste Stadt" zu sein. Sie stehen im Guinness-Buch der Rekorde und damit basta. Auf der anderen Seite sollte man den Städten, die sich zum Jubilieren entschlossen haben, nicht Kleinkariertheit unterstellen. Natürlich sind diese werbewirksamen Spektakel den Verkehrsdirektoren hochwillkommen, und natürlich dienen sie auch der Selbstdarstellung der Bürgermeister. Wer jedoch miterlebt, mit welcher Hingabe und mit welchem Hochgefühl die Neusser und vor allem die Trierer in diesem Jahr zurückblicken auf die Wiege ihrer Geschichte, dem wird klar, daß diese Jahrtausend-Feiern mehr sind als PR-Kampagnen und eitle Akklamationen. Sie vermitteln etwas vom Glanz der Dauer in einer Zeit, die keine Zeit mehr hat, in der ein Vierzigjähriger zum alten Eisen zählt, in der das Bleibende nicht vorgesehen ist. Ex und hopp, die Einweg-Gesellschaft. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Regionalismus zur Volksbewegung wurde. Die Menschen suchen die Nähe, das Überschaubare, die Wärme im Kleinen und Vertrauten, die kollektive Vergangenheit, die kommune Geschichte.

Der ehemalige Bundespräsident Karl Carstens hat beim Festakt in Neuss am 23. März einfach und eindrucksvoll beschrieben, wie sinnlich, wie nachfühlbar Geschichte sein kann: „Zweitausend Jahre, das sind beinahe 70 Generationen, die hier gelebt, gearbeitet, gelitten und gehofft haben, die hier glücklich oder unglücklich, in guten und schweren Zeiten zusammenstanden."

Der Blick zurück als Mutmacher in einer galoppierenden Zeit, auch das ist die Botschaft der alten Städte, die Geburtstag feiern.

Lob für Strauß von den Bauern

PETER SCHMALZ, München

Der Bauern derzeit liebster Politiker heißt offenbar Franz Josef Strauß. Während Ignaz Kiechle als deutscher Landwirtschaftsminister und Parteifreund des bayerischen Ministerpräsidenten bei der Eröffnung des 117. Bayerischen Zentrallandwirtschaftsfestes auf der Münchner Theresienwiese harte Kritik einstecken mußte, durfte Strauß den „ausdrücklichen Dank" des deutschen Bauernpräsidenten von Heereman und das Lob des bayerischen Bauernchefs Sühler als „echter und starker Helfer in der Not" kassieren.

Und auf Transparenten hielten die Landwirte dem Münchner Regierungschef vor Augen, was sie von ihm halten („Ohne Strauß wär's mit uns längst schon aus") und was sie noch von ihm *erwarten* („*F. J. greif* doch ein! Sonst werden wir Bauern Kohls und Kiechles Opfer sein").

Strauß, der den Bauern-Denkzettel von der Europawahl noch nicht verwunden hat, zeigte Verständnis für die Sorgen der Agrarier. Allein in Bayern, so meinte er, stehe die Existenz von 10 000–30 000 kleiner landwirtschaftlicher Betriebe auf *dem* Spiel. Aber die Landwirtschaft dürfe keinem weiteren Strukturwandel zum Opfer fallen, kein Bauer dürfe gezwungen werden, wegen der EG-Beschlüsse seinen Hof aufzugeben.

Wieder einmal warnte er Bonn davor, die Sparpolitik zu übertreiben: „Das Sparen hat dort seine Grenze, wo die soziale Gerechtigkeit auf dem Spiel steht." Die CSU spürt den Unmut den Bauern seit Monaten an der Basis und fürchtet, dieser traditionelle Wählerstamm könnte ihr untreu werden. *Vor diesem Hintergrund* mahnte Strauß die Koalitionspartner in Bonn: „Wir haben nicht die Absicht, die Staatsfinanzen zu konsolidieren, um sie dann einer Zufallsmehrheit zu übergeben, die von einer radikalen Minderheit erpreßbar ist."

Agrarminister Kiechle bat die Bauern um Zeit, damit die Landwirtschaftspolitik wieder aus der Sackgasse, in die sie während der letzten zehn Jahre geraten ist, herausgeholt werden kann. Doch er konnte mit seinen Worten nicht einmal seine eigenen Parteifreunde unter den Zuhörern überzeugen. „Nur eine brillante und elegante Superslalomrede", meinte der CSU-Bundestagsabgeordnete *Lorenz Niegel enttäuscht.*

Britische Soldaten freundlich aufgenommen

Nur wenige Behinderungen im Manöver „Speerspitze"

RÜDIGER MONIAC, Hildesheim

Die Soldaten beim NATO-Manöver „Speerspitze 84", das seit Tagen im Großraum südwestlich von Hannover abläuft, haben sich innerhalb sehr kurzer Zeit auf die wenigen Behinderungen *durch sogenannte* „Demonstranten" einzustellen gelernt. Übers Wochenende versuchten Anhänger der „Friedensbewegung" an mehreren Stellen des Manövergebiets, Straßen zu blockieren, um die Bewegungen der Truppen zu behindern. Dabei kam es lediglich zu kurzzeitigen Verzögerungen, da Landespolizei und *Bundesgrenzschutz (BGS)* die Störer schnell lokalisierten und abdrängten.

Wie ein solcher Einsatz vonstatten geht, konnte die WELT im Dorf Herkensen zwischen Hameln und Hildesheim beobachten. Mitten im Manövergebiet sollte eine Pressekonferenz des deutschen und britischen Verteidigungsministers stattfinden, wovon *die „Demonstranten" offenbar früh*zeitig Kenntnis bekommen hatten.

Am Straßenrand parkten Autos mit den bekannten Aufklebern wie der weißen Friedenstaube und ähnlichen, die den Eigner leicht charakterisieren. Die Kennzeichen der Autos zeigten ihre Herkunft: Berlin, Bremen, Remscheid, Hamburg, auch Frankfurt. Durch den Ort, durch den nur eine Verbindungsstraße führt, rollten britische Gefechtsfahrzeuge.

Plötzlich stockte die Kolonne. Es war zu beobachten, wie sich vor einem Panzer eine Menschengruppe scharte, ein Transparent ausrollte und nicht weichen wollte, als der Fahrer vorsichtig anfuhr. Aus der Gruppe schallte es „Raus aus der NATO", „Manöver gleich Krieg" und ähnliches.

Ein Polizist war unversehens zwischen Panzer und Gruppe und hieß den Briten, sein Gefährt zurückzusetzen. Das geschah unverzüglich. Minuten später war auf der Straße eine Reihe behelmter Polizei aufgezogen. Später *wurde bekannt, daß* es BGS war, der mit Hubschraubern am Dorfrand gelandet worden war. Die Polizei drückte die Blockadegruppe vor sich her die Straße entlang und machte sie wieder für den Verkehr frei.

Unterdessen waren die beiden Minister Heseltine und Wörner in einem *benachbarten Gehöft angekommen* und stellten sich in einer Scheune den Fragen der Journalisten. Minister Wörner machte mit *Blick* auf die „Demonstration" auf der Straße klar, daß das, „was offensichtlich organisiert wurde, nicht die Bevölkerung repräsentiert". Besonders an die Fernsehreporter appellierte er, sie sollten in der Berichterstattung unterscheiden, daß die Blockierer „ein paar Zusammengeholte" seien, die Bevölkerung jedoch die Notwendigkeit der Manövertätigkeit einsehe und sogar unterstütze. Er, Wörner, könne nur anerkennen, wie freundlich die Menschen der *Gegend* die *britischen Soldaten* und deren NATO-Verbündete aufgenommen haben.

Sein britischer Amtskollege Heseltine *wies bei dieser Gelegenheit dar*aufhin, daß sein Land mit der Militärübung, die unter dem Gesamtnamen „Löwenherz 84" geführt wird, seit Ende des Zweiten Weltkrieges das größte Manöver überhaupt veranstalte. Damit demonstriere Großbritannien seinen festen Willen, an der Verteidigung des Westens beteiligt zu bleiben. Dafür sei die Britische Rheinarmee „eines der Kernstücke".

An dem Manöver, das noch bis zum Wochenende läuft, sind mehr als 130 000 Soldaten beteiligt. Knapp 60 000 kamen als Verstärkungstruppe in der Verlegeübung „Full Flow" aus Großbritannien. Der zweite Teil des Manövers „Lionheart 84", das Gefechtsgeschehen der Landstreitkräfte unter dem Namen „Spearpoint", führte auf der einen Seite die britischen Truppen gegen eine multinational zusammengesetzte Truppe auf der anderen Seite zusammen. Unter Führung des Kommandeurs der 1. deutschen Panzerdivision, Generalmajor von Ondarza, kämpfen als „Rot"-Verband neben den deutschen Soldaten eine niederländische und eine amerikanische Brigade. Die Amerikaner wurden als „Reforger"-Truppen aus Fort Polk in Texas über den Atlantik gebracht. Wie man hört, funktioniert die Zusammenarbeit in diesem gemischten Verband zu aller Zufriedenheit.

Am Samstag verlief eine Kundgebung der „Friedensbewegung" vor der britischen Kaserne in Hildesheim mit rund 4 000 Teilnehmern ohne größere Zwischenfälle.

„Bekenntnisnotstand in der EKD"

Evangelikale legen Thesen zur Gültigkeit der Barmer Erklärung vor / Gegen falsche Lehren

idea, Wuppertal

Die Evangelische Kirche in Deutschland erlebt nach Meinung des Tübinger Theologen Professor Peter Beyerhaus heute einen gefährlicheren geistlichen Notstand als zur Zeit des Dritten Reiches. „Sie ist durch das Eindringen evangeliumswidriger Ideologien wie Neomarxismus, historische Bibelkritik und Theologien der Befreiung und des Feminismus in einen Bekenntnisnotstand geraten, der sich auch im Abbröckeln der Volkskirche äußert", sagte Beyerhaus, Präsident des Theologischen Konventes der evangelikalen Konferenz bekennender Gemeinschaften in der EKD, in Wuppertal.

Beyerhaus sprach zum Abschluß des 5. Europäischen Bekenntniskonvents. Er gab zu bedenken, ob die bekennenden Gemeinschaften künftig nicht eine neue bekennende Kirche in der EKD bilden sollten, etwa nach dem Vorbild der „Freien Synode" innerhalb der Lutherischen Staatskirche in Schweden.

Während einer Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Barmer Theologischen Erklärung, mit der sich die Bekennende Kirche seinerzeit gegen die Irrtümer der nationalsozialistischen Deutschen Christen wandte, wurden sechs Thesen zur Aktualität dieser Stellungnahme aus dem Jahre 1934 verlesen. Die von dem Erlanger Theologen Professor Walter Kuenneth entworfenen Grundsätze waren vom Theologischen Konvent einstimmig angenommen worden. Kuenneth gehörte der Bekennenden Kirche während des Dritten Reiches an.

Mit den Thesen wenden sich die bekennenden Gemeinschaften unter anderem gegen den Einbruch des „Christomarxismus mit seiner Losung 'Christen müssen Sozialisten sein'" und gegen andere Theologien, die zur gesellschaftlichen Systemveränderung aufrufen. Kritisiert werden ferner die Beteiligung kirchlicher Amtsträger an politischen Aktivitäten und Demonstrationen. Solches Engagement wirke „kirchenzerstörend".

Im Gegensatz zu heutigen „pazifistischen oder basisdemokratischen Forderungen – sogar von Theologen" – habe die Barmer Erklärung von 1934 die Notwendigkeit staatlicher Machtausübung bejaht. *Falsche* Lehre sei es auch, bestimmtes politisches Handeln, etwa in Fragen der Landesverteidigung, zur verpflichtenden Glaubensentscheidung zu machen. Staatlicher Gesetzgebung allerdings, die gegen Gottes Gebote verstoße und durch die das deutsche Volk sich – wie durch die Indikationsregelung bei der Abtreibung – eine neue „Blutschuld" auflade, müsse widersprochen werden.

Im Vorfeld der Gedenkfeier war es zu einem Eklat gekommen, weil das Presbyterium der Gemarker Gemeinde, in der die Barmer Synode 1934 stattfand, die Benutzung ihres Gotteshauses für die Gedenkveranstaltung nach vorheriger schriftlicher Zusage kurzfristig zurückzog. Vor dieser Entscheidung hatte der Präses der Rheinischen Kirche, D. Gerhard Brandt (Düsseldorf), dem Presbyterium einen Rohentwurf der Thesen der bekennenden Gemeinschaften zugeleitet.

Die Gedenkfeier mußte innerhalb kurzer Zeit in die Wuppertaler Stadthalle verlegt werden. In letzter Minute bot dann jedoch eine andere Gemeinde ihre Kirche als Alternative an. Beyerhaus wertete diesen Vorgang als „symbolhaft für den Beginn des zweiten Kirchenkampfes" in der EKD. Ausgerechnet die Evangelikalen, die sich als Sachwalter des Anliegens der Bekennenden Kirche verstünden, seien ausgewiesen worden.

„DDR"-Synode: Reisen erleichtern

Plädoyer für Zivilcourage als „innenpolitische Tugend" / Kritische Fragen von Synodalen

DW. Greifswald

Die evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat an die „DDR"-Führung appelliert, dem Wunsch nach verbesserten Reisemöglichkeiten zu entsprechen. Auf der Jahrestagung der Synode des Kirchenbundes in Greifswald äußerte der Ost-Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe „ganz persönlich die Hoffnung" auf eine Erweiterung bei den Anlässen und dem Kreis der Berechtigten für Besuchsreisen in dringenden Familienangelegenheiten.

Von der Konferenz der Kirchenleitungen wurde auf den Zusammenhang von äußerem und innerem Frieden hingewiesen; und auch der Begriff von der „Koalition der Vernunft", wie er politisch eine Rolle spielt, auf diesen Bereich angewendet: „Auch für das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschaft haben Bemühungen um eine Koalition der Vernunft, haben Vorgänge der Vertrauensbildung, hat das Bestreben, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen, einen Platz. Auch hier muß es um die Herausbildung und das Wirksamwerden von Friedenstugenden wie Toleranz, Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zum gegenseitigen Verstehen geben. Hinzu kommt eine besondere innenpolitische Tugend: die Zivilcourage."

Als Beispiel für Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Kirche und Staat wird in dem Bericht auf den staatlichen Bildungsbereich verwiesen. Atheisten könnten in Versuchung geraten, „Weltanschauungsfragen administrativ voranzubringen". Die Lage junger Christen in der sozialistischen Schule sei darum ein besonderes Bewährungsfeld der Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger.

Notwendig sei es, jedem Fall von Diskriminierung nachzugehen. Es sei unverständlich, hieß es in der Aussprache, warum Zusagen des Staats- und Parteichefs Erich Honecker bei seinem Gespräch mit dem Vorstand des Kirchenbundes am 6. März 1978 „keine Wirklichkeitsnähe, keine Basisbezogenheit" erlangt hätten. „Hier scheint eine tiefe Kluft zu sein, die nicht überwunden wird."

Kritische Anfragen gab es zur Teilnahme von Vertretern des Kirchenbundes mit „Gaststatus" an einer Tagung des offiziellen „Friedensrates" der „DDR". Unter anderem wurde von den Synodalen gefragt, wo denn in der „DDR"-Presse das „eigenständige Friedenszeugnis der Kirche" zu finden gewesen sei. Außerdem wurde die Klage vorgetragen, daß die sogenannten Bausoldaten zum Teil bei der Errichtung militärischer Anlagen eingesetzt würden.

Der Saalfelder Superintendent Ludwig Große bedauerte, daß die Beschäftigung mit dem Umweltschutz auf Mißtrauen stoße.

Hardthöhe: Kontroverse mit Soldatenverband

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zwischen Verteidigungsminister Wörner und dem Bundeswehrverband bahnt sich eine scharfe Kontroverse an. Vergangene Woche ließ Wörner ein mit der Verbandsspitze lange zuvor vereinbartes Gespräch kurzfristig absagen.

Die Ausladung des Vorsitzenden des Verbandes, Volland, und des geschäftsführenden Vorstandes nannte der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für Verteidigungsfragen, Horn, einen einmaligen Vorgang. Horn sah den „eigentlichen Grund" für die Absage in den „nachhaltigen kritischen Stellungnahmen des Verbandes zur Sozialpolitik des Verteidigungsministers". Volland hatte dem Verteidigungsministerium bei der Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten „Passivität und Nichtstun" vorgeworfen.

Wörners Stellvertreter und Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach erklärte, der Verband erhebe *seine Vorwürfe „wider besseres Wissen"*. Die Regierung unter Kohl habe eine Vielzahl sozialpolitischer Maßnahmen für die Soldaten verwirklicht, die vom Verband über ein Jahrzehnt lang vergeblich gefordert worden seien. Würzbach erwähnte die Erhöhung der Stellen für Zeitsoldaten bis 1985 auf 10 000 sowie für Feldwebel-Dienstgrade um 2063 und unter anderem auch den „Einstieg" in den Abbau des Verwendungsstaus durch Schaffung von mehr als 3500 „neuen Verwendungswechseln".

In einem internen Rundschreiben, das der WELT vorliegt, bezeichnet Volland diese Leistungen als eine „für die verantwortlichen Politiker beschämende Bestandsaufnahme". Er fragt, wann endlich konkrete Lösungskonzepte zum Verwendungsstau zu erwarten seien, wo die angekündigten Hilfen für die von häufigen Versetzungen betroffenen Soldatenfamilien blieben und was der Bund dazu tue, um ausscheidende Zeitsoldaten gegen Arbeitslosigkeit zu sichern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nach langem, mit großer Geduld und innerer Stärke ertragenem Leiden entschlief im Frieden Gottes am 16. 9. 1984 unser geliebter Bruder, Onkel und Freund

Bernhard Niehues

im Alter von 75 Jahren. Wir werden sein weites Herz, seine von großer persönlicher Bescheidenheit getragene Menschlichkeit und seine ständige tätige Sorge um unser Nordhorner Familienunternehmen nie vergessen.

Maria Bronner geb. Niehues
Hedwig Denk geb. Niehues
Erika Greven geb. Niehues
zugleich im Namen aller Nichten, Neffen und Freunde

Wir haben ihn, seinem Wunsch entsprechend, im engsten Familien- und Freundeskreis in Nordhorn beigesetzt.

4460 Nordhorn, Bentheimer Straße 118
München, Köln, Brissago

im September 1984

Statt Karten

Wir trauern um Herrn

Bernhard Niehues

24. Mai 1909 – 16. September 1984

Der langjährige Aufsichtsratsvorsitzende und Mehrheitsaktionär der NINO AG, Sohn des Firmengründers, hat die Entwicklung unseres Unternehmens maßgeblich geprägt. In entscheidenden Phasen hat er richtungweisend Einfluß genommen und strukturellen Wandlungen weitblickend den Weg gebahnt.

Wir achten in dem Verstorbenen die Persönlichkeit, die sich zum Wohl und in Mitverantwortung für die Zukunft von NINO zeitlebens uneingeschränkt und bis zuletzt eingesetzt hat.

Wir ehren Herrn Bernhard Niehues, indem sein Leben und Wirken uns Beispiel und Verpflichtung bleiben.

NINO AG
Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

4460 Nordhorn, 24. September 1984, Bentheimer Straße 118

Nach kurzer, schwerer Krankheit, die er mit einem mutigen Entschluß überwinden wollte, entschlief überraschend am Donnerstag, dem 20. September 1984, kurz vor Vollendung seines siebzigsten Lebensjahres, mein geliebter Mann, unser Vater, Großvater und Schwiegervater

Heinz F. C. Schorbach

geb. 6. 12. 1914

In einem erfüllten Leben war er der Mittelpunkt seiner geliebten Familie. Wir trauern um ihn voll Wehmut und Dankbarkeit.

Katrin Schorbach geb. Saul
Stefany
Jochen und Angela Kautz geb. Schorbach
Tim, Jan und Nina
Stefan und Karin Schorbach geb. Bonertz
Christian und Philipp
Dr. John Walter
und Cornelia Hinneberg geb. Schorbach
John und Jorge

2000 Hamburg 60, Bebelallee 40

Trauerfeier am Donnerstag, dem 27. September 1984, um 11.00 Uhr in der Martin-Luther-Kirche zu Hamburg-Alsterdorf, Bebelallee.

Anschließend Beisetzung im Familienkreis auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf.

Am 20. 9. 1984 ist für alle völlig unerwartet unser verehrter Seniorchef

Heinz F. C. Schorbach

geb. 6. 12. 1914

für immer von uns gegangen.

Seit über 50 Jahren hat er zunächst mit seinem Vater, dem Gründer, dann über 30 Jahre allein die Entwicklung des Unternehmens durch seine unverwechselbare Art, großen Ideenreichtum und Schaffensfreude dauerhaft geprägt.

Mit Klugheit und Weitsicht gab er der nächsten Generation beizeiten ihre Chance.

Als väterlicher Freund und Ratgeber wird er uns allen sehr fehlen. Wir werden seiner immer in Ehren gedenken.

Stefan Schorbach
im Namen der
Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der
F.W. M. Schorbach – Haustechnik

2000 Hamburg-Alsterdorf, Heubergredder 12–14

Trauerfeier am Donnerstag, dem 27. September 1984, um 11.00 Uhr in der Martin-Luther-Kirche zu Hamburg-Alsterdorf, Bebelallee.

Anschließend Beisetzung im Familienkreis auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf.

Wir trauern um Herrn

Präsident a. D.

Dr. Erich Schnell

Träger der Victor-Aimé-Huber-Plakette

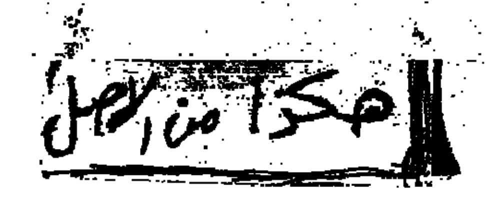
der am 7. September 1984 im 83. Lebensjahr nach langer Krankheit verstorben ist.

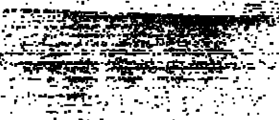
Erich Schnell hat sein ganzes Leben in den Dienst der Wohnungswirtschaft gestellt. Als leitender Geschäftsführer der Heimstätte Schleswig-Holstein, als Erster Direktor der Landestreuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen in Schleswig-Holstein und – nach deren Umwandlung in die Wohnungsbaukreditanstalt – als deren Präsident hat er sich stets für die Belange des sozialen Wohnungsbaus auf Landes- und Bundesebene engagiert.

Für seinen großen persönlichen Einsatz und sein hohes soziales Verantwortungsbewußtsein wurde Erich Schnell im Jahre 1966 mit der „Victor-Aimé-Huber-Plakette", der höchsten Auszeichnung der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, geehrt.

Die Gemeinnützige Wohnungswirtschaft, die mit Erich Schnell eine herausragende Persönlichkeit verloren hat, wird sein Andenken in Ehren halten.

Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e. V. Köln
Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
gez. Bangemann





Ministerpräsident und Herausforderer im NRW-Kommunalwahlkampf

Rau: Wer die Grünen wählt, der bekommt schwarze Mehrheiten

Von WALTER H. RUEB

Gutgelaunt, gut beschützt und gut bestückt mit Vorwürfen gegen den politischen Gegner zieht Ministerpräsident Johannes Rau im nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf durch das Land. Er ist ein routinierter Wahlkämpfer: In der Monheimer Altenbegegnungsstätte zeigt der 54jährige Vater Fotos von seiner Tochter, „dem schönsten Kind des Landes", stellt sich zwischen die greisen Wählerinnen und singt im Chor mit. Ein paar Meter weiter hebt er auf dem Kinderspielplatz ein neunjähriges Mädchen vor den Fernsehkameras auf ein Krabbelkissen, auf dem Parkplatz eines idyllisch gelegenen Hotels in Haan tritt er zusammen mit elf Spitzenpolitikerinnen seiner Partei auf einem Superfahrrad in die Pedale, auf der Autobahn sammelt er im Stau mit freundlichem Winken sogar im gepanzerten Auto Punkte. Und im Haaner Schillerpark weiß er selbst schlechter Witterung, spärlichem Besuch und flauer Stimmung noch etwas abzugewinnen: ein Händedruck für einen 70jährigen Kommunalpolitiker, ein paar lobende Worte – was könnte publikumswirksamer sein?

Das Charisma seiner Vorgänger Franz Meyers und Heinz Kühn ist Rau nicht eigen. Er hat wenig von einem „Landesvater", und Geduld scheint auch nicht gerade seine Stärke zu sein. Dafür kann er herrlich spotten, sogar über sich selbst. „Eigentlich brauchte ich einen Wandergewerbeschein", glossiert er sich lachend. „Seit Tagen übe ich meinen Beruf im Herumziehen aus."

Wenn es ernst wird, vermag er sich jedoch gut in Szene zu setzen. Er verweist auf ein ganz persönliches *Jubiläum: „Heute bin ich genau* sechs Jahre lang Ministerpräsident", erzählt er Frauen und Männern im Heim der Arbeiterwohlfahrt. Wenig später erinnert er Zuhörerinnen und Zuhörer an seine 26jährige Mitgliedschaft im Düsseldorfer Landtag, wirft einen Blick in die Zukunft und orakelt: „Wenn alles gutgeht, bin ich im nächsten Jahr zusammen mit einem anderen am längsten dabei."

Die FDP wird geschont

Damit „alles gutgeht", schont er den politischen Gegner nicht. Die CDU ist sein Popanz, stets zieht er gegen sie vom Leder. Kein einziges Mal schießt er auf einem halben Dutzend *Veranstaltungen auf die FDP*, und die Grünen wirft er zumindest verbal mit „anderen kleinen politischen Gruppen" in einen Topf.

Dabei sind es die Grünen, die den Roten Sorgen bereiten. „Ich rechne damit, daß sie in einigen Städten bis zu 14 oder 15 Prozent bekommen", sagt Rau im Gespräch unter vier Augen und zuckt die Schultern. „Da und dort müssen sie sich vielleicht *mit nur* vier Prozent zufriedengeben. Aber sie werden vor allem uns Stimmen wegnehmen."

Die Frage nach einem Zusammengehen von Sozialdemokraten und Grünen in den Rathäusern des Landes beantwortet er gegenüber der WELT ausweichend. „Was heißt zusammengehen? Die Grünen sind doch so vielschichtig. Da gibt es reine Umweltschützer, dort besteht die Partei aus harten K-Gruppen, anderswo sind sie gemischt. In Monheim beispielsweise liebäugelt auch die CDU mit den Grünen ..."

An den Mikrofonen, vor der örtlichen SPD-Prominenz und im Lichte der Scheinwerfer des WDR-Fernsehens, das zu seinen Feldzügen gehört wie persönlicher Referent, Wahlkampfleiter, Sicherheitsbeamte und Chauffeure, gibt er sich kämpferischer.

Sorge um Wahlbeteiligung

„Wer grün wählt, bekommt schwarze Mehrheiten", hämmert er seinem Auditorium ein. Dann gräbt er den Grünen mit Prahlereien über eigene Umweltschutz-Verdienste das Wasser ab. „Wir haben bereits 1977 die Schwefelbelastung der Luft gesenkt. Da gab es noch keine Grünen." Gegen die CDU scheint Rau kampfgeübter. Da kommen ihm die Vorwürfe flüssig über die Lippen, da *setzt er Hohn und Spott ein, verwan*delt eine kahle Stadthalle in ein intimes politisches Kabarett. Viermal erntet er innerhalb weniger Stunden in *Monheim*, Haan, Gruiten und Erkrath Lachstürme mit seiner Version des griechischen Wortes Chaos. „Das ist schwierig zu übersetzen", sagt er harmlos. „Wer jedoch unbedingt wissen will, was Chaos ist, sollte sich anschauen, wie Helmut Kohl in Bonn regiert, dann weiß er, was Chaos ist."

Rau kämpft nicht mit schwerem Säbel. In der Auseinandersetzung *mit dem Mitbewerber um die Macht* bevorzugt er das Florett, und er taucht dessen Spitze gerne in ätzenden Spott. „In Bonn muß man sparen", höhnt er. „Wo könnte das besser erreicht werden als bei BAföG, Mutterschaftsgeld, Renten, Ausgaben für Behinderte, Arbeitslosengeld und Freifahrscheinen? Nur die Vermögenssteuer darf nicht geändert werden ..."

Mehr als Grüne und Schwarze fürchten Rau und die SPD, daß Parteimitglieder und Sympathisanten der Wahl fernbleiben könnten. Die Mobilisierung der Massen ist denn auch das Hauptanliegen, das der Wahlkämpfer Rau verbrämt hinter staatspolitischen Überlegungen unter die Leute bringt: „Die Demokratie lebt vom Engagement der Menschen. Die großen Fragen der Zeit aber dürfen nicht den kleinen Gruppen und schon gar nicht der Partei der Nichtwähler überlassen werden. Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie zur Wahl."

Worms: Schluß mit der Bevormundung durch den Staat

Von WALTER H. RUEB

Für Bernhard Worms, den Gegen*spieler von Ministerpräsident* Rau bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im kommenden Frühjahr, sind die Kommunalwahlen 1984 ein willkommener Auftakt. Fast Tag und Nacht ist der quirlige Mittfünfziger im Lande unterwegs, verteilt schon vor dem Morgengrauen an Werktoren Flugblätter, demonstriert auf Marktplätzen die Bürgernähe seiner Partei, geht mit dem Hubschrauber in die Luft, wirft in Wesel nach einem Achtzehn-Stunden-Tag kurz vor Mitternacht das Programm über den *Haufen und macht ehemals zerstrit*tenen und von ihm zur Versöhnung geführten Parteifreunden in Xanten noch einen Besuch.

Zugegeben, der CDU-Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag und Spitzenkandidat seiner Partei hat im Hinblick auf die bevorstehende Auseinandersetzung um die Macht im Lande noch ein erhebliches Popularitäts-Defizit gegenüber seinem Kontrahenten. Doch am Ende des Kommunalwahlkampfes wird es ausgeglichen sein – das und die Fairneß seines Gegners erkennt so*gar Ministerpräsident Johannes* Rau an.

Überall an Lippe, Rhein und Ruhr blickt einem von Plakatwänden das vertrauenerweckende Gesicht des CDU-Politikers entgegen. In der Mülheimer Innenstadt erkennen die Frauen den freundlichen Herrn wieder, der ihnen gelbe und rote Rosen überreicht. Bernhard Worms tut dies nicht mit der Grandezza und Eleganz eines Diplomaten oder Schauspielers, dafür mit der Offenheit und Wärme seines Charakters. Auf der Ruhr zwischen Kettwig und Mül*heim ruft er auf Schiffen der Weißen* Flotte inmitten Hunderter von Mitgliedern der Mülheimer CDU-Frauenvereinigung Erinnerungen an Franz Meyers wach, dessen persönlicher Referent der Diplomkaufmann, Volkswirt und ohne Bezüge beurlaubte Abteilungspräsident der Düsseldorfer Oberpostdirektion in den Anfängen seiner Karriere war.

Eine bildhafte Sprache

Bedächtig spricht er zu den Frauen, aufmerksam hört er vielen zu. „Ich gehöre nicht zu denen, die aus der Hüfte schießen", sagt er. „Zuhören und an einem Thema festhalten und arbeiten ist oft wichtiger als reden."

Ergreift er das Wort, so kehren in seinen beschwörenden Reden und Appellen die gleichen Begriffe im*mer wieder. Ob vor Frauen oder* Bergleuten am Werktor von Rheinbraun, ob vor dem Ortsverband der CDU in Wesel, ob beim Richtfest eines Altenzentrums in seiner Heimatstadt Pulheim oder beim Treffen der 16 lippischen CDU-Ortsvereine vor dem Rathaus von Detmold – stets kreisen Worms' Ausführungen um Fleiß und Einsatz, Initiative und Engagement, Glaubwürdigkeit und Mitmenschlichkeit.

Sobald Worms vor ein Mikrofon tritt, beginnt in ihm ein Feuer zu brennen. Die Sätze *kommen* eindringlich heraus, seine Reden sind bildhaft. Worms spricht ohne Manuskript, bei Vorwürfen gegen die Mißwirtschaft der SPD-Regierung anklagend und geißelnd wie ein Staatsanwalt, bei Appellen an die Mitbürger emotionsgeladen wie ein Verteidiger einer längst nicht verlorenen Sache.

Einsatz für die Bauern

Kritik am politischen Gegner trägt der CDU-Politiker, Fußball- und Tierfreund hart und klar vor. Da ist alle Bonhomie weg. „Die Politik muß kalkulierbar sein", ruft er schneidend in die Weseler Niederrheinhalle. „Der Staat darf mit dem Bürger nicht den Molli machen. Mit Staatsbevormundung und Bürokratie muß endlich Schluß sein. Wir vertrauen *auf den Bürger*, der sein Schicksal wieder selber in die Hände nehmen will."

Worms' Ziele sind hoch gesteckt, sein Credo anspruchsvoll. Er fordert, den Menschen wieder Beispiele zu geben, und er scheut sich nicht, selbst den Papst als Zeugen aufzurufen. Und wo er auftritt, hinterläßt er Spuren, denn er versteht es, Trümpfe auszuspielen. In Mülheim liest er einigen Hundert Frauen ein Schreiben ihres Oberbürgermeisters vom 8. März 1919 an seine Großmutter vor und zeigt das gerahmte Dokument mit hocherhobenen Armen herum. Es bezeugt, daß Worms' Urahnin als erste Frau Mitglied der Mülheimer Stadtverordnetenversammlung war – gleich nach der Einführung des Frauenstimmrechts nach dem Ersten Weltkrieg.

Spuren seines Besuchs sind jetzt auch in den Mittelgebirgsregionen von Nordrhein-Westfalen zu entdekken: Die angebliche Rekordernte entpuppt sich wegen des *anhaltend* schlechten Wetters in Wahrheit als eine für die Getreidebauern bedrohliche Situation. Jetzt müssen sich Ausschüsse, Landesregierung und Bundesminister Ignaz Kiechle mit der Angelegenheit befassen, denn Worms nahm von den Bauern nicht Abschied, ohne Alarm zu schlagen. Auf einem Tisch im Düsseldorfer Landtag aber liegen seit drei Tagen die Beweise von Bernhard Worms' alarmierenden Berichten: Gerste, Roggen und Hafer in von der Feuchtigkeit dunkel gefärbten Garben. *Kohle und Stahl, Arbeitslosigkeit* und Staatsverschuldung werde sich die CDU bei einem Mandat durch die Wähler selbstverständlich mit dem gleichen Engagement widmen, verspricht Worms überall. Es ist nach dem Urteil jener, die ihn kennen, keine Phrase.

Schlüters Roßkur weist Erfolg auf

Zwei Drittel der Dänen befürworten die Sparpolitik / Auch Gewerkschaften ziehen mit

R. GATERMANN, Kopenhagen

Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl heute zu seinem eineinhalbtägigen *offiziellen Besuch in die dänische* Hauptstadt kommt, wird er wohl nicht vergessen, seinen Gastgeber und Parteifreund Poul Schlüter noch zu dessen zweijährigem Amtsjubiläum als Regierungschef zu gratulieren.

Am 10. September 1982 warf der Sozialdemokrat Anker Jörgensen endgültig das Handtuch, und Dänemark bekam eine Vier-Parteien-Koalition, von der sich laut Meinungsumfragen 62 Prozent der Wähler wünschen, daß sie das Ruder weiter in der Hand behält. Am meisten dürfte Poul Schlüter gefreut haben, daß 42 Prozent der sozialdemokratischen Sympathisanten ebenfalls dieser Ansicht sind.

Die Dänen haben sehr gut verstanden, daß nur eine Roßkur ihre Volkswirtschaft wieder auf festeren Boden stellen kann. Der Konservative Poul Schlüter und sein damaliger Finanzminister, der Liberale Henning Christophersen, der heute auf seine Berufung in die EG-Kommission wartet, machten von Anbeginn klar, daß damit eine drastische Einschränkung der privaten und öffentlichen Ausgaben verbunden ist.

Im Oktober 1983 demonstrierten zu Beginn der Sitzungsperiode des Fol*ketings (Parlament) fast 65 000* Arbeiter gegen die Sparpolitik des „vierblättrigen Regierungskleeblatts". Diese Stimmen sind heute weitgehend verstummt und der Chefökonom der Metallarbeitergewerkschaft, Steffen Möller, gibt offen zu, daß seine Wirtschaftsanalysen weitgehend mit denen der Regierung übereinstimmen.

In Dänemark hat sich in den vergangenen zwei Jahren vieles verändert. Die Inflation ist halbiert worden, die Zinsen sind kräftig gefallen, das Staatshaushaltsdefizit ist stark reduziert, die Industrie läuft auf Hochtouren und zeigt eine seit zehn Jahren nicht *gekannte* Investitionsbereitschaft. Auf der Schattenseite stehen 10prozentige stagnierende Arbeitslosenquote und der wieder wachsende negative Leistungsbilanzsaldo. Viele Dänen mußten nicht so sehr wegen der gesunkenen Realeinkommen ihren Gürtel enger schnallen, sondern häufiger wegen der gekürzten öffentlichen Sozialleistungen.

Daß Poul Schlüter und seine *Mannschaft dennoch das* Vertrauen der Wähler genießen, liegt nicht nur an der Einsicht, daß ihr Weg der einzige aus der Misere ist, sondern zu einem nicht unbedeutenden Teil an dem Vermögen des Regierungschefs, sein Kabinett kollegial am Zügel zu halten und der Bevölkerung den Glauben an die Zukunft zurückgegeben zu haben.

Selbst der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokraten und frühere Finanzminister Knud Heinessen muß eingestehen: „Wir können Poul Schlüter gern zehn Punkte für die *künstlerische Ausführung geben.*" Bei der technischen Note ist Heinessen allerdings sehr viel zurückhaltender: „Die 15 Prozent, die am schlechtesten gestellt sind, müssen die ganze Rechnung bezahlen".

Die Opposition, in sich stark zersplittert, weiß jedoch, daß sie die Koalition nicht wegen deren Wirtschaftspolitik zu Fall bringen kann, *weswegen sie es jetzt in verstärktem* Maße mit sicherheitspolitischen Fragen versucht. Das Kabinett Schlüter besteht aus den Konservativen, der liberalen Venstre-Partei, den Zentrum-Demokraten sowie der Christlichen Volkspartei und verfügt im Folketing über keine eigene Mehrheit.

Es ist auf die Stimmen der Fortschrittspartei und der sozialliberalen Radikale Venstre Partei angewiesen. Die Sozialliberalen stehen aber nur in der Wirtschaftspolitik auf der Seite Schlüters, in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen unterstützen sie die linke Front der Sozialdemokraten, sozialistischen Volkspartei und Linkssozialisten.

Es ist offenbar, daß die Regierung vier weitere Abstimmungsniederlagen erleiden wird. Die Sozialdemokraten beschlossen auf ihrem vor ein paar Tagen beendeten Kongreß „für ein in Friedens-, Krisen- und Kriegszeiten kernwaffenfreies Dänemark" zu arbeiten. Bei den andauernden Gesprächen mit der Regierung über ein gemeinsames sicherheitspolitisches Programm wird sich zeigen müssen, wie tatkräftig sie dieses Ziel verfolgen wollen.

Gleichzeitig wollen die Sozialdemokraten die EG noch kritischer als bisher unter die Lupe nehmen, womit man den zahlreichen Gegnern der Gemeinschaft entgegenkam. Die aus deren Reihen gekommene Ankündigung, eine Anti-EG-Partei zu bilden, erwies sich allerdings auf dem Parteitag als leere Drohung.

Bürgerrechtler: Appell an Brandt

AFP, Prag

Eine Gruppe tschechoslowakischer Bürgerrechtler hat den Präsidenten der Sozialistischen Internationalen, Willy Brandt, um Aufnahme in die Organisation ersucht. Zu den Mitgliedern der Gruppe „Freunde der Sozialistischen Internationale" zählt der seit Juni 1980 wegen seiner Aktivitäten für die „Charta 77" zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilte Rudolf Battek.

Die Gruppe erklärt in ihrem Ersuchen ihren Wunsch nach Verbundenheit mit den sozialdemokratischen Parteien Europas. *Die derzeitigen* Verhältnisse erlaubten keinen Wiederaufbau der 1878 gegründeten tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei.

Tauscht Iran Gefangene aus?

dpa, Teheran

Iran ist bereit, mit Irak verwundete Kriegsgefangene auszutauschen oder sogar einseitig freizulassen. Dieses Angebot machte der iranische Staatspräsident Sayed Ali Khamenei gestern in einer Rede vor irakischen Gefangenen. Zugleich bekräftigte der Spitzenpolitiker, daß es das Kriegsziel der Islamischen Republik Iran bleibe, „den Sturz des irakischen Regimes" zu betreiben.

Khamenei hatte bereits am Samstag auf einer Militärparade erklärt, die Militärkommandeure des Landes seien mit der Planung einer Schlußoffensive gegen Irak beschäftigt, damit die Streitkräfte „in zeitlich und örtlich günstiger Situation ihren Angriff beginnen".

Tschad wünscht UNO-Überwacher

dpa, Paris

Die tschadische Regierung will den Abzug der französischen und libyschen Truppen aus ihrem Lande von den Vereinten Nationen überwachen lassen. Der Rückzug soll nach Vereinbarungen zwischen Frankreich und Libyen am Dienstag beginnen.

Der Botschafter Tschads in Paris, Allam Ahmad, hat unterdessen bedauert, daß seine Regierung nicht in die libysch-französischen Verhandlungen über den Truppenabzug einbezogen worden sei.

Die tschadische Regierung lehne die Berufung von Beobachtern aus Benin durch Frankreich als Überwacher des Abzugs ab, erklärte der Botschafter. Benin sei seinem Staat feindlich gesonnen.

Flucht über Mur nach Österreich

AFP/AP, Wien

Einem aus Prag stammenden tschechoslowakischen Staatsbürger und seinem sechsjährigen Sohn ist es am Wochenende gelungen, die Mur an der österreichisch-jugoslawischen Grenze bei Weitersfeld zu überqueren, während die Mutter wegen eines Schwächeanfalls auf *halbem* Weg umkehren mußte. Sie wurde von jugoslawischen Grenzpolizisten aus dem Wasser geholt und verhaftet. Das österreichische Innenministerium hat sich mit dem Ersuchen an die jugoslawischen Behörden gewandt, auch die Frau nach Österreich ausreisen zu lassen. Eine Woche zuvor war der Fluchtversuch einer fünfköpfigen tschechischen Familie über die Mur nur den beiden Töchtern gelungen.

Großbritanniens Liberale rücken nach links

Rückschlag für sozialliberale Allianz / Nach der Niederlage in der Verteidigungsdebatte: Beifall für Parteiführer Steel

FRITZ WIRTH, London

Mit einer Jubelorgie, wie sie bisher keinem liberalen Parteiführer zuteil wurde, schloß am *Freitag der liberale* Parteitag in Bournemouth wieder Frieden mit seinem Parteichef David Steel. Zehn Minuten lang deckte man ihn mit Beifall zu, dessen demonstrative Orchestrierung am Ende schon fast peinlich wirkte.

Es war mehr als ein Vertrauensvotum, es war ein Akt der Wiedergutmachung. Denn nur 24 Stunden zuvor hatte die gleiche Versammlung Steel in der Verteidigungsdebatte die Gefolgschaft versagt. Der Parteitag mißachtete in dieser Debatte die persönliche und leidenschaftliche Intervention Steels und entschied sich gegen dessen Willen für einen unverzüglichen Abzug aller US-Marschflugkörper von britischem Boden.

Es war nicht nur ein Rückschlag für Steel, sondern zugleich für die sozialliberale Allianz, denn der Parteitag setzte sich damit in Widerspruch zur Nuklearpolitik seines Bündnispartners, der sozialdemokratischen Partei unter David Owen, die für eine Einfrierung des gegenwärtigen Nuklearpotentials plädiert.

Im Wiedergutmachungs-Beifall für Steel nach dessen einstündiger programmatischer Parteitagsrede schwang deshalb auch Mitleid mit. Denn der Parteitag hatte ihn während der gesamten Woche in Bournemouth nicht gut behandelt. Die linksliberale Zeitschrift „Liberator" hatte seine Führungsposition in Frage gestellt und ihm Inkompetenz und Lustlosigkeit bescheinigt. Zugleich hatte sich eine ständig wachsende Schar radikaler Liberaler aus den örtlichen Parteibezirken demonstrativ um den neuen Star der Liberalen, den 42jährigen ehemaligen Diplomaten Paddy Ashdown, geschart, der sich in Bournemouth zum Führungsrivalen Steels profilierte.

Es war Ashdown, der den anti-nuklearen Feldzug gegen Steel führte und die Partei stärker als je zuvor in die Nähe eines unilateralen nuklearen Abrüstungskurses brachte. Ashdown drängte sich in Bournemouth so vehement ins Schweinwerferlicht, daß das liberale Establishment pikiert auf Gegenkurs gegangen ist und eine „Stop *Ashdown now*"-*Kampagne* startete.

Steels Parteitagsrede war bemerkenswert und programmatisch, weil sie eine deutliche Tendenzwende bei den Liberalen erkennen ließ. Steel widmete den größten Teil seiner Rede einer außergewöhnlich scharfen Attacke gegen Frau Thatcher, die er anklagte, den Verfall Großbritanniens herbeizuführen. Die Rede entsprach dem deutlichen Linksruck, der seit einiger Zeit an der Basis der Partei zu erkennen ist.

Sie war so vehement Anti-Thatcher, daß schwer vorstellbar ist, daß Steel sich bei einem durchaus möglichen offenen Ausgang der nächsten Unterhauswahlen, der keiner Partei eine *regierungsbildende Mehrheit* gibt, mit den Konservativen in ein gemeinsames Koalitionsboot begibt. Damit hat sich innerhalb der sozialliberalen Allianz ein erstaunlicher Positionswechsel vollzogen. Während bei der letzten Wahl noch die Sozial*demokraten den linken Flügel* der Allianz bildeten, stehen sie nunmehr vor allem in der Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik rechts von den Liberalen.

Die Allianz mit der SDP wurde im übrigen in Bournemouth von den Liberalen nicht mit unbedingt *freundlichen* Kommentaren versehen. Der stellvertretende SDP-Parteipräsident William Rodgers stieß als Gast sogar auf ausgesprochene Feindseligkeit. Trotz der Meinungsunterschiede ist die Existenz und Zukunft der Allianz nicht *gefährdet*. Beide Partner wissen, daß sie aufeinander angewiesen sind und getrennt marschierend spätestens bei der nächsten Wahl zum Scheitern verurteilt sind.

Teheran will die Kurden mit Gewalt umsiedeln

Der Widerstand wird härter / Angst vor dem Winter

GÜNTHER DESCHNER, Bonn

Der Gegensatz zwischen dem System des Ayatollah Khomeini und der kurdischen Minderheit in Iran ist erneut in aller Schärfe aufgebrochen. Nach zuverlässigen Berichten kurdischer und iranischer Exilorganisationen, die von Reisenden bestätigt wurden, ist die iranische Regierung entschlossen, im Grenzgebiet zu Irak die Bevölkerung von nahezu einhundert Kurdendörfern mit Gewalt umzusiedeln und hat offenbar bereits damit angefangen.

Vor allem Dörfer in der Gebirgsregion zwischen der Stadt Sardasht in der iranischen Provinz Kurdistan und dem irakischen Kurdenstädtchen Qala Disa, insgesamt etwa 20 000 Menschen, sind von diesen Maßnahmen betroffen. Die dortige Bevölkerung wurde ultimativ aufgefordert, ihre Häuser zu verlassen. Andernfalls werde die iranische Armee, wie es hieß, „den Feinden der Heimat Beine machen". Ersatzunterkünfte wurden den betroffenen Familien nicht angeboten. Die Einwohner sollten sich *„anderswo" Unterkünfte suchen.*

Die Umsiedlungsbefehle aus Teheran treffen die Bevölkerung in Iranisch-Kurdistan um so schlimmer, als in dem schwer zugänglichen Hochland bereits im Oktober mit dem Wintereinbruch gerechnet werden muß. Schneehöhen von mehreren Metern und Temperaturen bis 30 Grad unter dem Gefrierpunkt machen das Überwintern in Zelten unmöglich.

„Wir geben nicht nach"

*Im Zusammenhang mit den kur*denfeindlichen Umsiedlungsaktionen nehmen auch die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Partisanen, den „Pesh Merga", und der iranischen Armee und Revolutionswächtern „Pasdaran" wieder zu. In Bonn erklärte einer der wichtigsten Kurdenführer, der 51jährige Ali Ghasi, der selbst aus der iranischen Kurdenmetropole Mahabad stammt: „Von unseren Forderungen nach Autonomie, Pflege der kurdischen Sprache und allgemeiner Kulturfreiheit und nach Mitspracherecht bei der Gestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse im kurdischen Teil Irans können wir nicht abgehen."

Ali Ghasi verfügt in den iranischen Provinzen Kurdistan und Aserbeidschan über beträchtlichen Anhang – nicht zuletzt wegen seines legendären Vaters Muhammad Ghasi. Diesem war 1946 erstmals die Gründung eines eigenen Kurdenstaates, der „Republik von Mahabad", gelungen. 1947 allerdings wurde die Republik von Truppen des Schah zerschlagen, Muhammad Ghasi gehenkt.

Khomeini schweigt

Von kurdischer Seite wird der Anteil der Kurden an der 40-Millionen-Bevölkerung Irans mit 9 Millionen angegeben; unabhängige Schätzungen liegen bei mindestens 6 Millionen. Zunächst hatte die Minderheit den Sturz des Schah und die Machtergreifung Khomeinis 1979 begrüßt. Noch im Pariser Exil hatte der Ayatollah den iranischen Kurden ohne Einschränkung versichert, ihnen im Gegenzug für deren Unterstüzung *starke Autonomierechte einzuräu*men. „Aber gleich nach seiner Machtübernahme", so Ghasi, „stellte er sich taubstumm." Die Autonomiewünsche wurden brüsk abgewiesen. Ein blutiger Bürgerkrieg schloß sich an, der in Kurdistan das Bild von Massenerschießungen und Deportationen annahm. Vermittlungsversuche, in die auch zeitweilig einer der ranghöchsten Geistlichen, Ayatollah Taleghani, einbezogen waren, scheiterten. Guerrillaverbände der Kurden, unter ihnen auch linksorientierte Gruppen unter Führung des im Ostblock geschulten Abdul Rahman Ghassemlu, machen der Teheraner Zentralgewalt die Ausübung ihrer Machtbefugnisse im kurdischen Landesteil streitig.

Kurdensprecher Ali Ghasi wirft Teheran nicht nur Verstöße gegen das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und gegen die Menschenrechte vor: „Nicht einmal mit dem Selbstverständnis des Islam hat diese Einstellung Khomeinis zu den Lebensrechten des kurdischen Volkes etwas zu tun. Das Bild von schiitischen Herrenmenschen und kurdischen *Untermenschen* ist so unislamisch, wie sich nur denken läßt."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sparschwein der Nation?

„ÖTV-Forderungen stoßen auf scharfe Kritik"; WELT vom 18. September

In Ihrer Meldung führen Sie aus, daß Herr Zeyer, Ministerpräsident im Saarland, festgestellt habe, daß es keine richtige Ausgangsposition sei, wenn die ÖTV sage, sie wolle bei den Tarifabschlüssen wenigstens das erreichen, was in der privaten Wirtschaft erreicht worden sei.

Herr Zeyer sagt dann wörtlich: „Gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit müssen Menschen, die sichere Arbeitsplätze haben, Rücksicht nehmen und finanziellen Spielraum für eine Politik lassen, die in der Privatwirtschaft zusätzliche Arbeitsplätze schafft."

Herr Zeyer läßt außer acht, daß Arbeitsplätze z. B. im Bereich der Banken oder im Bereich der Großindustrie kaum weniger sicher sind, als die im öffentlichen Dienst. Herr Zeyer erweckt den Eindruck, als ob heutzutage mit brutalen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft geschaffen werden könnten. Herr Zeyer verschweigt wissentlich, daß in Zeiten der Hochkonjunktur dem öffentlichen Dienst angemessene, dem Inflationsverlauf gerecht werdende Anpassungen der Bezüge an die sonstige Lohnentwicklung verweigert worden sind, um die überschäumende Konjunktur zu dämpfen.

Nun spielt der öffentliche Dienst seit 2 Jahren das Sparschwein der Nation. Die Bundesregierung hat im Rahmen von Verordnungen an allen möglichen Stellen stillschweigend den öffentlichen Dienst zur Kasse gebeten und seine Nettoeinkommen geschmälert. Das Ergebnis aus dieser Vorgehensweise wird deutlich, wenn man heute das Netto-pro-Kopf-Einkommen je Familienmitglied von Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst vergleicht mit anderen Gruppen.

Dabei stellt sich dann heraus, daß das Netto-pro-Kopf-Einkommen je Familienmitglied von Angehörigen des öffentlichen Dienstes kaum noch abweicht vom Netto-pro-Kopf-Einkommen der Rentner.

Interessant ist dabei, daß zum gleichen Zeitpunkt das Netto-pro-Kopf-Einkommen der Selbständigen um ein Vielfaches höher ist als das der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst. Das Arbeitsentgelt im öffentlichen Dienst wird ebenso für eine Leistung gezahlt, wie in anderen Bereichen auch. Dieses ist der Sachverhalt. Wer das Arbeitsplatzrisiko zu einer geldwertgleichen Leistung hochstilisieren will, der muß sich sagen lassen, daß er damit eine neue Form des Tarif- und Arbeitsrechtes einführt, ohne die Folgen zu übersehen.

W. Graf, Lich

Ruhr-Trugbilder

„Im Ruhrgebiet blüht das politische Grün"; WELT vom 12. September

Sobald vom Ruhrgebiet gesprochen wird, tauchen Klischees auf, so die „seit Großväterzeiten verwobenen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der SPD". Allein ein Vergleich der Mitgliederzahlen macht deutlich, daß der Gewerkschaftssekretär keineswegs die Parteibeiträge einzieht – die Beiträge der Gewerkschaft werden überwiegend in der Firma einbehalten oder vom Konto abgebucht.

Der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe ist auch nicht „gradlinig konservativ"; er verfügt über einen gehörigen Schuß Opportunismus, der auch Zickzackwege erlaubt. Auch geben keineswegs die Arbeitnehmer aus der Montanindustrie den Ton an; in der heutigen SPD sind dies längst Beamte, Anwälte, Berufsfunktionäre u. ä. Es gelingt der SPD allerdings immer noch, den äußeren Anschein einer Arbeiterpartei zu wahren.

Die CDU schafft es trotz hoher Arbeitslosigkeit nicht, dieses Image zu zerstören. Auch die zweite Angriffsfläche der SPD, die geradezu exorbitante Ämterpatronage, konnte die CDU nicht politisch ausschlachten – in der CDU neutralisieren sich die Inhaber öffentlicher Ämter (z. B. Stadträte), die eine enge Zusammenarbeit mit der SPD pflegen, und Parteifunktionäre, die mehr Opposition wollen. Das Wahlergebnis für die CDU ist leicht vorauszusehen, die Schuld wird man Bonn zuschieben.

Mit freundlichem Gruß
H. Krichel, Biblis

Wort des Tages

„Wenn man nur glücklich sein wollte, das wäre bald getan. Aber man will immer glücklicher sein als die andern, und das ist fast immer schwierig, weil wir die andern für glücklicher halten, als sie sind. Um glücklicher zu sein, darf man deshalb nicht begehren, glücklicher zu sein als die andern."

Charles de Montesquieu; franz. Autor (1689–1755)

Weitaus mehr

„Leserbrief: Irreführende Zahlen"; WELT vom 12. September

Richtig ist, daß über 12 Millionen Deutsche aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus Polen auf unmenschliche Weise vertrieben (nicht „umgesiedelt") worden sind.

Dafür gibt es genügend authentisches Beweismaterial, so z. B. das 1934 im Ullstein Verlag Berlin erschienene Buch „Deutschland und die Welt". *Auf Seite 133 und 134* werden folgende Zahlen über die Bevölkerungszahl des Deutschen Reichsgebietes im Osten aufgeführt: 4 372 275 in Polen lebende Deutsche, die in nach dem Versailler Vertrag an Polen abgetretenen, ehemals deutschen Gebieten lebten; 9 278 545 Deutsche in den Ostprovinzen des Reiches (Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Nieder- u. Oberschlesien und Pommern). Das sind immerhin 13 650 820 deutsche Staatsbürger, die aus diesen Gebieten nach 1945 durch Flucht und Vertreibung ihre alte Heimat verloren haben.

Die Zahl über 12 Millionen Vertriebener ist so unanfechtbar und bisher in allen Dokumenten über die Vertreibung so authentisch festgestellt, daß man sich wundern muß, wie jemand auf die absurde Idee kommt, von „irreführenden Zahlen" zu schreiben und bei „nur" achteinhalb Millionen Deutschen als Vertriebene einfach über vier Millionen unterschlägt.

R. W. Marcks, Göttingen

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der französische Kulturminister **Jack Lang** hat namhaften Vertretern des deutschen Kulturlebens den „Ordre des Arts et des Lettres" verliehen. **Heinrich Böll** und der Verleger **Heinrich-Maria Ledig-Rowohlt** wurden in den Stand der „Commandeurs" erhoben. Der Geschäftsführer des Frankfurter Diesterweg Verlages, **Dietrich Herbst**, der Dirigent **Kurt Redel** und der Berliner Dramaturg **Edmund Luft** wurden ebenfalls mit diesem Orden ausgezeichnet, der ihnen am 1. Oktober vom französischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, **Jacques Maurizet**, im Verlauf einer Zeremonie in der Botschaftsresidenz ausgehändigt wird.

*

Der Hamburger Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** hat dem Tübinger Rhetorikprofessor **Walter Jens** die von der Hansestadt verliehene Medaille für Kunst und Wissenschaft während einer Feierstunde überreicht. Jens, der in Hamburg geboren ist, war bereits 1968 mit dem Lessing-Preis von Hamburg ausgezeichnet worden. Dohnanyi würdigte Jens als einen Aufklärer in der Tradition von **Lessing, Heine und Voltaire**. An der Feierstunde im Rathaus nahmen auch Wissenschaftssenator **Klaus Meyer-Abich**, Universitätspräsident **Peter Fischer-Appelt**, die Prinzipalin der „Hamburger Kammerspiele", **Ida Ehre**, sowie die Schauspieler **Werner Hinz** und **Emmi Bessel** teil.

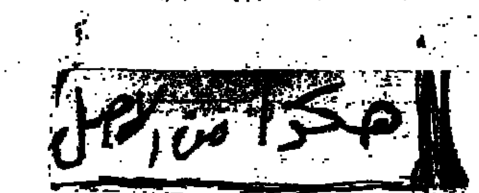
VERANSTALTUNG

Da Argentiniens Bürger zu 45 Prozent Vorfahren italienischen Ursprungs haben, sei für ihn, so Italiens Botschafter **Luigi Vittorio Ferraris**, natürlich ein guter Anlaß gegeben, auch den zukünftigen deutschen Botschafter in Argentinien, **Hans-Werner Graf Finck zu Finckenstein**, in Bonn feierlich zu verabschieden. Professor Ferraris tat dies: Er bat zum Diner. Graf Finck zu Finckenstein, bis zum Frühsommer Protokollchef der Bundesregierung, wird im Oktober nach Buenos Aires gehen. Zu der illustren Gästeschar in der Residenz gehörten der frühere FDP-Wirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff**, der CSU-Abgeordnete **Hans Graf Huyn** und der Abgeordnete der Grünen im Bundestag, **Otto Schily**. Einen Tag zuvor feierten die Italiener ebenfalls in Bonn: Gastgeber war Italiens Gesandter **Leopoldo Formichella**, der schon 1963 auf Bonner Posten war. In seinem Hause begrüßte er unter vielen Freunden US-Botschafter **Arthur F. Burns**.

ERNENNUNG

Der Hamburger Senat hat den bisherigen Senatsdirektor in der Finanzbehörde, **Werner Narzl**, sowie den früheren Leitenden Ministerialrat aus dem hessischen Arbeits-, Sozial- und Umwelt-Ministerium, **Fritz Vahrenholt**, zu Staatsräten ernannt. Vahrenholt gehört heute der Hamburger Umweltschutzbehörde an.

Dr. **Gerhard Fritz**, von 1964 bis 1981 Kurator der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) in Berlin, ist im Alter von 68 Jahren in Troisdorf bei Bonn verstorben. Fritz hatte Anfang der 60er Jahre als Mitglied des Deutschen Bundestages (1956–1965) und als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit maßgeblichen Anteil an der Gestaltung der deutschen Entwicklungspolitik. Fritz war in diesen Jahren auch Mitglied des Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion. In den langen Jahren seiner Tätigkeit als Kurator der 1959 gegründeten DSE hat Fritz mit kreativem Elan und großem persönlichen Einsatz den Auf- und Ausbau des DSE erfolgreich vorangetrieben. In vielen Interviews und Artikeln hat Fritz sich für die Stärkung der internationalen Funktionen Berlins ausgesprochen. Seinem dynamischen Engagement ist es zu verdanken, daß Berlin heute ein wichtiges Zentrum der deutschen Entwicklungspolitik ist. 1981 war der aus Südbaden stammende Volkswirtschaftler vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Aufbau des Senior-Experten-Dienst (SES) beauftragt worden, dessen Geschäftsführer er bis zu seinem Tode war. Aufgabe dieses Beratungsdienstes ist es, das Wissen und die Erfahrung von deutschen Experten, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind, den Ländern der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen.



„Unterhaltung ist, wenn die Leute bleiben": Gespräch mit Beatrice Richter

Das Chaos räumt sie in den Schrank

Zweihundert Rollen in sechzig Drehtagen für „nur" zwölfmal dreißig Minuten: „Sketchup" kommt und ist, von den Namen der Akteure her, nicht minder superlativ. Wer kennt nicht den Sprachverwandlungs-Strategen Diether Krebs, wer nicht das erstaunlich flexible Antlitz jener Dame, die sich zum ersten Mal Ende 1980 in Dieter Hildebrandts „Scheibenwischer" ins Bewußtsein der Zuschauer juxte: Beatrice Richter, wie Kollege Krebs später in Hochform blödelnde Carrell-Partnerin in dessen News-Chaos „Tagesshow".

Genau vor einer Woche ist sie aus den USA zurückgekehrt. Da war sie, erzählt die Münchnerin der WELT, nicht auf purem Erholungs-Trip, sondern auf der Suche nach Anregungen. „Nur um zu lernen", sei sie dort gewesen, „um mich beruflich zu informieren. Dort hat man alle die Großen des Showbusiness auf der Bühne, und die meisten könnte man hier auch haben. Aber die Leute hier sind halt zu arrogant."

Die Herren Macher hat sie offenbar besonders auf dem Kieker: „Die

Sketchup – ARD, 22.00 Uhr

könnten doch ruhig 'ne Fremdsprache lernen und mal rüberfliegen, aber nein, sie tun es nicht. Sie nehmen sich selber wichtig genug." Namen freilich nennt sie keine, sagt „man": „Sie verstehen: ‚Man' macht das nicht." Jene Herren hierzulande, die hätten „so richtige Bausparvertragsgesichter, verstehn Sie, was ich meine? In diesen deutschen Gesichtern sieht man genau: aha, Renten- und Sozialversicherung."

In „ihrem" Amerika namens New York hat sie einen Tanz-Workshop mitgemacht und war begeistert von der Selbstverständlichkeit, mit der dort „ganz normale Leute, Hausfrauen und so" solche Workshops besuchen. Da gibt es keine Schubladen, in die man abgestempelt hineingepackt wird: „Unterhaltung ist, wenn die Leute vor dem Bildschirm sitzen bleiben", definiert sie. „Eine Vorstellung macht Spaß, oder sie macht eben keinen Spaß", und: „Hamlet ist auch Unterhaltung, wenn Sie so wollen. Wer dableibt, dem hat's gefallen."

Das alles soll durchaus nicht heißen, daß sie generell mit männlichen Regisseuren unzufrieden wäre: „Bei Mike Nichols hab' ich mich plötzlich gefragt, warum ich eigentlich immer so unglücklich über die Regisseure war. Es geht eben auch vollkommen anders."

Mit ihr zu reden ist leicht. Sie hat Biß, denkt nach, formuliert pointiert, etwa so: „Wenn ich mal so traurig an der Isar langgehe, tröste ich mich immer: Mädchen, mit 39 kriegst du 'nen Oscar für die beste Nebenrolle." Oder so: „Zur Zeit trau' ich mir alles zu spielen zu, alle Goethes genauso wie ‚Kaktusblüte' oder ‚Drei Schwestern'." Oder so: „Was ich mache, ist anrüchig. Wenn der Schlöndorff so was macht, ist es toll. Wenn ich bei Schlöndorff was spielen würde, würd' der rumgehn und tät' sich überall entschuldigen." Das ist es, was sie mit den Schubladen meint. Wir fragen, ob sie das Prädikat „Ulknudel" nicht als Einschränkung, als Beengung empfindet. Das hätten sie schon 880 Leute gefragt, und in „Sketchup" sei das immerhin so, daß sie da „184 kleine Theaterstücke" spielen würde; ob das denn gar nichts sei?

Das Hektische in ihrem Leben sei geschrumpft, sagt sie: „Wissen Sie, seit mein Lebensstil etwas höherstaplerisch geworden ist, so mit Haushälterin und so, wird das Chaos einfach in den Schrank geräumt."

Sie schläft gern („durchschlafen, nicht das Leben ver-schlafen"), faulenzt, findet ihre Mixtur aus „Ehrgeiz und Faulheit eine tolle Mischung". Ein Zwischending zwischen Goldie Hawn und Meryl Streep, das wäre sie gern. Durchgehende Rollen sind ihr die liebsten.

Ob ihre Eltern, Vater Buchhändler, Mutter Flötistin, sie nicht doch beeinflußt, in ihr Spuren hinterlassen hätten? „Doch. Je älter ich werde, desto bewußter wird mir das. Man überwindet ‚Haßgefühle', die daraus entstanden, daß man die Eltern immerzu für alles und jedes verantwortlich gemacht hat." Zu Hause lag alles herum, Dickens, Tschechow, Shakespeare; aber sie empfand als Kind wenig dafür, verließ vorzeitig die Schule und fand als Schauspielschülerin ihre ersten wirklichen Erfolgserlebnisse: „Ich hatte immer vor zwei Dingen Angst – vor der Schule und vor Rudi Carrell. Als ich das erstemal vor Carrell stand, sah ich Schwester Boromea vor mir, meine Mathelehrerin!"

Sie bestünde, sagt sie, aus Höhen und Tiefen, auch heute noch. „Maria Schell hat gesagt: ‚Das Leben ist überall, man muß nur hingehen.'" Und das Ende des Lebens sieht sie so: „Der Burton hatte recht, als er sagte: Angst vorm Tod hätte ich nur, wenn ich ein armseliges Leben gehabt hätte."

Das ihre ist das gewiß nicht. Auf ihrem Programm für die nächste Zeit steht erst einmal ein Frankreichaufenthalt zum Sammeln anderer Anregungen, dann dreht sie in Hamburg mit Doris Kunstmann und Raimund Harmstorf, und dann wird sie mit „Goodbye, Charlie" auf Tournee gehen, einem Stück aus den sechziger Jahren, in dem ehemals Lauren Bacall brillierte.

„Reisen", sagt sie, „ist gut gegen das innere Zittern." Eine seltsame „Ulknudel" für deutsche Schubladen.

ALEXANDER SCHMITZ



Die Maskerade scheint nicht gewirkt zu haben: Beatrice Richter und Diether Krebs in einer Szene der Blödel-Serie „Sketchup" FOTO: RÖHNERT

STUDIO

Das Bier floß in diesem Jahr auf dem Münchner Oktoberfest ausnahmsweise schon einen Tag vor dem offiziellen Anstich. Das Bayerische Fernsehen hatte zu einem Festabend auf die noch schlummernde Wies'n eingeladen. Anlaß der Feier: **Bayern III wurde 20 Jahre alt.**

Den Anfang machte im März 1962 ein damals junger Mann im Funkhaus am Münchner Rundfunkplatz: Helmut Oeller, einst Fernsehbeauftragter des Intendanten und heute wegen seines Mutes zur eigenen Meinung der gern attackierte Fernsehdirektor, legte eine Studie zu dem Thema „Was ist Bildungsprogramm?" vor. Achtzehn Monate später konnten sich Bayerns Bildschirm-Besitzer betrachten, was ein Studienprogramm mit Tele-Kolleg, Schulfernsehen und Kulturfilmen zu leisten vermag. Oeller heute: „Das Angebot wurde wider alle Voraussage angenommen."

Anfang der siebziger Jahre wagte der weiß-blaue Kanal den Blick über den Schrebergarten des Bildungsprogramms hinaus. Der Ausbau zu einem eigenständigen Vollprogramm wurde begonnen, in dem sich heute bayerische Eigenart und Identität wiederfinden sollen. Und weil den Bayern die Grenzen des Freistaats für ein solches Programm zu eng erscheinen, schlug CSU-Generalsekretär Gerold Tandler kürzlich vor, Bayerns Drittes künftig via Satellit der ganzen Bundesrepublik ins Haus zu schicken.

Vorerst begnügten sich Münchens TV-Macher, dem Rest der Republik – außer dem störrischen WDR, der sich nicht zuschalten wollte – die Vor-Wies'n-Feier zu übermitteln, weshalb die Zuschauer nun dank parodistischer Einlagen wissen, daß Bayerns Fernsehredakteure an einer Krankheit leiden, die sich durch „bleierne Müdigkeit bei extremer Einfallslosigkeit" äußert: Ihnen ist die Wirbelsäule entschwunden, was sich aber nur belebend auf ihr Seelenleben auswirkt: „Die Redakteure ohne Rückgrat fühlen sich ganz besonders wohl."

Die angeblich Betroffenen amüsierten sich darüber – ganz im Sinne von Intendant Reinhold Vöth, der sich und seinen Gästen zu Beginn der Schmäh-Sendung gewünscht hatte, „daß wir die Kraft haben, darüber zu lachen". lz







ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Wie wär's heut' mit „Revue"?
11.45 Hundert Meisterwerke
Canaletto: Das Bacino am Himmelfahrtstag
11.55 Erde – Schatten – Stein
Porträt des Künstlers Rolf Isele
12.25 Bilder aus der Wissenschaft
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 ... Leute lesen – Bücher lesen kann ich zu Hause
Beobachtungen in einem Schwabinger Münzwaschsalon
17.05 Klamottenkiste
17.20 Die Zugmaus
Zeichentrickfilm
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Der Mann mit Higgins' Gesicht
Thomas Magnum trifft einen Mann, der seinem Freund Higgins zum Verwechseln ähnlich sieht.
21.00 Iki – Die Insel der zornigen Fischer
Millionenfach regten sich die Tierschützerherzen, als bekannt wurde, daß japanische Fischer auf der kleinen Insel Iki seit Jahren einen mörderischen Krieg gegen Delphine führen. Für die Japaner ein Kampf ums Überleben, denn diese intelligenten Säuger räubern in ihren Fanggründen. Peter Krebs erstellte eine Dokumentation über diese Fischer.
21.45 Ferien auf japanisch
Von Peter Krebs
22.00 Sketchup
Lachen mit Beatrice Richter und Diether Krebs
22.30 Tagesthemen
23.00 Unser Nachbarn
Chinesischer Spielfilm (1981)
Aufs Altenteil zurückversetzt, lebt der ehemalige Parteisekretär Yuan in einem Seniorenheim auf engstem Raum mit den anderen Bewohnern zusammen. Eines Tages müssen die Alten erfahren, daß ein für sie wichtiges Wohnungsbauvorhaben gestoppt werden soll. Sie beschließen, sich zu wehren . . .
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Microprozessoren – Microcomputer
Neue 13teilige Sendereihe
1. Teil: Von der Dampfmaschine zum Chip
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Eartha Kitt und Tame & Maffay
17.50 SOKO 5113
An die Nadel verloren
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Sühnezeichen
Über den selbstlosen Einsatz junger Deutscher, die im Rahmen der „Aktion Sühnezeichen" Friedensdienst in Frankreich leisten, berichtet Peter Bermbach
20.15 Was ist denn bloß mit Willi los?
Deutscher Spielfilm (1970)
Mit Heinz Erhardt, Helen Vita u. a.
Regie: Werner Jacobs
Heinz Erhardt spielt diesmal einen kurz vor der Pensionierung stehenden Finanzbeamten, der kleinen Steuerzahlern mit Aktenunterschlagung unter die Arme greift.
Anschl. Ratschlag für Kinogänger „Splash – Jungfrau am Haken" von Ron Howard
Vorgestellt von Beate Schaller
21.45 heute-journal
22.05 Nichts Neues unter der Sonne?
3. Teil: Alte und Junge
22.50 Nahtstellen
Ein Film von Michael Adriaan Meert
Vor sieben Jahren ereignete sich in einem kleinen Weserdörfchen „Die Schlacht um Grohnde": der Kampf der Dorfbewohner gegen den Bau eines Atomkraftwerks.
23.50 heute



Der Finanzbeamte Willi Winzig (Heinz Erhardt) wird auf seine alten Tage zum Wohltäter für die „kleinen Leute" (Was ist denn bloß mit Willi los? – ZDF, 20.15 Uhr) FOTO: KÖVESDI

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
21.15 Sauber! Sauber!
Mit Prof. Dr. Borneff
21.45 Das Geschäft mit der Kunst
Das Kultur-Exportland NRW
22.15 Geschichten aus den Hunsrückdörfern
Film von Edgar Reiz
über einen alten Brauch: die May
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Briefmarken – nicht nur für Sammler
19.15 Vom Nutzen der unnützen Pflanzen
20.00 Tagesschau
20.15 Wie gewonnen, so zerronnen
21.00 Das Montagsthema
Niedersachsen nach dem Kriege 1946–1949
21.45 Bonnie und Clyde
Amerikanischer Spielfilm (1967)
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty
18.55 Ludwig
19.00 Computer-Zentrale / Magazin Zukunft
Kann der Mensch ohne Wald leben?
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
22.30 Jazz in Concert II
Der Schlagzeuger Billy Cobham

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Tele-Kolleg II
19.00 Regionales
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Vor 165 Jahren geboren: Clara Schumann
Für Baden-Württemberg und das Saarland:
20.35 Der Start ins Nichts
Lehrstellenbilanz '84
Für Rheinland-Pfalz:
20.35 Multiple Sklerose
Eine Krankheit, die viele Gesichter hat
Gemeinschaftsprogramm:
21.20 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
21.45 Menschen unter uns
22.30 Soap – oder Trautes Heim
22.55 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Aus Forschung und Lehre
22.50 Task Force Police
Schnitzeljagd
23.40 Rundschau

„DDR"-Agenten als Werber an Hochschulen

WERNER KAHL, Karlsruhe

Unter dem Deckmantel eines Diplom-Wissenschaftlers ist ein „DDR"-Agent fast zehn Jahre lang an Universitäten und auf Messen in der Bundesrepublik als Werber von Perspektivagenten unter Studenten aufgetreten. Das hat die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nach der Enttarnung und Verhaftung des Beschuldigten ermittelt. Es handle sich um einen 42jährigen Mitarbeiter des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der regelmäßig als Reisekader des Geheimdienstes für jeweils mehrere Tage in die Bundesrepublik eingereist war.

Bevor der Interzonenzug nach Magdeburg-Leipzig am 12. September Köln verließ, nahmen Beamte des Bundeskriminalamtes den mutmaßlichen Agentenwerber in Köln fest. Nach Ansicht von Experten konnte damit erstmals ein Agent, der über den Zeitraum eines knappen Jahrzehnts in diesem Bereich tätig war, gefaßt werden. Da weitere polizeiliche Recherchen zur Feststellung angesprochener oder bereits angeworbener Studenten notwendig waren, wurde die Akte über den bedeutenden Zugriff erst an diesem Wochenende teilweise freigegeben.

Am selben Tag, an dem der „Diplom-Wissenschaftler" in Köln festgenommen wurde, nahmen BKA-Beamte in Niedersachsen einen 65jährigen schwedischen Ingenieur deutscher Herkunft fest. Ihm wird, wie berichtet, Technologieschmuggel im Auftrag eines östlichen Geheimdienstes vorgeworfen.

Der dritte Zugriff in den letzten Tagen fand in München statt. Dort wird ein Werkleiter der Spionage im Bereich militärtechnischer Forschung beschuldigt.

Bei der Spionageabwehr geht man davon aus, daß die Lücken, die der „DDR"-Überläufer Werner Stiller 1979 mit der Preisgabe von über hundert Agenten aus Wissenschaft und Technik gerissen hatte, wieder geschlossen worden sind. Wie die Abwehr den neuen Spionagefällen auf die Spur kam, unterliegt jedoch der Geheimhaltung.

Ostberliner Stellen hatten noch 48 Stunden nach den beiden Festnahmen am 12. September – offenbar ahnungslos über die Zugriffe – von der „DDR"-Nachrichtenagentur erklären lassen, spekulative Berichte über ein Überläufer-Leck im eigenen Geheimdienst seien falsch und aus Desinformationsquellen gespeist. Die DKP wurde daraufhin am 19. September in ihrem Parteiblatt vermutlich zur weiteren Beruhigung der verstörten Genossen tätig. Bei Hinweisen auf Westdeutsche, die als Agenten geworben oder gepreßt würden, handele es sich lediglich um eine „Bedrohungslüge", hieß es in der „UZ".

Aus der Anwerbungspraxis an Hochschulen wurde jetzt nach der Verhaftung des „DDR"-Agenten in Köln ein exemplarischer Fall bekannt. Der aus der „DDR" eingereiste Werber hatte sich den Angaben der Ermittlungsbehörden zufolge 1982 über den AStA einer Hochschule in Nordrhein-Westfalen an einen Studenten herangemacht und ihn für eine nebenberufliche Mitarbeit bei angeblichen Forschungsaufträgen aus der Schweiz interessiert. Die dem Studenten genannte Schweizer Institution existierte jedoch nur auf dem Briefbogen des Geheimdienstes.

Bangemann stimmte den Parteitag um

XING HU KUO, Heilbronn

Das umweltfreundliche Auto sorgte für eine vergiftete Atmosphäre, und das ausgerechnet in der Heilbronner Festhalle namens „Harmonie". Auf dem 69. Ordentlichen Landesparteitag der baden-württembergischen FDP am Samstag flogen die Fetzen. Hauptkontrahenten: Der 38jährige Landes- und Fraktionschef Jürgen Morlok, einer der drei stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden, und der ebenfalls aus dem Südwesten kommende, schwergewichtige Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, designierter Nachfolger Genschers an der Spitze der Partei.

Die 334 Delegierten verfolgten mit knisternder Spannung das Referat ihres Parteichefs. Wie üblich las der adrett gekleidete junge Diplom-Volkswirt aus Karlsruhe aus einem vorbereiteten Manuskript, mit nur geringen Abweichungen.

Morlok versuchte, Optimismus zu verbreiten. Allerdings gelang ihm dies nur sehr begrenzt, sah er doch selber die dunklen Wolken am Horizont der FDP. Nach einem bundesweit miserablen Europa-Wahl-Ergebnis von 4,8 Prozent für die Liberalen, nach dem gescheiterten Versuch, mit der Landtagswahl am 16. März die CDU-Mehrheit zu brechen, nach den Turbulenzen in der Bonner FDP-Zentrale sind die Aussichten, die Kommunalwahl am 28. Oktober gut zu bestehen, nicht sehr günstig.

Morlok suchte und fand sehr rasch den Sündenbock: Die Umweltpolitik seiner Parteifreunde in Bonn, voran Martin Bangemann, der früher in Baden-Württemberg viele Jahre Führungspositionen innehatte, bis er dann wegen des Dauerthemas „Koalitionsaussage" nach Straßburg weggelobt wurde. Und nun saß derselbe Bangemann, jovial grüßend, neben Morlok am Präsidiumstisch.

Morlok war am Zuge, und er schonte die Bonner Freunde in keiner Weise. Mit versteinerten Gesichtern hörten die massiv Kritisierten am langen Präsidiumstisch zu: Die Staatssekretäre Georg Gallus und Martin Grüner und der Reutlinger Helmut Haussmann, Generalsekretär der Partei. Der einzige, der unter den Hieben Morloks gelassen, ja sogar fröhlich in die Gesichter der Delegierten blickte, war Bangemann.

Morloks Attacke

Unter großem Beifall der Delegierten sagte Morlok, für die Südwest-FDP – trotz aller Rückschläge noch eine der gesündesten Gliederungen in der bundesweiten Partei – seien die Bonner Beschlüsse zur obligatorischen Einführung abgasarmer Autos erst mit dem Jahr 1989 „nicht zufriedenstellend". Die von der Bonner FDP-Spitze mitausgearbeiteten Entscheidungen seien mit Parteitags- und Bundestagsbeschlüssen nicht vereinbar. Er verwies auf die „dramatischen" Zustände beim Waldsterben. Die Widerstände in der Automobilindustrie gegen den Einführungstermin 1986 seien nicht überwunden worden. Kernsatz der Kritik Morloks an Bangemann, Genscher und der übrigen Parteispitze: „Kompromisse müssen so gefunden werden, daß sie anschließend auch vom Bürger angenommen werden."

Wegen der Bonner Beschlüsse, so beklagte Morlok, werde die Kommunalwahl für seine Partei jetzt eine neue „schwere Bewährungsprobe". Nicht nur hätten CDU, FDP und vor allem Grüne „weit mehr eigene Listen" als noch vor vier Jahren. Es fehle der Südwest-FDP in ihrem „Stammland" Baden-Württemberg jetzt der „kräftige Rückenwind aus Bonn".

Zunächst schien es, als ob Morlok in der Schlacht gegen seinen Vorgänger Bangemann die Oberhand gewonnen habe. Nicht nur der langanhaltende Beifall tat ihm sichtlich wohl. Die ersten Redner unterstützten ihn, die Schelte in Richtung Bonn war unmißverständlich und teilweise derb.

Vergleich mit Buschhaus

Ein Tübinger Delegierter nannte die Haltung der FDP in dieser Sache ein „Trauerspiel". Er verglich die Angelegenheit mit Buschhaus, vermißte die „liberale Konsequenz".

Nach diesen ersten Punkten für Morlok wandelte sich das Bild zur Halb(Mittags-)Zeit. Noch vor Bangemanns großer Stunde gingen die Bonner zum Gegenangriff über. Mit schweren Geschützen wehrten sie sich gegen Morlok und dessen Anhänger. Generalsekretär Helmut Haussmann rief mit erhobener Stimme, auf dem Parteitag werde ein „Mißbrauch" mit dem Ausspracherecht getrieben. Im Kommunalkampf werde das „schädliche" Auswirkungen haben. Es sei doch „merkwürdig", daß die Stuttgarter FDP-Spitze sich nicht besser informiert habe, wie die Hintergründe des Beschlusses von Bonn seien.

Noch lauter wurde Georg Gallus: Mit den Bonner Beschlüssen sei die Bundesrepublik Deutschland zur „Lokomotive" in der Umweltpolitik geworden. Beifall war Gallus sicher, als er donnerte: „Ich kaufe im nächsten Jahr zwei Autos mit Katalysator."

Die inzwischen wankelmütig gewordenen Delegierten wurden dann von Bangemann zu einem großen Teil umgestimmt. Die allgemeine Schelte, auch die Morloks, die Parteispitze habe sich in dieser Frage zu kompromißbereit gezeigt, konterte Bangemann unter zustimmendem Beifall mit dem Satz: „Kompromiß ist kein Schimpfwort, vor allem nicht für Liberale." Nur so sei „die SPD aus der Regierung, die CDU/CSU in die Regierung gegangen, und nur die FDP ist in ihr geblieben", argumentierte Bangemann. Gelächter quittierte diesen Satz. Als passionierter Europäer wolle er auf keinen Fall dazu beitragen, daß die „europäische Idee" durch übereilte Aktionen des Umweltschutzes zu Grabe getragen werde.

Kompromisse seien für die FDP überlebenswichtig, meinte Bangemann. „Wir sind ein kleines Schiff geworden. Wir sind kein Tanker wie die SPD, wir müssen wendiger sein, weil wir es nötig haben." Sonst könne es geschehen, daß die hohen politischen Wellen, zum Teil selbst verursacht, das kleine Boot zum Sinken bringen.

Die bis zum Schluß ausharrenden etwa 100 Delegierten gaben Bangemann recht: Sie billigten seine Auffassung zum abgasarmen Auto. Morlok schwieg.

Abrüstung: Reagan kommt der Sowjetunion entgegen

„Bündel von flexiblen Vorschlägen" / Gromyko traf chinesischen Außenminister

DIETRICH SCHULZ, Washington

US-Präsident Ronald Reagan will einen neuen Anlauf zur weltweiten Abrüstung unternehmen. In einer Rede, die er heute vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York halten wird, will der Präsident erneut die amerikanische Bereitschaft unterstreichen, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Ein ähnliches Signal will Reagan auch dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko geben, wenn ihn dieser am Freitag im Weißen Haus in Washington besucht.

Washington hat für den Fall, daß Moskau zur Wiederaufnahme der verschiedenen Rüstungskontrollgespräche bereit sein sollte, ein „ganzes Bündel von flexiblen Vorschlägen" ausgearbeitet, erklärte ein hoher Beamter der Reagan-Administration. Die neuen Vorschläge seien allerdings nicht dazu bestimmt, neue Anreize für die sowjetische Seite zu schaffen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Amerikanische Vorleistungen kämen nicht in Frage.

Die Experten der US-Regierung gehen davon aus, daß die Sowjets nach der allgemein erwarteten Wiederwahl Reagans spätestens im Frühjahr kommenden Jahres die Verhandlungen wieder aufnehmen werden, die sie Ende vergangenen Jahres als Reaktion auf den Beginn der Nachrüstung in Westeuropa verlassen hatten. „Wenn sie das tun, werden sie uns bereit finden", sagte ein Vertreter der US-Regierung vor Journalisten.

Reagans Sicherheitsberater Robert McFarlane hatte bereits im Lauf der vergangenen Woche in einer Rede betont, daß Reagan eine zweite Amtsperiode dazu benutzen wolle, intensiv auf eine weltweite Reduzierung der Nuklearwaffen hinzuarbeiten. McFarlane sagte, dies sei eines der Herzensanliegen des Präsidenten.

Um die Atmosphäre für die bevorstehende Begegnung Reagans mit dem sowjetischen Außenminister nicht zu stören, hat das Weiße Haus unter anderem auch die Veröffentlichung eines Berichts zurückgestellt, der die Sowjets beschuldigt, in flagranter Weise gegen früher abgeschlossene Rüstungskontroll-Abmachungen verstoßen zu haben. Konservative Republikaner im Kongreß bedrängen seitdem die Regierung, alle Vorwürfe öffentlich bekanntzugeben. Das Weiße Haus hatte bereits einen Termin im September für die Freigabe des Berichts angegeben. Dann jedoch kam die Zusage aus Moskau, daß Außenminister Gromyko bereit sei, eine Einladung des amerikanischen Präsidenten anzunehmen.

Präsident Reagan will im Gespräch mit Gromyko nicht nur das Rüstungskontrollthema anschneiden, sondern das gesamte amerikanisch-sowjetische Verhältnis erörtern. Es ist das Ziel des Präsidenten, ausfindig zu machen, wo sich Ansätze für eine Verbesserung der in letzter Zeit sehr kühlen, ja beinahe feindseligen Beziehungen finden ließen. Wie es heißt, will er unter anderem den Vorschlag machen, daß die Ressortminister beider Seiten regelmäßig zu Gesprächen zusammenkommen sollten.

*

AFP, New York

Zum ersten Mal seit 15 Jahren haben die Sowjetunion und China wieder Gespräche auf hoher Regierungsebene geführt. Die Außenminister der beiden kommunistischen Mächte, Andrej Gromyko und Wu Xueqian, trafen sich am Wochenende in New York am Rande der 39. UNO-Vollversammlung zu zwei Unterredungen von insgesamt sechs Stunden Dauer. Die staatlichen Medien beider Seiten äußerten sich anschließend zufrieden über das Treffen.

Der letzte Kontakt zwischen den beiden Staaten auf vergleichbarem Niveau war ein Treffen des früheren chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai mit seinem damaligen sowjetischen Kollegen Alexej Kossygin 1969 auf dem Pekinger Flughafen gewesen, nachdem sich die Armeen beider Länder heftige Gefechte am Ussuri-Fluß geliefert hatten. Seit der Wiederanknüpfung ihres Dialogs im Herbst 1982 bemühen sich beide Seiten in regelmäßigen Delegationstreffen um eine Normalisierung, der bisher jedoch die sowjetische Truppenkonzentration an der Grenze zu China sowie Moskaus Unterstützung der vietnamesischen Kambodscha-Politik und die sowjetische Besetzung Afghanistans im Weg standen. Im Oktober soll in Peking die 5. Runde der Konsultationen weitergehen.

Militärs: SPD-Studie ist „unseriös"

Kritik an Bülows Versuch, die Stärke des Warschauer Paktes herunterzuspielen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Als „unseriös" haben Militärfachleute in Brüssel das 116 Seiten lange Papier bezeichnet, das der Vorsitzende der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand, Andreas von Bülow, vorgelegt hat, um nachzuweisen, daß die NATO dem Warschauer Pakt nicht unterlegen sei. Zugleich erinnert man in Brüssel daran, daß Bülow als Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium zur Zeit der sozialliberalen Bundesregierung Versuche unternommen habe, auf die Lagebeurteilungen des militärischen Nachrichtenwesens Einfluß zu nehmen. Daher habe die neue Studie Bülows in Brüssel keine Überraschung ausgelöst.

Bülow sei als Staatssekretär bestrebt gewesen, die von Generalstabsoffizieren erarbeiteten Bedrohungsstudien umschreiben zu lassen, um die Stärke des Warschauer Pakts geringer darzustellen. Mit Bülow sei im Bonner Verteidigungsministerium zum ersten Mal der neue Begriff der „gewichteten Zahlen" aufgetaucht, die dem Zweck gedient hätten, mit Hilfe von Relativierungen die Schlagkraft des Warschauer Paktes so weit wie möglich herunterzuspielen. Bülow verlangte zahllose Studien mit „gewichteten Zahlen", die er ständig an den Ergebnissen zweifelhafter Friedensforschungsinstitute maß. Manche Generalstabsoffiziere, die es gewohnt waren, vorsichtig zu arbeiten und ihre Beurteilungen auf zweifelsfreie Erkenntnisse zu stützen, gerieten dabei unter Druck.

Das jetzt von Bülow vorgelegte Papier bewege sich auf dieser Linie der Bagatellisierung der Stärke des Warschauer Paktes. Als Staatssekretär habe Bülow der Stabsabteilung II beim Führungsstab der Streitkräfte (das ist das Büro beim Generalinspekteur der Bundeswehr, dem die Beurteilung der militärischen Stärke fremder Armeen obliegt) die Anweisung gegeben, einen militärischen Kräftevergleich auf der Basis von „Divisionsäquivalenten" auszuarbeiten. Bülow habe den Begriff „Divisionsäquivalent", der dem deutschen militärischen Vokabular fremd ist, offenbar vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri übernommen.

Möglicherweise gelangte der Begriff über das Institut für Friedensforschung an der Hamburger Universität an Bülow, eine Institution, auf die sich Bülow häufig berief. Das Stockholmer Sipri-Institut ist nach westlichen Erkenntnissen von wissenschaftlichen Mitarbeitern beeinflußt, die als Angehörige östlicher Geheimdienste angesehen werden.

Eine von Bülow auf der Hardthöhe intern zitierte Studie des Hamburger Instituts gelangte zu der Auffassung, daß NATO-Divisionen mit Warschauer-Pakt-Divisionen nicht verglichen werden dürften, weil NATO-Divisionen mehr Soldaten hätten. Im Verteidigungsministerium stieß Bülow damals auf den Widerstand der Offiziere, als er ihnen auftrug, eine ähnliche Aussage zu machen. Man konnte ihm nämlich nachweisen, daß ein Divisionsvergleich zulässig sei, weil eine sowjetische Division die Feuerkraft einer NATO-Division besitze, diese in Teilbereichen sogar übertreffe. Die Ungleichheit der Kopfstärken der Divisionen ist auf die andersartig strukturierte Logistik der sowjetischen Landstreitkräfte zurückzuführen.

Wie ein roter Faden ziehe sich durch Bülows 116-Seiten-Studie die Verniedlichung der Kampfkraft des Warschauer Paktes. So habe er über den sowjetischen Kampfpanzer T-55 geäußert, dieser sei „schrottreif". Dem stimmen NATO-Experten nicht zu. Der Panzer sei mit einer 100-Millimeter-Langrohrkanone von hoher Feuerkraft ausgestattet.

Bülow versuchte zum ersten Mal als Angehöriger einer demokratischen Regierung das militärische Nachrichtenwesen zu gefärbten Darstellungen zu veranlassen, die seine politischen Absichten stützen sollten. Das war ein ungewöhnlicher Vorgang, der Aufsehen im Hause erregte, denn traditionell sehen sich deutsche Nachrichtenoffiziere als unpolitisch an. Die Einflußnahme Bülows auf den militärischen Nachrichtenapparat bemerkte man hausintern auf der Hardthöhe auch, als am Verteidigungsweißbuch 1979 gearbeitet wurde. Dieses Weißbuch erhielt bei den Militärs den Spitznamen „Weißwaschbuch". In seinem Vorwort steht: „Unser Frieden ist sicherer geworden ... das Weißbuch 1979 ist zugleich Programm für die vor uns liegenden Jahre." (SAD)

Hauff legt sich programmatiscl nicht fest

dg. Frankfu

Der SPD-Unterbezirk Frankfi
hat nun auch offiziell den früher
Bundesverkehrsminister Volk
Hauff als Spitzenkandidaten für d
Kommunalwahl am 10. März 1985 r
miniert. Gegen nur drei Nein-Sti
men und bei einer Enthaltung gab
328 Delegierte des als besonde
linkslastig geltenden Unterbezir
dem Kandidaten des Parteivorsta
des ihre Stimme. Hauff wird dan
zum Herausforderer des CDU-Ob
bürgermeisters Walter Wallmann.

Die überwältigende Mehrheit d
Stimmen für Hauff war insofern ei
Überraschung, als der gebürtige E
linger seine Kandidatur nur äuße
zögernd übernommen und sich in se
ner Zeit als Bundespolitiker au
mehrfach in direkten Gegensatz
seinen Frankfurter Parteifreund
begeben hatte. Bei seinem Debüt v
dem Unterbezirk vermied er jede pr
grammatische Festlegung und dan
auch die von den Frankfurter Genc
sen ersehnte Absage an den Weite
bau der Stadtautobahn. Bürgerme
ster Martin Berg (SPD) kündigte a
„Die Frankfurter Partei wird nic
immer so zahm dir gegenüber se
wie sie heute erscheint."

„Demokratie nicht konkret gefährdet"

DW. Ki

Gegen das Beschwören übertrieb
ner Gefährdungen „je nach Einste
lung von links oder rechts" hat si
der Chef des Hamburger Amts f
Verfassungsschutz, Christian Loch
(CDU), gewandt. Ebenso wie der eh
malige Verfassungsrichter Mart
Hirsch (SPD) sagte Lochte bei
„Vierten Wewelsflether Gespräch
„Es gibt gegenwärtig keine konkre
Gefährdung der Demokratie." A
„Meinungsforschung mit denunziat
rischem Charakter" wertete Loch
Studien wie die der Institute Sin
und Allensbach, die den Anteil late
ter Extremisten insbesondere in d
Jugend feststellen wollten. Der Ve
fassungsschutzchef kritisierte d
„übersteigerte" Sicherheitsverlange
der Bürger und sprach zudem vo
einem ständigen Nachgeben der Po
tiker gegenüber Forderungen der S
cherheitsorgane des Staates.

Die Vorsitzende der Gewerkscha
ÖTV, Monika Wulf-Mathies, warn
vor dem Rechtsextremismus und b
tonte zugleich: „Die Gewerkschaft
können mit Kommunisten leben." I
gewerkschaftlichten Engagement s
die Interessenvertretung der Koll
gen oberstes Ziel, nicht Parteipoliti
Wulf-Mathies: „Die Kommuniste
sind ein Teil unserer Wirklichke
und gerade der, der sich intensiv m
Fehlentwicklungen in der Gesel
schaft auseinandersetzt." Die G
sprächsrunde wurde unter andere
von dem Schriftsteller Günter Gra
initiiert.

„Gefolterter" machte Urlaub

SAD, Londo

Als ein „einziges Lügengespinst
hat der britische Schriftsteller un
Journalist Duff Hart-Davis die Da
stellungen des nach Moskau zurück
gekehrten Sowjetjournalisten Ole
Bitow bezeichnet. Hart-Davis, de
dem Russen im Frühjahr beim Ve
fassen einer Serie von Artikeln g
holfen hatte, schrieb im „Sunday T
legraph", Bitow habe zu einer Zeit, z
der er nach seinen eigenen Angabe
vom britischen Geheimdienst gefan
gen gehalten und gefoltert worde
sei, einen zehntägigen Urlaub in Tu
nesien gemacht: „Der Urlaub im Fe
bruar war in einem Vier-Sterne-Hote
an einem Ferienort in den Bergen, w
Bitow einen Großteil seiner Zeit an
Swimming Pool verbrachte. Er kehr
te mit einer stattlichen Sonnenbräu
ne nach England zurück."

Stationiert Moskau jetzt SS-25?

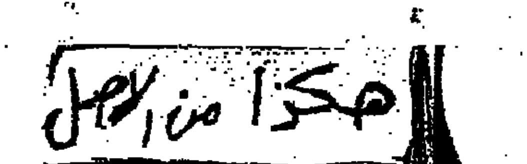
dpa, Los Angele

Die UdSSR stationiert nach Er
kenntnissen des US-Verteidigungs
ministeriums zur Zeit möglicherwei
se neue mobile Interkontinentalrake
ten des Typs SS-25 und tarnt dies mi
SS-20-Mittelstreckenraketen. Di
„Los Angeles Times" berief sich au
Pentagon-Kreise, die erklärt hatten
Bau und Ausstattung neuer Anlagen
für die Stationierung von Raketen
weisen eindeutige Unterschiede z
älteren Anlagen für die Aufstellung
von SS-20-Raketen auf.

Nach Auffassung der Amerikane
würde die Aufstellung von SS-25 ge
gen das SALT II-Abkommen versto
ßen, das zwar vom US-Kongreß nich
ratifiziert worden ist, aber von Wa
shington und Moskau stillschwei
gend weitgehend anerkannt und be
achtet wird.

Die Sowjetunion hat nach den In
formationen des Pentagon 378 SS-2
stationiert, 243 davon im Westen de
Landes, die restlichen 135 in Sibirien
Die SS-20 und die SS-25 sind beid
etwa 15 Meter lang, haben drei Stufen
und werden mit festem Treibstoff an
getrieben. Die SS-25 könnte auch Zie
le in den USA erreichen.

Seite 2: Nichts sagender Kandidat



Riskante Versuchung

Hz. (Brüssel) – Der Höhenflug des Dollar hat bekanntlich auch angenehme Folgen. So bietet er den überschußgeplagten europäischen Getreideerzeugern die Möglichkeit, den Amerikanern auf dritten Märkten ohne Exportsubventionen Konkurrenz zu machen. Während die EG normalerweise für eine Tonne Weizen Ausfuhrerstattungen von 90 bis 135 Mark aufwenden muß, um die Differenz zu den Weltmarktpreisen zu überbrücken, brauchte sie dafür in diesem Sommer nur noch 29 Mark und Mitte September sogar weniger als sieben Mark zu zahlen. Französische Exporteure haben sich jetzt sogar erstmals erboten, Weizen ohne jede Erstattung in die Sowjetunion zu liefern.

Der Gemeinschaft kommt diese Entwicklung doppelt zupaß. Sie hat in diesem Jahr nicht nur mit einer neuen Rekordernte zu kämpfen, sondern zugleich mit erheblichen Schwierigkeiten, ihre Subventionen zu finanzieren. Die europäischen Bauernverbände fordern deshalb, die Gunst der Stunde zu nutzen und neue Märkte zu erschließen. Sie nehmen dabei in Kauf, daß es zu einer ernsten Konfrontation mit Washington kommt.

Bisher hat die EG sich an eine Übereinkunft im Gatt gehalten, wonach kein Handelspartner versuchen darf, sich mit subventionierten Erzeugnissen einen größeren Marktanteil zu verschaffen. So konnte der Friede halbwegs gewahrt werden; der Wegfall der Exportbeihilfen ist weitgehend spekulationsbedingt und daher vorübergehend, deshalb sollte die EG auf jede forcierte Ausfuhrpolitik verzichten.

Wer zahlt?

adh. – Über Rechtsfragen zum Waldsterben, insbesondere Schadensersatz- oder Entschädigungsansprüche der betroffenen Waldbesitzer, wollen die Mitglieder des Deutschen Forstvereins auf ihrer Tagung in Ulm sprechen. Denn sie sehen nicht nur den Wald als Grundlage von Klima und reiner Luft gefährdet, sondern vor allem ihre Existenz. An den vom sauren Regen ohnehin geschädigten Bäumen nagt nämlich bekannterweise mit Vorliebe der Borkenkäfer. Hat er aber erst einmal seine Bohrgänge gelegt, bringt das Holz kein Geld mehr in die Kasse, ist allenfalls als kaum abzusetzendes Bruchholz zu verwerten. Die Sorgen der Waldbesitzer um ihre ökonomische Grundlage sind verständlich, besonders, da sie die Schäden nicht selbst zu vertreten haben, ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung vorausgesetzt. Nur stellt sich die Frage, wer soll denn da entschädigen? Besser als die Suche nach Entschädigung wäre das hieb- und stichfeste Aufspüren der Ursachen für den sauren Regen und ihre wirksame Eindämmung.

WÄHRUNGSFONDS / Zusätzliche Sonderziehungsrechte – wie erwartet – abgelehnt

Kompromiß bei der Kürzung des erweiterten Zugangs zur IWF-Kasse

CLAUS DERTINGER, Washington

Nach einer unerwartet langen, bis in die Abendstunden dauernden ganztägigen Sitzung hat das politische Entscheidungsorgan des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Interims-Ausschuß, einen Kompromiß über die künftige Ausleihpolitik des Fonds gefunden. Die in der Frage des „erweiterten Zugangs" zur IWF-Kasse gefundene Einigung ist aus der Sicht der führenden Industrieländer von den Formel „Kooperation statt Konfrontation" im Verhältnis zu den Entwicklungsländern geprägt.

Wie aufgrund der Stimmenverhältnisse im Ausschuß nicht anders zu erwarten, ist es den USA, Japan, Großbritannien und der Bundesrepublik gelungen, die Forderungen aller Entwicklungsländer und vieler Industriestaaten nach einer massiven Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten abzublocken. Nach Auffassung dieser vier Länder besteht kein Bedarf an weltweiter zusätzlicher Liquidität, weil die Währungsreserven in den letzten beiden Jahren besonders auch in den Entwicklungsländern ohne eigene Ölvorkommen deutlich zugenommen haben.

Entgegenkommen haben die Entwicklungs- und Schwellenländer dagegen beim Zugang zu den Kreditmitteln des IWF gefunden, die über die normalen an die Mitgliedsquoten gekoppelten Kreditmöglichkeiten um ein Mehrfaches hinausgehen. Die USA und auch die Bundesrepublik hatten diese nach der zweiten Ölpreisexplosion geschaffenen zusätzlichen Rückgriffmöglichkeiten auf den IWF eigentlich um 20 oder mindestens um zehn Prozent beschneiden wollen. Die tatsächliche Kürzung des erweiterten Zugangs ist jedoch noch etwas niedriger als um zehn Prozent ausgefallen. Sie hat damit also mehr symbolischen Charakter. Da diese Ziehungsmöglichkeiten auf den IWF bislang nur in unbedeutendem Umfange genutzt waren, wird praktisch auch keines der auf zusätzliche Mittel des IWF angewiesenen Länder von dem Beschluß des Interims-Ausschusses materiell tangiert.

Dieses Nachgeben erschien aus taktischen Gründen geboten, weil auf diese Weise trotz Ablehnung der Hauptforderung der meisten Ausschußmitglieder nach Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten ein erträgliches Klima erhalten werden konnte.

In diesem Sinne ist auch der vom amerikanischen Finanzminister Donald Regan im Ausschuß vorgebrachte und von seinem deutschen Kollegen Stoltenberg unterstützte Vorschlag zu sehen, im Rahmen der supranationalen Organisation beim nächsten Treffen des Interims-Ausschusses im April 1985 besondere finanz- und wirtschaftspolitische Grundsatzfragen einschließlich der Schuldenproblematik mit den Entwicklungsländern zu diskutieren. Dabei werde es sich aber, wie Stoltenberg ausdrücklich betonte, nicht um eine besondere Schuldenkonferenz handeln. Es gehe vielmehr darum, in dem von elf lateinamerikanischen Schuldnerländern geforderten Dialog mit den Industriestaaten einzusteigen, und diese Gespräche im gegebenen institutionellen Rahmen des IWF zu führen und sie nicht auf neue Foren zu übertragen.

In der allgemeinen Diskussion über die weltwirtschaftliche Entwicklung wurde Befriedigung über das die Erwartungen übertreffende fünfprozentige Wachstum der Industrieländer geäußert und darüber, daß die Inflation unter Kontrolle blieb. Die Lage vieler Entwicklungsländer bereitet zwar nach wie vor Sorgen, doch wurde es als ermutigendes Zeichen angesehen, daß einer Reihe von Ländern eine Rückführung ihrer Leistungsbilanzdefizite vor allem durch Steigerung der Exporte gelungen sei.

Im Rahmen einer mittelfristigen Strategie empfiehlt der Ausschuß den Entwicklungs- und Schwellenländern vor allem eine anti-inflationäre Geldpolitik und eine Reduzierung der Haushaltsdefizite, vorwiegend durch Kürzung von Ausgaben. Die Schuldnerländer müßten eigene Anstrengungen zur Stärkung ihrer Volkswirtschaften übernehmen, fordert das Interims-Komitee, das zugleich an die Industriestaaten appelliert, ihre Märkte für Exporte der Entwicklungsländer offenzuhalten.

US-AKTIENMÄRKTE

Preisschub und Dollar lösten Kursstürze aus

H.-A. SIEBERT, Washington

Es kommt immer anders als man denkt. Diese Erfahrung machten die Wall-Street-Broker am Freitag, als bei Beginn des Börsenhandels alle Voraussetzungen für einen neuen Höhenflug der Aktienkurse erfüllt waren. Nach einem nur einwöchigen Streik hatten sich General Motors und die Gewerkschaft der Automobilarbeiter UAW auf einen dreijährigen Tarifvertrag geeinigt, der nicht zu teuer ist und vermutlich von der Basis angenommen wird.

Außerdem wagte sich Amerikas fünftgrößte Bank, die Morgan Guaranty Trust Co., nach vorn und setzte die Prime Rate um 0,25 auf 12,75 Prozent herab. Es war die erste Zurücknahme des Zinssatzes für kurzfristige Kredite an erste Adressen seit Februar 1983 und eigentlich genau das, worauf die Anleger warteten. Offensichtlich rechnet Morgan mit einer weniger restriktiven Geldversorgung durch das Federal Reserve System, was sinkende Refinanzierungskosten bedeuten würde. Seit Ende August haben sich in den USA dreimonatige *Treasury Bills von 10,62 auf 10,25 Prozent* verbilligt; der Preis für große Certificates of Deposit ermäßigte sich von 11,55 auf 11,15 Prozent.

Aber die sich bis dahin aufgebaute Hausse-Stimmung brach zusammen, als während der Börsensitzung keine andere Bank der Morgan Guaranty Trust folgte. Inzwischen haben sich die New Yorker Citibank und einige kleinere Institute aber dem Schritt angeschlossen.

Negativ wirkte sich auch auf das Börsengeschehen aus, daß das Arbeitsministerium in Washington für August einen Anstieg der Verbraucherpreise um 0,5 Prozent meldete. Mit einem Schlag wurde klar, auf welch schwacher Basis in Amerika die bisher erreichte Preisstabilität mit rund vier Prozent steht, da sie, wie Fed-Chef Volcker kürzlich sagte, „in der Hauptsache das Ergebnis der wechselkursbedingten Billigeinfuhren ist". Neben den massiven Interventionen der Bundesbank trug der stärkste Teuerungsschub seit April dazu bei, daß in New Yoker der Dollar von 3,13 auf 3,03 Mark sackte.

Voraussagen, daß die US-Inflationsrate Ende Dezember auf Jahresbasis durchaus acht Prozent erreichen kann, *lösten gegen Börsenschluß* beinahe eine Panik aus. Es traf vor allem die hochkarätigen Wachstumswerte des Dow-Jones-Industrie-Index, der am Freitag um 14,80 und damit im Wochenverlauf um 35,78 auf 1201,74 Punkte zurückfiel. Der breitere Nyse-Index gab um 0,84 und 1,31 auf 95,67 Punkte nach.

Wie es weitergeht, hängt davon ab, ob sich die inflationären Erwartungen verschlechtern. Aber auch eine allgemeine Abwertung des Dollar würde die US-Zinsen nach oben drücken, da weniger Auslandskapital *zufließt. Eine solche Entwicklung* kann Amerikas Konjunktur noch viel stärker bremsen.

Umstrittenes Budget

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Budgetdebatte der französischen Nationalversammlung verspricht in diesem Jahr besonders hitzig zu verlaufen. Denn nicht nur die Rechtsparteien werden die Regierungsvorlage zum neuen Haushaltsgesetz schon aus strategischen Gründen heftig bekämpfen. Auch die Kommunisten haben starke Vorbehalte geltend gemacht. Ohne entsprechende Abänderungen wollen sie die Vorlage ablehnen.

Nun verfügen zwar die sozialistischen Abgeordneten auch nach dem Bruch der Linksunion über die absolute parlamentarische Mehrheit. Aber *immerhin kann jetzt die von der KPF* beherrschte CGT, Frankreichs größte Gewerkschaft, verstärkten Druck ausüben. Ihr Generalsekretär Karsucki hat bereits Streikaktionen für den Fall angedroht, daß das Budget den Arbeiterinteressen nicht stärker Rechnung trägt.

Grundsätzlich beanstandet wird nicht nur von Gewerkschaften, daß der Ausgabenetat nur entsprechend der Inflationsrate angehoben, also real unverändert bleiben soll. Wie ein rotes Tuch wirkt dabei die Beseitigung von über 5000 Beamtenstellen (durch Verzicht auf Neubesetzungen), obwohl in den ersten zwei Jahren der Linksunion rund 200 000 neue Staatsposten geschaffen worden waren. Die restriktive Ausgabenpolitik würde außerdem die Arbeitslosigkeit in die Höhe treiben, die ohnehin *schon ansteige.*

Vor allem aber sind die steuerlichen Maßnahmen der Regierung den Kommunisten ein Dorn im Auge. Sie würden die „Reichen" zu Lasten der „Armen" begünstigen. Diese Kritik ist nicht ganz unberechtigt. Denn wer *keine* Einkommensteuer zu bezahlen hat, kann auch nicht in den Genuß der vorgesehenen fünfprozentigen Ermäßigung dieser Steuer kommen, während er von der Erhöhung der indirekten Steuer – insbesondere für Benzin – voll betroffen wird.

Bereits in den letzten Monaten hatte die Regierung unter Ausnutzung ihrer Generalermächtigung aus den Haushaltsgesetzen 1984 die Öl*produktensteuer* stark erhöht und überdies die Telefongebühren angehoben. Diese Politik, die im weiteren Verlauf des Jahres und 1985 fortgesetzt wird, kompensiert auch weitgehend die zehnprozentige Gewerbesteuersenkung zugunsten der Unternehmen.

Andererseits bleibt festzustellen, daß die im Rahmen des Austerity-Plans vom März 1983 eingeführte Zusatzsteuer auf mittlere und hohe Einkommen im nächsten Jahr teilweise und für 1986 voll aufgehoben werden soll. Insoweit scheint es der Regierung darauf anzukommen, sich für die Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 bürgerliche Stimmen zu sichern – auch wenn sie von der Beseitigung der zum Ausgleich der Sozialversicherung eingeführten einprozentigen Sonderabgabe auf alle steuerpflichtigen *Einkommen die Kapitalerträge* zunächst ausgenommen hat.

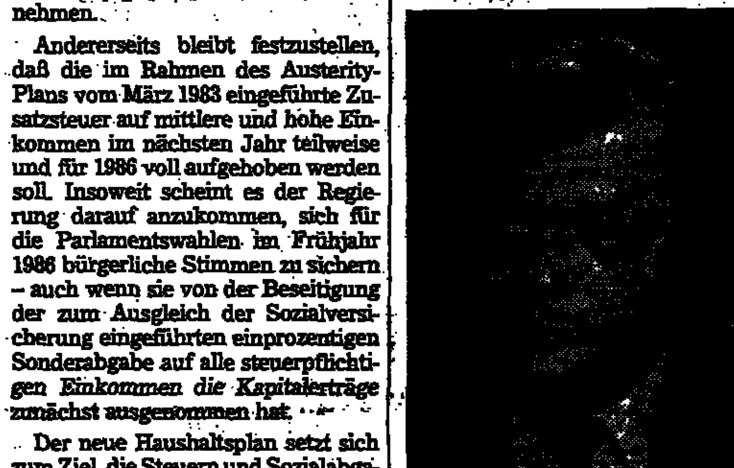
Der neue Haushaltsplan setzt sich zum Ziel, die Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt um einen Prozentpunkt zu senken. Der Abgabendruck soll dadurch von voraussichtlich 44,7 Prozent 1984 auf 43,7 Prozent 1985 reduziert werden. Er würde damit zum ersten Mal seit 1971 nachlassen. Je*denfalls blieben die Franzosen auch* im nächsten Jahr erheblich stärker belastet als die meisten anderen Europäer.

Außerdem begrenzt der Haushaltsplan auf dem Papier sein Defizit von 139 Mrd. Franc auf drei Prozent des Sozialprodukts. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Bisher war es noch niemals gelungen, die Defizitnorm ein*zuhalten. Für dieses Jahr, für die sie* auf jeden Fall mit drei Prozent festgesetzt gewesen war, dürfte nach neuesten Schätzungen im Finanzministerium ein Defizit von 3,3 Prozent des Sozialprodukts erreicht werden.

Höhere Defizite könnten aber die Staatsverschuldung in inflatorischer Weise anwachsen lassen, da sie in Frankreich zur Hälfte über die Notenpresse finanziert werden. Auch fragt *man sich, ob sich Frankreich schon* im nächsten Jahr Steuersenkungen mit einem entsprechenden Kaufkraftzuwachs leisten kann. Die Gefahr eines Importbooms ist dann nicht auszuschließen.

Positiv zu bemerken sind allerdings die ziemlich starken realen Ausgabenkürzungen für den Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Staatsbetriebe. Zum ersten Mal unter *der sozialistischen Regierung soll der* Staat den Gürtel enger schnallen.

AUF EIN WORT



„Die Folge der Quotenregelung bei der Milch wird sein, daß wir bei den Molkereien und milchverarbeitenden Betrieben im Bundesgebiet einen Kampf bis aufs Messer um die Milch bekommen wer*den, wenn wir unsere* Produktions-Kapazitäten auslasten wollen."

Kurt Kautz, Leitender Geschäftsführer der Molkerei Dahlenburg AG, Landkreis Lüneburg. FOTO: MAY

Umschuldung für Venezuela

AP, Caracas

Venezuela hat mit Gläubigerbanken ein Umschuldungsabkommen für 20,7 seiner insgesamt 35 Mrd. Dollar betragenden Zahlungsverpflichtungen erreicht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist in dieses Abkommen nicht eingeschaltet worden. Die Regierung in Caracas bezeichnete die Bedingungen der Umschuldung, die sich über einen Zeit*raum von zwölfeinhalb Jahren er*streckt, als „befriedigend und günstig". Nach dem Abkommen kann Venezuela seine Schulden bei den Gläubigerbanken in Jahresraten abtragen, die fünf Milliarden Dollar nicht überschreiten. Es schließt Rückzahlungen ein, die zwischen 1983 und 1988 fällig gewesen wären.

AUSSENHANDEL

US-Gesetz zwingt Ausland, seine Märkte zu öffnen

H.-A. SIEBERT, Washington

Große Aufregung hat die Verabschiedung eines Handelsgesetzes durch den Senat verursacht, das dem US-Präsidenten die Vollmacht einräumt, gegen alle Länder vorzugehen, die gegen das Prinzip der Gegen*seitigkeit verstoßen. Es erlaubt allen* amerikanischen Firmen, Importbeschwerde einzulegen, wenn sie nicht einen gleichwertigen Zugang zu den Auslandsmärkten erhalten. Dies ist auch deshalb eine gefährliche Waffe, weil sich die gesetzliche Vorschrift dazu benutzen läßt, Schutz vor Produkten der ausländischen Konkurrenz zu suchen. Bei einem Schuldspruch muß Washington Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn die Reziprozität nicht hergestellt wird.

Das Repräsentantenhaus verabschiedete seinen Entwurf, der auch den Weg für Verhandlungen über eine Freihandelszone zwischen den Vereinigten Staaten und Israel sowie Kanada freimacht, schon vorher. Im Vermittlungsausschuß wird jetzt hart um die Einbeziehung möglichst vieler Warengruppen gerungen. Auf den Barrikaden stehen bereits die französischen Weinlieferanten; die kalifornischen Winzer, die laut nach Importschutz rufen, kündigten sofort eine Klage an. Wenn es zu Restriktionen kommt, will Paris, wie es heißt, in der EG eine Kürzung der US-Sojabohnenexporte durchsetzen.

Das Gesetz kann international zu neuen Spannungen führen. So behauptet der französische Winzerverband, daß es gegen die Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) verstößt. Für zehn Jahre verlängert das Gesetz auch die US-Zollpräferenzen für Entwick*lungsländer.*

WIRTSCHAFTSJUNIOREN

Staatseinfluß im System der sozialen Sicherung abbauen

dpa/VWD, Saarbrücken

Die Wirtschaftsjunioren sprachen sich auf ihrer Bundestagung in Saarbrücken für einen Abbau des staatli*chen Einflusses im System der sozia*len Sicherung aus. Die Delegierten der dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) angeschlossenen Jungunternehmerorganisation betonten, in der Arbeitsmarktpolitik seien die Möglichkeiten befristeter Arbeitsverträge auszubauen und die Rahmenbedingungen für die verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit zu verbessern.

Die Wirtschaftsjunioren – rund 7400 junge Unternehmer und Führungskräfte aus allen Bereichen der Wirtschaft – forderten ferner die Auf*lockerung* des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit und die Zulassung privater Arbeitslosenversicherungen, zumindest als Ergänzung der staatlichen Versicherungsform. Grundsätzlich sollten „in der Sozialpolitik Staatszwang und Einsatz von Steuergeldern nur noch zur Notstandsüberbrückung und nicht länger zur individuellen Wohlstandserhaltung zulässig sein".

Mit dem Privatisierungspreis 1984 wurde der Bürgermeister der westfälischen Stadt Warstein, der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Kroll-Schlüter, ausgezeichnet. Auf *sein Betreiben hin seien in Warstein* Schwimmbäder, Grünflächenpflege, Gebäudereinigung, Müllabfuhr und Straßenreinigung an private Unternehmen übertragen worden. Dadurch spare die Stadt jährlich rund 700 000 Mark.

Die Wirtschaftsjunioren wählten die 35 Jahre alte Prokuristin bei der Deutsche Bank AG in Mainz, Angelika Pohlenz, auf ein Jahr zur neuen Bundesvorsitzenden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Vorzeitiger Wechsel bei Reemtsma

Hamburg (dpa/VWD) – Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg, Horst Wiethüchter, wird bereits zum 1. Januar 1985 von dem derzeitigen Vorstandsmitglied der Beiersdorf AG, Hamburg, Jürgen Peddinghaus, abgelöst. Der Reemtsma-Aufsichtsrat bestellte Peddinghaus am Wochenende zum neuen Chef des größten deutschen Zigarettenherstellers. Im August war das Ausscheiden Wiethüchters noch für das Ende seiner Vertragsperiode am 30. September 1985 angekündigt worden. Wiethüchter bleibt Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen Unternehmen der Reemtsma-Gruppe.

So wirkt der teure Dollar
Unsere Export-Rechnungen lauten auf
DM 83%
$ 7%
auf andere Währungen 10%
höhere Erlöse aus dem Ausland
Wir zahlen unseren Import in
DM 46%
$ 29%
in anderen Währungen 25%
höhere Zahlungen an das Ausland
© Globus

Rund sieben Prozent der deutschen Ausfuhren werden in Dollar abgewickelt. Die Exporteure profitieren durch höhere Erlöse von der Dollarhausse. Aber fast 30 Prozent der Einfuhrrechnungen lauten auf Dollar. Die Importe – vor allem Öl – verteuern sich durch den Höhenflug der US-Währung. QUELLE: GLOBUS

Norwegen wertet ab

Oslo (rtr) – Auf den steilen Kursanstieg des Dollar hat Norwegen mit der Abwertung der an einen Währungskorb gebundenen Krone um zwei Prozent reagiert, um sich so auf den europäischen Exportmärkten besser behaupten zu können.

Kein Ausweg aus der Krise

Genf (dpa) – Die zweiwöchige Herbsttagung des Rats der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) hat keinen Ausweg aus der Krise gebracht, in der die Unctad seit einiger Zeit steckt. Es gab keine nennenswerten Ergebnisse. Eine Entscheidung über die für 1985 geplante *Unctad-Ministerkonferenz* wurde vertagt.

Neuer Bank-Präsident

Washington (Sbt.) – Neuer Präsident der Federal Reserve Bank of New York wird am 1. Januar E. Gerald Corrigan (43). Er löst Anthony M. Solomon ab, der dann in den Ruhestand tritt. Solomon war in der Carter-Administration Staatssekretär im *US-Finanzministerium und* verantwortlich für internationale Angelegenheiten. Corrigan leitet seit vier Jahren die Federal Reserve Bank in Minneapolis; er gilt als enger Freund Paul A. Volckers, des Vorsitzenden des Federal Reserve Board. Innerhalb des amerikanischen Federal Reserve System wird Corrigan der zweitwichtigste Mann. New York ist für alle Devisen- und anderen Auslandsoperationen zuständig.

Messe beendet

Stuttgart (dpa/VWD) – Im Zeichen des Aufschwungs für die Werkzeugmaschinen-Branche stand nach Angaben der Veranstalter die am Samstagabend in Stuttgart zu Ende gegangene „Ausstellung für Metallbearbei*tung" (AMB 84). An den fünf* Ausstellungstagen haben sich 58 500 Fachbesucher über das Angebot von über 1000 Ausstellern informiert.

Weg der Kurse

	21.9.84	14.9.84
Boeing	55,875	55,875
Chrysler	30,125	31,625
Citicorp	38,25	38
Coca-Cola	61	62,625
Exxon	43,625	44,75
Ford Motors	45,125	45,375
IBM	124	126,75
PanAm	4,875	4,75
US Steel	25,125	25
Woolworth	35,875	37,50

RENAULT / Ausstand greift auf weitere Betriebe über

Streit um Weihnachtsgeld

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der am Freitag in dem Renault-Werk von Le Mans (8600 Beschäftigte) ausgebrochene Streik droht auf andere Werke des staatlichen französischen Automobilkonzerns überzugreifen, da sich die Sozialpartner am Wochenende nicht auf einen Kompromiß einigen konnten. Nach dem Streik bei Talbot (Poissy) und Citroën (Aulny) könnte es zu dem dritten großen Sozialkonflikt dieser Industrie seit Ende letzten Jahres kommen.

Während diese beiden Tochtergesellschaften des privaten Peugeot-Konzerns wegen der inzwischen weitgehend verwirklichten Entlassungspläne ihrer Verwaltungen bestreikt worden waren, protestieren diesmal die Gewerkschaften gegen die Absicht der Verwaltung, die Weihnachtsgratifikation zu kürzen und zwischen Weihnachten und Neujahr die fünfte bezahlte Urlaubswoche zwangsweise abfeiern zu lassen.

Zur Begründung verweist die Verwaltung auf die stark gestiegenen Verluste, die auf Konzernebene von 1,5 Mrd. Franc 1983 auf etwa 3 Mrd. Franc 1984 anwachsen dürften. Dagegen behauptet die bei Renault führende kommunistische CGT-Gewerkschaft, daß sich dank des neuen „R 5" die Ertragslage schlagartig verbessern würde. Mit ihrem Streikaufruf gefährdet sie aber diese Perspektive. Andererseits glaubt sie so kurz vor dem Pariser Automobilsalon – in zehn Tagen –, auf welchem dieses Modell Furore machen soll, in einer besonders starken Position zu sein.

Dazu erklärte die Renault-Verwaltung, daß der Streik in Le Mans die Markteinführung des bereits in größerer Stückzahl produzierten „R 5" nicht gefährden würde. Der neue „R 5" ist gegenüber dem bisherigen Modell gleicher Bezeichnung äußerlich wenig verändert, aber ansonsten völlig neu konzipiert worden.

Renault hatte in letzter Zeit beträchtliche Markteinbußen erlitten. Im Jahresvergleich der ersten acht Monate schrumpfte sein Inlandsabsatz an Personenwagen um 18,6 Prozent. Der Marktanteil dieser größten französischen Automobilgesellschaft erreichte damit nur noch 32 Prozent im Vergleich zu 35,4 Prozent der ausländischen Marken.

LIBERALE WIRTSCHAFTSPOLITIK / Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung

„Den Arbeitsmarkt flexibler gestalten"

HEINZ STÜWE, Gummersbach

Politiker fürchteten sich davor, als „Wirtschaftsliberale" bezeichnet zu werden, wunderte sich Professor Hubertus Müller-Groeling vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Daß der Begriff inzwischen bereits als Schimpfwort herhalten müsse, sei um so unverständlicher, als doch gerade der Wirtschaftsliberalismus für die persönlichen Freiheitsrechte eintrete. Und er ließ keinen Zweifel daran, daß er die Lösung der derzeitigen Probleme, vor allem der Arbeitslosigkeit, von einer konsequent liberalen Wirtschaftspolitik („Die Wende steht noch aus") erwartet.

Daß die Frage, was der Wirtschaftsliberalismus heute noch zu bieten habe, in Wissenschaft und Politik selten so eindeutig beantwortet wird, war Ausgangspunkt eines wissenschaftlichen Kolloquiums, zu dem die Friedrich-Naumann-Stiftung nach Gummersbach eingeladen hatte. In Anlehnung an Eucken nannte Professor Joachim Starbatty, Tübingen, Konkurrenz, Unabhängigkeit der Notenbank, Privateigentum und Vertragsfreiheit als für eine freie Wirtschaftsordnung grundlegende Elemente. Der Staat muß sich nach diesen ordoliberalen Vorstellungen auf legislative Tätigkeit konzentrieren: Er gibt den Ordnungsrahmen vor, korrigiert aber auch anomale Marktergebnisse. Wie diese Rolle konkret auszufüllen ist, darüber zeigen sich zwischen von Mises, von Hayek, Eucken, Böhm-Bawerk, Röpke oder Müller-Armack aber durchaus Meinungsunterschiede: So plädiert etwa Eucken für ein starkes Monopolamt, während von Hayek auf die Erwartung setzt, daß Kartelle, wenn ihnen der Rechtsschutz verweigert wird, im Freihandel keinen Bestand haben können.

In der Ablehnung von Subventionen sind die liberalen Theoretiker nach Ansicht Müller-Groelings unverändert aktuell. Die Fiskalpolitik müsse sich, da die Epoche erfolgreicher interventionistischer Politik zu Ende sei, auf die Wirkungen auf der Mikro-Ebene konzentrieren. Ein „dringendes Gebot" für heutige liberale Wirtschaftspolitik sieht Müller-Groeling darin, Leistungsanreize zu schaffen. „Es sollte niemandem von dem, was er durch zusätzliche Anstrengung verdient, mehr als 50 Prozent weggenommen werden", meinte der Wirtschaftswissenschaftler.

Ein wichtiges wirtschaftliches Instrument ist seiner Ansicht nach die Deregulierung, der Abbau überflüssiger Vorschriften. Eine Möglichkeit, dies auf begrenztem Raum zu erproben, könnten freie Wirtschaftszonen in strukturell benachteiligten Gebieten sein. Für besonders vordringlich aus liberaler Sicht hält es Müller-Groeling, die verzerrte Preisrelation zwischen Kapital und Arbeit zu beseitigen. Arbeitnehmer müßten die Freiheit haben, Arbeitsverträge zu anderen als denen von den Tarifparteien ausgehandelten Bedingungen abzuschließen (dualer Arbeitsmarkt), wie dies in Japan und den USA bereits möglich sei. Ein Vorschlag, der unter Hinweis auf die dortigen Arbeitsbedingungen nicht ohne Widerspruch blieb. Müller-Groeling trat in diesem Zusammenhang für eine gewinnabhängige Lohnzahlung und Firmentarifverträge ein. Zudem sei zu erwägen, die Kosten der Arbeitslosen-Versicherung den Tarifparteien zu übertragen.

GENERAL MOTORS / Arbeitsplatzgarantie gewäh

Abstimmung am Mittwoc

rtr. Chicago

Der Tarifabschluß beim US-Autokonzern General Motors Corp. (GM) sieht nach Angaben aus Gewerkschaftskreisen neben Arbeitsplatzgarantien Lohnerhöhungen von insgesamt 8,5 Prozent über drei Jahre vor. GM habe in dem in der Nacht zu Freitag vereinbarten Abkommen zugestanden, die Grundlöhne im ersten Jahr um 3,5 Prozent und in den beiden folgenden Jahren um jeweils 2,5 Prozent zu erhöhen. Außerdem wolle GM knapp über eine Milliarde Dollar für die Arbeitsplatzerhaltung und Umschulungen ausgeben. Diese Angaben wurden jedoch weder von GM noch von der Automobilgewerkschaft UAW bestätigt.

Die Einigung war erst nach Schwerpunktstreiks bei dem größten Autohersteller der Welt zustande gekommen, von denen rund 110 000 Beschäftigte in den wichtigsten Werken von GM betroffen waren. Der Tarifabschluß soll am kommenden Mittwoch der nationalen Verhandlungskommission der UAW und danach den rund 350 000 UAW-Mitgliedern bei GM zur Billigung vorgelegt werden. Die Mitglieder wurden aufgerufen, sofort wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren.

Die Zuschläge von je 2,5 Prozent im zweiten und dritten Jahr des Tarifvertrags wolle GM in Form einer einmaligen Pauschalsumme zahlen und nicht auf die Tariflöhne anrechnen, hieß es in den UAW-Kreisen weiter. Dadurch sei die Berechnungsgrundlage für prozentuale Lohnerhö gen bei kommenden Tarifvertr geringer.

Eine Schlüsselrolle für die Z mung der Gewerkschaft spi nach diesen Angaben die Ar platzgarantien und die dafür zug ten Programme. Dafür hätten UAW-Unterhändler dann die schale Abgeltung der Lohnerhö gen hingenommen, hieß es. Der S denlohn der gewerkschaftlich or sierten Arbeiter betrug nach Ang von GM bisher einschließlich de lagen 23,50 Dollar.

UAW-Chef Owen Bieber hatte der Einigung in Detroit erklärt, bei der betrieblichen Altersve gung und bei der Gewinnbeteili seien Fortschritte erzielt worde rechne mit einer Annahme des T vertrags durch die Mitglieder.

Die Gewerkschaftler bei GM g allerdings als militanter als ihre legen bei Ford Motor Co. und C ler Corp., für die der Tarifabsc die Richtschnur bilden dürfte. hatten die GM-Beschäftigten der maligen Tarifabschluß, der er liche Lohnabstriche vorsah, nu knapper Mehrheit zugestimmt. I Belegschaft war gefordert wo nachdem die Rezession vorbei müßten die Arbeiter nun an den der kräftigen Gewinnen der US tokonzerne beteiligt werden.

Das Ende des Streiks bei GM k te an den Aktienbörsen nur ku stig Begeisterung erwecken.

TOURISMUS / Sommer-Bilanz der Seine-Metropole

Mehr Amerikaner in Paris

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Touristenstrom nach Paris hat weiter zugenommen. Während in der französischen Provinz die Sommersaison vor allem wegen des Kaufkraftschwunds der Franzosen sehr schlecht ausgefallen war, verbuchte die Haupstadt im Juni, Juli und August einen neuen Besucherrekord. Das lag vor allem an den Amerikanern, die dank der Dollarhausse noch zahlreicher kamen als vor einem Jahr.

Paris wurde aber auch stärker von den Provinzfranzosen besucht, und zwar vor allem aus geschäftlichen Gründen. Viele Unternehmen hatten wegen der schlechten Konjunktur ihren Bürobetrieb bis in den Juli hinein aufrecht erhalten.

Besonders befriedigt ist das Pariser Tourismus-Sekretariat über die Wiederbelebung des Besuchs aus der Bundesrepublik. Darin sieht man nicht nur ein Beweis für die deutsche Konjunkturverbesserung. Immer mehr Bundesbürger entdeckten, daß Paris eine einmalige Stadt sei, deren touristische Qualität in einem sehr günstigen Preisverhältnis stünde. Auch von Italienern ist Paris im letzten Sommer sehr stark besucht worden. Die Skandinavier haben ihren Vorjahresrückgang ausgeglichen, ebenso die Südamerikaner.

Der Aufenthalt der ausländischen Gäste blieb mit durchschnittlich zwei Tagen sehr kurz. Die Luxushotels melden aber einen Geschäftszuwachs von sieben Prozent, die mittleren von fünf und die kleinen von vier Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Konsolidierung beendet

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Drogistengewerbe hat nach wirtschaftlich schwierigen Jahren wieder Fuß gefaßt. Der Branchenumsatz hat 1983 bei drei Mrd. DM stagniert. Für dieses Jahr, das nach gutem Start durch die Folgen des Arbeitskampfs und des schlechten Wetters an wirtschaftlichem Schwung verloren habe, rechnet die Branche mit einem Umsatzplus von 2,5 Prozent. Das Gewerbe sieht sich jedoch starker Konkurrenz durch Kaufhäuser, Supermärkte und Discount-Drogerieketten ausgesetzt.

Flick behält Edel-Buderus

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Edelstahlwerke Buderus AG, Wetzlar, verbleibt im Düsseldorfer Flickkonzern. Aus dem Verkauf des Unternehmens an die BHF-Bank, Frankfurt, hatte Flick einen Erlös von rund 50 Mill. DM erwartet. Wie die Obergesellschaft Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA mitteilte, seien neue erweiterte Überlegungen zur Funktion von Edelstahl Buderus im Verbund der Flick-Gruppe besprochen worden. Flick habe der BHF-Bank in dem Zusammenhang ein mehrjähriges Beratungsmandat erteilt. Ursprünglich war vorgesehen, daß die Bank von Flick das gesamte Aktienkapital von Edel-Buderus (32,5 Mill. DM) mit dem Ziel einer späteren teilweisen Börsenplazierung übernehmen sollte.

IRI: Verlust abgebaut

Mailand (dpa/VWD) – Die von der italienischen Staatsholding IRI kontrollierten Industrieunternehmen werden in diesem Jahr 2400 Mrd. Lire (4 Mrd. DM) Verlust machen, nach 3200 Mrd. Lire 1983. Die 25-Prozent-Abnahme ist nach Angaben des IRI-Generaldirektor Antonio Zurzolo nicht nur dem verbesserten Zinsen-Umsatz-Verhältnis zu verdanken, sondern auch der geringeren Lohnkostenbelastung. Der Umsatz der IRI-Gruppe (Industrie- und Dienstleistungsunternehmen) wird den Erwartungen der Konzernleitung zufolge in diesem Jahr 42 000 Mrd. Lire erreichen, 14,4 Prozent mehr als 1983. Real wird damit eine Steigerung von rund vier Prozent eintreten. Schwerpunkte der IRI-Gruppe sind im Industriebereich die Stahlindustrie, die Werften und der Maschinen- und Elektrobau, im Dienstleistungsbereich das Fernmeldewesen, die Kreditwirtschaft und das Verkehrswesen.

ARBEITSVERWALTUNG / EDV-Pläne erläutert

Durch Computer entlastet

HEINZ STÜWE, Nürnberg

Ein zeit- und nervenraubendes Erlebnis mit Behörden soll dem Bürger in Zukunft erspart bleiben. Zumindest in den Arbeitsämtern soll niemand mehr von Pontius zu Pilatus rennen müssen. Statt dessen wird es für jeden Ratsuchenden im Idealfall nur einen Ansprechpartner geben. „Ganzheitliche Vorgangsbearbeitung" heißt das im Amtsdeutsch und ermöglichen soll es der Computer. Dazu müssen, wie Experten der Bundesanstalt für Arbeit jetzt in Nürnberg erläuterten, die computergestützten Verfahren in Arbeits- und Ausbildungsvermittlung sowie Leistungsabteilung zusammengefaßt werden.

Das ist noch Zukunftsmusik. Heute ist es noch nicht selbstverständlich, daß ein Arbeitsvermittler seinem Besucher auch Auskunft geben kann, wieviel Arbeitslosengeld er zu erwarten hat. Dies liegt nicht nur an der Zuständigkeit. Die Datenverarbeitung ist in den Abteilungen, aber auch in den einzelnen Arbeitsämtern auf sehr unterschiedlichem Stand.

Die jährlich knapp hundert Millionen Einzelzahlungen im Wert von über 50 Mrd. DM erledigt ein zentraler Rechner in Nürnberg. Aufgrund des riesigen Datenumfanges und der langen, teuren Leitungswege fiel schon 1978 die Entscheidung, in der Arbeitsvermittlung auf ein dezentrales EDV-System zu setzen. Die Realisierung ist aber noch nicht sehr weit gediehen. Von den 4200 Bildschirm-Arbeitsplätzen der installierten 250 Bürocomputer, die monatlich 3,17 Mill. DM Miete kosten, werden erst etwa 1000 für die Arbeitsvermitt genutzt. Nur in Hessen, Rheinl Pfalz und im Saarland können die Ämter bei der Stellenvermitt auf Nixdorf-Bürocomputer stüt die mittlerweile bereits an ihre K zitätsgrenzen stoßen. Derzeit geh Bundesanstalt daran, die comp unterstützte Arbeitsvermittlung die großen Arbeitsämter auszu nen, wie der zuständige Abteilu leiter Gerhard Wilke erläuterte. Verfahren, seit Mai in Frankfur probt, soll 1985 in Hamburg, K Darmstadt und Stuttgart eingef werden. Der einzelne Sachbearb erhält über seinen Bildschirm Zu zu allen Stellengesuchen und -a boten seines und benachbarter beitsamtsbezirke („Tagespende reich"). Gerade der Überblick i die Situation in den Nachbarregi läßt oft zu wünschen übrig: Denn heute übliche Anfertigen von Ak Duplikaten, die dann verschickt den, ist ebenso umständlich wi beitsaufwendig.

Für Präsident Heinrich Franke gen die Vorteile, die der EDV-Ein dem „Kunden" bringen soll, d auch auf der Hand: schnellere scheidungen, gezieltere Berat und bessere Möglichkeiten Selbstinformation. Der vollstän Ausbau der Computer-Infrastru wird sich nach seinen Worten a dings noch bis zum Ende des J zehnts hinziehen. Vor allem der Z bedarf für die Programm-Entw lung wird dafür verantwortlich macht. Eine Rolle spielt aber a daß derzeit noch keine maßgesch derte Hardware zur Verfügung st

RENTENMARKT / Unbeeindruckt von Dollarhausse

Zum Wochenschluß fester

Am Rentenmarkt setzte sich der Renditenrückgang der Vorwochen nicht fort. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post blieb unverändert bei 7,18 Prozent. Die Rendite aller inländischen Emittenten zusammen ermäßigte sich allerdings von 7,26 auf 7,23 Prozent. Die Entwicklung war im Wochenverlauf sehr unterschiedlich. Während die kurspflegenden Stellen in den ersten Wochentagen kaufen mußten, konnten vor allem am Donnerstag und in verringertem Umfang am Freitag wieder hohe Beträge an den Markt abgegeben werden. Von der Dollar-Hausse jedenfalls blieb der deutsche Rentenmarkt unbeeindruckt. (lf)

Emissionen	21.9. 84	14.9. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,18	7,18	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,22	7,24	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,20	7,27	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,59	7,61	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,23	7,26	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,94	6,98	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,78	7,80	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,23	7,26	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,69	7,73	8,08	8,45	10,32

AUTOMOBILE / Die Marktanteile ausländischer Hersteller bröckeln wieder ab

Rekordergebnis im Gebrauchthandel

dpa/VWD, Flensburg

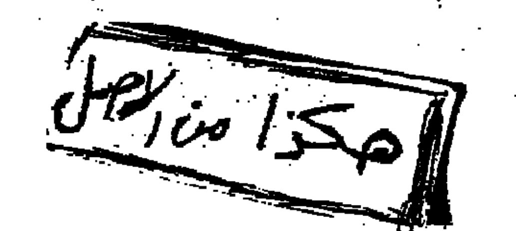
Die gewonnenen Marktanteile, die ausländische Pkw-Hersteller durch die streikbedingten Produktionsausfälle der deutschen Mitbewerber erzielten, bröckeln wieder ab. Aus einer am Sonntag vom Kraftfahrtbundesamt in Flensburg veröffentlichten Übersicht geht hervor, daß Importwagen im August einen Anteil an der Gesamtzulassung von 33,5 Prozent hatten; im Juli waren es 36 Prozent und im Juni 42,1 Prozent. Im Mai, also vor dem sieben Wochen dauernden Metallerstreik, hatten ausländische Produzenten einen Anteil von 28,9 Prozent erreicht.

Im bisherigen Jahresverlauf rollten mit 1,675 Millionen Einheiten (Vorjahreszeitraum: 1,726 Millionen) 2,9 Prozent weniger fabrikneue Autos auf die bundesdeutschen Straßen als vor Jahresfrist. Der Anteil von Importwagen erhöhte sich um 4,1 Punkte (56 300 Pkws) auf 30,9 Prozent.

Ein Sprecher des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) erklärte, daß die deutschen Firmen „zuversichtlich" seien, den Anteil ausländischer Wagen „übers Jahr gesehen wieder unter die 30-Prozent-Marke drücken zu können". Die streikbedingten Produktionsausfälle, die der VDA-Sprecher auf 425 000 Pkw bezifferte, seien durch Sonderschichten, Produktion zum Teil auch in den Werksferien und durch Personalaufstockung (bei VW 1000, bei Daimler-Benz 2000) bereits zu einem Drittel wieder aufgeholt worden.

Insgesamt waren im August 156 797 fabrikneue Pkw und Kombi (Vorjahr 143 269) in der Bundesrepublik verkauft worden. Dies war das höchste Augustergebnis überhaupt, das noch um rund 4000 Wagen über dem bisher besten Augustergebnis von 1978 lag. Etwa jeder siebte neue Wagen hatte einen Diesel unter der Motorhaube; mit 13,5 Prozent erreichten Dieselfahrzeuge das bisher beste Ergebnis in diesem Jahr. Erfolgreichste Einzelmodelle waren der VW Golf mit 12 480 und der 190er von Daimler-Benz mit 12 450 Einheiten.

Beim privaten und gewerblichen Handel mit gebrauchten Kraftfahrzeugen ist im August ein Rekordergebnis erzielt worden. Wie das Kraftfahrtbundesamt mitteilte, wurde mit einer Ummeldung von insgesamt 509 912 (August 83: 503 479) Kraftfahrzeugen das bisher beste August-Ergebnis aus dem Vorjahr noch um 1,3 Prozent übertroffen. Gleich hoch fiel auch die Steigerungsrate bei Personenwagen aus, von denen 458 265 (452 590) auf anderen Besitz übergingen. Von Anfang Januar bis Ende August wechselten insgesamt 4,4 Millionen gebrauchte Kraftfahrzeuge (Vorjahreszeitraum: 4,3 Millionen) ihren Besitzer.



IKOFA / Lebensmittel-Industrie beklagt schlechte Auslastung – Hoffnung im Export

Der Ernährungs-Markt stagniert

H. HILDEBRANDT, München

„Wachstum in begrenztem Umfang ist nur noch vom Export zu erwarten, Umsatzzuwachs auf dem Inlandsmarkt kann dagegen nur zu Lasten anderer Anbieter erfolgen. Das gilt auch für Innovationen, die höchstens zu Marktverschiebungen führen, nicht aber zu Marktausweitungen." Auf diesen gemeinsamen Nenner lassen sich die Aussagen der Aussteller auf der Münchener IKOFA, der Fachmesse der Ernährungswirtschaft, zusammenfassen.

Diese nicht gerade von überschäumendem *Optimismus geprägte Lage*beurteilung ist durch konkrete Daten zu untermauern. Der Gesamtumsatz der deutschen Ernährungsindustrie stieg zwar im ersten Halbjahr 1984 nominal um 3,6 Prozent auf 75,14 Mrd. DM, aber auch bei der erheblich abgeflachten Preissteigerungsrate bedeutet das praktisch eine Stagnation. Die Streikauswirkungen waren zwar nicht die ausschlaggebende Ursache *für diese ungünstige* Entwicklung, sie haben sie jedoch beeinflußt, genauso wie der saisonbedingte ruhigere Geschäftsverlauf während der Sommermonate. Auch das zweite Halbjahr hat sich nicht übermäßig erfreulich angelassen, was bereits zu Folgerungen bei der Beschäftigungslage führte. So ist die Mitarbeiterzahl der Ernährungsindustrie in Jahresfrist um 1,3 Prozent auf rund 424 000 Beschäftigte zurückgegangen, teilweise allerdings auch als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen.

*Die Lage in den einzelnen Teilbe*reichen des Wirtschaftszweiges spiegelt die Gesamttendenz wider. Das gilt auch für die Fleischwarenindustrie. Bei einer leicht auf 1,23 Mill. Tonnen gestiegenen Produktionsmenge blieb der Jahresumsatz 1983 mit *10,6 Mrd. DM* nur auf Vorjahresniveau, allerdings bei verbesserter Ertragslage. Letzteres ist auf die niedrigeren Rohstoffpreise zurückzuführen, die nur teilweise an die Verbraucher weitergegeben wurden. Trotzdem klagen viele Betriebe über mangelnde *Auslastung, erkennbar auch* an der hohen Abschmelzungsrate bei der Beschäftigtenzahl, die schon 1983 um 4,8 Prozent auf rund 38 000 absank. Die Streikfolgen haben weiterhin dazu beigetragen, daß die Fleischwarenindustrie „weit davon entfernt ist, Fett anzusetzen".

An der Klagemauer steht weiterhin auch die Fischindustrie. Zwar stieg der Pro-Kopf-Verzehr im Vorjahr um *10 Prozent auf 11,8 Kilogramm*, aber von dem Zuwachs profitierten fast nur die Importeure. Die deutschen Verarbeiter sind infolge zurückgehender Anlandungen weiterhin nicht ausgelastet. So stieg der nominelle Umsatz 1983 nur um magere *1,3 Prozent auf 1,69 Milliarden DM.*

Sogar bei den so innovationsfreudigen Herstellern von Kartoffelprodukten steht das Signal inzwischen auf Halt. Der Umsatzwert ihrer breiten Angebotspalette hat sich inzwischen auf 1,1 Mrd. DM eingependelt.

Wenig Erfreuliches ist auch von der Getränkeindustrie zu berichten. Der Bierumsatz stagniert bereits seit Jahren, bei den alkoholfreien Getränken aller Art sieht es gegenwärtig auch nicht viel besser aus. Hier hat denn auch zusätzlich das Wetter nicht mitgespielt.

Kein Wunder also, daß mehr denn je auch die geringste Exportchance wahrgenommen wird, sogar in den für deutsche Lebensmittel so exotischen Fernen Osten. Die Informationsstelle der japanischen Handelszentrale kann sich auf der IKOFA daher nicht über mangelndes Interesse beklagen.

WANG DEUTSCHLAND / Halbe Strecke zum Ziel

Hoher Auftragseingang

VWD, Frankfurt

Auf halber Strecke zum Ziel sieht sich Wang Deutschland GmbH, Frankfurt, Tochter des gleichnamigen US-Computer-Konzerns, nach *den Worten ihres Geschäftsführers* Dieter Basziszta. Für das Jahr 1990 peilt er einen Umsatz von 1 Mrd. DM an. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) konnte der Umsatz um 43 Prozent auf 204,6 (143,5) Mill. DM ausgeweitet werden, 1984/85 sollen es mit 752 Mitarbeitern 248 Mill. DM werden. Der hohe Zuwachs des vergangenen Jahres sei durch eine größere Zahl von Aufträgen aus dem Vorjahr begünstigt worden.

Hierdurch erscheine auch der 1983/84er Auftragseingang mit einer Steigerung um 25 (47) Prozent auf 210,24 (168) Mill. DM vergleichsweise gering. Für 1984/85 rechnet man bei Wang Deutschland mit einer 32prozentigen Steigerung auf 277 Mill. DM. Basziszta versicherte, man habe *1983/84 die Ertragsschwelle leicht* überschritten. Im laufenden Jahr sei es angesichts des hohen Dollar-Kurses schwieriger, den Break-Even-Point zu erreichen.

Nachdem vor etwa vier Wochen die Wang-Aktien über die Schweizer Bankgesellschaft an der dortigen Aktienbörse eingeführt worden sind, will Basziszta nun die Notierung in Frankfurt vorantreiben. Damit wäre Wang an zwei außeramerikanischen Wertpapierbörsen vertreten. Genaue Terminvorstellungen gebe es jedoch noch nicht.

Schweisfurth wird Aktiengesellschaft

dpa/VWD, Herten

Der Hertener Fleisch- und Wurstwarenproduzent Karl Ludwig Schweisfurth will seine industriellen Beteiligungen zum 1. Januar 1985 in eine Aktiengesellschaft einbringen. Wie *das Unternehmen mitteilte*, geht es um die Firmen Herta (mit Tochtergesellschaften in Frankreich und Belgien) und Artland Dörffler (mit Töchtern in Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden). Die Größe des Unternehmens sprenge mittlerweile den Rahmen einer Personengesellschaft, begründete Schweisfurth seinen Schritt.

In dem industriellen Beteiligungsbereich erzielt Schweisfurth den Angaben zufolge mit rund 5 000 Beschäftigten inzwischen in Europa einen *konsolidierten Umsatz von* über 1 Mrd. DM. Die Höhe des Aktienkapitals sei noch nicht endgültig beziffert, erklärte ein Firmensprecher gegenüber VWD. Aufsichtsratsvorsitzender der AG wird Karl Ludwig Schweisfurth, Vorstandsvorsitzender Karl Götze.

ZUCKERFABRIK UELZEN / Höherer Überschuß

Gute Rüben-Ernte in Sicht

DOMINIK SCHMIDT, Uelzen

Die Zuckerfabrik Uelzen AG, die Anfang 1985 mit der Braunschweiger Zucker-AG, Wierthe, verschmolzen wird, rechnet für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) mit einer sicheren Erfüllung der zugeteilten Höchstquote. Die günstigen Witterungsbedingungen haben zu höheren Feldaufgängen und gesunden Beständen geführt, die alle Voraussetzungen für eine gute Ernte erfüllen, heißt es im Geschäftsbericht. Für das Anbaujahr 1984 hat die Zuckerfabrik Verträge über 9,8 (9,6) Mill. Dezitonnen (dt) Rüben abgeschlossen. Die gemeldete Anbaufläche erhöhte sich auf 24 642 (23 748) Hektar.

Mit den Ergebnissen im Geschäftsjahr 1983/84 zeigt sich der Vorstand insgesamt zufrieden. Die gesamte Rübenverarbeitung in Uelzen erreichte nur 9,03 (11,83) Mill. dt. Die Zuckererzeugung ging auf 1,28 (1,6) Mill. dt zurück und machte 133 (166) Prozent der EG-Zuckergrundquote aus. Der Absatz verringerte sich auf 1,41 (1,57) dt Zucker. Im Inland ergab sich ein Minus von 41 800 dt, während der Export um 119 300 dt zurückging. Die überschüssige C-Zuckermenge von 58 406 dt muß bis Ende 1984 außerhalb der EG abgesetzt werden.

Ein günstigeres Bild zeigt die Ertragsrechnung. Der Umsatz blieb mit 236 (237) Mill. DM praktisch unverändert. Der Jahresüberschuß wird mit 2,94 (0,83) Mill. DM ausgewiesen. Die Aktionäre erhalten neben der Standarddividende von 12 Prozent einen Jubiläumsbonus von sechs Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 10,5 Mill. DM. Zudem wird aufgrund des Verschmelzungsvertrags ein Sonderbonus von 10 Prozent gezahlt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Braunschweig: Modevertrieb La Môme, GmbH; **Frankfurt:** Nachl. d. Christine Wink geb. Schwalm; **Göppingen:** Nachl. d. Klaus Schuchardt, Kuchen/Fils; **Gummersbach:** Rudolf Erdenberger; **Hamburg:** Horst Willy Julius Bach; **Hameln:** Nachl. d. Gottfried Förster, Hessisch Oldendorf; **Heidelberg:** Erwin Herr GmbH & Co. KG, Wiesloch-Baiertal; **Husum:** Heino Wagner, Nordstrand; **Lingen:** Martin Begger; **Mayen:** Rudolf Schaefer, Rieden; **Oldenburg:** Dieter Siegmann, Großenkneten-Ahlhorn; **Rottweil:** Schmer-Maschinenbau, Schramberg;

Anschlußkonkurs eröffnet: Hildesheim: Hildesheimer Zylinder- u. Kurbelwellenschleiferei Karl Bergen GmbH & Co. KG, Hildesheim OT Himmelsthür; Bergen Betriebsführungsges. mbH, Hildesheim OT Himmelsthür.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Rössler/Troll/Langner: Bewertungsgesetz und Vermögensteuergesetz, Vahlen Verlag, München 1983, 1904 S., (geb.) 288 Mark.

Der Kommentar erläutert das Bewertungs- und Vermögensteuergesetz in der für die Hauptveranlagung 1983 maßgeblichen Fassung unter Berücksichtigung der neuen Vermögensteuer-Richtlinien 1983. Schwerpunkte der Neuauflage sind die verfahrensrechtlichen Fragen der Einheitsbewertung, die neue BFH-Rechtsprechung zur Qualifizierung der einzelnen Feststellungen als selbständige Verwaltungsakte, die Bewertung bebauter Grundstücke im Ertrags- und Sachwertverfahren und unter anderem mehr auch die bewertungsrechtlichen und vermögensteuerlichen Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes 1984.

Mumford/Welter: Benutzerbeteiligung bei der Entwicklung von Computersystemen (Informationsverarbeitung in Betrieb und Verwaltung, Bd. 1), Erich Schmidt Verlag, Berlin 1984, 295 S., 68 Mark.

Häufig erfüllen sich die Erwartungen nicht, die in die Anwendung von Computersystemen am Arbeitsplatz gestellt werden. Mangelnde Ausnutzung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Abbau der Leistungen für Kunden und Benutzer haben zur Folge, daß sich die erheblichen Investitionen in EDV-Systeme nicht auszahlen. Die negativen Folgeerscheinungen im Bereich der Informationstechnik hängen sowohl mit der mangelhaften Beteiligung der späteren Benutzergruppen an der Gestaltung der Systeme zusammen, als auch mit der vorwiegend technischen Orientierung der Systemplaner. Wie aber soll die verstärkte Partizipation der Benutzer an der Systementwicklung aussehen? Die Autoren halten es für geboten, daß die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Organisationsabläufe innerhalb des Betriebs und die technischen Möglichkeiten neben der Steigerung der Effizienz in allen Phasen der Systementwicklung beachtet und überprüft werden. Das Buch ist sowohl allen Berufsgruppen zu empfehlen, die mit der Entwicklung von Computersystemen befaßt sind, als auch denjenigen, die heute oder in Zukunft über den Einsatz von Computertechnik in Unternehmen und Behörden entscheiden.

Klaus Nathusius (Hrsg.): Praxis der Unternehmensgründung, 2. Auflage, Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln 1983, 276 S., 49 Mark.

Die Zahl der Unternehmensgründungen ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Leider entpuppt sich für viele Existenzgründer der Traum von beruflicher Selbständigkeit und finanzieller Unabhängigkeit allzu rasch als Weg in den Konkurs, bedingt durch mangelnde Vorbereitung und Fehlinformationen in bezug auf die bestehenden Marktchancen des Unternehmens. Hilfestellung zur Existenzgründung geben eine Vielzahl von Handbüchern; durch besondere *Übersichtlichkeit und Praxisnähe* zeichnet sich dieser Leitfaden mit beiliegendem Arbeitsheft aus. Anhand einer Checkliste werden Leistungsbereitschaft, Branchenkenntnisse und finanzielle Voraussetzungen einer Unternehmensgründung abgefragt. Wer ob dieser Fülle von Fragen und Problemen nicht kapituliert, findet detaillierte Anleitungen und *Orientierungshilfen* für die Planungsphase.

Böhm/Justen: Bewerberauswahl und Einstellungsgespräch, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1984, 3. Aufl., 190 S., 38,60 Mark.

Es mag erstaunen, daß dieser Leitfaden für die Bewerberauswahl in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit bereits in der dritten Auflage innerhalb von fünf Jahren erscheint. Gerade bei der Besetzung der wenigen zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze muß der einzelnen Einstellungsentscheidung eine besonders sorgfältige Auswahl der Bewerber vorausgehen. Das Einstellungsgespräch spielt neben der beruflichen Ausbildung und der Berufserfahrung eine ausschlaggebende Rolle. Während im ersten, juristischen Teil des Buches die arbeitsrechtlichen Gesichtspunkte der Einstellung, Kündigungsschutz, Beteiligung des Betriebsrates und Fragen der Vertragsgestaltung behandelt werden, stellt der Diplom-Psychologe Robert Justen anschließend die psychologischen Aspekte des Einstellungsgesprächs vor. Frage- und Interviewtechniken werden dargestellt; ein Fragenkatalog für das Vorstellungs- und Austrittsgespräch sowie eine Checkliste zur Fragetechnik komplettieren dieses gelungene Buch für den Praktiker im Personalbereich.

Quo vadis Industriegesellschaft? Perspektiven zu Führungsfragen von morgen, Herausg. Günther, Saner-Verlag Heidelberg, 1984, 296 S., 42 Mark.

Die Autoren wollen eine häufig nur äußerlich verordnete Humanisierung der Arbeitswelt ersetzen durch ein neues Fundament praktizierter Humanität. Die Themen sind weit gespannt: Perspektiven technologischen Fortschritts, Fragen der Organisationsentwicklung, kritische Überlegungen zu Lernprozessen und schließlich Reflexionen über Selbstverwirklichung sind die Themenschwerpunkte. Das Buch ist August Sahm zu seinem 65. Geburtstag gewidmet. „Wer will, daß es ihm wohl geht, muß wollen, daß es allen wohl ergehe", ist das Leitmotiv der vorliegenden Beiträge.

ERGEBNISSE

Braunschweig – Frankfurt	5:0	(2:0)
Dortmund – Bochum	3:0	(0:0)
K'lautern – Schalke	2:2	(0:0)
Bremen – Mannheim	1:1	(0:1)
Bielefeld – Düsseldorf	1:1	(1:0)
Karlsruhe – Hamburg	1:1	(1:0)
München – Köln	2:0	(0:0)
Uerdingen – Stuttgart	3:2	(1:1)
Leverkusen – M'gladbach	3:2	(1:1)

DIE SPIELE

München – Köln 2:0 (0:0)

München: Aumann – Augenthaler – Martin, Eder, Pflügler – Beierlorzer, Matthäus, Nachtweih (46. Kögl), Dürnberger – Rummenigge, Wohlfahrt. – **Köln:** Schumacher – Lefkes – Hartwig, Steiner - Hönerbach, Lehnhoff (77. Bein), Haas (54. Hartmann), Engels, Gielchen – Littbarski, Allofs. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 1:0 Rummenigge (74.), 2:0 Wohlfahrt (90.). – **Zuschauer:** 56 000. – **Gelbe Karten:** Allofs (2), Hartwig.

Bielefeld – Düsseldorf 1:1 (1:0)

Bielefeld: Kneib – Wohlers – Schnier, Hupe - Dronia, Foda, Rautiainen, Kühlhorn (72. Breski), Pohl – Reich, Ozaki. – **Düsseldorf:** Greiner – Zewe – Bunte, Edvaldsson – Bockenfeld, Kaiser (46. Thiele), Fach, Weikl, Dusend – Bommer, Holmquist. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 1:0 Reich (27.), 1:1 Holmquist (52.). – **Zuschauer:** 10 000.

Bremen – Mannheim 1:1 (0:1)

Bremen: Burdenski – Pezzey – Kutzop, Otten (46. Hermann) – Schaaf, Sidka, Möhlmann, Okudera – Völler, Neubarth, Meier (80. Ordenewitz). – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Schlindwein, Dickgießer – Kohler, Scholz, Heck, Schön – Bührer (80. Remark), Walter (83. Knapp). – **Schiedsrichter:** Schütte (Dortmund). – **Tore:** 0:1 Schlindwein (3.), 1:1 Ordenewitz (83.). – **Zuschauer:** 17 800. – **Gelbe Karten:** Schlindwein (2), Heck.

Braunschweig – Frankfurt 5:0 (2:0)

Braunschweig: Josef – Pahl – Geiger (80. Posipal), Bruns, Ellmerich – Tripbacher, Gorski, Hintermaier, Lux – Plagge (73. Bergs), Worm. – **Frankfurt:** Pahl – Kroth – Sivers, Körbel, Kraaz – Trieb, Mohr, Müller, Falkenmayer – Svensson, Tobollik (19. Mattern). – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Bruns (11.), 2:0 Gorski (27.), 3:0 Tripbacher (53.), 4:0 Worm (60.), 5:0 Tripbacher (81.). – **Zuschauer:** 11 900. – **Gelbe Karten:** Hintermaier, Geiger.

Dortmund – Bochum 3:0 (0:0)

Dortmund: Immel – Rüßmann , Egli, Koch – Loose, Lusch (46. Simmes, 82. Storck), Schüler, Raducanu, Anderbrügge – Wegmann, Klotz. – **Bochum:** Zumdick – Tenhagen – Knüwe, Kree – Bänighausen, Pickenäcker, Lameck, Woelk (79. Schreier), Oswald, Schulz (68. Kuntz) – Fischer. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Wegmann (79.), 2:0 Raducanu (85., Foulelfmeter), 3:0 Wegmann (90.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Schüler (2), Rüßmann, Tenhagen (3).

K'lautern – Schalke 2:2 (0:0)

K'lautern: Ehrmann – Bold – Wolf, Dusek – Geye (65. Melzer), Brehme, Allofs, Moser – Trunk, Hübner (73. Eilenfeldt), Kitzmann. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kleppinger, Stichler (79. Berge), Schipper – Dierßen, Opitz (75. Schatzschneider), Memering, Jakobs – Thon, Täuber. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 1:0 Allofs (56.), 2:0 Allofs (58.), 2:1 Täuber (61.), 2:2 Memering (84). – **Zuschauer:** 23 756. – **Gelbe Karten:** Bold (3), Wolf, Jakobs.

Karlsruhe – Hamburg 1:1 (1:0)

Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Roth, Boysen – Harforth (46. Walz), E. Becker, Dittus, Keim, Löw – Günther, Künast (69. Zahn). – **Hamburg:** Stein – Jakobs – Kaltz, Schröder – Rolff, Soler, Magath, Groh, Wehmeyer (54. Wuttke) – McGhee, Milewski. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 1:0 Keim (12.), 1:1 McGhee (76.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Günther (2), Roth, Jakobs (2), Kaltz.

Leverkusen – M'gladbach 3:2 (1:1)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Gelsdorf, Wojtowicz – Winklhofer, Geschlecht, Hörster, Röber, Tscha – Schreier, Waas. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Krauss, Borowka – Herlovsen (83. Herbst), Hochstätter, Rahn, Lienen, Frontzeck – Mill, Criens. – **Schiedsrichter:** Rise (Hattingen). – **Tore:** 1:0 Röber (3.), 1:1 Hochstätter (11.), 2:1 Waas (63.), 3:1 Tscha (70.), 3:2 Criens (82.). – **Zuschauer:** 17 700. – **Gelbe Karten:** Geschlecht, Bast, Borowka.

Uerdingen – Stuttgart 3:2 (1:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, van de Loo – W. Funkel, Klinger (80. Brinkmann), Feilzer, F. Funkel, Raschid – Schäfer, Loontiens (64. Gulich). – **Stuttgart:** Roleder – Makan – Schäfer, Müller – K.-H. Förster, Kempe, Allgöwer, Sigurvinsson, Klinsmann – Claesen, Reichert. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 1:0 Klinger (15.), 1:1 Kempe (34.), 1:2 Allgöwer (64.), 2:2 Schäfer (71.), 3:2 Brinkmann (83.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Allgöwer (2), Makan (2), Claesen.

VORSCHAU

Freitag, 28. 9., 20 Uhr:

Frankfurt – Bielefeld	(1:1)
Schalke – Braunschweig	(–:–)

Samstag, 29. 9., 15.30 Uhr:

Hamburg – K'lautern	(3:2)
Düsseldorf – Bremen	(3:4)
Mannheim – Uerdingen	(1:4)
Köln – Dortmund	(5:2)
Bochum – Leverkusen	(2:1)
M'gladbach – Karlsruhe	(–:–)

Das Spiel Stuttgart gegen Bayern München (1:3), für diesen Spieltag geplant, fand bereits am 5. September statt.

(In Klammern die Ergebnisse vom Vorjahr)

FUSSBALL / Trainer Feldkamps neue Erfolgserlebnisse. Stuttgart resigniert. Schumacher denkt über Klubwechsel nac



Sturmlauf des Glücks mit dem Torschützen vorne weg: Die Uerdinger Brinkmann, Wolfgang Funkel und Feilzer (von links). FOTO: LUEBPRINTS

Latteks Ironie: „Bei Köln spielte der beste Torwart, den ich kenne. Er kommt direkt hinter Aumann"

Von ULRICH DOST

Auslöser der Kontroverse war **Jupp Heynckes** (39), Trainer von Borussia Mönchengladbach. Er habe viele sportliche Höchstleistungen gesehen, meinte Heynckes auf der Pressekonferenz nach der 2:3-Niederlage bei Bayer 04 Leverkusen, aber auch einige unsportliche Dinge, die nicht auf einen Sportplatz gehörten. Dann sprach der Trainer Klartext: „**Uli Borowka** ist von **Christian Schreier** mit dem Kopf gestoßen worden, und **Christian Hochstätter** hat von **Rudi Wojtowicz** absichtlich einen Schlag mit den Ellenbogen bekommen." Die Antwort von Bayer-Trainer **Dettmar Cramer** (59): „Derartige Fouls sind unentschuldbar, darüber wird im internen Kreis zu reden sein."

Folgendes hatte sich im Strafraum der Mönchengladbacher abgespielt: Die Leverkusener bekamen vor der Strafraumgrenze einen Freistoß zugesprochen. Schreier und Borowka wollten in Position laufen, plötzlich lag der Mönchengladbacher wie vom Blitz getroffen auf dem Rasen. Schreier schilderte seinem Trainer noch in der Halbzeitpause den Vorgang so: „Trainer, ich zeige Ihnen meine Wade, da können sie selbst sehen, wie er mich getreten hat." Schreier habe dann zu seinem Gegenspieler nur gesagt: „Was soll das?" Danach seien sie mit den Köpfen zusammengeprallt. Tribünengäste schwören Stein und Bein, daß dieser Zusammenprall nicht zufällig geschah, sondern daß Schreier gezielt einen Kopfstoß ansetzte. Borowkas Lippe platzte auf, der Wangenknochen schwoll an, und Torwart **Ulrich Sude** (28) versicherte, Borowka habe für kurze Zeit die Besinnung verloren. Sude will auch gehört haben, wie **Dieter Bast** (33) zu seinem Teamkollegen Schreier sagte: „Mensch, was soll denn der Quatsch."

Frank Mill (26) war am Ende froh, das Haberland-Stadion unverletzt verlassen zu können. Der Gladbacher Mittelstürmer, der von seinem Gegenspieler **Roman Geschlecht** (22) nicht gerade mit Samthandschuhen angefaßt wurde, meinte: „Wir sind froh, mit halbwegs heilen Knochen vom Platz gekommen zu sein. So etwas habe ich noch nicht erlebt." Zu Wojtowicz sei er hingegangen und habe ihn wegen des absichtlichen Fouls an Hochstätter wüst beschimpft. Dem Ganzen die Krone auf setzte dann Gladbachs Polit-Linksaußen **Ewald Lienen** (30), der Beziehungen vermutete, wo keine sind: „Das Werk macht die Umwelt und die Mannschaft den Fußball-Sport kaputt. Mönchengladbach hat nicht verloren, der Sport hat verloren." Es sei ihm überlassen, ob er diese Aussage verantworten kann.

*

Selbstverständlich, es wurde mit harten Bandagen in diesem Bundesligaspiel gekämpft. Die Leverkusener haben sich nur gewundert, daß Jupp Heynckes mit seiner Meinung an die Öffentlichkeit gegangen ist. Dettmar Cramer: „Ich finde es nicht gut, daß in einer Situation, in der der Bundesliga-Fußball bei den Zuschauern wieder an Kredit gewonnen hat, Vergehen einzelner Spieler herausgestellt werden." Das ging gegen Heynckes, was Cramer gestern auch unumwunden zugab: „Wir Trainer sitzen doch alle im Glashaus. Kein Trainer steckt in einem Spieler drin, also kann man solche Fouls auch nicht verhindern. **Frank Mill** und **Lothar Matthäus** gehören von ihrem Temperament her zu den Spielern, die zu Nickligkeiten neigen. Schreier ist aber kein Rüpel oder Killertyp. Er ist noch nie aufgefallen." Heynckes sagt, er wisse, daß Cramer solche Fouls nicht lehrt, damit sei der Fall erledigt. Bestimmt tut Cramer dies nicht, und deshalb wird er auch nicht mit seinen Spielern darüber sprechen müssen.

*

Nationaltorwart **Harald Schumacher** (30) vom 1. FC Köln wird immer mehr zu einer tragischen Figur. Er, der weltbeste Torwart, hat bislang in der Bundesliga die meisten Gegentreffer hinnehmen müssen, und von Woche zu Woche muß er mit Niederlagen leben. 0:2 hieß es am Samstag im Münchner Olympiastadion, und Schumacher kann den Satz inzwischen nicht mehr hören, daß er eine wesentlich höhere Niederlage verhindert habe. Knapp oder hoch verloren, die Punkte sind weg. Und wenn Schumacher etwas haßt, dann sind es Niederlagen. Seinen Ehrgeiz kann so leicht niemand überbieten.

Nun aber will der „Toni", wie er in Köln genannt wird, nicht mehr. „Ihr könnt ruhig schreiben, der Toni hat resigniert", sagte gestern morgen **Rüdiger Schmitz** (45), Schumachers Manager und Freund, zu den Kölner Journalisten. Mit dieser Mannschaft, so der Torwart, sei kein Staat zu machen. Schumacher, der sich bislang für den Verein und die Mannschaft aufgeopfert hat, ist auf dem Ego-Trip: „Mein Vertrag läuft zum Saisonende aus, den werde ich erfüllen. Doch dann werden wir weitersehen." Die Einheit Köln/Schumacher gibt es ohnehin nicht mehr. Nun will Schumacher wenigstens Geld sehen.

Rund 280 000 Mark hat er in Köln jährlich verdient, nachdem er 1980 einen Fünf-Jahres-Vertrag abgeschlossen hat. Andere, die weniger Leistung brachten, verdienten im Jahr mehr als Schumacher. Wenn der Torwart nun um eine kräftige Anhebung seiner Bezüge bitten wird, muß er befürchten, daß er zu hören bekommt: „Das geht nicht, wir haben kein Geld, weil keine Zuschauer kommen." Deshalb drohen Schumacher und sein Manager schon einmal vorsorglich, denn die Sorgen sind nicht ganz begründet.

*

Doch was kann Schumacher tun? Er weiß, daß er kaum einen Verein findet, der 1,5 Millionen Mark für ihn bezahlt. Da kann er immer wieder betonen, daß er auch in der Wüste spielen würde. Was nutzt ihm das, wenn er dort alleine steht. Immerhin ist er ein Mannschaftssportler, der die Mitspieler braucht. Zu Bayern München würde er gerne gehen, doch dort sind bereits mit **Jean-Marie Pfaff** (30) und **Raimond Aumann** (21) zwei gute Torleute. Und Bayern-Trainer **Udo Lattek** (49) witzelte am Samstag: „Im Kölner Tor stand der beste Torhüter, den ich kenne. Er kommt direkt hinter Raimond Aumann." Vielleicht käme Bayer Leverkusen in Frage, schließlich ist Trainer Dettmar Cramer ein Schumacher-Fan, über finanzielle Dinge reden die Bayer-Leute ohnehin nicht lange, und dann liegt Leverkusen nicht so weit von Köln und auch dort wird Kölsch getrunken.

Harald Schumacher kann auch nicht damit rechnen, daß der 1. FC Köln alle Hebel in Bewegung setzt, um ihn zu halten. Sie werden ihm ein Angebot unterbreiten. Dann liegt es an ihm, zuzustimmen. Deshalb wird seine Situation immer tragischer: In der letzten Saison hat er alleine noch Punkte holen können, heute ist die Mannschaft so schwach, daß sie auch dauernd mit Schumacher verliert. Zuschauer kommen immer weniger, die das Geld bringen müßten, um ihn bezahlen zu können. Das, was er sich vorstellt, wird ihm der Klub bestimmt nicht geben können. Ein tragischer Torwart, der das alles bestimmt nicht gewollt hat. Seine Drohung ist deshalb ernst zu nehmen.

*

Die Mannschaft der Stunde, daran gibt es keinen Zweifel, heißt Bayern München. 12:0 Punkte zum Start – das schaffte noch kein Team. Selbstverständlich jubeln sie nun: **Karl-Heinz Rummenigge** (28) für zehn Millionen verkauft und trotzdem Spitze, eine lange Verletztenliste und dennoch ungeschlagen. Die Spieler glauben, daß sie aus dem Schatten von Rummenigge getreten sind. **Norbert Nachtweih** (27) bekommt nun häufiger den Ball, und wo früher meistens Rummenigge alleine traf, können sich nun gleich mehrere Spieler als Torschützen auszeichnen. Trainer Lattek kann bei einem 25-Spieler-Kader aus dem Vollen schöpfen und sogar solch dumme Sprüche wie diesen loslassen: „Wenn alle Verletzten fit sind, gibt es aber auch Probleme. Hoffentlich habe ich das Glück, daß sich dann zum richtigen Zeitpunkt der richtige Spieler verletzt."

Der Erfolg blendet doch sehr häufig. Wenn Lattek glaubt, daß die eigene Hochnäsigkeit ihr schlimmster Gegner sein wird, dann trifft dies nicht zuletzt auf ihn selbst zu. Nach Rummenigge werden sie bestimmt noch schreien, dies ist nur eine Frage der Zeit. Wahrscheinlich sollte man es deshalb mit dem Spruch von Uli **Hoeneß** (35) halten: „Es besteht ein Unterschied zwischen dem, was wir sagen, und dem, was wir denken." Was ganz bestimmt zu hoffen bleibt. Wie schnell sich die Zeiten ändern können, ist an dem Beispiel von Meister VfB Stuttgart auszumachen. Ein Blick der Bayern ins Schwabenland lohnt sich.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Schneller Wandel: In Uerdingen redet keiner mehr über Konietzka

BERND WEBER, Uerdingen

Prophetie ist ein schweres Geschäft. Und ein risikoreiches obendrein, weil es allemal die Gefahr beinhaltet, mit Voraussagen ganz schön daneben zu liegen. Willi Schulz, Ex-Nationalspieler und heute Zeitungs-Kolumnist, hat vor Beginn der Saison geschrieben: „Wenn ein cleverer Geschäftsmann und Trainer wie Kalli Feldkamp eine Mannschaft wie Bayer Uerdingen übernimmt, dann hat er wohl keine andere Wahl gehabt. Denn das Team, das zuletzt von seinem Amtsvorgänger Timo Konietzka bedingungslos gefordert wurde, wird diesmal nur mit sehr viel Glück vor der Zweitklassigkeit zu retten sein." Was Schulz wahrscheinlich nicht wußte, ist, daß Feldkamp eigentlich schon seit langem die Verpflichtung bei einem Verein angestrebt hat, der eine günstige Fahrtzeit zu seinem niederrheinischen Domizil in Wachtendonk sicherstellt – gerade mal 15 km sind es von Uerdingen bis dorthin. Für den Lebenskünstler Feldkamp bedeutet das, und er macht auch gar kein Hehl daraus, ein Maximum an Lebensqualität.

Was Schulz und gewiß nicht nur er, nicht einmal ahnen konnte, war, daß Feldkamp dermaßen schnell über den vermeintlich übergroßen Schatten des in Uerdingen so beliebten und erfolgreichen Konietzka springen würde. Die Art und Weise wie Bayer Uerdingen trotz des schweren Saisonauftakt-Programms aus den Startlöchern kam, wie die Werksmannschaft am Samstagnachmittag den deutschen Meister VfB Stuttgart mit 3:2 niedergerungen hat, dies alles läßt doch mehr als nur ein Fünkchen Hoffnung aufkeimen, daß sie auch diesmal nicht in den Abstiegssog geraten wird.

Die aktuelle Sorge des Trainers geht sogar in die gegenteilige Richtung. Er muß Phantasten zur Ordnung rufen, die, getragen von der gegenwärtigen Euphorie, von einer UEFA-Cup-Qualifikation träumen. Feldkamp sprach ein klares Wort: „Die Verantwortlichen reden weder vom UEFA-Cup noch vom Abstieg."

Die Zielsetzung des Trainers ist erst einmal darauf ausgerichtet, den zehnten Platz, der in der letzten Saison mit Konietzka erreicht wurde, zu festigen. Feldkamps Wunschtraum ist, eine leichte Verbesserung der Position zu erreichen. Und um das zu schaffen, kniet er sich richtig rein in seine Aufgabe. In Uerdingen ist nichts mehr übriggeblieben von dem Mann, dem man seine letzten beiden Stationen Dortmund und Bielefeld – wo er jeweils gescheitert ist, und wo er vorzeitig seine Sachen packen mußte – ein erheblicher Mange[l an] Engagement nachgesagt wurde. [Die] abenteuerlichsten Geschichten [wa]ren seinerzeit über Feldkamp im U[m]lauf, und sie gipfelten häufig in d[em] Hauptvorwurf: Mit ihm sei kein k[on]tinuierliches Training möglich, [weil] er mehr an seiner Freizeitgestalt[ung] denn an knallharter Bundesliga[ar]beit interessiert sei. Viele sahen Fe[ld]kamp bereits als Aussteiger im sor[ni]gen Spanien, wo er ein Feri[en]häuschen besitzt. In Uerdingen in[des] hat Feldkamp noch keine Trainin[gs]einheit ausfallen lassen.

Mannschaftskapitän Mathias H[erget] sagt zur WELT: „Er nimmt [uns] noch härter und länger ran als [...] Timo. Ich gehöre zu denen, die d[em] Trainerwechsel ausgesprochen sk[ep]tisch gegenüberstanden. Wenn [...] aber heute die Begeisterung erle[be], die Feldkamp vermittelt, dann ka[nn] ich nur feststellen, daß uns der We[ch]sel in keiner Weise geschadet hat."

Begeisterung – das ist ein wichti[ges] Stichwort. Feldkamp war stets da am erfolgreichsten, wenn er sich ri[ch]tig austoben, wenn er seine Ma[nn]schaft nach vorne schreien konnte. [In] Kaiserslautern ist er mit dieser M[e]thode sechs Jahre lang phantastis[ch] gefahren, in Uerdingen hat er wie[der] Anschluß an seine alte Stärke gef[un]den. Die 14 000 Zuschauer haben [es] gegen Stuttgart erlebt. Feldka[mp] hielt es nur wenige Minuten auf [der] Trainerbank. Mal tanzte er die Li[nie] entlang, mal trommelte er mit d[en] Fäusten auf die Banküberdachu[ng]. Fast bei jeder Spielunterbrechu[ng] sauste er auf den Platz. Wild mit d[en] Armen gestikulierend forderte er [die] Zuschauer zwischendurch imm[er] wieder auf, die eigene Mannschaft a[n]zufeuern. In dem vor dem Spiel ve[r]teilten Bayer-Echo hatte der Train[er] das alles angekündigt. „Im Stadi[on] muß wieder was los sein", hatte Fe[ld]kamp geschrieben. Schiedsricht[er] Dellwing aus Osburg muß den Ar[ti]kel wohl besonders sorgfältig durc[h]gelesen haben: Er hatte den M[ut], gleich drei Uerdinger Treffer weg[en] Abseits nicht anzuerkennen, brach[te] das Publikum dadurch in Rage u[nd] verschaffte Feldkamp genau die Au[f]tritte, die er so sehr liebt. Die Fa[ns] ließen es den Trainer spüren: „Kal[li], wir danken dir." Daß das Happy-E[nd] mit einer Portion Glück verbund[en] war, interessierte nicht.

In der 80. Minute wechselte d[er] Trainer Norbert Brinkmann ein. B[ei] dessen erster ernsthafter Ballberü[h]rung wuchtete er das Leder zum Si[e]gestreffer ins Netz. „Glück gehö[rt] eben dazu", lächelte Feldkamp. K[o]nietzka war überhaupt kein Them[a] mehr für ihn.

Förster: „Titel ist verspielt, machen wir uns nichts vor"

Muß der VfB Stuttgart die deutsche Meisterschaft nur vier Monate nach dem Titelgewinn schon abschreiben? Nationalspieler Karl-Heinz Förster im Kurzinterview:

Förster: Machen wir uns nichts vor. Der VfB hat den Titel schon verspielt. Acht Punkte Rückstand auf die Bayern sind nicht mehr aufzuholen. Wir müssen uns neue Ziele setzen: den Europapokal, die Teilnahme am UEFA-Cup 1985/86 und den DFB-Pokal.

Frage: Worauf führen Sie den Fehlstart zurück?

Förster: Hauptsächlich auf das fürchterliche Verletzungspech. Sieben Stammspieler kann keine Mannschaft der Welt ersetzen. Aber für diese Ausrede können wir uns nichts kaufen. Wir müssen jetzt raus aus dem Tief und mit dem Punktesammeln beginnen. 1977/78 sind wir mit 3:9 Punkten unter Trainer Jürgen Sundermann noch schlechter gestartet und belegten am Ende noch den vierten Platz.

Frage: Mit einer so schwachen Abwehr-Leistung wie in Uerdingen wird der VfB kaum eine Aufholjagd starten können. Warum kassiert Ihre Mannschaft so viele Tore?

Förster: Das liegt in erster Linie am System. Der VfB Stuttgart kann nich[t] defensiv spielen. Das zeigen unse[re] 18 Tore. Das sind die meisten, die ein[e] Mannschaft in dieser Saison geschos[sen] hat. Beim 2:3 in Uerdingen habe[n] wir uns selbst besiegt. So dumm dar[f] man sich nicht als deutscher Meiste[r] verhalten.

Frage: Wie kann diese Schwäch[e] abgelegt werden?

Förster: Personell ist das nicht mög[-]lich. Mein Bruder Bernd, Niedermay[-]er und Buchwald stehen vorerst nich[t] zur Verfügung. Wir müssen mit diese[r] Mannschaft zur alten Stabilität un[d] Stärke zurückfinden. Pflicht ist jetz[t] erst einmal das Weiterkommen i[m] UEFA-Pokal gegen Levsky Spartak Sofia. Nach dem 1:1 in Bulgarie[n] müßte das zu schaffen sein. Und i[n] der Bundesliga muß jetzt eine Seri[e] folgen, damit wir im Kampf um di[e] UEFA-Cup-Plätze mitsprechen.

Frage: Sie glauben nicht mehr a[n] die erfolgreiche Titelverteidigung[.] Wer wird die Nachfolge des VfB al[s] Meister antreten?

Förster: Der FC Bayern scheint nac[h] einem Startrekord mit 12:0 Punkte[n] im Alleingang Meister zu werden[.] Aber noch sind die Münchner längs[t] nicht am Ziel. Auch sie geraten noc[h] in eine Krise. Der HSV, Bremen[,] Gladbach werden die Bayern jagen.

Rekord des FC Bayern München pünktlich zum Beginn des Oktoberfestes

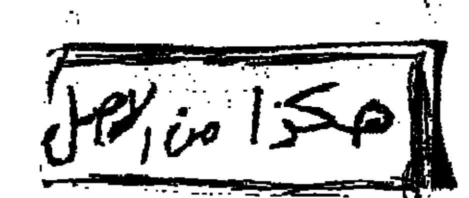
							Heim		Auswärts	
1. München	6	6	0	0	16:5	12:0	7:2	6:0	9:3	6:0
2. Bremen	5	3	1	1	13:8	7:3	8:3	5:1	5:5	2:2
3. M'gladbach	5	3	1	1	13:10	7:3	7:4	4:0	6:6	3:3
4. K'lautern	5	2	3	0	9:6	7:3	7:4	5:1	2:2	2:2
5. Uerdingen	5	3	0	2	11:8	6:4	6:6	4:2	5:2	2:2
6. Hamburg	5	1	4	0	5:4	6:4	2:2	2:2	3:2	4:2
7. Leverkusen	5	2	2	1	10:10	6:4	9:7	5:1	1:3	1:3
8. Mannheim	5	1	3	1	5:5	5:5	1:1	2:2	4:4	3:3
9. Karlsruhe	5	1	3	1	9:10	5:5	6:5	4:2	3:5	1:3
10. Frankfurt	5	1	3	1	8:11	5:5	3:1	3:1	5:10	2:4
11. Düsseldorf	5	1	2	2	11:11	4:6	6:3	3:1	5:8	1:5
12. Schalke	5	1	2	2	10:11	4:6	5:4	2:2	5:7	2:4
13. Bochum	5	1	2	2	9:12	4:6	3:3	2:2	6:9	2:4
14. Stuttgart	6	2	0	4	18:14	4:8	8:7	2:4	10:7	2:4
15. Bielefeld	5	0	3	2	5:12	3:7	4:11	1:5	1:1	2:2
16. Köln	5	1	1	3	7:15	3:7	2:6	1:3	5:9	2:4
17. Dortmund	5	1	0	4	7:8	2:8	6:5	2:4	1:3	0:4
18. Braunschweig	5	1	0	4	8:14	2:8	6:4	2:4	2:10	0:4

● Die Fußball-Bundesliga liefert auch noch in ihrem 22. Jahr Rekorde. Der FC Bayern München startete mit 12:0 Punkten in die Saison. Das beste Ergebnis zum Saisonauftakt lag bisher bei 10:0 Punkten, ebenfalls vom FC Bayern (1981). Pünktlich zur Eröffnung des 150. Oktoberfestes gab es für die Müchner beim 2:0 über den 1. FC Köln den sechsten Sieg hintereinander. Im nächsten Heimspiel gegen Waldhof Mannheim, das er in der letzten Saison zur Oktoberfestzeit 0:6 verlor, kann der Rekord auf 14:0 Punkte weiter ausgebaut werden. Erst danach folgt für die Bayern ein Auswärtsspiel in Düsseldorf.

● Erstmals in dieser Saison gab es keinen Auswärtssieg. In den bisherigen 46 Begegnungen (das für den 29. September geplante Spiel Stuttgart gegen München wurde vorgezogen) gab es 20 Heimsiege, 15 Unentschieden und elf Erfolge der Gastmannschaften. Nur noch zwei Mannschaften blieben nach der bisher immerhin nur kurzen Spielzeit in Heimspielen ohne Punktverlust. Außer Bayern München ist das noch Mönchengladbach. Für Toto-Tipper interessant (vielleicht einmal eine „Null" als Bank): Der Hamburger SV spielte bereits zum vierten Mal hintereinander unentschieden.

● Die Millionen-Grenze wurde am Wochenende bei den Zuschauerzahlen übertroffen (1 051 534). Genau 206 656 Besucher kamen zu den neun Spielen. Der bisher erreichte Durchschnitt von 22 880 Zuschauern pro Spiel war zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres nur unwesentlich schlechter – 22 112. Allerdings macht sich in der Bilanz das vorgezogene Spiel Stuttgart gegen München, das am 5. September 70 000 Zuschauer im Neckarstadion sahen, bemerkbar. München (119 000) und Stuttgart (115 000) stehen auch an der Spitze der Zuschauer-Tabelle, Köln mit nur 19 000 am Ende.

● Der Stuttgarter Karl Allgöwer hat Frank Mill (Gladbach) an der Spitze der Torschützenliste eingeholt. Beide erzielten bisher sechs Treffer. Mit fünf Toren folgen Fischer (Bochum) und Täuber (Schalke 04). Den einzigen Elfmeter des fünften Spieltages verwandelte Marcel Raducanu für Dortmund. Drei Spieler laufen Gefahr, automatisch für ein Spiel gesperrt zu werden: Der Bremer Neubarth, Kaiserslauterns Libero Bold und Tenhagen vom VfL Bochum wurden zum dritten Mal verwarnt. Mit nur zwei Verwarnungen in fünf Spielen sind Düsseldorf und Frankfurt zur Zeit die fairsten Teams.



KARLSRUHER SC / Die Cliquen-Wirtschaft ist vorbei – eine einstige Skandalnudel wird ruhiger

Der Aufsteiger bekennt sich dazu, ein armer Schlucker zu sein. Nun klappt alles viel besser

MARTIN HÄGELE, Karlsruhe

Wildparkstadion, im Gitterverhau zwischen Haupttribüne und den Umkleidekabinen, eine halbe Stunde nach dem 1:1 zwischen KSC und Hamburger SV: Fans hängen am Zaun. Zwei, drei Dutzend Jugendliche haben die Ordner hereingelassen. Sie tollen um einen Mercedes, schwenken Autogrammkarten. Die Karten zeigen das Konterfei von Schiedsrichter Assenmacher.

Früher besaßen Schiedsrichter keine Autogrammkarten. Früher hätten sie einen wie Herrn Assenmacher auf Schleichwegen auf die Autobahn bringen müssen. Früher war hier was los, hier war die Nachrichtenbörse. Die Karlsruher Profis erzählten ihre Storys, ein Geschäftsführer namens Amerell jubelte seine Spieler hoch, noch lieber legte er Fallen. Präsident Schmider hatte entweder Journalisten im Arm oder er dachte darüber nach, welchen Schreiberling er als nächsten verklagen und welches Präsidiumsmitglied er aus dem Klub werfen könnte.

Alles, vor allem das Klima, ist wesentlich ruhiger geworden. Einen Manager kann sich der Karlsruher SC nicht mehr leisten, ebensowenig wie Stars. Der Deutsche Fußball-Bund hat dem Schuldenmacher Schmider Daumenschrauben angelegt. Jetzt bekennt sich der Klub dazu, ein armer Schlucker zu sein. „Das ist eben der Unterschied zwischen Leuten, die aus der Amateur-Oberliga kommen und Profis, die jahrelang in der Nationalmannschaft und bei Europacup-Spielen internationale Erfahrungen gesammelt haben", sagt Schmider. Deshalb zeigt er sein Glück über das Unentschieden gegen den HSV auch deutlich. Schmider: „Nicht wenige haben uns zum Start 2:8 Punkte prophezeit. Nun sind's 5:5."

Als junger Stift ist Klaus Theiß vor dreieinhalb Jahren nach Karlsruhe gekommen. Hat ein Jahr Euphorie, ein Jahr Tohuwabohu, ein Jahr zweite Liga mitgemacht. Heute gehört Klaus Theiß mit seinen knapp 21 Jahren zu den Routiniers der neuen Karlsruher Bundesligamannschaft. Und Trainer Werner Olk singt den jungen Mann aus Ergensingen ständig Franz Beckenbauer, seinem alten Spezi aus Bayern-Zeiten, ins Ohr. Als nächsten Libero der Nation. Auch Berti Vogts macht sich für den Abwehrchef stark, hat ihn jetzt zum Lehrgang der Junioren und für die Testspiele der A-Nationalmannschaft eingeladen.

Gegen den Hamburger SV kam Theiß nicht zum Glänzen. Für den letzten Mann blieb nur Drecksarbeit: „Nach vorne zu gehen, wäre tödlich gewesen. Da kommt jeder Ball sofort zurück. Bei uns kannst du mit den Stürmern keinen Doppelpaß spielen." Das will Theiß nicht als Kritik an den Kollegen gewertet wissen, das ist vielmehr die Feststellung nackter Tatsachen.

Theiß: „Glauben Sie es mir, ich bin über dieses 1:1 gottfroh." Der Libero und Mittelfeldstürmer Uwe Dittus haben sich schon bald nach Spielschluß hinters Steuer ihrer Porsches gesetzt. Ab zur Autogrammstunde. Der Vater von Uwe Dittus, ein Großmetzger, hatte in Pforzheim-Brötzingen eine neue Filiale eröffnet. Auf diesem Sektor hat es vor zwei Jahren noch erbitterte Kämpfe gegeben. Geschäftsführer Amerell hatte sich nämlich als Manager der beiden Jung-Stars verstanden, hatte hauptsächlich seinen Leuten Theiß und Dittus die lukrativen Nebengeschäfte zugeschachert.

Die Cliquen-Wirtschaft wird unter Trainer Werner Olk gedämpft. Der Bonner Spielerberater Klemme hat seine Truppe (Schüler, Dohmen, Kleppinger, Hofeditz) längst an anderen Futtertrögen untergebracht. Mit diesen Spielern ist allerdings auch ein Schuß Frechheit gegangen.

Ein bißchen mehr Courage – der HSV hätte Schwierigkeiten bekommen. So konnten nur vier Spieler Torwart Fuhr, Verteidiger Roth, Magath-Bewacher Keim (dem übrigens in seinem fünften Bundesligaspiel schon der vierte Treffer gelang) nachweisen, daß sie über dem Bundesliga-durchschnitt anzusiedeln sind.

Diese vier mußten den Rest der Truppe (denen half immenser Kampfgeist) mitziehen. Auch darum ist es verwunderlich, daß der HSV, der an Wert, Ruhm, Erfahrung und Spielanteilen seiner Mannschaft das Fünffache der Karlsruher auf die Waage brachte, die wirklichen Kraftverhältnisse nicht im Ergebnis ausdrücken konnte.

Statt dessen streichelte Trainer Ernst Happel noch seine Leute. Alle, aber besonders Mark McGhee. Der schottische Millioneneinkauf hatte mit seinem ersten Bundesligator in der 76. Minute die Karlsruher-Führung ausgeglichen. Was sind die Herren Fußball-Experten anspruchslos geworden. Oder ist Happel im Moment nur irritiert durch die Dramaturgie der Dinge, die sich in seinem Umfeld abspielen und deren letzter Akt eigentlich nur „das Ende eines Trainers" heißen kann? Zu diesem Schluß muß man kommen, wenn man die Noten für Verteidiger Manfred Kaltz in den Sonntagszeitungen liest. Länderspielreife wird Happels Intimfeind da attestiert. Obwohl Kaltz in Karlsruhe wenig durch spielerische Klasse, eher durch Raufen, Meckern und Provozieren auffiel.

Gott sei Dank kennt Franz Beckenbauer die Hamburger Szene aus eigener Erfahrung. Sonst wäre er gestern morgen womöglich in Versuchung gekommen, Manfred Kaltz nach Hennef einzuladen.

FÜNFKAMPF

Vierter Titel für den Berliner Christian Sandow

dpa, Ruhpolding

Zum vierten Mal gewann der 25jährige Berliner Schwimmeister Christian Sandow die Deutsche Meisterschaft im Modernen Fünfkampf. Mit 5 323 Punkten erkämpfte er einen deutlichen Vorsprung vor Michael Zimmermann (Leverkusen/ 5 204) und Michael Rehbein (Berlin/ 5 185). Christian Sandow, der bei den Olympischen Spielen restlos enttäuscht hatte, zeigte auch in Ruhpolding wenig konstante Leistungen: Er siegte im Fechten und Schwimmen, wurde aber nur 29. im Schießen und erzielte als siebter des Geländelaufs sowie dem zehnten Platz beim Reiten ebenfalls nur mittelmäßige Ergebnisse.

Mit gleichmäßigeren Leistungen hätte Christian Sandow neben dem nationalen auch noch den Titel des internationalen Deutschen Meisters gewinnen können. Der jedoch ging an den zweimaligen CSSR-Meister Milan Kadlec, der den Wettbewerb mit 45 Punkten Vorsprung gewann. In der Mannschaftswertung setzte sich erwartungsgemäß das Berliner Team mit Christian Sandow, Michael Rehbein und Detlef Kreher durch.

Ein weiterer Berliner, der Polizeibeamte Helmut Milster, wurde bei einem Sturz beim Reiten schwer verletzt. Er erlitt Knochenbrüche und innere Verletzungen. Der Reitwettbewerb wurde durch heftigen Regen beeinträchtigt.

NAVRATILOVA

Ein neuer Rekord. Präsident Reagan gratulierte . . .

dpa, Fort Lauderdale

Martina Navratilova (27) hat längst einen Platz unter den Größten der Tennis-Geschichte sicher. Wimbledon hat sie gewonnen, den Grand Slam (Siege in einer Saison in Frankreich, England, USA und Australien) selbstverständlich auch. Etwa 25 Millionen Mark hat sie durch ihren Sport verdient – ohne die Einnahmen aus der Werbung. Nun hat sie einen neuen Rekord aufgestellt: Mit ihrem 6:1, 6:2-Erfolg über Melissa Brown (USA) blieb sie zum 56. Mal hintereinander im Einzel ungeschlagen. Den alten Rekord (55 Siege) hatte Chris Evert-Lloyd (USA) 1974 erreicht.

56 Rosen und eine Torte hat Martina Navratilova bekommen. US-Präsident Ronald Reagan schickte ein Glückwunschtelegramm. Martina Navratilova aber hat immer noch nicht genug. Sie glaubt, daß sie ihren sportlichen Gipfel noch nicht erreicht hat.

Sie sagt: „Wenn ich ein Turnier einmal gewonnen habe, möchte ich es zweimal gewinnen. Wenn ich sechsmal siegreich war, möchte ich siebenmal gewinnen." Und weiter: „Ich habe meinen Gipfel noch nicht erreicht, die Möglichkeit ist da, aber ich habe es einfach noch nicht geschafft."

Bedauerlich für ihre Konkurrentinnen, die sich noch einige Jahre damit abfinden müssen, der Siegerin Martina Navratilova zu gratulieren.

SCHACH / WM

Warten auf die Offensive von Garri Kasparow

LUDEK PACHMAN, Bonn

In der vierten Partie um die Schach-Weltmeisterschaft in Moskau vermied Titelverteidiger Anatoli Karpow die scharfe Variante der Damenindischen Partie aus der zweiten Runde. Er spielte im vierten Zug die gegenwärtig populäre Fortsetzung La6 statt Lb7. Da auch Kasparow mit 5.b3 die ruhigste Erwiderung wählte, kam es zu einen positionellen Spiel, bei dem das Remis bei ungleichen Läufern bald unausweichlich war.

Kasparows Leistung ist bisher ziemlich enttäuschend. In Turnieren spielt er von Anfang an stets aggressiv, in Wettkämpfen braucht er offensichtlich gegen erfahrenere Gegner Zeit zum Einspielen. Auch in der ersten Phase des Kandidaten-Finales lag er gegen Viktor Kortschnoi zurück. Damals kam seine Offensive erst in der sechsten Runde.

Die Notation: (Damenindisch, Kasparow Weiß): 1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.g3 La6, 5.b3 Lb4+, 6.Ld2 Le7, 7.Lg2 Lb7, 8.Sc3 d5, 9.cxd5 exd5, 10.0-0 0-0, 11.Lf4 Sa6, 12.Dc2 c5, 13.Tfd1 Dc8, 14.Le5 Td8, 15.Tac1 Se4, 16.Db2 De6, 17.Sb5 Lf8, 18.Lf4 De8, 19.a4 Lc6, 20.dxc5 bxc5, 21.Se5 Lxb5, 22.axb5 Sb4, 23.Db1 Sf6, 24.Sc6 Sxc6, 25.bxc6 Dxc6, 26.Lg5 a5, 27.Lxf6 Dxf6, 28.Lxd5 Ta7, 29.Tc4 Db6, 30.Dc2 Tad7, 31.e4 Kh8, 32.Kg2 f5, 33.f3 g6, 34.Tc3 Dc7, 35.Tcd3 fxe4, 36.fxe4 Lg7, 37.Tc1 Tc8, 38.Tf3 De5, 39.Tcf1 Dd6, 40.De2 Ta7, 41.De3 De5, 42.T1f2 a4, 43.bxa4 Txa4, 44.Tf7 Tb4. – Remis.

2. Liga

DIE ERGEBNISSE

Offenbach – Hertha BSC	1:0	(0:0)
Oberhausen – Homburg	4:1	(2:0)
Aachen – Solingen	2:2	(0:1)
St. Pauli – Darmstadt	3:0	(0:0)
Stuttgart – Nürnberg	1:2	(0:0)
Köln – Duisburg	0:0	
Wattenscheid – Ulm	2:1	(1:1)
Bürstadt – Freiburg	2:1	(1:0)
BW Berlin – Kassel	2:2	(1:0)
Saarbrücken – Hannover	3:0	(3:0)

DIE TABELLE

1.Hannover	7	5	1	1	15:11	11:3
2.Wattenscheid	7	4	2	1	10:9	10:4
3.Solingen	7	4	1	2	18:14	9:5
4.Kassel	7	3	3	1	13:11	9:5
5.Bürstadt	8	4	1	3	17:10	9:7
6.Nürnberg	8	4	1	3	15:11	9:7
7.Ulm	8	4	1	3	16:15	9:7
8.Aachen	7	3	2	2	14:10	8:6
9.Saarbrücken	7	3	2	2	13:9	8:6
10.Hertha BSC	7	3	2	2	12:12	8:6
11.Offenbach	8	3	2	3	10:9	8:8
12.Homburg	7	3	1	3	10:11	7:7
13.Stuttgart	7	2	1	4	12:13	5:9
14.Freiburg	7	2	1	4	8:9	5:9
15.Oberhausen	7	2	1	4	12:15	5:9
16.Darmstadt	7	1	3	3	10:13	5:9
17.BW Berlin	7	2	1	4	13:17	5:9
18.St. Pauli	7	2	1	4	8:14	5:9
19.Köln	7	1	3	3	8:14	5:9
20.Duisburg	7	1	2	4	11:18	4:10

DIE VORSCHAU

Freitag, 20 Uhr: Duisburg – Stuttgart, Nürnberg – Saarbrücken. – **Samstag, 15.30 Uhr:** Darmstadt – Oberhausen, Ulm – Bürstadt, Freiburg – Köln, Kassel – St. Pauli. – **Sonntag, 15 Uhr:** Hannover – Offenbach, Homburg – Aachen, Solingen – Wattenscheid, Hertha BSC – BW Berlin.

● Manfred Burgsmüller erzielte alle vier Treffer beim 4:1-Sieg von Rot-Weiß Oberhausen. Der ehemalige Bundesligaspieler (Dortmund und Nürnberg) führt in der Torschützenliste deutlich mit neun Treffern vor Dannenberg (Stuttgart), Birner (Ulm) und dem Offenbacher Höfer (alle sechs).

NATIONALELF / Lehrgang mit Testspielen gegen das Junioren-Team

Beckenbauers Suche nach dem Libero

dpa, Hennef

Suche nach dem Libero Nummer eins, taktische Grob- und Feinabstimmung, Einspielen für die Qualifikation zur Weltmeisterschaft 1986 am 17. Oktober in Köln gegen Schweden: Das sind die Schwerpunkte, die das Gespann Beckenbauer/Köppel im Kurzlehrgang der A-Nationalspieler seit gestern in der Sportschule Hennef setzt.

Der gleichzeitig dort vertretenen Junioren-Auswahl (U 21) des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) fällt die ehrenvolle Aufgabe zu, heute in zwei Trainingsspielen über zweimal 35 Minuten die Spielweise der Schweden kopieren zu dürfen. Berti Vogts wird es nicht schwerfallen, seine Junioren „schwedisch" einzustellen. Er sah die Skandinavier am 12. September gegen Portugal 0:1 verlieren. Wenn Beckenbauer und Köppel am Mittwoch die Schweden in Mailand gegen Italien erneut unter die Lupe nehmen, dürfte die taktische und personelle Ausrichtung des nächsten Gegners keine Rätsel mehr aufgeben.

Bleiben die Probleme im eigenen Haus. Gegen Argentinien wurden verbesserte Moral und Motivation ebenso deutlich wie spielerische Unterlegenheit und Abstimmungsprobleme in Abwehr und Mittelfeld. Kein Wunder bei einer neuformierten Elf nach nur vier Trainingseinheiten. Fünf weitere kommen in Hennef dazu. Köppel: „Der Montag mit den beiden Spielen ist der wichtigste Tag. Da erhoffen wir uns einige Aufschlüsse. Leider fehlt Karl-Heinz Rummenigge, der ja auf jeden Fall gegen Schweden spielen soll."

In der Frage des Liberos erhoffen sich die Verantwortlichen Aufschluß darüber, wer nun die Nummer eins im Lande ist. Bruns überzeugte gegen Argentinien nicht. Mittlerweile hat der Mönchengladbacher noch mehr Probleme. Gestern morgen wachte er mit einer Magenverstimmung auf, mußte sich von Tee und Zwieback ernähren, fuhr aber dann doch zum Lehrgang. Der Kölner Strack fiel inzwischen wegen Formschwäche und Verletzung aus dem Kader, Herget kam wieder hinzu. „Ich traue mir einen Einsatz gegen die Schweden zu", meint der Uerdinger, „obwohl ein Comeback im ersten WM-Qualifikationsspiel auch Nervensache ist." Bruns' Vorstellung von Düsseldorf stellt für Herget keinen Freibrief dar: „Ich weiß aus eigener Erfahrung im Spiel gegen die UdSSR im März, wie schlecht man als Libero in der Nationalmannschaft aussehen kann."

Gegen Schweden allerdings kann sich der Libero hinter „den beiden besten deutschen Abwehrspielern" (Herget) verschanzen. Jakobs und Karl-Heinz Förster sollen gemeinsam die Innenverteidigung bilden. Im Mittelfeld steht hinter dem Namen Matthäus noch ein Fragezeichen. Wenn „Watsch'n-Lothar" für seine Ohrfeige im UEFA-Cup auch auf nationaler Ebene gesperrt werden sollte, dürfte er im Nationalteam nicht eingesetzt werden. Trainer Köppel: „Meiner Ansicht nach reicht eine Sperre durch die UEFA als Bestrafung aus. Warum sollen wir uns selbst schwächen?" Team-Chef Franz Beckenbauer ist da etwas vorsichtiger: „Offiziell ist noch nichts entschieden, deshalb muß ich abwarten. Wenn ich auf ihn verzichte, dann ist es keine erzieherische Maßnahme. Man muß ja nicht gerade Ohrfeigen austeilen, aber ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schnell man in Rage geraten kann."

Der A-Kader reiste mit 17 Spielern an, nachdem der Gladbacher Uwe Rahn wegen einer Bänderdehnung im Sprunggelenk absagen mußte.

Die Aufgebote, A-Kader: Tor: Schumacher (1. FC Köln), Stein (Hamburger SV). – **Abwehr:** Brehme (1. FC Kaiserslautern), Bruns, Frontzeck (beide Borussia Mönchengladbach), Karl-Heinz Förster (VfB Stuttgart), Herget (Bayer Uerdingen), Jakobs Hamburger SV). – **Mittelfeld:** Bommer (Fortuna Düsseldorf), Falkenmayer (Eintracht Frankfurt), Magath, Rolff (beide Hamburger SV), Matthäus (Bayern München). – **Angriff:** Allofs (1. FC Köln), Mill (Borussia Mönchengladbach), Schreier (Bayer Leverkusen), Völler (Werder Bremen).

Junioren, Tor: Immel (Borussia Dortmund), Aumann (Bayern München) **Abwehr:** Schröder (Hamburger SV), Lellek (Werder Bremen), Roth, Theiss (beide Karlsruher SC), Bunte (Fortuna Düsseldorf), Kohler (Waldhof Mannheim). – **Mittelfeld und Angriff:** Anderbrügge, Loosch, Wegmann (alle Borussia Dortmund), Moser (1. FC Kaiserslautern), Thon (Schalke 04), Klinsmann (VfB Stuttgart), Uwe Müller (Eintracht Frankfurt), Pomp, Waas (beide Bayer Leverkusen), Ordenewitz (Werder Bremen).

SPORT-NACHRICHTEN

Erwartungen erfüllt

Frankfurt (dpa) – Erwartungsgemäß dominierte die Olympia-Dritte Regina Weber (Wattenscheid) den Qualifikations-Wettbewerb für die Gymnastik-Europameisterschaften 1985. In Abwesenheit der verletzten Olympia-Teilnehmerin Claudia Scharmann (Wattenscheid) siegte sie mit 38,70 Punkten vor drei weiteren Wattenscheiderinnen: Silvia Sack (37,05), Simone Hildebrand (36,85) und Monika Meschede (36,80).

Siege der Jüngsten

Düsseldorf (sid) – Einen hoffnungsvollen Start in ihre erste Saison hatten die beiden jüngsten Spieler der Tischtennis-Bundesliga. Die 14jährige Katja Nolten gewann zum Auftakt für ihren neuen Verein Kaiserberg drei ihrer vier Spiele gegen Donauwörth, und der 16jährige Steffen Fetzner (Düsseldorf) besiegte ausgerechnet den ehemals als Wunderkind bezeichneten Bernd Jansen (Bremen).

Rudig ist Weltmeister

Cowes (dpa) – Der 18jährige Knut Rudig (Köln) gewann die Jugend-Weltmeisterschaft der Segel-Surfer im englischen Cowes mit überlegenem Vorsprung von 26 Punkten vor dem Australier Bruce Wylil.

Start in Box-Saison

Duisburg (dpa) – Mit sechs Vereinen (Leverkusen, Mühlheim, Frankfurt, Eichstätt, Ahlen und Württemberg) wird die neue Bundesliga-Saison der Amateur-Boxer durchgeführt. Beginnen wird die Runde mit der vom 15./16. Dezember auf auf den 1. Dezember vorgezogenen Begegnung Ringfrei Mühlheim – CSC Frankfurt.

Abgestiegen

Novara (sid) – Mit nur zwei Siegen und sieben Niederlagen beendete die deutsche Mannschaft das Turnier um die Rollhockey-Weltmeisterschaft im italienischen Novara. Sie erreichte damit nur Platz acht und muß gemeinsam mit den Niederlanden und der Schweiz absteigen. Weltmeister wurde Titelverteidiger Argentinien (18:0 Punkte) vor Gastgeber Italien (15:3).

Ali wurde entlassen

New York (sid) – Wegen einer Reise nach Sudan, wo er an einer islamischen Konferenz teilnehmen will, unterbrach der ehemalige Box-Weltmeister Muhammed Ali seine Behandlung im New Yorker „Presbyter-Hospital". Ärzte hatten Symptome der Parkinsonschen Krankheit festgestellt, die jedoch noch nicht zum Ausbruch gekommen sein soll und vorerst medikamentös gestoppt wird.

Steffny und Michallek

Waldniel (sid) – Hans Steffny (Freiburg) und Vera Michallek (Hamm) gewannen in Waldniel die Deutsche Meisterschaft im 25-km-Straßenlauf und damit die letzten Leichtathletik-Titel, die in dieser Saison vergeben wurden. Im Mannschafts-Wettbewerb siegten Frankfurt (Herren) und Dortmund (Frauen).

Kristen vor Moser

Köln (sid) – In der Gesamtzeit von 1:34,13 Stunde gewann der Kölner Radprofi Josef Kristen in seiner Heimatstadt den großen IFMA-Preis. Den zweiten Platz in dem Rundstreckenrennen über 66 km belegte der Italiener Francesco Moser vor Uwe Bolten (Lövenich).

Walker gewann Meilenlauf

New York (sid) – Der 32jährige Neuseeländer John Walker gewann den New Yorker Meilenlauf durch die Fifth Avenue in der mäßigen Zeit von 3:53,62 Minuten vor dem Schweizer Pierre Deleze (3:54,68). Siegerin der Frauen-Wertung wurde die Rumänin Maricia Puica, die in Los Angeles über 1500 Meter die Goldmedaille gewonnen hatte, vor Wendy Sly (Großbritannien).

Zhu Jianhua sprang 2,35 m

Peking (sid) – Hochsprung-Weltrekordhalter Zhu Jianhua bestätigte bei einem Leichtathletik-Meeting in Peking seine gute Form und gewann den Hochsprung-Wettbewerb mit 2,35 m. Olympiasieger Rolf Danneberg (Pinneberg) siegte im Diskuswurf mit 62,88 m und Ute Thimm (Köln) in 23,61 Sekunden im 200-m-Lauf der Frauen.

MOTORSPORT

Bewies seine Extraklasse: Stefan Bellof

sid, **Nürburgring**

Stefan Bellof hat seine fahrerische Extraklasse einmal mehr unter Beweis gestellt. Der in der Formel 1 zur Zeit arbeitslose Gießener sicherte sich beim Bilstein-Supersprint auf dem neuen Nürburgring mit einem nie gefährdeten Start-Ziel-Sieg die deutsche Rennsport-Meisterschaft 1984. In dem durch teilweise strömenden Regen spektakulären 32-Runden-Kampf belegte sein Porsche-Markengefährte Franz Konrad aus Gütersloh den zweiten Platz vor dem belgischen Grand-Prix-Fahrer Thierry Boutsen auf einem weiteren der 700 PS starken Porsche 956. Der zweite Platz in der Meisterschaft ging an den in Monaco lebenden Jochen Mass, für den alle Titelchancen mit einem Ausfall wegen Elektrikschaden in der 25. Runde verrannen.

„Mein Auto lief problemlos, nur mit der Sicht hatte ich Schwierigkeiten, weil nach einiger Zeit die Windschutzscheibe beschlug", resümierte der 26 Jahre alte Bellof. Dennoch konnte er sogar auf der für die diesmal 6000 Zuschauer angebrachten Anzeigetafel erkennen, daß Mass beim Finale nicht mehr im Rennen war. Als Porsche-Werksfahrer treffen beide Konkurrenten bereits am kommenden Sonntag in Fuji/Japan wieder aufeinander, wenn es um Punkte für die Endurance-Weltmeisterschaft geht.

Während Bellof im 13. Jahr der Rennsport-DM den zweimaligen Titelträger Bob Wollek aus Straßburg entthronte und damit den Titel wieder nach Deutschland holte, drückte vor allem der Kampf um Platz drei dem Rennen seinen Stempel auf. Dabei tat sich vor allen Dingen Ford-Werksfahrer Klaus Niedzwiedz hervor. Schon in der ersten Runde drehte er sich in der Spitzkehre von der Strecke (Konrad: „Er hat mich kurz berührt"), in der zweiten Runde lag er wieder auf Platz sieben und verlor nur einen Umlauf später mit einem Dreher in der Schikane noch einmal wertvolle Zeit. Den vierten Platz rettete er trotz Motoraussetzern ins Ziel.

Aber auch Konrad und Boutsen kämpften verbissen. „Einmal bin ich in der Schikane geradeaus gefahren und habe mir den Frontflügel verbogen und dann mußte ich noch einmal in die Prärie", gestand Konrad. Boutsen: „Als ich einmal Konrad attakkierte, sah er mich nicht und hatte ebenfalls einen Dreher." Der Belgier wurde außerdem durch einen Reifenwechsel in der 12. Runde sowie durch nachlassende Motorleistung kurz vor Schluß zurückgeworfen. Alle Fahrer kamen mit klatschnassen Overalls ins Ziel, weil sie von Regenwasser, das durch die Entlüftungsschlitze eingedrungen war, regelrecht abgeduscht wurden.

Beim achten und letzten Lauf zur deutschen Motorrad-Meisterschaft bei strömendem Regen auf dem Hokkenheimring nahm Manfred Herweh aus Lampertheim erfolgreiche WM-Revanche an Weltmeister Christian Sarron aus Frankreich. In der Klasse bis 250 ccm sorgten Vize-Weltmeister Herweh, der bereits zuvor als deutscher Meister feststehende Münchner Martin Wimmer und Anton Mang aus Inning für einen dreifachen deutschen Erfolg. Christian Sarron kam nur auf den vierten Platz vor Herbert Besendörfer aus Rosstal.

Anton Mang hatte das Feld bis zur vierten Runde angeführt, ehe Herweh die Führung übernahm und bis zum Ende nicht mehr abgab. Manfred Wimmer erwischte einen schlechten Start, fuhr in glänzender Aufholjagd aber noch auf Platz zwei vor.

GALOPP / Europa-Meeting in Köln-Weidenpesch: Überraschender deutscher Erfolg im Elite-Preis

Lutz Mäder führte Solarstern zum Sieg

KLAUS GÖNTZSCHE, **Köln**

Sieben ausländische Pferde waren am zweiten Tag des Europa-Meetings auf der Kölner Galopprennbahn in Weidenpesch angereist, um die Siegprämie von 60 000 Mark aus der Gesamtdotierung von 102 000 Mark des Elite-Preises zu gewinnen. Der Sieg eines deutschen Galoppers in der höchstdotierten Meilenprüfung des Landes, gesponsert von einem Warenhaus-Konzern, schien in Anbetracht der bisherigen Leistungen deutscher Pferde in ähnlichen Prüfungen ein kaum erfüllbarer Wunschtraum zu sein.

Dann war es wieder einmal die oft zitierte Ungewißheit des Turfs, die für eine Überraschung sorgte: Der fünfjährige Hengst Solarstern mit Championjockey Lutz Mäder (34) siegte mit fast drei Längen Vorsprung vor dem Franzosen Plucky Dancer (Jean-Claude Desaint) und Diu Star (Pat Gilson) aus dem Kölner Gestüt Röttgen, auch das vierte Platzgeld blieb durch die Stute Santina noch im Lande.

Besitzer Solarsterns ist Hubertus Liebrecht, der Chef des Pharmakonzerns Boehringer in Ingelheim am Rhein, Solarstern wird in Köln von Hein Bollow trainiert. Der Hengst zählte seit längerem zur Elite der deutschen Meilenpferde, ein Sieg in einem Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie gelang ihm bis Samstag aber nicht.

Er profitierte als Speed-Pferd von einem schnellgelaufenen Rennen. Dafür sorgte vor allem der chancenlose Außenseiter Tinturicchio, auf dem Jockey Bernd Selle ein höllisches Anfangstempo vorlegte, bevor sein Pferd völlig aufsteckte. Trainer Hein Bollow: „Als Solarstern im Schlußbogen noch hinten lag, hatte ich schon ein gutes Gefühl."

Jockey Lutz Mäder wird am Ende der Saison den Stall von Trainer Hein Bollow verlassen und beim Vergleichsweise zweitklassigen Trainer Horst Steinmetz in Düsseldorf anfangen. Nachfolger Mäders wird sein Vor-Vorgänger am Bollow-Stall, Peter Remmert.

Knapp über 1,8 Millionen Mark wurden an den beiden ersten Renntagen des Kölner Europa-Meetings an den Wettschaltern umgesetzt. An sieben Rennen des Freitags waren es 513 255 Mark.

Das Haupttrennen sicherte sich der Wallach Palast mit Georg Bocskai. Der ABV-Fliegerpreis (1000 m) war mit insgesamt 30 000 Mark dotiert und konnte von zweijährigen und älteren Pferden bestritten werden, mit der Stute Mana ging aber nur ein zweijähriges Pferd an den Start, sie wurde letzte.

Kölns Manager Hans-Jürgen Braun: „Im Galopprennsport dauert es immer ein paar Jahre, bevor man sich neuen Dingen gegenüber aufgeschlossen zeigt."

Unter dem starken Regen litt der Wettumsatz vor allem am Samstag: gegenüber 1983 ging er um zwölf Prozent auf 1,31 Millionen Mark zurück.

Die „DDR" kaufte zwei tragende Stuten für 46 000 Mark

Zu einem Gesamtumsatz von 465 000 Mark wurden auf der Auktion in der Reithalle des Gutes Langfort in Langenfeld 25 Pferde verkauft. Für die Auktions-Agentur von Lothar Grabe aus Wattenscheid war es bislang die erfolgreichste Versteigerung, einige Versuche in den Jahren zuvor endeten oftmals mit Enttäuschungen. Erstmals wurden zwei Pferde in die „DDR" verkauft. Das Verkaufsprotokoll der Katalog-Nummern 12 und 38 trägt die Unterschrift von Hardy Diemer, der die beiden tragenden Stuten Kreuzfahrt und Fleur vom Gestüt Zoppenbroich ersteigerte. Kreuzfahrt kostete 26 000 Mark, für Fleur mußten 20 000 Mark bezahlt werden. Die Abrechnung erfolgt angeblich über eine „DDR"-Handelsfirma. Zunächst gingen die beiden Pferde aber ins Gestüt nach Mönchengladbach zurück. Wie schon bei den beiden Auktionen zuletzt in Baden-Baden wurde der Höchstpreis von einer ausländischen Agentur gezahlt. Das Gestüt Fährhof bekommt für die Fuchsstute La Calera 70 000 Mark. Auktionator Lothar Grabe unmittelbar nach dem Zuschlag: „Es ist bedauerlich, daß offenbar nur im Ausland echtes Interesse an solchen Angeboten besteht."

*

Jockey Dragan Ilic wird ab 1. Oktober 1984 Stalljockey am Gestüt Mönchhof. Die Pferde von Karl-Heinz Münchow trainiert der Pole Jerzy Jednaszewski in Neuss. Der Jugoslawe Ilic war zuvor bei den Trainern Klaus Heinke in Düsseldorf, Otto Gervai in München und Oskar Langner in Gelsenkirchen tätig.

*

Der Hengst Sharp End, am Samstag im Kölner Elite-Preis Fünfter, ist als Deckhengst in die CSSR verkauft worden. Das Gestüt Bona in Köln hat für den international interessant gezogenen Hengst knapp über 100 000 Mark bekommen. Für den Zuchtwert des Pferdes eigentlich keine berauschende Summe.

*

Einer der besten deutschen Zweijährigen hat für eine sechsstellige Summe den Besitzer gewechselt. Waldemar Zeitelhack vom Stall Moritzberg aus Nürnberg ist neuer Besitzer des Hengstes Sonnenkranich, der bisher K. G. Schulz aus Pirmasens gehörte, der auf einer Auktion in Baden-Baden Eigentümer wurde. Zeitelhack ist der Besitzer des Hengstes Star Appeal, der 1975 in Paris den Prix de l'Arc de Triomphe gewann. Für ihn zahlte der fränkische Stahlhändler damals 60 000 Mark an das Gestüt Röttgen, Star Appeal kam auf eine Gewinnsumme von 1,5 Millionen Mark. Der zweite erfolgreiche Ankauf Zeitelhacks war der jetzt im Gestüt Harzburg als Deckhengst tätige Kronenkranich, für den er an das Gestüt Zoppenbroich einen sechsstelligen Betrag überwies. Zeitelhack versuchte sich später auch selbst als Pferdezüchter, die Erfolge blieben allerdings bescheiden. Den Zuchtbetrieb hat er so gut wie eingestellt. Sonnenkranich soll etwa 120 000 Mark gekostet haben.

*

Am 31. März 1985 scheidet Jürgen von Sichart (58) als Geschäftsführer des Hannoverschen Rennvereins aus. Der Vorstand bot dem erst seit Beginn des Jahres 1984 dort tätigen ehemaligen Bremer und Düsseldorfer Geschäftsführer eine Weiterbeschäftigung zu gekürzten Bezügen an, die von Sichart ablehnte. Der Hannoveraner Vorstand bemüht sich derzeit um einen hochkarätigen Nachfolger für den kürzlich verstorbenen Präsidenten Klaus von Kardorff.

*

Neuer Leiter des Gestüts Buschhof in Uetze bei Hannover wird im nächsten Jahr Manfred Hengel, der 18 Jahre lang für das Gestüt Keltenhof in Kirchzarten-Burg im Schwarzwald tätig war. Buschhof gehört dem in Düsseldorf ansässigen Unternehmensberater Wolfgang Hamma.

*

700 m vor dem Ziel des zweiten Rennens am Samstag beim Europa-Meeting in Köln erlitt der dreijährige Hengst Schopenhauer plötzlich einen Blutsturz. Er wankte, stürzte und war auf der Stelle tot. Jockey Georg Bocskai erlitt Schürfwunden. Schopenhauer wurde am 21. April 1984 in Dortmund von Jockey Stephen Eccles nicht ausgeritten, Eccles wurde deshalb langfristig mit einem Lizenzentzug bestraft. Schopenhauer lief in den Farben des Rennstalles Drachenfels. KLAUS GÖNTZSCHE

Großer Erfolg kurz vor dem Ende seines Engagements bei Trainer Hein Bollow: Lutz Mäder gewann das Elite-Rennen. FOTO: HORSTMÜLLER

OLYMPIA / Antonio Samaranch zu optimistisch

Nordkorea will den Boykott

sid/dpa, **Tokio**

Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), erklärte noch am Wochenende, er glaube fest an die Teilnahme aller Nationalen Olympischen Komitees (NOK) an den Olympischen Sommerspielen 1988 im südkoreanischen Seoul. Doch fast gleichzeitig gab der Nordkoreaner Do Ham, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Nordkoreas, die Boykott-Absichten seines Landes bekannt. Nordkorea werde außerdem eine internationale Kampagne starten, um andere Länder ebenfalls zu einem Boykott zu bewegen.

Do Ham beschuldigte das Internationale Olympische Komitee (IOC), mit der Wahl von Seoul einen Fehler gemacht zu haben, da „sich Südkorea nahezu in einem Kriegszustand befindet". Nordkorea war bereits den Spielen in Los Angeles ferngeblieben, nachdem der Plan einer gemeinsamen Mannschaft mit Südkorea im Vorfeld gescheitert war.

Über die Olympia-Teilnahme Chinas, das keine diplomatischen Beziehungen mit Südkorea unterhält, werden die Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der asiatischen Länder auf ihrer Vollversammlung am 28. September diskutieren. Überraschend hat das NOK von China seine Teilnahme an der Vollversammlung zugesagt.

KUNSTRADFAHREN / Große Leistungsdichte

Weltmeisterin enttäuschte

sid, **Herzogenrath**

Mit gemischten Gefühlen verfolgte Bundestrainer Heinz Pfeiffer die Deutschen Meisterschaften der Hallenradsportler. Zum einen machten Talente mit ausgezeichneten Leistungen und Ergebnissen auf sich aufmerksam und verdeutlichten damit die Leistungsdichte. Andererseits waren damit Favoritenstürze verbunden, die im Hinblick auf die bevorstehenden Welt- und Europameisterschaften Anlaß zur Sorge geben.

Für die größte Enttäuschung sorgten die Kunstradfahrerinnen. Weltmeisterin Maria Beerlage (Stadtlohn) schied schon im Vorkampf aus, und die ebenfalls für die WM nominierte Gudrun Regele (Lauffen) belegte hinter der 19jährigen Überraschungssiegerin Susanne Glöckner (Baunatal) nur den zweiten Platz.

Schwächen auch bei den Radball-Weltmeistern Thomas und Andreas Steinmeier (Lemgo-Lieme), die nach zwei Auftakt-Niederlagen erst spät zu ihrer Form fanden, ihren Meistertitel aber verteidigen konnten.

Erfreulich, weil erwartungsgemäß stark, waren die Darbietungen von Meister Jürgen Kessler (Weinheim) und Vizemeister Dietmar Ingelfinger (19, Erlenbach), die beide bereits für die WM nominiert wurden. Auch die WM-Favoriten Armin Jurisch/Markus Dreher im Männer-Zweier präsentierten eine mit Höchstschwierigkeiten und ohne Patzer vorgetragene Kür.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Pokal, zweite Hauptrunde (die wichtigsten Ergebnisse): Böhlen – Dynamo Berlin 0:2, Bischofswerda – Riesa 0:6, Markkleeberg – Lok Leipzig 0:2, Velten – Jena 1:0, Zwickau – Karl-Marx-Stadt 3:1, Ruhla – Frankfurt 0:1, Stralsund – Brandenburg 2:0, Aktivist Schwarze Pumpe – Magdeburg 2:3 n.V., Lok Dresden – Chemie Leipzig 1:3, Schkopau – Dynamo Dresden 2:4 n.V., Sachsenhausen – Rostock 1:6, Dessau – Aue 0:2, Nordhausen – Erfurt 0:2. – **Erste englische Division:** Arsenal – Stoke 4:0, Aston – Tottenham 0:1, Everton – Southampton 2:2, Leicester – Bromwich 2:1, Luton – Chelsea 0:0, Manchester United – Liverpool 1:1, Norwich – Watford 3:2, Queens Park – Newcastle 5:5, Sheffield – Ipswich 2:2, Sunderland – Coventry 0:0, West Ham – Nottingham 0:0.

GOLF

Howard-Carpendale-Cup, Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golflehrer-Verbandes in Recklinghausen (Standard und Par 72): 1. Gögele (Augsburg) 71+72+74+76=293 Schläge (10 000 Mark), 2. E.Theeuwen (Wegberg) 73+75+72+77=297 (7500 Mark) 3.-4. Kupitz (Olching) 73+80+76+71=300, Gideon (St. Dionys) 75+78+75+72= 300, 5. Knauß (Olching) 77+73+78+73=301, 6. M. Kessler (Kronberg) 77+74+74+77=302.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Charlottenburg – Heidelberg 86:82, Hagen – Bamberg 88:63, Gießen – Düsseldorf 68:60, Osnabrück – Köln 72:93, Leverkusen – Göttingen 75:80. – **Damen**, 1. Spieltag: Porz/Hennef – Düsseldorf 67:105, München – Marburg 91:72, Osterfeld – Leverkusen 90:76, Frankfurt – Köln 60:73.

HANDBALL

Bundesliga, Frauen, 1. Spieltag, Gruppe Süd: Lützellinden – Frankfurt 19:20, Guts Muths Berlin – Malsch 20:13, Auerbach – Nürnberg 19:16, Sindelfingen – Würzburg 11:12, VfL Berlin – Gießen 15:21. – Freundschaftsspiele: Wallau-Massenheim – Barcelona 26:25, Spandau – Barcelona 14:26, Dortmund – Essen 23:28, Großwallstadt – Hüttenberg 22:16.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Leverkusen – Hannover 0:2, Gladbach – Club an der Alster 5:1, SW Köln – Kahlenberg 7:1, Mülheim – RW Köln 0:1, Kahlenberg – Mühlheim 3:6, SW Köln – Leverkusen 4:0, RW Köln – Gladbach 3:2, Hannover – Club an der Alster 1:2, RW Köln – Gladbach 3:2. – Gruppe Süd: Limburg – Berlin 2:1, Rüsselsheim – Steglitz 4:2, Stuttgart – Heidelberg, Frankenthal – München 2:3, Rüsselsheim – Berlin 1:1, Limburg – Steglitz 8:0, Heidelberg – Frankenthal 1:1. – **Frauen**, Gruppe Nord: Krefeld – Leverkusen 0:2, Raffelberg – Großflottbek 3:0, Braunschweig – BW Köln 4:2. – Gruppe Süd: Hanau – Berlin 1:1, Frankfurt – München 2:2, Hanau – München 7:1, Frankfurt – Berlin 1:2, RW Stuttgart – Stuttgarter Kickers 0:1.

RINGEN

Bundesliga, 4. Wettkampftag, Gruppe West: Schifferstadt – Schwalbach-Schwarzenholz 28,5:9,5, Bonn-Duisdorf – Goldbach 13:27, Köllerbach – Witten 17:20, Aschaffenburg – Aldenhoven 19,5:19. – Gruppe Süd: Wiesenthal – Aalen 15,5:24, Bad Reichenhall – Freiburg-St. Georgen 22:14, Urloffen – Triberg 38,5:1, Freiburg-Haslach – Reilingen 12,5:24.

TENNIS

Internationales Turnier der Damen in Fort Lauderdale/Florida, erste Runde: Navratilova – Brown (beide USA) 6:1, 6:2, zweite Runde: Turnbull – A. Minter (beide Australien) 6:2, 6:3, Tanvier (Frankreich) – Uys (Südafrika) 6:4, 4:6, 6:1, Rinaldi (USA) – E. Minter (Australien) 6:3, 6:2. – **Grand-Prix-Turnier** der Herren in San Francisco, Viertelfinale: McEnroe (USA) – Lloyd (England) 6:3, 6:1, Teltscher (USA) – Curren (Südafrika) 3:6, 6:3, 6:4. – **Grand-Prix-Turnier** in Bordeaux, Herren-Einzel, Halbfinale: Cancellotti (Italien) – Pecci (Paraguay) 6:2, 6:2, Higueras (Spanien) – Brown (USA) 7:6, 6:2. – **Grand-Prix-Turnier** in Genf, Herren-Einzel, Halbfinale: Krickstein (USA) – Ganzabal (Argentinien) 6:7, 6:0, Sundström (Schweden) Pimek (CSSR) 6:3, 6:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Düsseldorf – Bremen 9:3, Saarbrücken – Altena 9:1, Bayreuth – Bad Hamm 9:4, Reutlingen – Steinhagen 9:4, Grenzau – Jülich 9:6. – **Damen**, 2. Spieltag: Kleve – Ahlem 8:8, Kaiserberg – Donauwörth 9:5, Soest – Ahlem 3:9, Frankfurt – Donauwörth 7:9.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 2. Spieltag: Paderborn – SSF Bonn 3:1, München – Friedrichshafen 3:2, Fort. Bonn – Leverkusen 0:3.

SEGELN

Surf-WM auf Funboard vor Westerland/Sylt, Herren, Endstand: 1. Naish 203,0 Punkte, 2. Winner (beide USA) 153,0, 3. Persson (Schweden) 142,5. – Damen, Endstand: 1. Lellèvre (Frankreich) 203,0, 2. de Werd 192,0, 3. de Rosnay (beide USA) 177,5. – **Internationale deutsche Meisterschaft** in der 470er-Klasse vor Friedrichshafen, fünfte und letzte Wettfahrt: 1. Helge u. Christian Sach (Zarneku), 2. Huttermann/Clausen (Uerdingen), 3. Kruger/Schmidt (Berlin). – Endstand: 1. Sach/Sach 4 Punkte, 2. Hüttermann/Clausen, 3. Thomas u. Rolf Janka (Starnberg).

JUDO

Bundesliga, Halbfinale: München-Großhadern – Remscheid 15:3, Wolfsburg – Rüsselsheim 11:7.

LEICHTATHLETIK

Deutsche Meisterschaften im 25-km-Straßenlauf in Waldniel, Männer: 1. Steffny (Freiburg) 1:16:15 Std., 2. Zahn (Fürth) 1:16:52, 3. Orthmann (Wehbach) 1:16:54, 4. Dobler (Goggingen) 1:16:59, 5. Grüning (Uerdingen/Dormagen) 1:17:23, 6. Salzmann (Frankfurt) 1:17:28. – **Frauen**: 1. Michallek (Hamm) 1:31:15,3 Std., 2. Dunke (Aachen) 1:31:26,5, 3. Mai (Dortmund) 1:31:30,8, 4. Braun (Mannheim) 1:31:35,8, 5. Niklas (Bonn) 1:31:40,4, 6. Wolf (Dortmund) 1:31:53,8.

MODERNER FÜNFKAMPF

Offene deutsche Meisterschaften in Ruhpolding, Einzelwertung: 1. Kadlec (CSSR) 5368 Punkte, 2. Sandow (Berlin) 5323, 3. Zimmermann (Leverkusen) 5204, 4. Rehbein (Berlin) 5185, 5. Mizser (Ungarn) 5159, 6. Thade (Darmstadt) 5132.

REITEN

Qualifikations-Springen, Großer Preis von Münster, S-Springen mit einmaligem Stechen: 1. Wiltfang (Thedinghausen) Gordon 0 Fehler/37,7 Sekunden, 2. Meyer zu Bexten (Herford) Merano 0/37,8, 3. Meyer zu Bexten mit Kalypso 0/41,3, 4. Huck (Neumünster) Calando 0/42,3, 5. Brinkmann (Paterhof) Pascal 43,1, 6. Schwab (Rappenau) Winnipeg 4/44,6 (alle im ersten Stechen). – Dressurprüfung Klasse S – Leistungsklasse I: 1. Klimke (Münster) Stettin 501 Punkte, 2. Betzler (Hilden) Parlando 496, 3. Rüben (Würselen) Damaskus und Lange (Pforzheim) Caracas 490, 5. Husenbeth (Bremen) Endrikko 489, 6. Kemmer (Berlin) Gottberg 488.

RADSPORT

Deutsche Meisterschaft, Einer-Kunstfahren, Männer: 1. Kessler (Weinheim) 330,10 Punkte, 2. Ingelfinger (Erlenbach) 327,00, 3. Daum (Iggelheim) 326,90. – Zweier: 1. Kurisch/Dreher (Soden) 299,7, 2. Merget/Korn (Soden) 298,15, 3. Berger/-Kellner (Oberschleißheim) 296,65. – **Frauen**: Einer: 1. Glöckner (Baunatal) 311,75, 2. Regele (Lauffen) 311,45, 3. Schrauth (Lieme) 307,90. – Zweier: 1. Heimpel/Wahl (Bad Schussenried) 277,35, 2. Miltenberger/Motzel (Mönchberg) 264,70, 3. Kemper/Stapper (Stadtlohn) 259,85. – Vierer: 1. RSV Lieme 347,30, 2. RS Schwanewede 338,65, 3. RV Herrenzimmern 334,15. – Vierer-Einrad: 1. RKB Augsburg-Göggingen 294,95, 2. RKB Herzogenaurach 292,24, 3. RMV Horwieden 287,90. – **Großer Preis der IFMA** in Köln, Rundstreckenrennen über 66 km, Gesamtzeit 1:34,13 Std.: 1. Kristen (Köln) 37 Punkte, 2. Moser (Italien) 26, 3. Bolten (Lövenich) 20, 4. Herrmann (Liechtenstein) 17, 5. Hoste (Belgien) 15, 6. Schlapphoff (Berlin) 11, 7. Thurau (Frankfurt) 8. Schmitz (Köln) beide 5.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: Iberica (G. Bocskai), 2. Nua, 3. Kala Azar, Toto: 56/21, 13, 30, ZW: 136, DW: 1872, 2. R.: 1. Scipio Africanus (Am. Frl. U.- Kukkenburg), 2. Windflug, 3. Swakara, Toto: 292/99, 226, 50, ZW: 4892, DW: 162 124, 3. R.: 1. Christina (R. Suerland), 2. Etonia, 3. Jubilate, Toto: 72/25, 20, 26, ZW: 392, DW: 3556, 4. R.: 1. Beretta (J. Ochocki), 2. Tanami, 3. Felgenträger, Toto: 68/22, 22, 22, ZW: 452, DW: 4412, 5. R.: 1. Calina (M. Hofer), 2. Lily of the valley, 3. Royal appeal, Toto: 24/16, 22, 50, ZW: 200, DW: 6164, 6. R.: 1. Wildfasan (M. Hofer), 2. Oramos, 3. Sabrino, Toto: 44/19, 30, 19, ZW: 446, DW: 2800, 7. R.: 1. Solarstern (L. Mäder), 2. Plucky Dancer, 3. Diu Star, Toto: 68/19, 22, 34, ZW: 604, DW: 5228, 8. r.: 1. Allumette (P. Alafi), 2. Prairie Beeile, 3. Thusmenia, Toto: 64/19, 21, 15, ZW: 400, DW: 2972, 9. R.: Lordship (A. Solfley), 2. Moneymaker, 3. Rican, Toto: 52/21, 26, 50, ZW: 364, DW: 6080, 10. R.: 1. Mariquita (E. Schindler), 2. Pearl Rose, 3. Surprise, Toto: 32/15, 22, 22, ZW: 300, DW: 2172.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 12, 14, 38, 44, 48, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77**: 9 3 6 6 8 0 7. – **Toto, Elferwette**: 0, 0, 0, 1, 1, 1, 1, 2, 0, 1, 1. – **Rennquintett**: Rennen A: 12, 1, 11. – Rennen B: 31, 21, 22. – **Glücksspirale**: Endziffern: 4, 35, 265, 4925, 10840, 601249. – Los-Nummer: 1950740, 6159254, 5636275. – Prämienziehung: 512842, 754336, 871196. (Ohne Gewähr).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Pankraz, Bob Giraldi und die Video-Clips

Sind sie eine neue Kunstform? Oder handelt es sich doch bloß um Diener der (Unterhaltungs-)Musik, um „commercials", die den Verkauf von Schallplatten und Musicassetten anregen sollen? Für letzteres spricht an sich, daß es vor allem Werbespot-Fabrikanten sind, die sich ihrer angenommen haben. Bob Giraldi, König der „commercials" in den USA, hat die bisher erfolgreichsten produziert. Aber ausgerechnet dieser Bob Giraldi behauptet jetzt in der „Washington Post", daß er mit seinen „Music Videos" in die Höhen reiner Kunst aufgestiegen sei und reif sei für einen „Academy Award". Die Zukunft der Kunst liege beim „Music Video", einem Gesamtkunstwerk ganz eigener Art, dem sich auch bald „erwachsene, ernsthafte" Musiker und Künstler zuwenden würden.

Die Rede ist von den Video-Clips, jenen Fünfminuten-Filmchen, mit denen jugendliche Rockmusik-Stars seit einiger Zeit ihre neuesten Hits umkleiden. Begonnen hatte die Produktion der Filme als Antwort auf das Aufkommen der Video-Recorder. Die Stars sahen plötzlich die Möglichkeit, sich ihren Fans auch außerhalb der Konzerttourneen und jenseits der Konzertsäle optisch in voller Aktion zu präsentieren. Die ersten Clips waren folglich auch nichts weiter als gefilmte Konzertauftritte: Man sah den singenden Star, sein Hüftschwenken, seine Gitarre, die begleitende Band, die begeistert kreischenden Fans – nichts ungewöhnlich Neues, sollte man meinen.

Aber siehe da, das Genre machte sich alsbald selbständig. Die Produzenten, in der Regel versierte, einfallsreiche Werbespotler, blendeten bunte, das Unterbewußtsein der Fans stimulierende Bildassoziationen in die lineare Singerei ein, Liebesakte, Landschaften, aggressive Keilereien. Die „Blue Box" kam ins Spiel und lieferte ihre bekannten Zauberkunststückchen ab. Schnell ordneten sich die optischen Zusätze zu richtigen kleinen Fabeln, zu kitschigen Liebesromanen oder feenhaften Märchenträumen.

Die Fans begannen, Videos zu sammeln wie früher Schallplatten und Musicassetten. Sie lernten, Stile zu unterscheiden; immer häufiger tauchte im Impressum des Clips der Produzent der Optik gleichberechtigt neben dem Sänger auf. Es bildeten sich feste akustisch-optische Teams heraus; Michael Jackson und seine Brüder beispielsweise arbeiten bei der Aufnahme neuer Hits von vornherein mit dem besagten Commercial-Hai Bob Giraldi zusammen. Die Jackson-Giraldi-Clips „Beat it" und „Thriller" wurden weltberühmt, und auch andere Giraldi-Produktionen, beispielsweise mit Diana Ross („Pieces of Ice"), Pat Benata („Love is a Battlefield") und Lionel Richie („Hello", „Running with the Night") genießen unter Kennern vor allem wegen ihrer optischen Komponente höchstes Ansehen.

Dennoch bleibt bei den Video-Clips die Musik stets im Mittelpunkt; dies scheint ihre ästhetische Grundvoraussetzung zu sein. Gesprochene Lyrik oder gar reine Prosa als Gegenpart zur Optik würde die Einheit des Stückleins sofort gefährden. Die Sprache mißriete zur bloßen Bildunterschrift oder die Optik zur bloßen Illustration des Gesprochenen.

Weitere ästhetische Unerläßlichkeiten der Clips: ihre filmisch-elektronische Präsentation; ihre Fixiertheit auf den Star; ihre strikte zeitliche Begrenztheit und Bündigkeit. Ein Clip von der Länge eines ganzen Konzerts oder einer Oper wäre ein Unding, würde mit Sicherheit zurückfallen in Konzert- oder Opernverfilmungen herkömmlicher Art. Allein die Liedkürze der zur Verfügung stehenden Zeit schafft es, Ton und Bild so eng zusammenzubringen, wie das in den Clips geschieht; jede Minute darüber würde die beiden Kunstformen wieder eigene Wege gehen lassen.

Ähnlich steht es mit der elektronischen Umsetzung, sie erscheint absolut notwendig. Ein auf der Bühne anhand einer Partitur oder eines Drehbuchs nachgespielter Clip würde äußerst lächerlich wirken. Kein Regisseur kann mit der „Blue Box" konkurrieren, und warum sollte man ein Ambiente mühsam nachbauen, das man durch einen Knopfdruck auf den Video-Recorder sofort optimal serviert bekommt? Der Video-Clip ist die Kunstform des sofortigen, hürdenlosen Konsums.

Dies (und seine Fixiertheit auf den Star, der stets im Mittelpunkt bleibt; wie bei den „commercials" das anzupreisende Produkt) macht ihn dem Gros der Ästhetiker verdächtig, so daß die von Bob Giraldi geäußerte Hoffnung, Clips würden sehr bald auch von „erwachsenen" Künstlern geschaffen werden, auf einigermaßen schwachen Füßen steht. Tatsächlich sind die meisten Clips ja auch ziemlich primitive Veranstaltungen. Ein bißchen bunter Dampf, ein bißchen Sternenblick und Bodengymnastik – mit solchen Mätzchen schafft man keine neue Kunstform.

Dennoch, für den Clip sprechen seine unangestrengte, lässige Modernität, sein souveräner Umgang mit den neuesten Medien, seine Beliebtheit bei der Jugend aller Rassen und Klassen, seine Offenheit auch noch für die phantastischsten Einfälle. Und wer beim Anhören/Ansehen von Jackson-Giraldis „Beat it" nicht wenigstens momentweise an eine metaphysische, von Gott gewollte Ureinheit von Musik und Bild zu glauben beginnt, der hat kein Herz und keinen Sinn fürs künstlerisch Gelungene, der kann auch Beethovens „Neunte" nicht gerecht würdigen.

Kann der Spruch der Romantiker, von Schelling bis Adorno, aufrechterhalten werden, daß die Musik ein so hohes Medium sei, daß kein anderes Medium, weder Sprache noch Bild, an sie heranreiche, weshalb auch jeder Versuch der Vermischung eine Sünde wider die Musik sei? Die Künstler sollten nicht auf die Beantwortung dieser schwierigen Frage warten. Sie sollten einfach einmal versuchen, wirklich „erwachsene" Video-Clips zu schaffen.

Pankraz

Das Hohelied der Vogelkunde: Adolf Portmann knüpft an die Forschungen von Oskar Heinroth an

Des Archaeopteryx zwitschernde Enkel

Berlin, 24. Dezember 1942. Wir hatten vorzeitig Dienstschluß, und ich wollte die beiden Feiertage im Aquarium des Zoos verbringen. Also ging ich im Dunkel des frühen Winterabends hin und läutete an. Ein Wärter verwies mich an den Direktor, Dr. Oskar Heinroth. Im Moment war ich fassungslos. Geradewegs zu dem berühmten Heinroth sollte ich gehen? Es blieb mir nichts anderes übrig. Ich stieg also die Treppe hinauf, läutete an seiner Tür und wurde empfangen. Weihnachtlich warme Luft strömte auf mich zu. Es roch nach Föhrennadeln, Christstollen und anderen guten Sachen.

Nun sprach ich, der unbedeutende Luftwaffengefreite, mit dem Altmeister, nein, dem Großmeister der Ornithologie, dem Begründer der Vergleichenden Verhaltensforschung! Ich berief mich auf Konrad Lorenz, präsentierte mich als dessen Schüler und wies mein erstes Buch vor, das ich als eine Art Fachlegitimation mitgebracht hatte.

Heinroth und seine Frau luden mich zum Weihnachtsessen ein. Ich schwebte im siebenten Himmel. Als trainierter Frontsoldat inmitten eines prächtigen Zimmers mit Teppichen und alten Möbeln an einen glänzenden, in Weiß und Silber gedeckten Tisch gesetzt, muß ich mich recht unbeholfen ausgenommen haben. Aber Heinroth überbrückte meine Schüchternheit mit dem klaren Satz: „Wir beurteilen die Intelligenz eines Tieres danach, wie schnell es sein Futter findet." Also langte ich zu.

Es wurde spät. Der Zapfenstreich war längst überschritten. Aber ich war eben bei Heinroth. Und Heinroth schenkte mir zum Abschied sein kleines Buch „Aus dem Leben der Vögel". Dieses mit unschätzbar wertvollen ethologischen Erkenntnissen angereicherte Lehrbüchlein war 1938 im Verlag Julius Springer erschienen. Ich war glücklich und vergaß vor Glück, um eine Widmung zu bitten. Heimgekommen in die Kaserne, begann ich unter der Decke mit der Taschenlampe zu lesen.

Das Bändchen wurde mir zum Brevier. Es begleitete mich durch den ganzen Krieg und nahm zum Schluß sogar, höchst passiv allerdings, in meinem Gepäck an den schwachen Versuchen zur Verteidigung Hildesheims teil. Ich besitze es heute noch. Meine Frau hat es dann nach dem Krieg gelesen, meine Mitarbeiter lasen es, und vielen Studenten drückte ich es in die Hand. Es hat seine volle Gültigkeit bis heute bewahrt. 42 Jahre war es von der Jugend bis ins Alter mein Begleiter.



Er war fähig zum aktiven Ruderflug nach Art der Elstern: Der Urvogel Archaeopteryx aus dem Jura, gezeichnet von M. Reichel, aus Adolf Portmanns Buch „Vom Wunder des Vogellebens"

Und nun bringt die Post urplötzlich ein neues Buch ins Haus. Ein Vogelbuch von dem bekannten Schweizer Zoologen Adolf Portmann. Es heißt „Vom Wunder des Vogellebens" und ist soeben im Piper Verlag herausgekommen (219 S., 34 Mark). Etwas größer als das Heinroth-Buch, der Zeit entsprechend moderner ausgestattet, mit liebevoll genauen, sehr informativen Zeichnungen von Sabine Bousani-Baur und etlichen auch farbigen Fotoseiten.

Der Textumfang ist fast gleich, denn nur der kleinere Druck bedingt die geringere Seitenzahl bei Heinroths Band. Wie bei diesem, handelt es sich auch bei Portmanns Werk nicht um ein Bestimmungsbuch, aus dem man zahllose Vogelarten oder deren Eier und Nester kennenlernen könnte, sondern um eine grundlegende Einführung in das „Reich der Gefiederten". Kein Wunder also, daß es in vielen Kapiteln Heinroths Spuren folgt.

Beide Autoren bringen als erstes das Bild des Archaeopteryx, des Urvogels aus dem Solnhofener Schiefer. Selbstverständlich kann Portmann im weiteren Verlauf mit neuesten Daten aufwarten und etwa über Vogelzug und Navigation weit mehr aussagen, als dies vor einem halben Jahrhundert möglich war. Dafür aber erweist sich Heinroth als Meister der Psychologie. Portmann nähert sich dem Thema eher vom Gebiet der Anatomie und Morphologie her. Sein starkes Anliegen ist die Evolution der Vogelkindheit, des Eies und des gesamten Vogelstammes. Er schlägt den Bogen von der „Gehirnentfaltung" zur „Weltbeziehung" und läßt spüren, wie sich die Ornithologie seit Heinroth, der 1945 starb, weiterentwickelt hat.

Auch Portmann ist bereits von uns gegangen. Sein Todesjahr ist 1982. Er hat das hohe Alter von 85 Jahren erreicht. Selbst wenn man aus der Sicht gerade der Heinroth-Lorenz'schen Verhaltensforschung nicht in allem seiner Meinung sein konnte, wird man in ihm doch stets den großen Gelehrten, den um Erkenntnis ringenden Wissenschaftler bewundern und verehren. Das Vogelbuch bei Piper war sein letztes Buch. Er konnte es selbst nicht mehr fertigstellen. Ernst Sutter, Heinz Durrer und Bruno Bruderer haben es überarbeitet und abgeschlossen, mußten aber einiges weglassen, was nur Portmann selbst hätte schreiben können.

Wie Heinroth war Portmann über seinen akademischen Bereich hinaus ein begabter Volksbildner, der es immer verstand, in einer auch für interessierte Laien lesbaren Form zu schreiben. Das ist nicht leicht, wenn man gleichzeitig Exaktheit anstrebt. Beide Bücher sind ein Beweis für die Vereinbarkeit dieser Zielsetzungen. Ich habe die Werke vor mir liegen und kann sie vergleichen. Elegant und attraktiv in Farbe und Gestaltung wirkt das Portmann-Buch, bescheiden schlicht nimmt sich daneben das Heinroth-Bändchen aus. Dem Inhalt nach kann aber kaum von Kontrast, sondern nur von Ergänzung gesprochen werden. Wer das „Wunder des Vogellebens" von Portmann erwirbt, sollte sich auch um Heinroths „Aus dem Leben der Vögel" bemühen. Es ist nach dem Krieg in Neuauflage erschienen.

Beide Bücher sind jedenfalls ausgezeichnete Lehrmeister für alle Naturfreunde, namentlich für Vogelkundler, bringen sie doch genau das, was in den zahlreich zur Verfügung stehenden Bestimmungsbüchern nicht enthalten ist und sonst nur aus dicken Lehrbüchern zusammengesucht werden kann. Nicht zuletzt aber sollten die zwei Bände vielen Wissenschaftlern als Vorbild dafür dienen, wie gut man die deutsche Sprache ganz ohne Fremdwortweisheit zur wissenschaftlichen Information benützen kann. OTTO KOENIG

Solisten-Marathon in München: Der Musikwettbewerb 1984 der Rundfunkanstalten Deutschlands

Noch nie ward der „Erlkönig" so schön gesungen

Erstmals seit 16 Jahren gab es beim diesjährigen Musikwettbewerb der Rundfunkanstalten Deutschlands wieder vier erste Preise. Intendant Friedrich Wilhelm Räuker vermerkte dies bei der Preisverleihung im Münchner Herkulessaal „nicht ohne Stolz". 285 junge Solisten aus 35 Ländern hatten sich in die Münchner Arena begeben, um in den Fächern Gesang, Violine, Cembalo, Fagott und Duo-Violoncello/Klavier ihr Glück zu versuchen.

Das Niveau sei hoch gewesen wie selten zuvor, konnte man in den vergangenen Wochen von Jurymitgliedern immer wieder hören. Die beiden Schlußkonzerte indessen, in denen sich die Preisträger mit Orchester oder solo präsentierten, signalisierten dann leider nur sporadisch das Außergewöhnliche. Wie meist, so durfte man auch diesmal über die Treffsicherheit von Juroren geteilter Meinung sein.

Etwa, was den ersten Preis im Fach Gesang betrifft. Ihn hatte man der 29jährigen Amerikanerin Maria Russo zugesprochen. Eine sicherlich solide Sängerin, deren Sopran aber weder durch besonderes Timbre noch durch gestalterische Ausdruckskraft auffällt, im Gegenteil: Ihre im Schlußkonzert vorgetragene Butterfly und die Arie aus Boitos „Mefistofele" gerieten erschreckend mittelmäßig.

Mit einem zweiten Preis mußte sich die dreißigjährige Bulgarin Mariana Slawowa begnügen. Auch nach Meinung vieler Fachleute außerhalb der Jury eine ziemlich unverständliche Entscheidung, denn hier scheint eine Weltklasse-Stimme heranzuwachsen. Inzwischen ist Frau Slawowa nach Bern engagiert, und man darf auf ihren weiteren Weg gespannt sein.

Bei den Sängern erregte der Südafrikaner André Howard (zweiter Preis) Aufmerksamkeit. Ein Liedinterpret von Rang, der auch wegen seiner Stimmlage – Howard verfügt über einen sehr hohen Bariton – mit Oper nicht viel im Sinn hat. „Noch nie" habe er von einem 25jährigen so schön den „Erlkönig" gehört, meinte Jury-Vorsitzender Manus Willemsen.

Bei den Geigern triumphierte die Japanerin Takumi Kubota. 1981 war sie im gleichen Wettbewerb schon nach dem ersten Durchgang ausgeschieden. Diesmal klappte es. Mit Schneiderhan hatte sie sich in Wien intensiv vorbereitet. Eine Ausnahmekünstlerin, wenn nicht alles täuscht, die nicht nur über stupende Technik, sondern auch über eine kraftvoll-sensible Musikalität verfügt.

Der erst 18jährige Christian Tetzlaff aus Hamburg errang hier überraschend einen zweiten Preis. Im Schlußkonzert spielte er zwei Sätze aus Mozarts Violinkonzert KV 218. Mit bemerkenswerter Musikalität, aber leider auch allzu romantisch. Derart verniedlicht sollte Mozart nicht werden, auch nicht von einem, der erst am Anfang einer Karriere steht.

Das Cembalo-Finale stand ganz im Zeichen des Polen Wladyslaw Marek Klosiewicz (28). Gleich von Beginn an hatte er alle anderen Konkurrenten weit hinter sich gelassen. Sein erster Preis war mehr als berechtigt.

Enttäuschend das Ergebnis bei den Fagottisten, wo kein erster Preis vergeben wurde, weil lediglich solider Durchschnitt herrschte. Erfreulich die Ausbeute im Fach Duo Violoncello/Klavier. Hier waren Desmond Hoebig und Andrew Tunis aus Kanada eine wirkliche Entdeckung. Beide ungemein virtuos, beide glänzend aufeinander eingespielt und in Sachen musikalischer Disposition von überlegenem Gestaltungswillen.

VOLKER BOSER

Berlin: Grete von Zieritz

Zigeunerfest mit Glocken und Geige



Komponistin des „Zigeunerkonzerts": Grete von Zieritz FOTO: BINDER

Deutsch-polnische musikalische Zusammenarbeit bei den Berliner Festwochen. Die Filharmonia Pomorska aus Bromberg unter Tomasz Bugaj brachte im großen Sendesaal des SFB das „Zigeunerkonzert" der 85jährigen Grete von Zieritz zur Uraufführung, ein Auftragswerk der Festwochen. Anschließend fand sich die Berliner Cappella unter Peter Schwarz mit den polnischen Musikern zur Aufführung von Szymanowskis 3. Symphonie, dem „Lied der Nacht", überzeugend zusammen.

Ihr „Zigeunerkonzert" hat Frau von Zieritz im Gedenken an die erlittenen Verfolgungen der Zigeuner geschrieben. Es zigeunert also auf Geige und Cymbal, den beiden Solo-Instrumenten, nicht blindlings daher. Es versucht, tiefer zu greifen. Mit der Schreckensgeste einer Auschwitz-Beschwörung hebt das in sechs Bildern sich gliedernde Werk an, setzt aber auch gleich mit vollem Orchester, Solo-Geige und Cymbal den typischen Zigeunerton durch, ohne ihn indessen unangenehm auszumelken.

Für Imitationen ist im Werk der Frau von Zieritz kein Platz. Die Komponistin phantasiert eher über Gesten der Zigeunermusik, als daß sie sie direkt nachahmt. Im zweiten Bild des Violinkonzerts zieht unter südländisch hellem Glockengebimmel eine Prozession vorüber, Nachklang traditioneller Zigeunerfeste der Provence von gebändigtem Ernst und schöner Ehrfurcht. Eine Geisterbeschwörung folgt nach, bei der die bösen Geister wieder einmal die musikalische Übermacht über die Braven haben. „Feurio" schreit das vierte Bild – und noch dazu vor dem Zigeunerzelt einer Kindbetterin. Frau von Zieritz wählt sich durchaus kühne, ungewöhnliche Vorlagen und malt sie mit reichen Orchesterfarben anschaulich aus.

Der nachfolgende Könighymnus gibt sich beinahe bukolisch in den Holzbläserstimmen. Inmitten des sich breit entfaltenden Lyrismus setzt es nun auch eine prächtige Kadenz von süß-herber Feierlichkeit für die Sologeige. Und damit hätte das knapp halbstündige Werk durchaus schließen können. Aber Frau von Zieritz hängt ihm überflüssigerweise noch einen zigeunerischen Rausschmeißer an: einen Hexensabbat der üppig überholten Effekte. Darin brilliert die ausgezeichnete Marianne Boettcher als Solistin mit großem, paradierendem Geigen. Aber in Äußerlichkeiten verliert sich, was tief verinnerlicht zuvor nachdenklich ausschwang. KLAUS GEITEL

Der optimistische Pessimist aus Böhmen: Jiři Kolář wird heute 70 Jahre alt

Für ihn sind Dichten und Malen eins

Er sei „ein literarisches Monstrum, eine kosmopolitische Hyäne, geistig entgleist, ein Parasit der Literatur", er sei „zum Dolmetscher der Stimmungen der abgeschafften Reaktion" geworden. Das mußte sich der böhmische Dichter Jiři Kolář Anfang der 50er Jahre sagen lassen. Bald schon war er verhaftet und zu neun Monaten verurteilt, weil seine poetischen Notizen „Das Haus Genor" als illegale, staatsfeindliche Flugblätter angesehen wurden. Der Haft folgten der Ausschluß aus dem Schriftstellerverband und ein zehnjähriges Publikationsverbot. In dieser Zeit kam Kolář über die Konkrete Poesie auch zu bildnerischen Ausdrucksmitteln. Es war eine Rückkehr zu den Anfängen, denn 1934 hatte er unter dem Einfluß der Surrealisten mit bildnerischen Collagen begonnen.

1962 stellt er (zum erstenmal wieder seit 1937) in Prag aus. Bis 1968 sind seine Arbeiten in vielen Ausstellungen in der ČSSR zu sehen. Doch dann erstickt die „brüderliche Hilfe" den „Prager Frühling" und damit auch Kolářs Schaffen. Das Art-Centrum, das in Prag den Kunsthandel mit dem Ausland monopolisiert hat, weigert sich, seine Werke in den Handel zu nehmen.

Aber der Künstler läßt sich nicht einschüchtern. 1977 gehört er zu den Mitunterzeichnern der „Charta 77". Dann folgt er einer Einladung des DAAD nach Berlin, geht anschließend für zwei Jahre auf Einladung des Centre Pompidou nach Paris. Weil er wegen einer schweren Krankheit nicht rechtzeitig zurückkehren kann, wird er in Abwesenheit zu einem Jahr Gefängnis und der Beschlagnahme seines Eigentums verurteilt. Seitdem lebt der bedeutendste zeitgenössische Künstler der Tschechoslowakei im Exil in Paris.

Das alles klingt wie die Biographie eines engagierten politischen Poeten und Malers. Aber im dichterischen wie bildnerischen Werk von Jiři Kolář, der heute vor 70 Jahren im südböhmischen Protivin geboren wurde, sucht man aktuelle Anspielungen oder gar direkte politische Stellungnahmen vergebens. Seine Gedichte wie seine Bilder sind geistvolle poetische Montagen, in die die Kunst seit der Renaissance aufgenommen und mit der Erfahrung unserer Zeit verschmolzen wird.

Kolář hat „das Zerreißen, Zerknüllen, Zerschneiden von Reproduktionen und Texten nie als Destruktion empfunden ... Eher als so etwas wie ein Verhör: als befragte ich unablässig etwas, als befragte etwas mich." Dabei geht er weit über die Methoden der konventionellen Collage – etwa eines Max Ernst – hinaus. Er schafft Tableaus aus den verschiedensten Schriften, und er erfindet neue Alphabete aus Farben oder Gegenständen.

Diese neuen Bilder aus alten – zwei- und dreidimensional – haben einen sehr eigenen Humor. „Ich gebe zu, daß mich die humoristische Seite oft mehr interessiert als alles andere", sagt er dazu. „Vielleicht kommt das daher, daß die Arbeit als solche mir Spaß bereitet und ich sie gern mache; und es würde mich freuen, wenn auch die Leute Spaß daran hätten." Trotzdem ist Kolář kein leichter Künstler. Er gehört eher zu den optimistischen Pessimisten. Das verrät ein Gedicht, das zu jenem Zyklus gehört, der ihm 1953 Gefängnis einbrachte:

Ich habe wirklich keine Hoffnung mehr
Weiß nicht woher sie nehmen
Und keiner ist der mir sie geben könnte
Und doch möchte ich arbeiten
Schreiben ...

PETER DITTMAR



Collagen der Konstruktion: „Ein verliebtes Holzbrett" (1981) von Jiři Kolář FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Biotechnologie soll gefördert werden

dpa. Nürnberg

Die Biotechnologie bietet nach Ansicht von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber für eine Vielzahl von Problemen auf den Gebieten von Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt und Gesundheit Lösungsansätze. Die Bundesregierung sei daher entschlossen, Forschung und Entwicklung in diesem Bereich verstärkt zu fördern, wie der Minister in Nürnberg bei der Eröffnung der Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte ausführte. Es müßten aber auch die Risiken der Gentechnologie diskutiert werden, und zwar unter ethischen und rechtlichen Gesichtspunkten. Zusammen mit dem Bundesjustizminister habe er eine Sachverständigengruppe eingesetzt, sagte Riesenhuber, die unter Leitung des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, die Fragestellungen bearbeite.

Kinnteile der Sphinx zurück nach Ägypten

dpa. Kairo

Das Britische Museum in London will die zwei fehlenden Teile des Kinns der berühmten Sphinx von Gise in der Form einer Leihgabe an Ägypten zurückgeben. Das teilte der ägyptische Kulturminister mit. Ihm zufolge haben die Verantwortlichen des Londoner Museums, wo sich die Teile seit fast 100 Jahren befinden, eine entsprechende Entscheidung getroffen. Die Teile würden bis Ende November wieder in Ägypten sein.

Grundsteinlegung für neues Schiller-Museum

AP, Weimar

Zum 225. Geburtstag Friedrich Schillers am 10. November wird in Weimar der Grundstein für ein neues Schiller-Museum gelegt. Bei diesem Museum handelt es sich um den ersten Neubau eines Literaturmuseums in der „DDR". Das benachbarte Schiller-Haus, in dem der Dichter von 1802 bis zu seinem Tod 1805 gelebt hat, soll unverändert erhalten bleiben. Neben der Grundsteinlegung gibt es eine Festveranstaltung im Deutschen Nationaltheater (alle drei Teile des „Wallensteins"). Ferner findet vom 7. bis 9. November eine internationale Konferenz unter dem Thema „Schiller im revolutionären Gang der Welt" in Jena statt.

Anglistentag 1984 an der Universität Passau

DW. Passau

Bis zum 26. September findet an der Universität Passau der diesjährige Anglistentag statt, an dem etwa 130 Wissenschaftler der englischen Literatur- und Sprachwissenschaft aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Vertreter der Anglistenverbände aus mehreren europäischen Ländern und Fachkollegen aus England teilnehmen. Das Programm gruppiert sich im sprachwissenschaftlichen Bereich um Fragen des Verhältnisses von Diachronie und Synchronie und im literaturwissenschaftlichen Bereich um die Studien zu den deutsch-englischen Literaturbeziehungen.

Die Zerbrochenen Träume wurden abgebrochen

dpa, Bonn

Die „Zerbrochenen Träume" des Aktionskünstlers HA Schult in einem Kaufhausschaufenster in der Bonner Innenstadt waren am Wochenende vorschnell ausgeträumt. Die Zertrümmerungsaktion des in New York lebenden Künstlers, der einer kompletten Wohnungseinrichtung mit der Axt zu Leibe gerückt war (vgl. WELT v. 21. 9.), mußte wegen des wütenden Zuschauerprotestes abgebrochen werden. Seit Beginn der Aktion, bei der Schult gutbürgerliches Mobiliar im Wert von einigen zehntausend Mark zu Kleinholz geschlagen hatte, habe es – so die Geschäftsführung des Kaufhauses – per Telefon nahezu ununterbrochen geharnischten Protest gegeben.

Friedrich Karl Gotsch †

Wie kaum ein anderer Maler hat Friedrich Karl Gotsch, der im Alter von 84 Jahren in Schleswig starb, den deutschen Expressionismus mit unbeirrbarem Elan bis ins unsere Tage fortgeführt. Der seit langem in St. Peter-Ording lebende Maler war nicht nur ein intuitiver Expressionist des Nordens, der das visuell Wahrgenommene oder innerlich Erschaute in farbglühende Ausdruckshieroglyphen verdichtete, sondern auch ein reflektierender Künstler, der zur Abstraktion neigte. Wesentlichere Impulse als Oskar Kokoschka, bei dem er von 1920 bis 1923 in Dresden studierte, gaben ihm Edvard Munch, der Maler, und Knut Hamsun und Jens Peter Jacobsen, die Dichter des Nordens. Früher Anerkennung als „Kronprinz des Expressionismus" folgten in der Zeit nach 1933 schwere Rückschläge. Noch zu Lebzeiten hat Gotsch mit einer Stiftung den Grundstock für ein eigenes Museum in Schleswig gelegt. H. T. F.

„Schlichter" entfacht den Streit erst richtig

Vorwürfe um Barmbeker Arzt werden zum Politikum

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Ein Expertengutachten sollte den Streit um mindestens 100 Kunstfehlervorwürfe gegen den ehemaligen Chef einer orthopädischen Klinik in Hamburg schlichten. Jetzt hat gerade dieses Papier den Streit weiter geschürt. Mehr als 200 Patienten haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die von der Stadt und von dem Professor im Ruhestand Schadenersatz für schwere gesundheitliche Schäden fordert.

Alle Kunstfehlervorwürfe gehen auf die Zeit zwischen 1963 und 1981 zurück. Damals war Professor Rupprecht Bernbeck Chef der Orthopädie im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek. Es war bekannt, daß der Arzt auch in scheinbar aussichtslosen Fällen von Verletzungen und angeborenen Behinderungen zu helfen versuchte. Professor B. stand auch als Landesarzt für Behinderte über die Pensionierung hinaus in den Diensten der Gesundheitsbehörde. Die Ansprüche von einem halben Dutzend Patienten, die dem Professor schwere Behandlungsfehler vorwarfen und zudem über unzumutbare hygienische Verhältnisse in der Klinik klagten, brachten Anfang des Jahres eine Lawine von Beschwerden ins Rollen, wie sie in Deutschland bisher einmalig war.

Von Kunstfehlern des Arztes ist die Rede, von Versäumnissen der Behörde, die trotz jahrelanger Anfragen und Klagen die bauliche Situation in der Klinik erst nach 1981 verbesserte: Die Staatsanwaltschaft ermittelt, die Schlichtungsstelle der Ärztekammer in Hannover versucht, die Einzelansprüche zu klären und die neue Gesundheitssenatorin Christine Maring (SPD) hat den Professor angezeigt. Alte Krankenakten sind unvollständig oder fehlen ganz.

Zu allem Übel brachte nun das von der Behörde in Auftrag gegebene Gutachten neuen Zündstoff in die Affäre. Vier Fachärzte haben seit Beginn des Jahres Akten gesichtet. Das Ergebnis trug der Sprecher der Kommission, Professor Karl-Friedrich Schlegel aus Essen, vor. Ein Ergebnis, das überraschte: Gibt es nämlich keinen Hinweis darauf, daß in Barmbek während der Dienstzeit von Professor B. nicht nach den Regeln der ärztlichen Kunst operiert und behandelt wurde.

Angesichts der bekanntgewordenen Umstände sorgte diese Feststellung nun auch für scharfe Angriffe gegen die Kommission. Da gibt es nämlich haarsträubende Berichte über die Situation in der Klinik, in der das Hamburger Hygiene-Institut „bakteriologisch gravierende Resultate" feststellte.

Direkt neben dem sogenannten aseptischen Operationssaal sollen Patienten empfangen worden sein. Ein Versuch, mit Desinfektionsmitteln getränkte Tücher der Hygiene wegen auszulegen scheiterte an Sicherheitsbestimmungen.

Ehemalige Patienten schildern bestürzende Einzelheiten aus dem Klinikalltag. Die Patienteninitiative hat jahrelange Krankengeschichten zusammengetragen, die es dem Betrachter schwer machen, den Barmbeker „Krankenhausskandal" nüchtern zu betrachten. Von mehrfachen Operationen ist da die Rede, von mangelhafter Aufklärung und immer wieder von Schmerz und bleibenden Behinderungen. Berichte, nach denen der Umgangston im Hause zuweilen an den Kasernenhof erinnert hat, kann man am ehesten dort im Expertenbericht wiederfinden, wo der Orthopäde als „schwierige Persönlichkeit" geschildert wird.

Wegen begrenzter Akteneinsicht hat die Expertenkommission unterdessen ihre Stellungnahme selbst lediglich als „Trend" gewertet. Die Klärung der derzeit anhängigen 111 Schadenersatzfälle bleibt also weiter offen. Für die Patienten geht es dabei um mehr als ein Schmerzensgeld. Sie wollen eine Unterstützung für ein Leben im Rollstuhl, an Krücken oder teure Nachbehandlungen. Offen bleibt auch die Rolle der Behörde.

Wie emotionsgeladen die Klärung der ganzen Angelegenheit ist, beweisen die Aktivitäten einer Gegeninitiative. Sie wurde von Patienten gegründet, die von dem Orthopäden „nur Gutes erfahren" haben.

Der Vulkan und die Flüchtlinge. Der Mayon bei seinem zweiten Ausbruch. Schulen als Massenquartiere. FOTOS: GARCIA/STUDIO X

Tausende fliehen vor dem tödlichen Atem des Mayon

DW. Manila

Mit einer donnernden Explosion ist gestern früh auf der philippinischen Halbinsel Luzon der Vulkan Mayon zum zweiten Mal innerhalb von 14 Tagen ausgebrochen. Aus dem Krater stieg eine Rauchsäule 15 Kilometer hoch in den Himmel, und über zwei Dutzend Dörfer an den Hängen des Vulkanberges ging ein Ascheregen nieder. Zwei Lavaströme, die sich von dem 2500 Meter hohen Berg herabwälzen, haben 155 Menschen den Weg abgeschnitten.

Dieser zweite Ausbruch wurde von Erdbeben begleitet, die noch in der nordphilippinischen Industriestadt Laog leichte Schäden hervorgerufen haben. Daraufhin wurden gestern 15 Dörfer evakuiert. 45 000 Menschen sind seither ohne Bleibe.

Der Mayon war am 9. September nach längerer Ruhezeit wieder aktiv geworden und hatte 30 000 Menschen in die Flucht getrieben. Eine einwöchige Pause in der Aktivität des Vulkans hatte viele der Geflüchteten zu der Annahme verleitet, das Schlimmste sei vorbei. So kehrten an die 2000 Bewohner in ihre Häuser zurück.

In der Ortschaft Legaspi am Fuß des Vulkans wurden die Einwohner nach dem Bericht des Zivilschutzbeamten von der Explosion im Vulkan aus dem Schlaf geschreckt und in panische Angst versetzt, die durch das Beben noch gesteigert wurde. Das Getöse der Eruption glich der Explosion eines Munitionslagers.

Die jüngste Ausbruchsserie hat, soweit bekannt, bisher nur ein Todesopfer gefordert. In einem Dorf wurde ein gelähmter Bauer am 16. September von heißen Schlammassen überrascht.

Die bisher folgenschwerste Eruption des Vulkans hatte sich 1814 ereignet. Damals kamen 1200 Menschen ums Leben.

Der Mayon gehört zum ostasiatischen Vulkangürtel, der sich von der Sowjetunion über Japan, die Philippinen und Indonesien mehr als 20 000 Kilometer hinzieht.



Hochglanz in Stuttgart

Porsche-Treffen mit 116 000 PS unter den Motorhauben

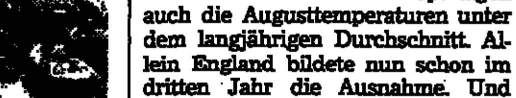
xhk, Stuttgart

Mit einem glänzenden „Parade-Ball" in der Stuttgarter Hanns-Martin-Schleyer-Halle ist gestern abend ein Automobilisten-Ereignis besonderer Art zu Ende gegangen. Zu Ehren des 75jährigen Professors Ferry Porsche trafen sich am Wochenende 606 Eigentümer dieser Nobelmarke mit ihren auf Hochglanz polierten Karossen. 116 000 PS vereinigten sich dabei unter den Hauben. Gesamtwert der aus 16 Nationen herangekarrten Fahrzeuge, darunter sogar aus Übersee: 40 Millionen Mark unter der Einschränkung, daß einige Modelle inzwischen „unbezahlbar" geworden sind. Als Glanzstück erwies sich ein 356er aus dem Jahr 1948 sowie ein Exemplar des seltenen „Abarth-Carrera", von denen 1962 überhaupt nur 55 Stück produziert wurden.

Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), der Ferdinand Porsche in einer Feierstunde den Professorentitel verlieh, empfing die illustren Gäste zusammen mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel im Neuen Schloß. Rommel erklärte unter langanhaltendem Beifall der rasanten Fahrer, nach der geplanten Katalysator-Einführung dürfe vom Tempolimit nicht mehr die Rede sein.

Trotz des nur durchwachsenen Wetters pilgerten Tausende von Fans auf den Platz vor dem Neuen Schloß.

40 Millionen Mark auf einen Blick – oder Porsche, soweit das Auge reicht. 606 Exemplare vor dem Neuen Schloß. FOTO: ULI MICHEL/DPA



Von alten Weibern, Nornen und schönem Wetter

HEINZ PANZRAM, Frankfurt

Der Herbst hat sich eingeführt wie der Sommer sich verabschiedet hat: naß und kalt. Von Altweibersommer keine Spur. In den Alpen fiel nun schon zum zweiten Mal Schnee.

„Sieben Monate Winter und fünf Monate keinen Sommer, das nennen die Deutschen ihr Vaterland", soll Napoleon gesagt haben. Wie recht er wieder einmal hatte. Nur dreimal in den vergangenen hundert Jahren waren Juni und Juli noch unerfreulicher als in diesem Jahr. Gütersloh meldete sogar mit minus zwei Grad am 1. Juli sogar einen Tiefstrekord. Für 90 Prozent des kontinentalen Europa lagen auch die Augusttemperaturen unter dem langjährigen Durchschnitt. Allein England bildete nun schon im dritten Jahr die Ausnahme. Und doch: Für die Meteorologen war der Sommer so schlecht wiederum auch nicht. Zur Überraschung des Laien war er den „Wetterfröschen" zu trokken. Bremen beispielsweise meldete: Regensoll nur zu 73 Prozent erfüllt. Generell aber war es zu kalt.

Leider bildet darin auch der September bisher keine Ausnahme. Statistisch gilt er wegen der häufigen Hochdruckwetterlagen als „Mai des Herbstes." Im Schnitt sind von Hamburg bis München fünf bis sechs Stunden Sonnenschein pro Tag die Regel. Bleibt nur noch die Hoffnung auf den Altweibersommer; freilich schwindet allmählich auch sie. Optimisten klammern sich jetzt an den „goldenen Oktober."

Für den Altweibersommer, üblicherweise die beständigste Schönwetterperiode Mittel- und Südosteuropas, gibt es eine ziemlich banal klingende meteorologische Begründung: Umstellung des großräumigen Wettergeschehens um die Zeit der Tag- und Nachtgleiche von maritimen zu kontinentalen Verhältnissen. Damit gleichen sich die Temperaturunterschiede zwischen Meer und Kontinent aus und finden die „Monsuntendenzen" ein Ende, die den Mitteleuropäern mit den vom Atlantik häufig heranziehenden Tiefdruckgebieten so oft Kummer bereiten.

Der Altweibersommer ist damit eine der kalendermäßig gebundenen Wetterperioden wie die Eisheiligen oder das Weihnachtstauwetter, die eine gewisse Ordnung in das anscheinend so regellose Wettergeschehen unserer Breiten bringen. Aber selbst darauf ist kein Verlaß, wie dieses Jahr zeigt. Doch 1947, nach dem wohl schönsten Sommer dieses Jahrhunderts, wurde die Rekordtemperatur von 35 Grad gemessen.

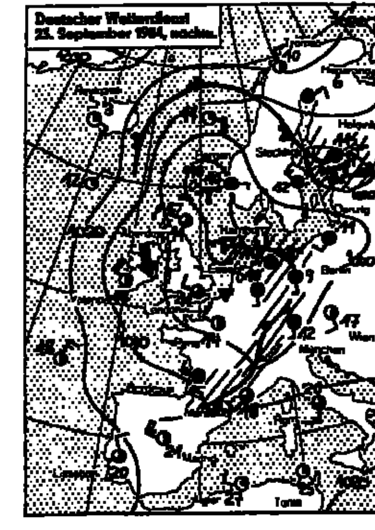
Was aber hat die Schönwetterperiode mit alten Frauen zu tun? Die Bezeichnung ist nicht meteorologischen, sondern mythologischen Ursprungs. In der Herbstsonne glitzern um diese Zeit von winzigen Spinnen gezogene silbrige Fäden. Die Spinnen recken das Hinterteil gen Himmel und schießen feinste Fäden nach oben. Die nur einhundertstel Gramm wiegenden Spinnen treiben dann, an den eigenen Fäden hängend, übers Land, bis sie irgendwo an Ästen oder späten Blumen hängen bleiben. In der altnordischen Mythologie wurden die Fäden mit drei alten Frauen, den Nornen, in Verbindung gebracht. Sie spannen nach den Sagen schon bei der Geburt der Menschen den Schicksalsfaden, der auch das Lebensende bestimmte.

Weniger düster und schicksalsschwer ist die Bezeichnung Marienseide oder Liebfrauenfäden, die in Frankreich für die Spinnenfäden üblich ist. Sie heißen dort auch Fäden der Jungfrau (Files de la Vièrge). Auch in der Schweiz ist der Altweibersommer bekannt, dort als Witwensömmerli bekannt.

Zu Beginn der Laubfärbung setzt im Osten der USA der sogenannte Indianersommer ein. Diese Bezeichnung hat ihre nicht uninteressante Quelle im Wilden Westen. Die weißen Siedler bezeichneten damals als „Indian gift" (englisch: Gabe) ein nicht ehrlich gemeintes Geschenk.

WETTER: Kühl und Regen

Wetterlage: Tiefdruckgebiete über der Nordsee und Südskandinavien lenken weiterhin verhältnismäßig kühle Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:
Im nördlichen und mittleren Deutschland wechselnde, meist starke Bewölkung und Schauerbildung. Temperaturen um 12, nachts bei 7 Grad. Mäßiger, in Böen frischer Wind aus westlichen Richtungen. Im Süden bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen, Temperaturen nur wenig über 10, nachts bei 8 Grad. Mäßiger Wind aus West.

Weitere Aussichten:
Andauer des kühlen Schauerwetters.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	9°	Kairo	31°
Bonn	11°	Kopenh.	11°
Dresden	10°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	13°	Madrid	21°
Hamburg	10°	Mailand	14°
List/Sylt	11°	Mallorca	27°
München	12°	Moskau	17°
Stuttgart	11°	Nizza	19°
Algier	27°	Oslo	11°
Amsterdam	13°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	13°
Barcelona	24°	Rom	20°
Brüssel	13°	Stockholm	12°
Budapest	17°	Tel Aviv	30°
Bukarest	19°	Tunis	25°
Helsinki	11°	Wien	17°
Istanbul	26°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am **Dienstag**: 7.13 Uhr, Untergang: 19.13 Uhr; **Mondaufgang:** 7.13 Uhr, Untergang: 19.44 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Schuß als Antwort auf verbale Unterlegenheit?

Motivsuche im Fall Scholz, dessen Totschlagsverfahren am 14. Januar '85 eröffnet wird / Großer Andrang erwartet

F. DIEDERICHS, Berlin

Ein Mann des Erfolges, im Boxring wie im Geschäftsleben, erschießt nach 23 Jahren Ehe seine Frau. Mutmaßlich jedenfalls. Liegt der Schlüssel zu dieser Tat in der Wirkung des Alkohols, der in einer solchen Menge im Blut des ehemaligen Box-Europameisters Gustav „Bubi" Scholz festgestellt wurde, daß er für Scholz selbst hätte lebensgefährlich werden können?

Oder geben die vagen Erkenntnisse über einen dem Todesschuß vorausgegangenen Streit mit seiner Frau Helga Aufschluß über das mögliche Motiv? Letzteres glaubt zumindest die Berliner Staatsanwaltschaft, die in ihrer Anklage den Boxer des Totschlags und unerlaubten Waffenbesitzes beschuldigt.

Als „sinnlose Motivforschung" bezeichnet dagegen der Berliner Strafverteidiger Manfred Studier die Versuche der Anklage, das Geschehen in der Nacht zum 23. Juli dieses Jahres zu rekonstruieren. Am 14. Januar kommenden Jahres soll im größten Saal des Berliner Kriminalgerichts der „Fall Scholz" verhandelt werden.

Mit 27 Zeugen und neun Sachverständigen will die Anklage den Beweis führen, daß eines der prominentesten Mitglieder der Berliner Schickeria „den Tod seiner Frau zumindest billigend in Kauf genommen hat", als er irgendwann zwischen 20.30 Uhr und 22.45 Uhr auf die Tür der Gästetoilette feuerte. Hinter dieser Tür stand seine Frau.

Zum Alltag von „Bubi" und Helga Scholz hat die Staatsanwaltschaft ermittelt, daß Helga Scholz ihrem Mann verbal überlegen war und zu Beleidigungen neigte – ein Anhaltspunkt, der nach Meinung der Ankläger für einen Streit als tatauslösendes Moment spricht. Ein zweites Indiz ist die Aussage des Hausgärtners, der von einer „angespannten Stimmung" im Hause Scholz am Abend vor der Tat sprach – Wahrnehmungen, die um 20.15 Uhr endeten, als er das Haus verließ.

Zu diesem Zeitpunkt war Helga Scholz gerade auf der Toilette, in der sie später der Schuß traf. Sie verabschiedete den Gärtner, indem sie ihm durch die Tür zurief, sie sei auf dem WC eingeschlafen; das sei ihr noch nie passiert. Der Gärtner will dann in der Küche noch einmal mit dem Hausherrn zusammengetroffen sein. Dort will er ihm eine halbleere Flasche Gin aus der Hand genommen haben – einem Mann, der ihm gegenüber einen ruhigen, sachlichen Eindruck machte.

Eine Aussage, die Fragen aufwirft: Woher nimmt ein Hausangestellter den Mut, seinem Dienstherrn, den er für noch nicht völlig betrunken hält, eine Flasche zu entreißen? Ist dies auch nur eine weitere Ungereimtheit in einer Nacht voller Unklarheiten?

Was danach geschah, sieht die Staatsanwaltschaft so: Die Streitigkeiten hätten sich, unbemerkt von Zeugen, fortgesetzt. Unbemerkt von Zeugen – also nicht beweisbar. Helga Scholz soll sich dann aus Angst in der Toilette eingeschlossen haben – eine Vermutung, die der Verteidiger von Scholz für „nicht zulässig und nicht belegbar" hält.

Stellt sich die Frage, ob es überhaupt eine rationale Erklärung für eine solche Tat geben kann. „Eine völlig sinnlose Handlungskette", sagt Verteidiger Studier, der – für die fragliche Nacht – die Version: Unfall beim Reinigen des Gewehrs vertritt.

Eine entscheidende Rolle im Prozeß wird auch die Beurteilung der Alkoholmenge im Blut des Boxers spielen. Am Tag nach der Tat wurden bei zwei Messungen um die Mittagszeit – mit halbstündigem Abstand – Werte von 1,91 und 1,87 Promille ermittelt. Die Sachverständigen rechneten daraufhin die Promillewerte zum Tatzeitraum zurück: Um 20.30 Uhr etwa 4,37 Promille, um 22.45 Uhr möglicherweise noch 4,04 Promille – Werte, die nach Auffassung der Staatsanwaltschaft zum Tode von Scholz hätten führen müssen.

Die Gutachter halten dies indessen keineswegs für sicher und lassen die Frage offen, ob diese hohen Alkoholmengen nicht schon vor dem Schuß genossen wurden. Ein Nachtrunk sei weder zu beweisen noch auszuschließen. War es vielleicht doch nur eine „grundlose" Rauschtat? Jene, die „Bubi" Scholz persönlich kennen, sind dieser Meinung. Doch auf derartige Einschätzungen pflegen Gerichte keine Rücksicht zu nehmen.

Massenerkranku[ng] Rätselraten hält an

rtr, Mü[nchen]

Über die Ursache der rätsel[haften] Massenerkrankung von 200 Be[schäf]tigten der Bundesbahn-Di[rektion] München erwarten die Beh[örden] heute Aufschluß, wenn das Er[gebnis] der bakteriologischen Untersu[chung] des Kantinenessens vorliegt. Di[e che]mischen Untersuchungen war[en da]gegen ergebnislos geblieben. [Die] Bundesbahner waren seit Donn[erstag] an Durchfall und Erbreche[n er]krankt. Nur einer der Betro[ffenen] mußte vorübergehend ins Kr[anken]haus eingeliefert werden. U[nklar] blieb weiterhin, ob der Tod [eines] 59jährigen Abteilungspräsi[denten] auf die Krankheit zurückzufüh[ren ist.] Ein Sprecher der zuständigen [Behör]de äußerte die Vermutung, d[aß die] Krankheitswelle auf das [Kanti]nenessen von Mittwoch zurück[zufüh]ren ist.

Verschärfung

F. D.

Das Berliner Landgericht h[at die] Bedingungen für die Haftve[rscho]nung des Berliner Architekten [Diet]rich Garski verschärft, gegen d[en die] Staatsanwaltschaft wegen B[etrugs] und Kreditbetrugs ermittelt. G[arskis] Millionenpleite hatte im Jahr [1981] zum Sturz der damaligen SPD[-FDP-]Senatskoalition unter Dietrich [Stob]be beigetragen. Der Architekt, [der ge]gen eine Kaution von 780 000 [Mark] auf freien Fuß gesetzt wurde, [darf] Berlin nicht mehr verlassen un[d muß] sich einmal wöchentlich bei de[r Poli]zei melden.

Fehlprogramm?

dpa, [Berlin]

Unter der Überschrift – „Di[e Ent]täuschung ist vorprogrammiert" [hat] die Stiftung Warentest in ihrer [neue]sten Ausgabe Heimcomputer [unter] die Lupe genommen. Dabei ko[mmen] die Tester zu dem Schluß, daß [Heim]computer zwar „wie verrückt g[ekauft] werden", aber man sie eigentli[ch] nicht brauche. Nur jeder zehn[te Be]fragte habe seinen Computer ge[kauft,] um Programmieren zu lernen.

Respektlose Einbrecher

dpa, Bo[chum]

Ein dreistes Ganovenstück [wurde] aus Bochum-Weitmar bekannt: [Hier] suchten Unbekannte ausgere[chnet] die örtliche Polizeiwache heim. [Als] der Chef der Wache, die in den [Nacht]stunden nicht besetzt ist, gester[n zum] Dienst erschien, bot sich ihm e[in ge]waltiges Tohuwabohu. Als Beu[te wa]ren den Ganoven einige hu[ndert] Mark aus der Gebührenkasse, Sprechfunkgeräte, ein Fotoap[parat] sowie ein „Knöllchen-Block" [in die] Hände gefallen.

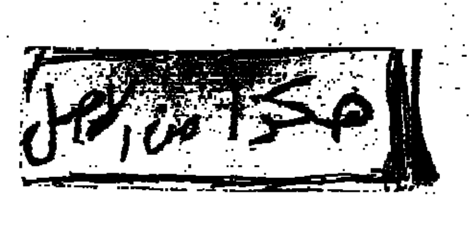
Großbrand aus Wut

dpa, Bergisch-Glad[bach]

Der Großbrand in der Rös[rather] Kunststoff-Fabrik, der in der [Nacht] zum Donnerstag im Oberbergi[schen] Kreis und im Raum Köln eine r[iesige] Giftgaswolke freigesetzt und [für] fast 24 Stunden lang für helle A[ufre]gung gesorgt hatte, ist vorsätzlic[h ge]legt worden. Die Polizei nahm [am] Wochenende einen 40jährigen [Ar]beitslosen fest, der gestanden ha[t, das] Feuer aus Wut und Rache angezü[ndet] zu haben.

ZU GUTER LETZ[T]

„Erwartet Ihr zwei irgendwe[lche] Überraschungen heute?" Frag[te] Sportmoderator Kurt Brumme [im] WDR I vor Beginn des 5. Fuß[ball-]Bundesliga-Spieltages an seine [Stu]diogäste Rolf Rüßmann (Dortm[und]) und Klaus Fischer (Bochum).



Dienstag, 25. September 1984 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 225 - 39.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6.50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 140.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7.50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1.80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Einem jungen „DDR"-Soldaten ist die Flucht nach Hessen gelungen. Er überstieg den Metallgitterzaun und schwamm dann durch die Werra. Unzufriedenheit mit den Zuständen in der „DDR„ war sein Impuls.

Vereint: Die jugoslawischen Behörden haben einer Frau aus der CSSR, der ein Fluchtversuch nach Österreich mißlungen war, die Ausreise gestattet. So kam sie Mann und Sohn nachreisen, deren Fluchtversuch geglückt war.

Ausbürgerung: Um in die USA auswandern zu können, hat ein Bewohner der UdSSR seine Ausbürgerung beantragt. In einem Schreiben an den Obersten Sowjet und das Politbüro begründet er seinen Schritt damit, daß in der Sowjetunion „Banditentum und Terror" herrschten, die beispielsweise auch nach Afghanistan getragen würden.

C-Waffen: Eine Debatte zu dem von ihnen geforderten Verbot von C-Waffen streben die Bonner Koalitionsparteien an. In einem im Bundestag eingebrachten Antrag heißt es, die Sicherheit aller Staaten könne auch ohne chemische Waffen gewährleistet werden.

Atomkraftwerke: Mit 55 gegen 45 Prozent der Stimmen haben die Schweizer in einer Volksabstimmung eine Initiative „für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" zurückgewiesen.(S. 2)

Waffen: London hat dem arabischen Ölemirat Kuwait – dem direkten Nachbarn der gegeneinander Krieg führenden Länder Iran und Irak – die Lieferung modernster Verteidigungswaffen angeboten. Der britische Botschafter Melhish bestätigte entsprechende Verhandlungen. Washington hatte es abgelehnt, Kuwait Stinger-Luftabwehrraketen zu liefern.

Streitpunkt: Die USA bleiben Mitglied der Interparlamentarischen Union (IPU), nachdem Kuwait einen Resolutionsentwurf zum Thema Entkolonialisierung zurückgezogen hat, in dem der Zionismus als Form des Rassismus bezeichnet worden war.

Sparprogramm: Die israelische Regierung hat neue einschneidende Sparmaßnahmen über neue Steuern und Subventionsabbau beschlossen. So wird Brot um 18 Prozent, Margarine um 55 Prozent und Benzin um 30 Prozent teuerer. (S. 12)

Teilzeitarbeit: Unter dem Tenor „wirtschaftliche Rentabilität" soll in China in den nächsten Jahren die Teilzeitarbeit verstärkt ausgebaut werden. Im Pekinger Arbeitsministerium heißt es, diese Maßnahmen verhinderten Verschwendung und ermöglichten flexibleren Arbeitseinsatz.

Heute: EG-Vizepräsident Haferkamp in Peking. – Treffen Kyprianou – Mitterrand.

ZITAT DES TAGES



» Dies ist auf gut schwäbisch eine Riesensauerei, zumal auch andere Behörden so verfahren «

Die Stuttgarter Datenschutz-Beauftragte Ruth Leuze zu in Müll-Containern gefundenen Steuerlisten

FOTO: THOMAS MEYER/AP

WIRTSCHAFT

Aufschwung: Nach der Entwicklung in den USA verstärkt sich jetzt auch der wirtschaftliche Aufschwung in den anderen Industriestaaten. IWF-Direktor Larosiere dazu: Stark verbessert hat sich auch die Zahlungsbilanz-Situation in den hochverschuldeten Entwicklungsländern. (S. 11)

China: Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und China sollen über ein umfassendes Kooperationsabkommen auf eine neue Grundlage gestellt werden. EG-Vizepräsident Haferkamp berät darüber in Peking. (S. 12)

Kaufkraft: Die Lohnentwicklung in Frankreich ist real wieder nach oben gerichtet. Der Preisanstieg hat sich auf 1,6 Prozent abgeschwächt, die Stundenlöhne stiegen um zwei Prozent. Damit wurde Kaufkraftverlust ausgeglichen. (S. 12)

Börse: Zum Wochenbeginn kam es an den Aktienmärkten zu Nervosität und in der Folge zu kursdrückenden Gewinnmitnahmen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 153,0 (154,1). Dollarmittelkurs 3,0210 (3,1624) Mark. Goldpreis pro Feinunze 347,75 (343,50) Dollar.

KULTUR

Karajan: Die über mehere Monate unterbrochene Zusammenarbeit zwischen Herbert von Karajan und dem Berliner Philharmonischen Orchester wird diese Woche mit den Proben zu Bachs h-moll-Messe wieder aufgenommen. (S. 17)

Tradition: Aktuelle Gesellschaftsfragen stehen im Mittelpunkt des XIII. Deutschen Kongresses für Philosophie, der seit gestern in Bonn stattfindet. 500 Philosophen diskutieren über „Tradition und Innovation". (S. 17)

SPORT

Fußball: Franz Beckenbauer, Chef der Nationalmannschaft, will den nach Italien abgewanderten früheren Kaiserslauterer Briegel wieder einsetzen. (S. 8)

Schach: Computer erobern jetzt sogar die Turniersäle. Bei einem Wettkampf mit 430 Spielern in Berlin belegte ein deutscher Computer einen Mittelplatz. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Schwelbrand: Eine Aufführung von Richard Wagners Oper „Rheingold" in der Deutschen Oper Berlin mußte abgebrochen werden, weil im Transformatorenraum des Theaters ein Schwelbrand ausgebrochen war. 1885 Zuschauer mußten nach zweistündiger Wartezeit, ohne daß es Panik gab, nach Hause geschickt werden. (S. 18)

Autobahnnetz: Autofahrer können jetzt auf Autobahnen ohne Unterbrechung von Sizilien nach Dänemark – oder umgekehrt – fahren. Das ist möglich geworden mit der Freigabe des Autobahn-Teilstückes zwischen Skovby und Christiansfeld in Jütland.

Wetter: Zeitweise Regen. Zehn bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan schlägt Austausch auch militärischer Daten vor

Er plädiert für regelmäßige Konsultationen mit Moskau auf Ministerebene

TH. KIELINGER, **Washington**

Weitgehende Vorschläge zur Reduktion der Spannungen in der Welt und zur Verbesserung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses hat gestern US-Präsident Ronald Reagan in einer vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen gehaltenen Rede unterbreitet. Kernpunkt dieser Vorschläge sind regelmäßige Konsultationen zwischen den Regierungen der beiden Supermächte auf Ministerebene und unter Expertengruppen.

Der Präsident erhofft sich, wie er vor dem UNO-Plenum erläuterte, eine Institutionalisierung dieser regelmäßigen bilateralen Treffen schon „bis zum nächsten Frühjahr". Aus der Regelmäßigkeit solcher Kontakte und Begegnungen könnte dann „jener Fortschritt entstehen, der die beste Vorbereitung für Gespräche auch auf der Führungsebene zwischen unseren beiden Regierungen ist", wie Reagan wörtlich sagte. Denn solche Gipfeltreffen, so ergänzte der Präsident mit einer Formulierung, die zum Standardtext seiner Administration gehört, „müssen sorgfältig vorbereitet sein".

Als Beispiele dessen, was etwa auf der Ministerebene zwischen Moskau und Washington besprochen werden könnte, nannte der Präsident unter anderem: Austausch von Fünfjahresplänen in der Rüstung, wobei man sich gegenseitig über Waffenmodernisierung und -beschaffung informieren würde. Gegenseitige Besuche auf den Atomteststätten, so daß die Daten von Atomwaffenzündungen geprüft und eingesehen werden könnten. „Beide Länder könnten sich auf diese Weise die Grundlage legen zur Verifikation gültiger Grenzen von atomaren Untergrundtests", meinte der Präsident.

SEITE 3:
Reagan und Gromyko

Sowjetisch-amerikanische Expertengruppen möchte Reagan eingesetzt sehen zum Zwecke der Beherrschung und Eindämmung regionaler Konflikte in der Welt. Das angestrebte Ziel soll ein dreifaches sein: Fehlkalkulationen zu vermeiden, die Risiken sowjetisch-amerikanischer Konfrontation zu vermindern und den Menschen in Konfliktregionen dabei zu helfen, friedliche Lösungen zu finden.

Reagan prägte im Zusammenhang dieser Ausführungen einen für das Verständnis seiner Außenpolitik zentralen Satz: „Einflußspähren", so sagte der Präsident, „gehören der Vergangenheit an. Unterschiede des amerikanischen und sowjetischen Interesses aber nicht." Doch auch diese unterschiedlichen Interessen ließen sich durch Dialog mit der andernen Seite ausgleichen. Als Schlüssel zum Verständnis seiner äußerst konzilianten Rede bot der Präsident seinen Zuhörern an: „Amerika hat seine Stärke wiederhergestellt. Wir haben unsere Bündnisse und Freundschaften wiederbelebt. Wir sind bereit zu konstruktiven Verhandlungen mit der Sowjetunion."

Reagan bedauerte es vor allem, daß die von Moskau vorgeschlagenen Wiener Gespräche nicht wie geplant stattgefunden hätten. Amerika stünde weiterhin bereit, dieses Kapitel der Rü-

■ **Fortsetzung Seite 10**

Seit 1967 für die Sowjets spioniert?

Abteilungsleiter von MBB unter dringendem Verdacht verhaftet / Einblick in Tornado-Pläne

MANFRED SCHELL, **Bonn**

In der Führungsebene des Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) ist ein schwerwiegender Spionagefall aufgedeckt worden: Der für die technische Entwicklung und Planung zuständige Abteilungsleiter Manfred Rotsch (60) ist unter dem dringenden Verdacht der Spionage für den sowjetischen Geheimdienst (KGB) verhaftet worden. Er hat inzwischen ein Teilgeständnis abgelegt. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, daß Rotsch – er kam 1954 aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland – bereits seit 1967 für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet hat. In der MBB-Zentrale in Ottobrunn bei München hatte er Zugang zur gesamten Planung des Tornado-Programms und anderer militärtechnologischer Großprojekte.

Der unter dringendem Spionageverdacht stehende Mann war bereits am vergangenen Donnerstag verhaftet worden. Die Sicherheitsbehörden haben seitdem eine Nachrichtensperre praktiziert, um das „Umfeld" von Rotsch abzuklären. Inzwischen heißt es, er sei ein „Einzeltäter" gewesen. Gegen diese Version spricht, daß noch mehrere Personen involviert sind. Die Aufdeckung des Falles ist vornehmlich ein Erfolg der Spionageabwehr im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Der Verhaftete hat in der „DDR" studiert. Gestern war offen, ob er als „Flüchtling" oder als „legaler Übersiedler" getarnt in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden ist. Seit Mitte der sechziger Jahre soll er bei MBB gearbeitet haben, von 1975 an dann in leitender Stellung. Zuletzt war er Leiter der Planungsabteilung. Als stellvertretender Hauptabteilungsleiter hatte er zugleich Einblick in die breite Palette der technischen Entwicklung insgesamt.

Dazu gehörte nicht nur das Milliardenprogramm über das hochmoderne Kampfflugzeug Tornado, sondern auch weitere militärische Gemeinschaftsprojekte mit NATO-Verbündeten. Die polizeilichen Ermittlungen führt jetzt das Bundeskriminalamt. Wie es heißt, gesteht Rotsch „scheibchenweise". Die Motive, die ihn veranlaßt haben, für das KGB zu arbeiten, sind noch nicht vollends klar. Doch gilt als sicher, daß Geldzahlungen eine „große Rolle" gespielt haben.

Bei den Sicherheitsbehörden wurde von einem „sehr bewegenden, sehr gravierenden Spionagefall" gesprochen. Es müsse davon ausgegangen werden, daß Rotsch nicht nur Tornado-Unterlagen, sondern auch unzählige andere Geheimpapiere der Sowjetunion zugespielt habe. Bei den NATO-Staaten, die davon betroffen sein könnten, habe die Nachricht von der Verhaftung erhebliche Unruhe ausgelöst. Dies gelte vor allem für den amerikanischen Geheimdienst CIA, aber auch für britische und französische Behörden.

Die Frage, warum Rotsch, der aus der „DDR" komme, für das KGB und nicht für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin gearbeitet habe, wurde von zuständiger Seite dahingehend beantwortet, daß seit geraumer Zeit in der wissenschaftlich-technischen Spionage eine gewisse „dominierende Rolle" der Sowjetunion registriert worden sei.

Proteste gegen Auslieferung von ETA-Separatisten

DW. **Madrid/Paris**

Gegen die Entscheidung der französischen Regierung, erstmals drei mutmaßliche Angehörige der baskischen Separatisten-Organisation ETA-Militar an Spanien auszuliefern und weitere vier spanische Basken nach Togo abzuschieben, ist es in der Nacht zu Montag im spanischen Baskenland zu gewalttätigen Demonstrationen gekommen. Im französischen Baskenland wurden zwei Züge der Strecke Paris–Madrid blockiert. Der Staatsrat als höchste Berufungsinstanz Frankreichs will bis morgen über eine Eingabe der Anwälte der drei Basken entscheiden, die Auslieferung rückgängig zu machen.

In San Sebastian, Bilbao und anderen spanischen Städten setzten Demonstranten Omnibusse in Brand, errichteten Straßensperren und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei.

Kohl: Keine Änderung der Bonner Politik

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die jüngsten deutschlandpolitischen Äußerungen des Ministers für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, zum Anlaß genommen, um auf die Verbindlichkeit seiner Regierungserklärung hinzuweisen. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff sagte gestern, für die Bundesregierung gebe es im Verhältnis zur „DDR" in Grundsatzfragen – wie der Staatsangehörigkeit – keine neuen Gesichtspunkte.

In Regierungskreisen war zuvor Verärgerung über die Äußerungen Windelens laut geworden. Der Minister hatte in einem Interview des „Spiegel" Bereitschaft signalisiert, über die sogenannten Geraer Forderungen von SED-Chef Honecker, darunter die nach Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft, zu sprechen.

Strauß öffentlich auf Distanz zu Minister Kiechle

DW. **Bonn**

Die distanzierte Haltung, die der CSU-Vorsitzende Strauß gegenüber Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle (ebenfalls CSU) einnimmt, ist gestern öffentlich zum Ausdruck gekommen: Strauß sagte im Deutschlandfunk, seine Partei habe bei der Regierungsbildung in Bonn nicht die Übernahme des Landwirtschaftsressorts beansprucht. Die Entscheidung zugunsten Kiechles sei vom Bundeskanzler getroffen worden. Er, Strauß, hätte damals allenfalls daran gedacht, daß die CSU in diesem Ministerium den Parlamentarischen Staatssekretär stellen würde.

Strauß erneuerte seine Kritik am agrarpolitischen Kurs Bonns. Schäden, die „auf Betreiben des Bundes" bei der EG angerichtet worden seien, könnten nicht vom bayerischen Steuerzahler ausgeglichen werden.

Seite 2: Kiechle im Regen

Rüge für „Schlamperei" mit Steuerlisten

xhk/DW. **Stuttgart**

Die Stuttgarter Steuerakten-Affäre hat gravierende Datenschutzmängel offengelegt. Oberfinanzpräsident Helmut Stuber räumte gestern ein, im Zusammenhang mit den aus dem Finanzamt Stuttgart II verschwundenen und beim Magazin „Stern" aufgetauchten Steuerlisten von 10 000 Bürgern seien „Schlampereien" nicht auszuschließen.

Noch deutlicher wurde die baden-württembergische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Ruth Leuze: Sie sprach eine formelle Rüge aus und kritisierte, daß keinerlei eindeutige Vorschriften über den Umgang mit „sensiblen Daten" bestünden. Es gebe zwar eine Hausverfügung, wonach Mitarbeiter sensible Unterlagen „nur zerkleinert" in den Papierkorb werfen sollten.

„Wie ungenügend die Anordnung ist, zeigte sich aber bei einem Kontrollbesuch meiner Mitarbeiter", berichtete Frau Leuze. Den Beamten seien beim Öffnen eines Containers „auf Anhieb unzerrissene Blätter" von Anträgen auf Lohnsteuer-Jahresausgleich in die Hände gefallen. Das Finanzamt Stuttgart II hat nach Angaben von Frau Leuze „die erforderlichen Datenschutzmaßnahmen nicht getroffen". Aufgrund der von ihrer Institution festgestellten „erheblichen Mängel" sei es durchaus möglich, daß die Listen in einem offenen Müllcontainer gefunden worden seien.

Aus einem Vorabdruck des „Stern" geht hervor, daß zu den angeblich in einem Müllcontainer gefundenen Unterlagen Steuerdetails von Oberbürgermeister Manfred Rommel, General-Bundesanwalt Kurt Rebmann, Fußballspieler Hansi Müller und des früheren IG-Druck-Vorsitzenden Leonhard Mahlein gehören. Rommel erklärte der WELT, er sehe der Veröffentlichung „mit Fassung" entgegen, da seine Amtsbezüge ohnehin kein Geheimnis seien. Generell nehme er die Affäre aber „sehr ernst". Er sei sicher, daß die Finanzämter der Stadt Konsequenzen ziehen würden.

Die Frage, auf welchem Weg der „Stern" konkret in den Besitz der Computerlisten gekommen ist, war gestern noch nicht beantwortet. Die eingeschaltete Staatsanwaltschaft Stuttgart erklärte: „Wir ermitteln gegen Unbekannt wegen Diebstahls und Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz." Nach Darstellung des Magazins hat ein Unternehmer das brisante, fünf Kilogramm schwere Paket abgeliefert. Der Mann wiederum soll die Papiere von einem „Unbekannten" erhalten haben, der sie aus einem nicht verschlossenen Container des Stuttgarter Finanzamtes II geholt haben will. Vom Stuttgarter Finanzministerium wurde das ganze als „dubioser Vorgang" bezeichnet. Und Regierungsdirektor Reiser von der Stuttgarter Oberfinanzdirektion sagte, er halte die Version des „Stern" für „unglaubwürdig". Es gebe bereits „Vermutungen", denen zur Zeit nachgegangen werde.

DER KOMMENTAR

Adressat Gromyko

Von HERBERT KREMP

Bei einer flüchtigen Lektüre der Rede könnte man den Eindruck gewinnen, Reagan habe nicht nur eine einzelne Taube, sondern einen ganzen Taubenschwarm gen Moskau gesandt. Die Oberfläche glänzt mild, der Ton klingt versönlich. Polen wird nicht erwähnt. In Afghanistan setzt sich der Präsident für eine „politische Lösung" ein. Die zahlreichen regionalen Konflikte, die den Redner stark beunruhigen, *werden in die Düsternis* menschlicher Tragödien getaucht, nicht in den Scheinwerferstrahl der Schuld. Reagan schlägt den Sowjets regelmäßige Ministertreffen und den Austausch der Fünf-Jahres-Pläne in der Rüstung vor. Schließlich beendet er seine Rede mit visionären Zitaten von Gandhi und Ignatius von Loyola.

Nun weiß der Präsident natürlich genau, wo und zu wem er redet. In den Vereinten Nationen befinden sich die westlichen Länder in der Minderheit. Und unter der Mehrheit der anderen ragt ein Mann hervor, auf den die ganze Rede zielt: Andrej Gromyko. Der hört nicht flüchtig zu, sondern analysiert die Rede des Präsidenten Satz für Satz. Was ihn dabei mit Sicherheit beeindruckt, sind drei Aussagen Reagans, die in Watte verpackten harten Diamanten gleichen: 1. „Amerika hat seine Stärke wiedergewonnen. Wir haben unsere Bündnisse und Freundschaften gekräftigt. Wir sind zu konstruktiven Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit." 2. *Die Sorgen-Punkte* beider Seiten, nämlich das Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Waffen sowie die Militarisierung des Weltraums, sollten Verhandlungsgegenstände sein. 3. In Zentralamerika ist eine Wende eingetreten. Die gegen demokratische Erneuerung gerichteten Kräfte sind in die Defensive geraten. „Die Gezeiten *weisen* in die Richtung der Freiheit."

Diese drei Punkte muß Gromyko als Substanzen der künftigen amerikanischen Politik – der zweiten Regierungsperiode Reagans – zur Kenntnis nehmen. Der Hinweis auf den Vorrang der regionalen Krisen bedeutet in diesem Zusammenhang, daß Washington eine Einteilung der Erde in Einflußzonen ablehnt. Es gibt keine Teilung der Welt, es gibt kein Zurück zur sowjetischen Auslegung Jaltas, weil *eine solche* Komplizenschaft gegen „peace and dignity", gegen den Frieden und die Menschenwürde verstoßen müßte. Es wird für Gromyko nicht leicht sein, Reagan am Donnerstag zu antworten; denn als erfahrener Machtpolitiker wird er hinter dem zuvorkommenden Sprachgestus des Präsidenten das Selbstbewußtsein und die Unbeugsamkeit erkennen, die Amerikas Politik im vierten Jahr der Reagan-Ära kennzeichnen.

Nach Attentaten: Sofia verschärft Sicherheitsregeln

DW. **Wien**

Über die Serie von Bombenanschlägen, die in den vergangenen Wochen in Bulgarien verübt worden sein sollen, sind aus bulgarischen Emigrantenkreisen in Wien weitere Einzelheiten bekannt geworden. Danach sollen bei einem Anschlag am 30. August auf dem Bahnhof von Plowdiw fünf Menschen getötet und bis zu 50 verletzt worden sein. Die Wiener Gruppe mit dem Namen „Sozialistische Partei im Exil" berichtete, die Anschläge seien als Gegendemonstrationen zu den offiziellen Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestages der kommunistischen Machtübernahme am 9. September zu werten (WELT vom 21. und 22. September).

Unter Berufung auf einen Brief und aus Bulgarien heimgekehrte Reisende sprach die Gruppe auch von weiteren Anschlägen in Gabrowo und Burgas sowie von einem Banküberfall in Tolbuchin. In Berichten von Diplomaten war zuvor bereits von Bombenanschlägen in Warna, Ruse und Targowischte die Rede.

Die amtliche bulgarische Nachrichtenagentur BTA hatte zwar in einem Fernschreiben an Associated Press (AP) eine Explosion auf dem Bahnhof Plowdiw eingeräumt, aber nur von mehreren Verletzten gesprochen und die Explosion als „Vorfall von gewöhnlichem kriminellen Charakter" bezeichnet. In Bulgarien wurden aber nach den Anschlägen die Sicherheitsvorkehrungen für Banken, Bahnhöfe, Fughäfen und andere öffentliche Gebäude verstärkt.

Terroristen nutzten Wagen der Botschaft

lim. **Bonn**

Die Untersuchung über den Ablauf des Terroranschlags auf die Außenstelle der US-Botschaft in Beirut hat eine Sicherheitslücke aufgedeckt, die den Anschlag offenbar erst ermöglicht hat. Im Zusammenhang mit dem kurz zuvor abgeschlossenen Umzug der Botschaft von West- nach Ost-Beirut waren noch nicht alle vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Als besonders gravierend erwies sich, wie die WELT aus Beirut erfuhr, *daß der Fuhrpark der Botschaft noch* nicht erneuert und für das Wachpersonal kenntlich gemacht worden war. Dieses Detail jedoch war entscheidend. Denn der Kleinlaster, der mit drei Zentnern Sprengstoff im Hof vor dem Gebäude explodierte, gehörte zum Fuhrpark der Mission und führte ein diplomatisches Kennzeichen. Er war vor mehreren Wochen in West-Beirut gestohlen worden. So konnte er ungehindert die ersten Kontrollposten passieren.

Nur der schnellen Reaktion der beiden Wachen der „Forces Libanaises" (christliche Milizen) ist es zuzuschreiben, daß der Anschlag nicht die gleiche katastrophale Folge wie der Anschlag im Oktober vorigen *Jahres nach sich zog. Die beiden* Wachen eröffneten sofort das Feuer, nachdem der Fahrer auf Anruf Anstalten machte, Gas zu geben. Das State Department hat dafür dem Chef der „Forces Libanaises" seine Anerkennung ausgesprochen. Ohne die rasche Handlung der zwei Milizsoldaten wäre der Laster bis in die Halle des Gebäudes gefahren und dort explodiert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kiechle im Regen

Von Manfred Schell

Ignaz Kiechle steht vor der Alternative, entweder für seine Agrarpolitik öffentlich zu kämpfen oder aber sein Amt aufzugeben. Den Protest der unzufriedenen Bauern kann ein standhafter Minister immer aushalten, zumal da er ja durchaus gute Argumente für die Begrenzung der Agrar-Überschüsse in Europa vorzubringen hat. Aber dann braucht er die Unterstützung zumindest der eigenen Partei, der CSU.

Die hat er jedoch nicht mehr. Ja, es gibt nicht einmal mehr ein Mindestmaß an Solidarität beim Parteivorsitzenden Strauß. Das Bild vom Bauerntag in München am Wochenende war bezeichnend: Strauß wird als „Retter" der Bauern gefeiert und fordert weitere Hilfen für die Landwirtschaft über das bereits beschlossene – und ordnungspolitisch umstrittene – Zwanzig-Milliarden Programm hinaus. Die Frage, aus welchem Topf die zusätzliche Finanzspritze kommen soll, bleibt der Einfachheit halber unbeantwortet.

Bauernpräsident von Heeremann hat Strauß ausdrücklich gedankt. Nun ist der Bauernpräsident auch noch CDU-Bundestagsabgeordneter; über sein Engagement innerhalb der Fraktion freilich ist wenig bekannt geworden. Kiechle, der in der Disziplin des Bonner Kabinetts steht, der argumentieren will und um Geduld bittet, ist in München ausgepfiffen worden. Strauß hat ihn nicht in Schutz genommen; offenkundig will er den Rücktritt des Ministers.

Im Gegenteil, man hört von Strauß, Kiechle dürfe dem „Minister-Kontingent" der CSU nicht angerechnet werden, weil ihn Helmut Kohl ausgesucht habe. Hier sind also Absetzbewegungen im Gange. Die CSU fürchtet, daß Kiechles Politik ihr Einbrüche in traditionelle Wählerschichten bringen könnte. Das ist kein unerlaubtes Argument, nur: Milliardenprobleme kann man nicht auf Bierwiesen lösen. Nun taucht die interessante Frage auf, ob gar beabsichtigt sei, über den Rücktritt des Agrarministers die Karten in Bonn überhaupt neu zu mischen. Warum nicht? Nur: Wer immer da aus Bayern nach Bonn strebt, muß wissen, daß er die Antworten am Kabinettstisch geben muß. Insbesondere dann, falls der Betreffende selber Erfahrung als Finanzminister haben sollte.

Schweizer Realitätssinn

Von Peter Gillies

Mit ihrer Volksabstimmung über die Energiepolitik haben die Schweizer einen Beweis für etwas geliefert, dessen es eigentlich nicht bedurft hätte: für ihren Realitätssinn. Vor allem die Deutschschweiz erteilte den hysterischen Antikernkraftlern eine Abfuhr. Das Alpenland hält sich damit die Option für einen Energie-Mix offen, der Ökonomie und Ökologie unter einen Hut zu bringen vermag. Jede Primärenergie – von der Wasser- bis zur Kernkraft – hat darin Platz.

Wäre die Volksabstimmung über die Atominitiative anders ausgegangen, hätten sich die Eidgenossen von einer sauberen, wirtschaftlichen und waldfreundlichen Energiequelle abgekoppelt, aus der sie schon heute ein gutes Viertel ihres Stroms beziehen. Fünf Kernkraftwerke sind in Betrieb. Auch die Ablehnung der Energie-Initiative spricht für den Realitätssinn eines hochindustrialisierten Landes, erhält sie doch der Regierung die Möglichkeit, das Energiesparen voranzutreiben, ohne einseitige Abhängigkeiten zu riskieren.

Wie überall, so erlischt auch in der Schweiz die Strahlkraft antiindustrieller Symbole, die sich in Namen wie Zwentendorf (Österreich), Brokdorf (Deutschland) oder Kaiseraugst (Schweiz) verkörperten (wenngleich bei letzterem noch viel Überzeugsarbeit nötig sein wird, den Widerstand der Region Basel zu überwinden). Frankreich hatte es im Gegensatz zu seinen Nachbarn verstanden, eine Hysterie erst gar nicht aufbrechen zu lassen. Daß die Franzosen, wie hierzulande beklagt wird, vom Gespenst des Waldsterbens nicht so leicht zu erschrecken sind und den deutschen Alleingang beim abgasarmen Auto scharf kritisieren, mag auch mit ihrer Kernkraftpolitik zusammenhängen.

Die Apokalypsen nutzen sich in Westeuropa ab, sie beeindrucken lediglich durch Kurzatmigkeit. Kernkraft- und Raketenangst sind abgeschwollen und heute durch Dioxin, Buschhaus, Formaldehyd und die allgemeine Erkenntnis abgelöst, daß das Leben lebensgefährlich ist. Vielleicht schafft jeder dieser schnell verglühenden Kometen etwas Bewußtsein – aber auch Bewußtsein in dem Sinne, daß Ökonomie und Ökologie versöhnt werden können. Die Schweizer Volksabstimmung ist ein Schritt auf diesem Wege.

Nicaraguas Jein

Von Günter Friedländer

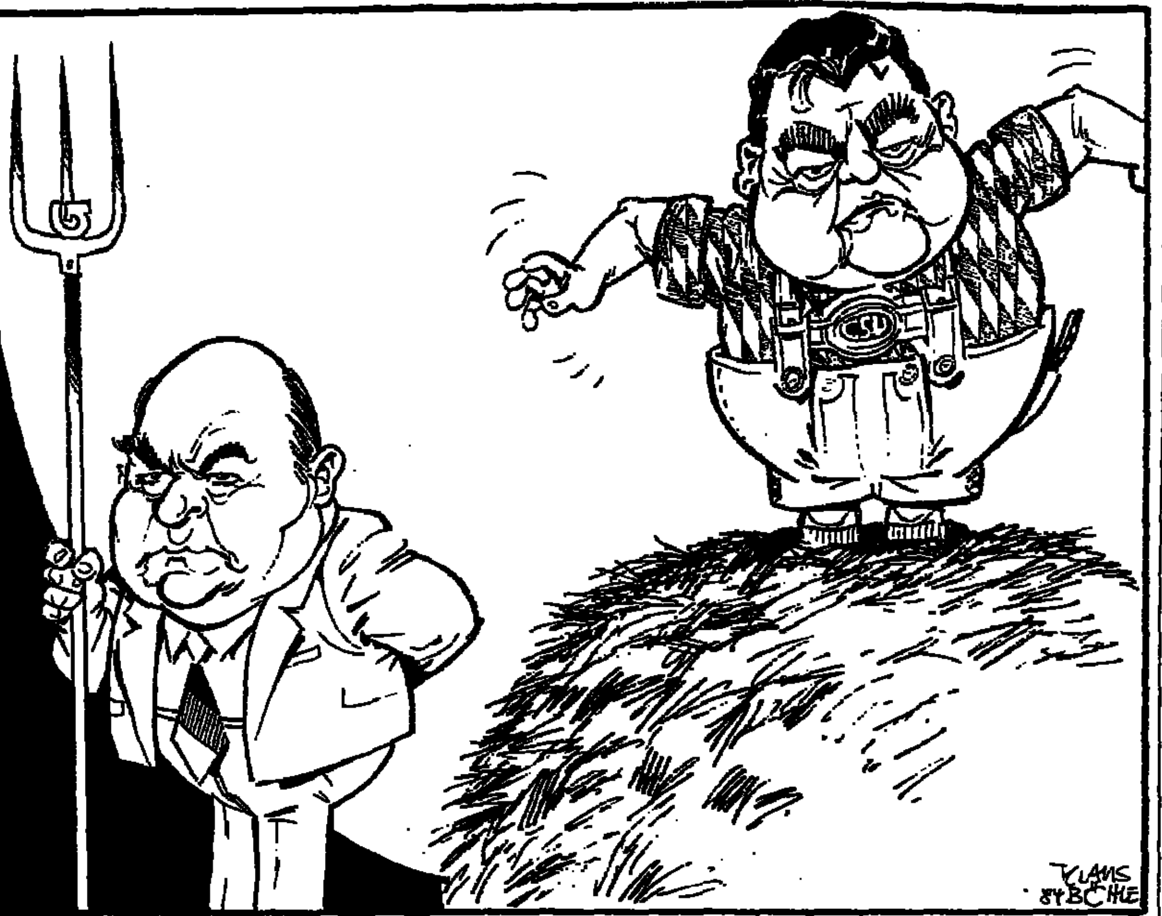
Nicaraguas sandinistische Junta veranstaltet eine Übung der Widersprüche. Einerseits erklärt sie sich bereit, den letzten Friedensplan der Contadora-Gruppe zu unterzeichnen, der nach Mitteilung eingeweihter Kreise – der Plan wurde noch nicht veröffentlicht – die Amnestie der gesamten Opposition und freie Wahlen unter neutraler, unabhängiger Aufsicht vorsieht. Zur gleichen Zeit erklärte aber Daniel Ortega, der Vorsitzende der Junta und Präsidentschaftskandidat, daß weiterhin der 4. November als Wahltag unabänderlich feststehe.

Das paßt nicht zusammen. Die Einschreibungen für die Wahlen sind bereits abgeschlossen, und der oppositionelle Führer Arturo José Cruz, der selber einmal Mitglied der Junta war, konnte seine Kandidatur nicht einschreiben. Die Gruppen, die Cruz unterstützen, sind für illegal erklärt worden.

Was die Sandinistas im Sinn haben, ist nicht eine demokratische Wahl, die sie verächtlich als „bürgerlich" bezeichnen, sondern eine Abstimmung der Ja-Sager im kommunistischen Stil. Das amerikanische Fernsehen, in dem die Sandinisten oft Freunde finden, zeigte soeben typische Szenen aus Nicaragua: Wo Cruz erscheint, begleiten ihn tausende Sandinisten, die Macheten schwingen und im Chor „Cruz muß sterben" singen – und keinen Zweifel daran lassen, daß sie das auch meinen.

Es ist eindeutig, daß die nur Tage vor der Eröffnung der Generalversammlung der UNO ausgesprochene angebliche Bereitschaft zum Friedensvertrag dem Juntaführer Ortega einen guten Empfang in New York sichern soll, wohin er reisen wird. Ein Sprecher des State Department nannte sie Heuchelei.

Die Doppelzüngigkeit der Sandinisten ist unannehmbar. Belisario Betancur hat den Nicaraguanern in unzweideutiger Weise gesagt, daß Cruz an den Wahlen teilnehmen muß. Man muß ein neues Datum finden, um die Wahlen unter neutraler Aufsicht zu organisieren. Freie Wahlen sind ein Eckpfeiler jedes Friedensabkommens mit der Junta. Nur eine vom nicaraguanischen Volk gewählte Regierung kann internationales Vertrauen darauf erwarten, daß sie ihre Bürger und ihre Nachbarn in Frieden läßt.



Kräht der Strauß auf dem Mist, ändert sich der Kiechle, oder er bleibt, wie er ist KLAUS BÖHLE

Kirchliche Aussperrung

Von Enno v. Loewenstern

Es ist schon ein erschreckender Vorgang, daß den Evangelikalen für ihre Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Barmer Erklärung die Wuppertaler Kirche verweigert wurde, in der die Barmer Synode 1934 tagte. Christen, deren Gläubigkeit auch von ihren schärfsten Gegnern nie angezweifelt wurde, dürfen eine Kirche nicht betreten – in einem Land, wo evangelische Kirchen sich widerstandslos und widerspruchslos von Demokratiefeinden „besetzen" lassen. Mit Methoden, die nur zu sehr jenen ähneln, gegen die sich die Barmer Synode 1934 wandte.

Der Präsident des Theologischen Konvents der Evangelikalen, Professor Peter Beyerhaus (Tübingen), nannte den Vorfall denn auch „symbolhaft für den Beginn des zweiten Kirchenkampfes" in der EKD. Aber was heißt hier Kirchenkampf? Darunter versteht man gemeinhin den Kampf des Staates gegen die Kirche, das also, womit sich die Barmer Erklärung 1934 auseinandersetzte.

Selbst der Begriff Schisma geht schwer über die Zunge – hier handelt es sich nicht um einen Dogmenkampf. In theologischen Fragen gibt es zwischen der offiziellen EKD-Meinung und den Evangelikalen kaum eine Differenz. Was wir haben, ist ein Kampf gläubiger Christen gegen eine Verweltlichung und Vermarktplatzung der Kirche. Theologische Fragen kommen wenn, dann quasi in zweiter Linie ins Bild. Etwa, wenn wir aus England hören, daß der Bischof von Durham für die gewalttätige Scargill-Gewerkschaft Partei nimmt und sich nicht entblödet, ausländerfeindliche Töne anzuschlagen – gegen einen Klassenfeind freilich, den Chef der Kohlebehörde MacGregor, den er einen „importierten ältlichen Amerikaner" schimpfte. Derselbe Bischof Jenkins hat zuvor erklärt, es gebe keine historischen Anhaltspunkte für die jungfräuliche Geburt und die leibliche Auferstehung Jesu. Das ist allerdings bekannt, wie auch einem Christen bekannt sein sollte, daß das Wesen der Religion eben nicht logischer Beweisschluß ist, sondern Glaube – „selig sind, die nicht sehen und doch glauben", sagte Jesus zu dem Apostel Thomas. Ist es ein Zufall, wenn Vulgarisierung des Glaubens einhergeht mit Vulgarisierung des Umgangs?

Bei alledem klingt es natürlich zunächst schockierend, wenn Beyerhaus meint: „Die Evangelische Kirche erlebt heute einen gefährlicheren geistlichen Notstand als zur Zeit des Dritten Reiches", und: sie sei „durch das Eindringen evangeliumswidriger Ideologien wie Neomarxismus, historische Bibelkritik und 'Theologien' der Befreiung und des Feminismus in einen Bekenntnisnotstand geraten, der sich auch im Abbröckeln der Volkskirche äußert." Aber Beyerhaus erkennt ja gerade an, daß die Kirche nicht verfolgt wird. Er spricht von einem „geistlichen" Notstand. Da fühlen sich manche an eine Stimmungslage erinnert, die man überspitzt als Khomeini-Syndrom bezeichnen könnte: die Klage über den „großen Satan USA", der schimmer sei als die Sowjetunion; leiser und feinsinniger wird es in manchen Sakristeien und sogar vatikanischen Amtsstuben angedeutet: in Not und Unfreiheit finden die Menschen zu Gott, in den Ablenkungen der Konsumgesellschaft gucken sie lieber Video.

Wenn es nur das wäre! In mehr als anderthalb Jahrtausenden hat die Kirche volle und leere Zeiten erlebt. Wenn aber das Salz dumm wird, wenn Gottesdiener selber meinen, daß der Prophet zum Berge gehen muß, wenn der Berg nicht kommt – wenn mit scheinbar harmlosen Jazzgottesdiensten um der Kundschaft willen anfängt, was mit Feldgottesdiensten für Gewaltdemonstranten noch längst kein Ende gefunden hat – dann stellt sich nicht zuletzt eine Frage, der die Kirche noch nie in ihrer Geschichte begegnet ist: wie, wenn geistlicher Nachwuchs nicht ins Amt strebte, um das Gotteswort zu verkünden, sondern weil man diskutierfreudig ist und einen Beruf sucht, der ein Selbstdarstellungsforum für Kleinpolitiker bietet?



Geistlicher Notstand: Feldgottesdienst für Atomgegner FOTO: SVEN SIMON

Die Kirche behandelt ihre Nachwuchsfrage eher statistisch. Sie freut sich, wenn mehr Leute Theologie studieren, sie bedauert es, wenn die Zahl nachläßt. Aber was sind das für Theologen, wer sucht sie aus? Da gibt es seltsame Gremien mit seltsamen Ergebnissen. Der geistliche Notstand ist keine Frage der Zahlen und Zahlungen, sondern des Herzens. Darauf spielt Bischof Wölber anläßlich jener Untersuchung „Wie stabil ist die Kirche" (WELT vom 13. September) an: „Wie sich aber jetzt zeigt, muß man doch mit einem allmählichen Ende der Volkskirche rechnen, wenn es nicht zu einer allgemeinen geistlichen Wende kommt."

Wölber wünscht sich eine Untersuchung, die nicht an „Soziographie und Sozialdemoskopie einer Institution" orientiert ist, sondern „an unverwechselbaren Inhalten der Kirche wie dem Stand des biblischen Wissens, der Einschätzung des Gebets, dem Verständnis der Natur als Schöpfung usw." In der Tat, die Zahl der Kirchensteuerzahler ist nur ein Indiz, aber es ist ein Indiz, wenn die Kirche 1,52 Millionen Austritte und weitere 4,6 Millionen meldet, „die sozusagen einen Fuß bereits aus der Kirche herausgesetzt haben".

Damals, als tapfere Gläubige ihre Barmer Erklärung abgaben, richtete sie sich gegen eine opportunistische Abspaltung, mit der die Amtskirche leicht fertiggeworden wäre, hätten die „Deutschen Christen" nicht die gottlose Staatsgewalt hinter sich gehabt. Heute gibt es keine solche Staatsgewalt, heute gibt es eine Mediengewalt – oder eine Medienverlockung. Die aber erweist sich in der Tat für die Kirche als der bisher gefährlichste geistliche Notstand. Er wird überwunden werden; der Ewige scheitert weder an Scargill noch an Bultmann noch an Frau Sölle. Was freilich nichts an der Pflicht der Bekenner ändert, dies auszusprechen und um die geistliche Wende zu ringen.

IM GESPRÄCH Tsochatzopoulos

Kronprinz im Test

Von Evangelos Antonaros

In den zehn Jahren seit seiner Parteigründung im September 1974 und den drei Jahren seit dem Wahltriumph im Oktober 1981 hatte es Andreas Papandreou sorgfältigst vermieden, einen Genossen besonders zu begünstigen. Mit der kleinen Regierungsumbildung vom Wochenende scheint Athens Regierungschef mit dieser Taktik gebrochen zu haben: Akis Tsochatzopoulos, Exekutivbüro-Mitglied und Minister für öffentliche Arbeiten, soll im Laufe dieser Woche das neugeschaffene Amt eines Ministers beim Ministerpräsidenten übernehmen. Dadurch soll der 45jährige Nordgrieche die Möglichkeit erhalten, im Auftrag des Regierungschefs – so ein Gesetzentwurf – die Arbeit verschiedener Ressorts zu koordinieren.

Kein Wunder, daß vor dem Hintergrund dieser Beförderung der gutaussehende Bauingenieur – er studierte in München und spricht fließend Deutsch – als „geheimer Kronprinz" gehandelt wird. So ist seine Berufung übrigens auch von zahlreichen Rivalen innerhalb der regierenden Pasok-Partei interpretiert worden, die in letzter Minute eine Ernennung von Tsochatzopoulos zum Vizepremier vereiteln konnten.

Für Papandreou ist Tsochatzopoulos ein Mitarbeiter der ersten Stunde. Während der Obristenzeit hatte er für seinen jetzigen Chef die Widerstandsorganisation PAK in Deutschland aufgezogen. Bereits aus dieser Zeit stammen seine guten Kontakte zur SPD und insbesondere zu deren linkem Flügel. Über die politisch-ideologische Grundhaltung des Kronprinzen gehen die Meinungen auseinander. Gegenüber westlichen Diplomaten, insbesondere denjenigen aus der Bundesrepublik, pflegt der mit einer Deutschen verheiratete Politiker gemäßigte Töne anzuschlagen, so daß er oft in diplomatischen Depeschen als Vertreter einer maßvollen Politik hingestellt wird. Zu Hause gilt er weitgehend als Exponent des linken Flügels.

Tsochatzopoulos ist innerhalb der Pasok-Partei groß geworden und hat dennoch – oder deswegen –, obwohl selber Abgeordneter, das Vertrauen der Fraktion nicht, in der er als Apparatschik gilt. Bereits in der Gründungszeit der Pasok-Partei zeigte er



Ein Mann für jede Jahreszeit: [Tso]chatzopoulos FOT[O]

sein organisatorisches Talent, ko[…] te in vielen Punkten die SPD und bis heute die meisten Bezirks- Teilorganisationen seiner Partei im Griff.

Ihm hat Papandreou zu verdan[ken], daß er immer eine vorzüglich org[ani]sierte Parteistruktur vorfinden k[onn]te, wenn er sie brauchte. Dieser [Er]folg, der zweifellos mit viel Ar[beit] verbunden ist, brachte Tsochatzo[pou]los viel Macht ein. Bereits seit [...] Jahren gilt er als das einflußreic[hste] Mitglied des elfköpfigen Spitzen[gre]miums der Regierungspartei. [Nie]mand zweifelt daran, daß er das [...] seines Chefs hat, weil er unter a[nde]rem die natürliche Gabe zu besit[zen] scheint, seinem Vorgesetzten nu[r in] günstigen Augenblicken die [ge]wünschten Entscheidungen vo[rzu]schlagen. Anders als viele Partei[ge]nossen hat es Tsochatzopoulos [ver]standen, seine Parteiarbeit mit [sei]nem Ministeramt zu kombinieren.

Von der Athener Presse wegen [sei]ner feinen Gesichtszüge, sei[ner] grauen Haare und lebendigen Au[gen] „der Schöne" genannt, wird er n[un] als der Mann der Zukunft gehand[elt]. „Tsochatzopoulos ist nach oben ka[ta]pultiert worden", befand das Athe[ner] Massenblatt „Ta Nea". „Kein Minis[ter] hat mehr Macht als er." So ist es au[ch]. Noch mehr Macht könnte Tsochat[zo]poulos nur als Regierungschef be[sit]zen. Dieses Amt käme für ihn in F[ra]ge, wenn sich Papandreou entsch[ei]den sollte, den Sprung ins Athe[ner] Präsidentenpalais zu machen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Die Pariser Zeitung meint zum Treffen von Verdun:

Helmut Kohl und François Mitterrand haben zum Schluß der Feiern von Verdun beschlossen, sich vor Ende des Monats Oktober in Frankreich zu treffen, um über Europa zu sprechen. Auf diese Weise soll die Herzlichkeit von Verdun nicht aus der Erinnerung verdrängt werden. Statt dessen soll sie genützt werden, um die kleinen Konflikte, die zu großen Auseinandersetzungen führen können, rechtzeitig zu bereinigen. Es handelt sich beispielsweise um das bleifreie Benzin oder die Reibereien in der industriellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG



Zu Windelen und Jenninger heißt es hier:

Nicht zum erstenmal erwecken die Minister Windelen und Jenninger den Eindruck, als stimmten sie in wesentlichen Punkten der Deutschlandpolitik nicht überein. Besonders bedauerlich ist, daß dies jetzt sogar für die Frage gilt, ob offiziell über die Respektierung einer DDR-Staatsbürgerschaft gesprochen werden soll. Erstens wird Ost-Berlin dadurch in der Hoffnung auf eine Meinungsbildung in seinem Sinne bestärkt, und zweitens gerät insgesamt die Bereche[n]barkeit der Deutschlandpolitik in G[e]fahr.

LE MATIN

Zur Auslieferung von Basken durch Frank[k]reich an Spanien äußert sich die Paris[er] Zeitung:

Die französische Regierung hat e[i]ne Schwelle überschritten in Rich[]tung einer immer engeren Solidaritä[t] der europäischen Länder im Kamp[f] gegen den Terrorismus. Gegenübe[r] der „Internationale des Terrorismus", deren Existenz immer weniger i[n] Zweifel gezogen wird, entsteht au[f] diese Weise eine Art antiterroristisch[e] Internationale der Regierungen. E[s] wird nicht mehr, und das sollte ma[n] sich einprägen, gute europäische Terroristen geben.

The Washington Post

Zu der Begegnung zwischen Reagan und Gromyko schreibt die Zeitung:

Vielleicht erweist es sich als gut, daß Präsident Reagan praktisch bis zum Ende seiner Amtszeit damit gewartet hat, die Sowjetunion in einen politischen Dialog hineinzuziehen. Möglicherweise werden die Ereignisse seine frisch-fröhliche Theorie bestätigen, daß man der Sowjetunion erst einmal zeigen mußte, daß „Amerika wieder da ist" ..., ehe die Vereinigten Staaten darauf hoffen konnten, die Früchte der Zeit der Erneuerung nach 1980 zu ernten, die eingeleitet zu haben der Präsident für sich in Anspruch nimmt.

Die Schwäche der Gegner ist Pinochets Stärke

Mit dem Wirtschaftswachstum nimmt die Beruhigung der Mittelklasse zu / Von Werner Thomas

Brennende Busse, Tränengaswolken, Schüsse, knüppelnde Polizisten: Neun Personen kamen ums Leben, darunter der französische Priester André Jarlan. Santiago de Chile schien wieder in Flammen zu stehen; diesen Eindruck vermittelten jedenfalls die Fernsehszenen. Erneut wurde die Frage im Ausland gestellt: Wie lange wird sich dieser General Pinochet noch halten?

Noch lange. Die spektakulären TV-Szenen reflektierten nicht die Wirklichkeit. Der General, eine internationale Buhmann-Figur, sitzt elf Jahre nach seiner Machtübernahme am 11. September 1973 weiterhin fest im Sattel. Viel fester als vor zwölf Monaten, als er angesichts der massiven Demonstrationen zum erstenmal angeschlagen wirkte. In der Zwischenzeit hat sich Augusto Pinochet längst von diesem Schock erholt.

Die Schwäche der Gegner ist seine Stärke. Die Opposition bietet heute ein desolates Bild der Zerstrittenheit. Die Anti-Pinochet-Front besteht aus mehr als hundert Gruppierungen. Die Christdemokraten, die wichtigste Partei, spaltete sich in einen linken und einen gemäßigten Flügel, von Gabriel Valdes, einem früheren Außenminister, und Andres Zaldivar, einem ehemaligen Finanzminister, geführt. Die nicht-marxistischen Organisationen streiten sich wiederum mit den marxistischen um die beste Strategie zum Sturz des Generals. Es herrschen unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Gewaltanwendung.

Der General versteht etwas von Macht und Machterhaltung. Er verteidigt fester denn je seine Position, weil er sich wieder im Aufwind fühlt.

Schneller als erwartet konnte seine Regierung die elf Millionen Chilenen aus einer tiefen wirtschaftlichen Talsohle bringen. 1982 schrumpfte das Wirtschaftswachstum noch um 14,3 Prozent, ein lateinamerikanischer Rekord. In diesem Jahr wird wieder eine Rekordziffer erwartet – plus acht Prozent. Die Arbeitslosigkeit, das größte Problem des Landes schon wegen seiner sozialen Brisanz, fiel von 30 Prozent (1983) auf derzeit 24 Prozent. Die Inflationsrate, 8,5 Prozent zwischen Januar und August, zählt zu den niedrigsten der Region.

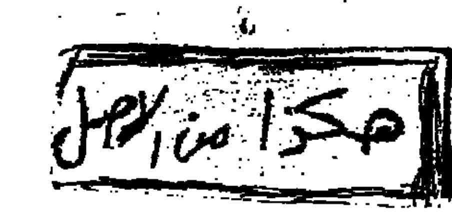
Diese Entwicklungen, von dem Wirtschaftsminister Modesto Collados beeinflußt, der seit März dieses Amt bekleidet und einen pragmatischen Kurs steuert, hatten eine verhängnisvolle Wirkung auf die Oppositionsbewegung: Die Mittelklasse, die den Aufschwung bereits spürt, läßt sich nicht mehr so leicht vor den Demonstrationskarren spannen. Während die Vertreter dieser Bevölkerungsschicht vor einem Jahr in den besseren Wohnvierteln wie Providencia und Las Condes auf leere Kochtöpfe trommelten und Autohupen strapazierten, war es diesmal ruhig. „Ohne die Mittelklasse kommen wir nicht weiter", gestand ein christdemokratischer Funktionär unumwunden ein.

Die Protestaktionen konzentrieren sich jetzt auf die Bezirke der unteren Mittelklasse, ein Trend, den die Christdemokraten nicht so gern sehen. Die meisten Zwischenfälle passieren in dem Arbeiterviertel La Victoria, im Südwesten Santiagos gelegen. Dort entfalten die marxistischen Gruppen gewöhnlich ihre Aktivitäten. Junge Leute errichten Straßenbarrikaden und verlangen Wegzoll oder setzen Autoreifen in Brand; Aktionen für die internationale Presse. Jeder Kameramann weiß, daß er hier die spektakulärsten Bilder einfangen kann. In La Victoria wurde auch der französische Priester durch eine Kugel getötet, die von der Straße durch das Fenster seiner Wohnung drang.

Viele Chilenen beteiligen sich nicht mehr an den Demonstrationen, weil ihnen die Alternative zu Pinochet nicht mehr attraktiv erscheint. Pinochets Warnungen vor einer Rückkehr zum Chaos der dreijährigen Volksfront-Ära hinterlassen ihre Wirkung.

Die zerstrittene Opposition und der Stimmungsumschwung in der Mittelklasse haben auch die Streitkräfte beeinflußt. Obgleich Pinochet nie eine Putschgefahr befürchten mußte, gab es im letzten Jahr kritische Stimmen in den Reihen des Offizierskorps über seine politischen Vorstellungen. Luftwaffenchef Fernando Matthei signalisierte manchmal Meinungsverschiedenheiten mit Pinochet. Heute melden sich keine Dissidenten mehr zu Wort. General Matthei erklärte nach den blutigen Protestaktionen in der ersten Septemberhälfte gar, die Regierung müsse in Zukunft schärfer durchgreifen.

Augusto Pinochet (68) will bis 1989 regieren. Er beruft sich auf die nach seinen Wünschen geschriebene Verfassung. Zur Zeit sieht es wieder danach aus, daß er sein Ziel erreicht.



Das deutsche Volk ist auf dem Weg zur Faulheit

Seit Jahren begeben sich die Deutschen auf eine innere Distanz zur Arbeit. Mündet der Mythos des deutschen Fleißes in eine Metamorphose der Faulheit? Eine spätindustrielle Zwangsläufigkeit oder schleichende Vergiftung der Wirtschaftskraft? Ein Briefwechsel zwischen Sozialwissenschaftlern fördert Erstaunliches zutage.

Von PETER GILLIES

Macht Arbeit krank? – Macht Arbeit glücklich?" lautet der Titel des Buches, das heute erscheint (Verlag R. Piper). Elisabeth Noelle-Neumann, die „Pythia vom Bodensee", begibt sich mit dem Wirtschaftswissenschaftler Burkhard Strümpel, Berlin, in einen, wie sie sagt, „leicht archaischen Briefwechsel" über die Last und die Lust der Arbeit, über Arbeitsfreude und Arbeitslose, über Sinnkrise und Identifikation der Berufstätigen. Das Duell durchleuchtet die Deutschen anhand einer Fülle demoskopischer Daten – ein Röntgenbild, das manchmal schaudern läßt.

Ist die Arbeitswelt geteilt in die Zufriedenheit der Arbeitsbesitzer und den Frust der Arbeitslosen? Frau Noelle-Neumann widerspricht: Das Modell – einerseits Arbeit, Plackerei, Zwang und Disziplin, andererseits Freizeit, Vergnügen und Individualität – verkenne das Leben. Demoskopisch stabil sei das Gegenteil: Wer mit seiner Arbeit voll und ganz zufrieden sei, äußere sich auch erstaunlich zufrieden mit seinem ganzen Leben. Befriedigte Arbeitnehmer haben nur ganz selten das Gefühl der Sinnlosigkeit.

Seit 1962 steigt die Arbeitsunlust

Die Frau aus Allensbach erklärt den merkwürdigen Widerspruch mit der Medienkultur. Befrage man die Beschäftigten in ihrer Alltagssprache, äußerten sie sich zufriedener über ihre Arbeit als vor zwanzig Jahren. Greife man jedoch zur soziologischen Suada, empfänden plötzlich alle Düsternis. „Die Welt, durch die Brille der Massenmedien gesehen, wird verfinstert." Das zeige sich auch an einem anderem Phänomen. Stets werde die persönliche Lage von Wirtschaft und Umwelt als gut, die kollektive jedoch als trübe gesehen. 61 Prozent vermuten, daß die meisten unter Streß leiden, aber nur 31 Prozent seien persönlich davon geplagt, entgegnete sie.

Freilich steigt die Arbeitsunlust seit 1962 stetig, beim Facharbeiter so gut wie bei Rentnern und Hausfrauen. Dieser Trend ist jedoch deutsch. „Ich möchte mein Bestes geben" bejahen 50 Prozent der Amerikaner, 45 Prozent der Schweden, aber nur 25 Prozent der Deutschen. Hier wiederum die Jüngeren nur zu 18 Prozent, die Älteren zu 37 Prozent. Den Einwand ihres Widerparts Strümpel, man erkenne das „Schisma zwischen Menschen verschiedener Arbeitsrollen", läßt Frau Noelle-Neumann nicht gelten. Von Sinnentleerung zu sprechen, sei falsch, denn der Zusammenhang stelle sich ganz anders dar: Wer sich am Arbeitsplatz frei fühle, fühle sich auch sonst wohl, lache häufiger, werde seltener krank – ein Zusammenhang, der seit zehn Jahren nicht aufgegriffen worden sei, bemängelt sie.

Das geringe Angebot an Teilzeitarbeit sei wenig schmeichelhaft für die (deutschen) Arbeitgeber, aber dafür hätten die deutschen Chefs auch „mit durchschnittlich uninteressierten, auf ungestörtes Privatleben bedachten, bequemeren Menschen zu tun". Auch hier eine deutsche Besonderheit. In den USA stöhnten unter großer Arbeitsbelastung nur 20 Prozent, in Schweden nur fünf Prozent, in der Bundesrepublik jedoch 31 Prozent. Der Verfall der Arbeitsfreude sei bei schlecht Ausgebildeten am größten.

Diese Distanz zur Arbeit erfordere eine „ökonomische Abrüstung", entgegnet Strümpel. Man solle vielmehr dankbar sein für die sinkende Identifikation mit der Arbeit. Dann nämlich könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Frau Noelle-Neumann kontert scharf mit eigenen Erfahrungen. Sie habe in Allensbach 90 Arbeitsplätze geschaffen, könne von der Nachfrage her jederzeit auf 180 verdoppeln, „aber ich vergrößere es (das Institut) nicht, weil ich weiß, daß ich es nicht wieder verkleinern kann, da Kündigungsschutz und Sozialplanvorschriften mir nicht die Freiheit lassen, zurückzugehen". Diese Erfahrung könne man mit der von 100 000 Unternehmern multiplizieren.

Von denen, die sagen, „Arbeit ist mir unangenehm; wenn ich nicht müßte, würde ich gar nicht arbeiten" waren die meisten am längsten krank (20 Tage und mehr). Von dieser Gruppe fühlen sich nur 22 Prozent mit ihrer Arbeit verbunden, während jene, die betonen, ihr Bestes zu geben, sich zu 77 Prozent mit ihrem Betrieb identifizieren. Die Distanzierten erklären, niemand kümmere sich am Arbeitsplatz um sie, den Motivierten ist dieses Gefühl weitgehend fremd. Auch täusche sich die Mehrheit über die Mehrheit, denn 69 Prozent hielten ihre Arbeit für interessant und wollten ihr Bestes geben, glauben sich jedoch in der Minderheit, denn, so meinen sie, von der gesamten Bevölkerung dächten nur 19 Prozent wie sie.

Den technischen Wandel empfanden 1966 rund 72 Prozent als Segen und nur 3 Prozent als Fluch. 1981 dagegen hielten ihn nur 30 Prozent für Segen, aber bereits 13 Prozent für einen Fluch. Ist der Wertewandel, die Arbeitsunlust der Deutschen eine „spätindustrielle Opposition", die epochal über uns kommt? Demoskopen müssen widersprechen, denn nur die Deutschen distanzieren sich von der Arbeit, nicht die Amerikaner oder die Japaner. Frau Noelle-Neumann sieht eine Art Faulheits-Spirale: Die Sanft-Distanzierten setzen sich nicht besonders ein, fühlen sich der Firma kaum verbunden, deswegen gebe man ihnen weniger Entscheidungsspielraum, kümmere sich weniger um sie, was wiederum weitere Distanz auslöse, noch mehr Gleichgültigkeit der Chefs etc.

Es sei deshalb besonders gefährlich, wenn ein Professor der Betriebswirtschaft seinen Studenten die Abrüstung von der Arbeit suggeriere, meint die streitbare Meinungsforscherin. 68 Prozent der US-Arbeiter erklärten, sie gäben den vollen Einsatz im Job, in Israel meinten dies 79 Prozent. Aber nur 42 Prozent der Deutschen ringen sich dazu durch. Ein Volk von Faulpelzen? Wahrscheinlich noch nicht, meint Frau Noelle-Neumann, aber auf dem Wege dorthin. Wenn der Fleiß als eine Art Untugend gilt, ist das vielleicht der Grund dafür, daß in den USA, Japan und anderswo viele Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden seien, nur nicht in der Bundesrepublik?

Offenbar habe hier eine „schleichende Vergiftung" eingesetzt, die dazu führt, daß Arbeit keinen Spaß machen darf, als Inbegriff der hirnlosen Fließbandverrichtung gilt, obgleich nur zwei Prozent überhaupt an einem Fließband arbeiteten.

Die Neigung zu dienen hat abgenommen

Vor dem demoskopischen Röntgenschirm hat sich – über lange Jahre hinweg – auch eine andere Tendenz gezeigt: Wer antiindustriell eingestellt ist, verfügt über geringere Persönlichkeitsstärke und verspürt öfter Langeweile. Tatsächlich gebe es aber keine zweigeteilten Menschen, die nur in der Freizeit zufrieden und kreativ, am Arbeitsplatz jedoch dumpf und gebeutelt seien.

Auch die heftige Debatte um die Arbeitszeitverkürzung sieht Frau Noelle-Neumann als Indiz für Distanzierung von der Arbeit. Wer die 35-Stunden-Woche wünsche, fühlt sich seinem Betrieb stets auch weniger verbunden, will sich weniger anstrengen und wird deswegen zu einer Belastung für seine Kollegen. Die Neigung, für andere einen Dienst zu tun, habe „gefährlich" abgenommen. Das Gegenargument, die Wirtschaft spalte sich eben in eine offizielle und eine informelle Ökonomie, in Schwarzarbeit, Töpfern, Brotbacken, Bio-Trip und alternative Sanftmut, läßt Frau Noelle-Neumann nicht gelten. Was ist, fragt sie, wenn sich immer mehr Arbeitende, von denen jeder alsbald einen Rentner erhalten muß, aus der Arbeit wegstehlen und sich in einer sanften Dualökonomie wiegen?

Das Buch mit der streitbaren Diskussion beschreibt nur, bietet keine Patentlösungen. Am Rande: Die Deutschen sind nicht nur weniger stolz auf ihre Arbeit, sie sind auch weniger stolz auf ihre Nation als alle anderen. Ob diese Korrelation für das Thema Aufschlüsse gibt, weiß auch Frau Noelle-Neumann nicht. Aber der Briefwechsel erhellt eines: Der Deutschen Mythos über die Arbeit ist – wenn es ihn je gab – ein historischer.



30 000 Kindesmißhandlungen werden pro Jahr angezeigt, doch die Dunkelziffer liegt bei 400 000 FOTO: F. HARTUNG

Wie wird das Kind geschützt?

Wie sollen Ärzte, Behörden und Polizei bei Kindesmißhandlungen reagieren? Eine Fachtagung in Mainz gibt Denkanstöße.

Von JOACHIM NEANDER

Ein Elternpaar in Kiel – dies der erste Beispielfall – mißhandelte sein Neugeborenes und ließ es am Ende verhungern. Das Gericht sprach von unvorstellbarer Gleichgültigkeit und Verwahrlosung, einem Leben auf einer Müllhalde. Das Urteil: elf Jahre für den Vater, zehn für die Mutter.

Der zweite Fall, den der Leiter des Berliner Kinderschutzzentrums, Professor Reinhart Wolff, den Teilnehmern einer Fachtagung in Mainz als Kontrast neben den ersten stellte, erregt die Gefühle nicht minder: Der erschütternde Beicht- und Reuebrief eines Berliner Vaters an seine beiden Söhne, die er vor Jahren beinahe totschlug. Sie wurden ihm weggenommen, wuchsen in Heimen bzw. bei Pflegeeltern heran. Jetzt lebt die scheinbar endgültig zerstörte Familie wieder friedlich miteinander.

Das Phänomen der Kindesmißhandlung stürzt alle Beteiligten – dies bewies auch diese vom rheinland-pfälzischen Sozialministerium im Mainzer Landtagsplenarsaal veranstaltete Tagung – in regelrechte Wechselbäder widersprüchlicher Gefühle und Theorien. Noch vor gar nicht langer Zeit galt ein Vater, der seine Sprößlinge prügelte, zwar als brutal, in der Regel aber nicht als jemand, der dafür vor Gericht und ins Gefängnis müßte. Es blieb Familienangelegenheit.

Schlagartig kam das Umdenken. Man müsse die Kinder vor ihren Eltern schützen, hieß es. Ärzte, Behörden, Nachbarn wurden aufgefordert, auf Anzeichen von Kindesmißhandlung zu achten und jeden Verdacht zu melden. Gerichte griffen zu drakonischen Strafen.

Und nun kommt ein Mann wie der Berliner Professor Wolff und ruft einer Tagung zu: „Schluß mit allen Meldekampagnen! Die Polizei soll den Verkehr regeln!"

Das von Wolff vorgetragene Konzept eines „neuen integrierten Kinderschutzes", wie es seit 1975 in Berlin und inzwischen auch in anderen großen Städten praktiziert wird, geht von einem anderen Bild von der Gewalt in der Familie aus, einem Bild übrigens, wie es Kommentatoren auf der konservativen Seite schon vor Jahren gezeichnet haben. Gewalt gegen die eigenen Kinder, so Wolff, sei ein Geflecht aus Ohnmacht, Hilflosigkeit, Überforderung und dem Versuch, dennoch eine Macht durchzusetzen, auf die man immer noch glaube, einen Anspruch zu haben: die „ohnmächtige Gewalt" also.

Da sei der sofortige Zugriff der Polizei oder des Vormundschaftsgerichts, die strenge Bestrafung und die zwangsmäßige Trennung der Familie in vielen Fällen der ganz falsche Weg. Natürlich müßten in gefährlichen Situationen zuallererst die Kinder in Sicherheit gebracht werden. Aber selbst eine solche Trennung müsse mit den Eltern in aller Offenheit, im Gespräch mit ihnen und nicht hinter ihrem Rücken angeordnet werden. Der neue Umgang mit Gewalt in der Familie, so wie ihn Wolff und seine Mitarbeiter in Berlin anstreben, ist gekennzeichnet von: Anonymität, Freiwilligkeit, Straffreiheit (außer in ganz gravierenden Fällen), Vermeidung der Entmündigung von Eltern, schneller Hilfe ohne Vorwürfe, Vermeidung von pädagogischer, ideologischer oder sozialer Manipulation.

Natürlich verlaufe auch das nicht ohne Störung, räumte der Professor ein: „Vielerorts stehen wir am Anfang. Vor allem sind wir es, die sich ändern müssen." Zu den besonderen Schwierigkeiten einer solchen Arbeit zählt er z. B. die häufige Unfähigkeit der Helfer, auch bei offenem Widerstand der Eltern gegen jeden Annäherungs- oder Verstehensversuch weiterzumachen; dann aber auch die Verlockung, sich mit einer kooperativen Familie „zu verschmelzen, sich ihr zu unterwerfen". Wolff: „Solche betreuten Familien haben gelegentlich fast ozeanische Versorgungswünsche, sie rufen an, wenn sie einen Schlüssel verloren haben." Eine solche Familie werde gar nicht erst selbständig, wenn ihre sozialen Helfer sich zu pädagogisierenden Ersatzeltern aufschwingen. Der neue Kinderschutz wolle „nichts erreichen außer einer neuen Beziehung, einem neuen Milieu" für die Familie.

Natürlich prallte dem jungen Berliner Professor Widerspruch entgegen. Vor allem Ärzte, Staatsanwaltschaft und Polizei, mühsam an den ungewohnten und höchst unbequemen Auftrag gewöhnt, die Nase in (scheinbare) Familienangelegenheiten zu stecken, gar anonymen Hinweisen nachzugehen, fühlen sich zum Teil verunsichert. Diese Verunsicherung steigert sich noch dadurch, daß der „neue Kinderschutz" mit seinem Verzicht auf Strafverfolgung um jeden Preis teilweise lauten Beifall von jenen erntet, die zugleich eine strenge gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der Vergewaltigung in der Ehe fordern – ein Widerspruch, der in der Mainzer Tagungsdiskussion leider nicht öffentlich aufgespießt wurde.

Eine Möglichkeit, wie man den Anspruch des Rechtsstaats mit dem Versuch einer gewaltlosen Konfliktlösung durch „Versöhnung" der Familie verbinden könnte, wies der Amsterdamer Kinderarzt Dr. Koers. Nicht zuletzt auf sein Drängen hin sind in den Niederlanden sogenannte „Vertrauensärztliche Büros für Kindesmißhandlung" errichtet worden. Sie dienen als eine Art Auffangstelle, an der ein gemeldeter (oder durch Zufall bekanntgewordener) Fall von Kindesmißhandlung zunächst durch einen Arzt, einen Sozialarbeiter und einen Staatsanwalt untersucht wird, ehe man über das weitere Vorgehen entscheidet.

Koers, der neben seiner Beratungsstelle auch eine Klinik für mißhandelte Kinder leitet, sucht in jedem der pro Jahr etwa 550 Fälle, die ihm bekannt werden, das Gespräch mit der ganzen Familie. Oft muß er sich vom Opfer über ältere Geschwister, andere Verwandte oder die verzweifelte Mutter bis an den brutalen, alkoholkranken Vater regelrecht heranarbeiten. Ein deutscher Oberstaatsanwalt in der Diskussion skeptisch: „Aber das ist doch Theorie. Von 100 Fällen sind vielleicht drei bereit zu einer solchen Therapie. Die schmeißen Sie doch raus, wenn Sie auftauchen." Koers emphatisch: „Nein, wenn der Mann weiß, wer Sie sind, dann tut er es nicht!"

Freilich, auch dieser beispielhafte Familienversöhner aus den Niederlanden mußte schließlich einräumen, daß seine Beratungsstelle in vielen Fällen versagt. Dann geht die Sache an den „Rat für Kinderschutz", vergleichbar etwa dem deutschen Jugendamt. Dann verfahren auch in Amsterdam die staatlichen Behörden kühl, illusionslos und nüchtern nach den Regeln des Gesetzes.

Glanzvolles Comeback für Giscard

Von A. GRAF KAGENECK

Als erster hatte noch am Sonntag abend nach den ersten Hochrechnungen Jacques Chirac gratuliert. „Ihr Sieg zeigt den Franzosen, daß die Union überall da stark ist, wo sie zusammensteht", telegrafierte der Gaullisten-Führer. Nur Raymond Barre, der Dritte im Rennen um die Nachfolge Mitterrands als Präsident der Republik, hüllt sich bisher in Schweigen. Denn die triumphale Wiederwahl von Valéry Giscard d'Estaing in die Nationalversammlung stellt die Opposition in Frankreich aufs neue vor die schwerwiegende Frage, wer der geeignetste ist, den Sozialisten bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 zu schlagen.

Der frühere Präsident war am Sonntag bei einer Nachwahl in seinem Heimatwahlkreis Chamalieres im Puy de Dome (Zentralmassiv) mit 63,42 Prozent der Stimmen bereits im ersten Wahlgang gewählt worden. Das bedeutet einen Triumph für den Mann, der 1981 wenig ruhmreich von der Bühne abgetreten war und seitdem eine eher diskrete Rolle in der französischen Politik gespielt hatte. Giscard selber hatte die Nachwahl provoziert, indem er den 1981 gewählten Abgeordneten Claude Wolf, einen engen Vertrauten, zur Annahme eines Mandats im Straßburger Europa-Parlament überredete. Der Ex-Präsident hatte beschlossen, seine zweite politische Karriere von der Basis her als einfacher Abgeordneter in der Nationalversammlung neu zu beginnen; dort neues Profil zu gewinnen und sich den Franzosen direkt, unter Umgehung der oppositionsinternen Querelen um den geeignetsten Kandidaten, als Konkurrent Nummer eins gegen Mitterrand zu empfehlen.

Da ihm die Gaullisten keinen Kandidaten entgegengestellt hatten, ging es nur darum, ob er sich schon im ersten Wahlgang gegen seine sieben Mitbewerber im Wahlkreis 2 des Puy de Dome durchsetzen könnte oder eine Stichwahl acht Tage später hinnehmen müßte. Seine gefährlichsten Gegner waren die sozialistische Kandidatin und ein Vertreter der rechtsextremen „Nationalen Front", die bei den Wählern seit geraumer Zeit im Aufwind ist. Giscard ging das imageschädigende Risiko ein, bei einer Stichwahl nur mit den Stimmen der rechtsextremen Wähler gewinnen zu können.

Diese Gefahr hat er ausgeschaltet. Die „Nationale Front" kam auf knapp sechs Prozent der Stimmen, die sozialistische Kandidatin verlor gegenüber 1981 fast 15 Prozent der Stimmen und landete weit abgeschlagen mit 20 Prozent auf dem zweiten Platz. Viele Linkswähler waren den Urnen ferngeblieben; ein deutlicher Hinweis auf die gegenwärtige Unbeliebtheit der sozialistischen Regierung. Auch der Kommunist mußte mit sechs Prozent fast zwei Prozent Stimmenverluste hinnehmen. Giscard aber konnte mit über 63 Prozent mehr als zehn Prozent Stimmen mehr erreichen als sein Stellvertreter Wolf 1981. Die französische Presse spricht von einem triumphalen Comeback.

Diese Wahl wird nicht ohne Auswirkungen auf die französische Politik bleiben. Giscard wird wieder zu einer nationalen Figur, mit der die Regierungsmehrheit und auch die Opposition rechnen müssen. Es könnte nach Spekulationen politischer Kreise in Paris sogar zu einer Art Interessensgleichheit und Zusammenarbeit zwischen Mitterrand und seinem ehemaligen Gegner kommen, wenn Mitterrand sich nach dem Scheitern der Links-Union zu einer Politik der starken Mitte entschließen sollte. Ganz abwegig ist das nicht. Ein Sieg der Sozialisten allein in den Parlamentswahlen von 1988 scheint gegenwärtig ausgeschlossen; also muß Mitterrand versuchen, eine Mehrheit im Lande für eine neue Politik zu finden. Das kann er nur mit einer Annäherung an die Mitte. Giscard war als Präsident stets für ein Frankreich eingetreten, das aus der Mitte heraus regiert werden müsse. So ergibt sich eine natürliche Konvergenz zwischen beiden Politikern. In letzter Zeit war aufgefallen, daß sich beide eines außerordentlich freundschaftlichen Tones im Verkehr miteinander bedienten.

Lachend schüttelten sich Reagan und Gromyko die Hand

Zum ersten Mal hat Präsident Reagan ein Mitglied der sowjetischen Führung getroffen. Sein Empfang für die Chefs der UNO-Delegationen in New York mit Außenminister Gromyko als Stargast wurde zur „gelungenen Party".

Von BERNT CONRAD

Andrej Gromyko schien bester Laune, als er am Sonntag um 18.15 Uhr den festlich erleuchteten Starlight Room im 18. Stock des Waldorf Astoria Hotels betrat. Kein Zweifel: Der Kreml-Veteran genoß seinen Auftritt. Unter der unabsehbaren Schar prominenter Gäste aus allen Erdteilen war er der Mittelpunkt.

Das empfand auch Ronald Reagan so, der diesen Abend als Auftakt eines amerikanisch-sowjetischen Dialogs inszenieren ließ, der wahrscheinlich nicht so bald zu konkreten Ergebnissen führen wird, der aber einen historischen Einschnitt im Verhältnis zwischen den beiden Supermächten kurz vor der Präsidentenwahl in den USA bedeuten könnte.

Der Kalifornier selbst kam um 18.35 Uhr, Hand in Hand mit Nancy, vital und entspannt. Einer nach dem anderen rückten die Gäste in langer Reihe zu ihm vor.

Als der sowjetische Außenminister ihm die Hand schüttelte, lächelten beide: Reagan selbstsicher und gastlich, Gromyko in der verknautschten Art, die den Humor des sonst eher griesgrämig wirkenden Russen kennzeichnet. Ein Barpianist spielte im Hintergrund „It never entered my mind" (Es kam mir nie in den Sinn), während sich Präsident und Politbüromitglied gutgelaunt unterhielten – länger, als jeder andere Gast Gelegenheit dazu hatte.

Dann umriß Reagan in einer Ansprache, was er sich von seinem Tête-à-tête mit Gromyko verspricht: „Wir wollen nicht weniger als realistische, konstruktive, langfristige Beziehungen zur Sowjetunion." Er plädierte für „offenherzige Diskussionen, die uns helfen, die Welt sicherer zu machen". Auf die UNO gemünzt, aber den Kreml ansprechend, fügte der Präsident hinzu: „Es liegt in unserer Macht, Geschichte zu machen."

Kräftiger Beifall antwortete ihm. Nur Gromyko, der sehr aufmerksam zugehört hatte, klatschte nicht. Doch er ergriff beim Hinausgehen gern die Gelegenheit, mit Reagan noch ein paar Minuten angeregt zu plaudern.

Die Begleiter des Präsidenten – Außenminister Shultz, Sicherheitsberater McFarlane, UNO-Botschafterin Kirkpatrick sowie die Berater Baker und Meese – waren zufrieden: Dieser Abend hatte den Vorwurf der oppositionellen Demokraten, Reagan sei zu einem Dialog mit den Sowjets nicht in der Lage, für jeden sichtbar widerlegt.

Nach einem vorbereitenden Gespräch von Shultz mit Gromyko am Mittwoch wird der Präsident den Kontakt am Freitag im Weißen Haus vier Stunden lang sachlich zu untermauern suchen.

Wie hatte es zu dieser Wende kommen können? Offensichtlich gehen Gromyko und seine Politbürokollegen davon aus, daß Reagan die Wahl gewinnen wird.

Daran ändert auch nichts, daß der Sowjet-Außenminister – sicherheits- oder höflichkeitshalber – am Donnerstag dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale ebenfalls seine Aufwartung machen wird.

Der im Wahlkampf von Mondales Helfern noch immer als „friedensgefährdend" attackierte Präsident selbst hat sich in letzter Zeit nach Hinweisen aus seiner Umgebung intensiv aus Akten und Büchern über die Sowjets und speziell über Gromyko unterrichtet.

Zu seinen Informanten gehörte auch einer der im Waldorf Astoria anwesenden Außenminister: Hans-Dietrich Genscher, der schon im Mai bei einem Gespräch im Weißen Haus Gromykos Einfluß und Psychologie aus langjähriger Kenntnis erläutert hatte. Zufrieden beobachtete der am Sonntag nachmittag aus Bonn angereiste FDP-Chef die sowjetisch-amerikanischen Präliminarien. Er wird heute mit dem sowjetischen Außenminister zu Mittag essen und ihn seinerseits auf Verständnis für Reagan einzustimmen suchen, ohne dabei allerdings seinen Unmut über die antideutsche Pressekampagne Moskaus verschweigen zu wollen.

Katholiken in der „DDR“ planen Treffen

KNA, Berlin

Für die in Ost-Berlin und in der „DDR“ lebenden Katholiken ist zum ersten Mal eine zentrale Großveranstaltung geplant. Unter dem Thema „Gottes Macht – Unsere Hoffnung“ soll die Zusammenkunft 1987 in Dresden stattfinden. Dies geht aus einem gestern in Berlin veröffentlichten Beschluß der Berliner Bischofskonferenz hervor, in dem seit längerer Zeit angestellte Überlegungen konkret Gestalt angenommen haben.

Die Bischöfe sprechen in ihrem Kommuniqué nicht von einem „Katholikentag“, sondern geben der „in Aussicht“ genommenen Veranstaltung den Titel „Katholikentreffen Dresden 1987“. Zur Vorbereitung dieses Treffens wurde auf der Bischofskonferenz eine Arbeitsgruppe konstituiert. Zu ihrem Vorsitzenden ernannten die Bischöfe Ordinariatsrat Alexander Ziegert. Ziegert ist Leiter der Abteilung Pastoral im bischöflichen Ordinariat des Bistums Dresden-Meißen.

An den in der Bundesrepublik Deutschland veranstalteten deutschen Katholikentagen hatten bis zum Mauerbau 1961 auch Gläubige aus der „DDR“ in größerer Zahl teilgenommen. Die beiden in Berlin 1952 und 1958 organisierten Katholikentage wiesen in Folge der offenen Sektorengrenzen der Vier-Mächte-Stadt einen starken gesamtdeutschen Charakter auf. Nach 1961 war der Besuch der Deutschen Katholikentage Gläubigen aus Ost-Berlin und aus der „DDR“ nur in sehr geringen Umfang möglich. Dafür gewannen die in den einzelnen Jurisdiktionsbezirken der „DDR“ veranstalteten Wallfahrten zunehmend größere Bedeutung. Sie blieben aber auf die jeweiligen Bistümer und Bischöflichen Ämter beschränkt.

Schon im Mai nächsten Jahres wird, so die Absicht der Bischöfe, anläßlich des von den Vereinten Nationen proklamierten Jahres der Jugend unter dem Leitwort „Christus – unsere Jugend“ in Ost-Berlin ein kirchlicher Jugendkongreß stattfinden. Aus jeder Pfarrei im Bereich der Berliner Bischofskonferenz soll daran ein Delegierter teilnehmen. Insgesamt wird mit rund 1000 Mädchen und Jungen gerechent.

„DDR“: Spielraum der Kirche wieder enger

Synode bedauert Nichterfüllung der Zusagen Honeckers

hrk./epd/AP, Greifswald

Die evangelischen Christen in Mitteldeutschland hoffen darauf, daß die SED-Führung anläßlich des 35. Jahrestages der „DDR“ am 7. Oktober eine Reihe besserer Reisemöglichkeiten in die Bundesrepulbik Deutschland eröffnet (WELT v. 24. 9.). Ähnliche Erwartungen werden auch im Bundeskanzleramt gehegt. Offenkundig sind von Ostberliner Seite in den Gesprächen mit Bonn zumindest Erwartungen genährt und Schritte in Aussicht gestellt worden.

Auf der in Greifswald tagenden Bundessynode der evangelischen Kirchen – neben der WELT wurden auch der KNA und der Agentur „idea“ von Ost-Berlin die Einreise verboten – stand am Wochenende das Bemühen im Vordergrund, keine zusätzlichen Konfliktfelder mit der SED-Spitze zu schaffen. Die Formel vom „Grundvertrauen zwischen Staat und Kirche“, die Bischof Gottfried Forck (Ost-Berlin) in seinem Kirchenleitungsbericht aufnahm, signalisiert den Versuch, die Gesprächsfäden zur Staatsseite nicht abreißen zu lassen. Die Kontakte waren im vergangenen Herbst trotz des Luther-Jahres vorübergehend schwer gestört und „vereist“: Die Partei war befremdet über Äußerungen von Bischof Johannes Hempel auf der Synode 1983 über „wachsende Enttäuschung und Verbitterung“ im eigenen Lande sowie Kerzendemonstrationen für den Frieden in der Ostberliner City.

Heftige Reaktionen des Staatssicherheitsdienstes auf die „Friedensszene“ in Jena sowie die Ausreise einer Reihe besonders aktiver Pfarrer und Laien in der unabhängigen Friedensbewegung kennzeichneten um die Jahreswende 1983/84 das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Massive Warnungen der Partei, „den Bogen nicht zu überspannen“ und allzu öffentlichkeitswirksame Aktionen an der Basis zu unterbinden, waren die Folge. Der Appell der Kirche, innenpolitisch an die SED gerichtet, ging vor der Bundessynode deutlich in Richtung auf eine „Koalition der Vernunft“.

In Greifswald stand auch die Ausreisewelle zur Debatte. Zu den Gründen, die engere Heimat zu verlassen, heißt es in dem Bericht, sie seien „sehr unterschiedlich“ und miteinander verwoben. Sie reichten von „als unzureichend empfundenen Reisemöglichkeiten, negativen Inlandserfahrungen über unbewältigte persönliche Probleme bis hin zur Wohlstandsfaszination“. Die Kirchenleitung forderte zugleich abermals „klare und verläßliche Regelungen“ für die Besuchsreisen in den Westen.

Zu diesem Thema nahm auch der Verbindungsmann zwischen Kirche und SED-Führung, Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, in der nach langen Erörterungen schließlich öffentlichen Debatte Stellung. Er hoffe, daß in puncto Reiseerleichterungen zumindest der – bisher außerordentlich eng gefaßte – Katalog der Reiseanlässe und auch der Kreis der Antragsteller erweitert werde. Für die Beschränkungen seien „eine Vielzahl innen- und außenpolitischer Zusammenhänge“ von Bedeutung. In Richtung Bonns warnte der häufige Gesprächspartner der SED-Führung: „Leichtfertige Sonntagsreden über Wiedervereinigung sind in dieser Frage unheimlich schädlich.“

In derselben Aussprache sagte ein Synodaler unter Anspielung auf eine Äußerung von Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi (SED) über die „DDR“, die ein „Haus zum Wohlfühlen“ sei: „Dazu gehört auch das Gefühl, nicht eingesperrt zu sein.“

Die anhaltende Diskriminierung junger Christen in Schule und Beruf bot Anlaß für Kritik. Die 1978 mit Erich Honecker getroffenen Absprachen des Kirchenbundes hätten offenbar „keine Wirklichkeitsnähe, keine Basisbezogenheit“ erlangt. Bischof Johannes Hempel (Dresden) machte in einem Nebensatz, aber unmißverständlich, auf eine Warnung von seiten der SED aufmerksam. Gesprächspartner hätten von einer „Überprüfungsmöglichkeit der staatlichen Kirchenpolitik“ gesprochen und dabei auf die „bekannten Weltprobleme und -bedrohungen“ verwiesen. Eine gezielte Bemerkung, mit der offenbar der Spielraum der Protestanten nach dem Ausnahme-(Luther-)Jahr bewußt gering gehalten werden soll.

Wer ist der Drahtzieher bei der Kampagne gegen Möllemann?

Von WILM HERLYN

Das Melodram, das die nordrhein-westfälischen Liberalen inszenieren, nimmt schon makabre Züge an. An dem Hauptdarsteller Jürgen W. Möllemann ist noch nicht ersichtlich, ob er den Sieger oder den Verlierer spielt. Den Regisseur kennt niemand. Das verwunderte Publikum aber schaut mehr schadenfroh als mitfühlend zu, wie die Mitakteure versteckt hinter den Kulissen ihren ehemaligen Helden auf der Bühne beschimpfen und aus dem Hinterhalt bekämpfen.

Die Freien Demokraten kennen nur ein Thema. Personalprobleme schieben sie mangels Sachargumenten in den Vordergrund. Es erhitzen sich die Gemüter nicht an liberalen Positionen und Standortbestimmungen, sondern fast ausschließlich an Jürgen W. Möllemann, dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, dem Landesvorsitzenden des mit immerhin noch 22 000 Mitgliedern stärksten Landesverbandes im Bundesgebiet.

In diesem Feuer der Kritik und innerparteilicher Anfeindung nehmen sich die Liberalen anscheinend die Christdemokraten von 1980/81 zum Vorbild, die ihren ungeliebten Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Professor Kurt Biedenkopf, nicht frontal und offen angehen, sondern mit heruntergeklapptem Visier und unerkannt aus dem Dunkel. „Meckerer und Kulissenschieber“, ärgerte sich damals Biedenkopf und scheiterte doch an dem Widerstand aus dem Dunkel.

Auch Möllemann kann seine Gegner schlecht ausmachen. Zwar ist allenfalls „von führenden Vertretern der FDP“ die Rede, die gegen ihn und sein forsches Programm seien. Auguren hoben gar den Alt-Liberalen Willi Weyer als Führer einer Fronde auf den Schild. Doch hatte bei diesem Gerücht wohl eher der Wunsch Pate gestanden; ein Weyer der sozialliberalen Ära könne die FDP wieder in die Arme der SPD treiben – eine Vorstellung, die unter Möllemann schlecht denkbar ist. Andere wieder favorisierten den ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Achim Rohde und suchten ihn in eine Anti-Möllemann-Rolle zu zwingen. Oder auch die Bundesschatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer wurde ins Spiel gebracht. Die neueste Variante: Hans-Dietrich Genscher könne ja den Landesverband übernehmen, wenn er im Februar den Bundesvorsitz seiner Partei aufgibt, und die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl am 12. Mai 1985 gleich mit.

Die Pfeile aus dem Hinterhalt schwirren mit zum Teil unhaltbaren Vorwürfen durch die Luft. So bejammern plötzlich viele Freidemokraten hinter der Hand, Möllemann habe die nach der Landtagswahlniederlage 1980 gebildete Außer-„Parlamentarische Arbeitsgruppe“ (PAG) zerschlagen. Sie sagen dabei aber nicht, daß diese PAG zu nichts anderem als einem uneffektiven Klub zur Erhaltung von Einfluß und Ämtervergabe denaturierte.

Landesbericht Nordrhein-Westfalen

Oder sie beschweren sich, daß ihr Vorsitzender von dem ursprünglich auch von der FDP-Führung gebilligten Volksbegehren abwich, dessen Ziel eine Zulassung freier Rundfunk- und Fernsehveranstalter in NRW war. Sie verschweigen dabei aber, daß Möllemann gar nichts anderes konnte, als jetzt diesen Gedanken auszuweiten und ein Plebiszit-Bündel zu fordern über den privaten Rundfunk, für eine Revision der kommunalen Neugliederung, gegen bürokratische Gängelung und für die Wiedereinführung des Leistungsprinzips an Schule und Hochschule.

Denn mit seiner ersten Herausforderung hatte er die SPD auf den Plan gerufen, die ihrerseits ein Landesmediengesetz vorlegte. Formal verhindern die Sozialdemokraten damit den Plan des Volksbegehrens gegen das WDR-Monopol, denn in ein laufendes Gesetzgebungsverfahren hinein darf ein Plebiszit nicht zugelassen werden.

Das Sperrfeuer ging so weit, daß gezielte Informationen an die Presse gelangten, nach denen sogar Möllemanns eigener Kreisverband Münster ihn zum Verzicht auf das Vorsitzendenamt bewegen wolle. Bei gezielter Nachfrage mochte sich aber dort niemand an einen solchen Beschluß erinnern.

Nun tut allerdings Möllemann auch einiges dazu, um berechtigte Kritik auf sich zu ziehen. Bei allem Einfallsreichtum hält er nur wenig von Kooperation, setzt Potenzen wie Rohde oder den ehemaligen Vorsitzenden Horst-Ludwig Riemer zu wenig ein, läßt es nicht zu, daß diese sich an seiner Seite profilieren.

Außerdem ficht es ihn nicht an, mit forschen Sprüchen Partei, Bürger und Wirtschaft zu erschrecken, zum Beispiel als er nach Gesprächen mit einigen Handelskammern eine „geringere Investitionsbereitschaft angesichts der Gefahr eines rot-grünen Bündnisses in Düsseldorf“ feststellte. Daß dies unumstritten so ist, heißt nicht, daß man so undiplomatisch wie Möllemann vorgehen darf, sind doch die Industrie- und Handelskammern im Lande auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der Landesregierung, der absoluten SPD-Mehrheit angewiesen.

Ein Scherbengericht sieht er am 30. September nicht auf sich zukommen. 1979 noch errang die FDP landesweit 6,5 Prozent, dieses Mal müssen die Liberalen damit rechnen, daß sie nur noch in wenigen Kommunalparlamenten Sitz und Stimmen erringen werden. Aber „auch bei einem enttäuschenden Ergebnis will ich Landesvorsitzender bleiben“, sagte Möllemann kürzlich.

Die Weichen dafür hat er schon gestellt. Gegenüber der WELT sagte er: „Das Abschneiden vor Ort wird ganz überwiegend von lokalen Themen und vom Auftreten der Kandidaten abhängig sein. Sie haben dann den Ruhm.“

Ungesagt blieb dabei, daß wohl seiner Meinung nach dann auch die Lokalheroen das Risiko des Verlustes allein tragen müssen.

Andreotti flie[…] mit Genscher nach Costa R[…]

Co. New[…]

Der italienische Außenm[…] Andreotti, der kürzlich mit sei[…] lehnung einer deutschen Wie[…] einigung den besonderen Zo[…] Bundesaußenminister Gensch[…] regt hatte, wird am Freitag zusa[…] mit Genscher in einer Sonderm[…] ne der Luftwaffe von New Yo[…] Teilnahme an der gemeinsame[…] ßenministerkonferenz der EG[…] ten und der Staaten Mittelam[…] nach nach Costa Rica fliegen.

Außer Andreotti werden au[…] Außenminister Frankreichs, Gr[…] tanniens, Belgiens, Dänemark[…] lands, Mexikos und Kolumbie[…] wie der EG-Kommissar Pisani […] nommen werden. Der italien[…] Außenminister hatte seinen Mi[…] der unter Diplomaten süffi[…] Kommentare auslöste, schon v[…] nen von der Bundesregierung […] gerügten Äußerung über den Pa[…] manismus erbeten. Inzwischen […] bei einem Treffen mit Gensch[…] Luxemburg von seinen eigenen […] ten abgerückt. „Eine neue Fr[…] schaft ist damit allerdings nich[…] gründet worden“, meinte ein M[…] beiter des Bundesaußenminister[…]

Weiterer Abbau der Grenzkontroll[…]

hey, B[…]

Bundeskanzler Helmut Kohl […] der französische Staatspräs[…] Francois Mitterrand wollen im n[…] sten Monat voraussichtlich in P[…] zu einem weiteren Vier-Augen[…] spräch zusammenkommen. Be[…] morgen berät der Chef des Bun[…] kanzleramts, Schreckenberger, in […] ris über weitere Möglichkeiten […] Abbau der Kontrollen an […] deutsch-französischen Grenze. Pa[…] lel dazu wollen Experten aus den […] ständigen Ministerien die Erfahr[…] gen austauschen, die seit dem […] krafttreten des Abkommens über […] Vereinfachung der Kontrollen […] macht worden sind. Dabei soll […] auch um die Realisierung einer zw[…] ten Stufe gehen, insbesondere um […] meinsame Kontrollstellen, die […] sammenarbeit von Zoll und Sich[…] beitsbehörden, Möglichkeiten […] Angleichung der Visavorschrift[…] die Einführung höherer Freimeng[…] von Waren und Erleichterungen […] den Güterverkehr.

Jugoslawien ließ Ehefrau ausreisen

AP, Wien

Die jugoslawischen Behörden haben einer tschechoslowakischen Frau, die am Wochenende bei einem Fluchtversuch ihrer Familie über die Mur nach Österreich zurückgeblieben war, die Ausreise nach Österreich gestattet. Die Genehmigung für die 30 Jahre alte Frau, ihrem Mann und ihrem sechsjährigen Sohn nachzureisen, wurde von Belgrad mit dem Hinweis auf die Familienzusammenführung erteilt. Die Frau war von der Strömung im Fluß abgetrieben und von jugoslawischen Grenzpolizisten festgenommen worden.

Neonazi wollte Waffenfabrik bauen

rtr, München

Der Gründer der inzwischen verbotenen rechtsextremen „Wehrsportgruppe Hoffmann“, der 46jährige Grafiker Karl-Heinz Hoffmann, wollte Anfang der 80er Jahre in Libanon eine Waffenfabrik bauen, um die Palästinenser zu beliefern. Vor dem Nürnberger Schwurgericht gestand Hoffmann gestern außerdem ein, in Beirut zur Finanzierung eines Waffengeschäfts 100-Dollar-Noten für seine arabischen Partner gefälscht zu haben. Er bestritt aber, daß seine Gruppe der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterstellt gewesen sei.

Opfer sollen in Zukunft mehr Rechte haben

Heute beginnt in Hamburg der 55. Deutsche Juristentag

H.-H. HOLZAMER, Hamburg

Wirtschaftliche Fragen werden auf dem 55. Deutschen Juristentag, der heute im Hamburger Congress Centrum beginnt, den größten Stellenwert haben. Etwa 2000 Juristen werden sich bemühen, grundsätzliche Probleme für die Entwicklung des Rechts zu lösen und dem Gesetzgeber Denkanstöße zu geben, eine Aufgabe, der in der Vergangenheit viele Juristentage gerecht wurden. So wurden etwa das neue Strafrecht und der Verbraucherschutz in den Abteilungen früherer Juristentage „vorgedacht“.

Der diesjährige Juristentag, auf dem Bundeskanzler Helmut Kohl zur Eröffnung sprechen wird, hat fünf Abteilungen. In der zivilrechtlichen wird die Frage erörtert, ob sich eine Neukonzeption des Werkvertragsrechts empfiehlt. Als Diskussionsgrundlage liegt den Juristen ein Gutachten des Mainzer Wissenschaftlers Arndt Teichmann vor. Das Problem in diesem Bereich ist überwiegend systematischer Natur. So haben sich etwa im Baurecht eigene Vertragstypen herausgebildet, die das Bürgerliche Gesetzbuch nicht kennt. Auch in anderen Bereichen haben sich Entwicklungen abgezeichnet, die im BGB noch nicht nachvollzogen wurden.

Die wirtschaftsrechtliche Abteilung will sich um Vorschläge zu einer besseren Eigenkapitalausstattung der Unternehmen bemühen. Das Gutachten hierzu erstellte der Tübinger Professor Dieter Reuter. Eine solide Eigenkapitalbasis ist sowohl für die unternehmerische Investitionstätigkeit als auch im Hinblick auf die anstehenden Rechtssetzungen zum Insolvenzrecht von ausschlaggebender Bedeutung.

Eine verbesserte Rechtsstellung des Verletzten im Strafverfahren ist das Thema der strafrechtlichen Abteilung, das Gutachten schrieb der Bonner Professor Peter Rieß. Hier soll der Entwicklung der letzten Jahrzehnte entgegengesteuert werden, die ausschließlich den Beschuldigten im Zentrum des Verfahrens und der gesamten strafprozessualen Diskussion sah und den Verletzten in eine Randposition abgedrängte

Der Münsteraner Rechtslehrer Albert Bleckmann legt den Juristen, die sich für die verwaltungsrechtliche Abteilung entschieden haben, Vorschläge zu einem „Ordnungsrahmen für das Recht der Subventionen“ vor, und für die sozialrechtliche Abteilung leuchtet der Gießener Wissenschaftler Meinhard Heinze die Möglichkieten „der Fortentwicklung des Rechts der Sozialen Sicherheit zwischen Anpassungszwang und Bestandsschutz“ aus.

FDP: Einkommen „vorsichtig“ anheben

Auftakt der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst / Diesmal keine „Nullrunde“

GÜNTHER BADING, Bonn

Zum heutigen Auftakt der Tarifrunde im öffentlichen Dienst hat sich das FDP-Präsidium gestern für „vorsichtige Einkommensverbesserungen“ in diesem Bereich ausgesprochen. Zwar solle die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung fortgesetzt werden, doch müßten „im Rahmen dieser Politik auch Spielräume für eine vorsichtige Einkommensverbesserung im öffentlichen Dienst genutzt“ werden, erklärte Parteisprecher Herbert Schmülling. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor wenigen Tagen auf einer CDU-Kundgebung in Krefeld keinen Zweifel daran gelassen, daß die für 1984 festgelegte „Nullrunde“ bei den Einkommensverbesserungen des öffentlichen Dienstes 1985 nicht wiederholt werden soll.

Die Gewerkschaften fordern von den öffentlichen Arbeitgebern in Bund, Ländern und Gemeinden übereinstimmend für die 2,24 Millionen Arbeiter und Angestellten höhere Einkommen schon in diesem Jahr. Die Einkommenstarifverträge sind zum 31. August gekündigt worden.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) verlangt nun ab September für die nächsten zwölf Monate fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 110 Mark monatlich. Hinzu kommt die Forderung nach zehn zusätzlichen freien und bezahlten Tagen im Jahr. Damit will die ÖTV einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche für den öffentlichen Dienst erreichen. Rechnerisch entspricht die Forderung nach zehn bezahlten freien Tagen der im Metall- und Druck-Bereich nach monatelangen Streiks durchgesetzten durchschnittlichen Arbeitswoche von 38,5 Stunden.

Eine ruhigere Linie vertritt dagegen die „Tarifgemeinschaft“ der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des Öffentlichen Dienstes (GGVÖD) und dem Marburger Bund. Die DAG-Mannschaft fordert nur 4,5 Prozent mehr Einkommen für die Angestellten und setzt sich dazu für die Einführung der in der Wirtschaft in mehreren Branchen schon vereinbarten Vorruhestandsregelung für ältere Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ein.

Zur Begründung der niedrigeren Forderung erklärten DAG-Spitzenfunktionäre, man wolle eine realistische Forderung, die „nah am Ergebnis“ liege. Auch müsse man die 4,5-Prozent-Forderung als „Gesamtvolumen“ sehen; Kosten für die Einführung des Vorruhestands seien darauf anzurechnen. Von der Einführung eines Mindestbetrages habe man abgesehen.

Bei der Umrechnung von zusätzlichen Urlaubstagen auf die Lohnkosten gehen die Gewerkschaften allgemein von 0,4 Prozent Kosten für einen zusätzlichen Tag aus. Demnach entspräche die ÖTV-Forderung nach fünf Prozent mehr Lohn und zehn freien Tagen, also vier Prozent, einer Gesamtforderung von neun Prozent Mehr an Personalkosten für die öffentlichen Arbeitgeber. Diese Forderung hält man bei der mit der ÖTV konkurrierenden DAG für unrealistisch.

Obwohl Signale für Einkommensverbesserung ab 1985 sowohl vom Kanzler selber als auch vom Koalitionspartner FDP gekommen sind, wird die diesjährige Tarifrunde möglicherweise doch zu einem „heißen Herbst“ im öffentlichen Dienst führen. Bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wollen die Arbeitgeber hart bleiben. Auch werden sie kaum bereit sein, allgemeine prozentuale Einkommensverbesserungen schon in den letzten Monaten 1984 zuzugestehen, da sie schon mit der Forderung nach Übertragung jeder Lohnerhöhung auf die Beamten konfrontiert worden sind.

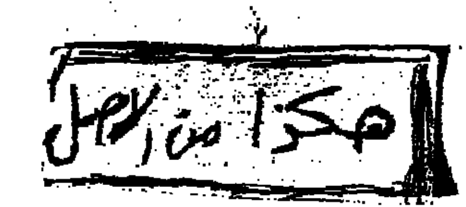
Hier allerdings gibt es nicht so viel Spielraum für Verhandlungsführer Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, daß schon ab September die 1984er „Nullrunde“ unterlaufen werden könnte.

Kohl spricht mit Schlüter über NAT[…]

dpa, Kopenhag[…]

Der zweitägigen offizielle Besu[…] des Bundeskanzlers in Dänema[…] wurde bei der gestrigen Anku[…] Kohls von der Kopenhagener Pres[…] bis auf eine Ausnahme ignoriert. […] einem kritisch gehaltenen Artik[…] schrieb der Bonner Korresponde[…] der Zeitung „Politiken“, Kohl ha[…] wenig Respekt für dänische Polit[…] und betrachte das Land als einen e[…] wenig unsicheren Alliierten inne[…] halb der NATO. Am Tag der Ankur[…] Kohls hatten unbekannte Täter, d[…] sich als „Kommando Ulrike Meinho[…] bezeichneten, Stinkbomben in d[…] deutsche Botschaft geworfen ur[…] Fensterscheiben zerschlagen. An[…] deutsche Parolen waren auch am B[…] ro der deutschen Lufthansa in K[…] penhagen auf die Fensterscheiben g[…] schmiert worden. In der ersten B[…] gegnung zwischen Kohl und Min[…] sterpräsident Schlüter standen Fr[…] gen der NATO-Politik und die aktue[…] le Ost-West-Lage im Mittelpunkt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published dai[…] except sundays and holidays. The subscriptio[…] price for the USA is US-Dollar 365,00 per a[…] num. Distributed by German Language Publi[…] cations, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewoo[…] Cliffs, NJ 07632. Second class postage is pai[…] at Englewood, NJ 07631 and at additional ma[…] ling offices. Postmaster: send address chan[…] ges to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLI[…] CATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Engle[…] wood Cliffs, NJ 07632.



FREUNDLICH & KOMPATIBEL



DIE NEUEN PERSONAL COMPUTER MIT EUROPÄISCHEM KNOW-HOW.

In den neuen Olivetti Personal Computern steckt die Erfahrung des größten europäischen Büro- und Informatik-Konzerns: all das Wissen, das Tag für Tag durch den Kontakt mit Unternehmen und Computerspezialisten in ganz Europa erworben wird – seit es Computer gibt. Und wenn wir Lösungen erarbeiten, berücksichtigen wir von vornherein Ihre Bedürfnisse, Ihre Arbeitsgewohnheiten und Ihre Vorstellungen.

Die Personal Computer von Olivetti sind selbstverständlich hardware- und softwarekompatibel zum internationalen Industriestandard. Aber sehr viel leistungsfähiger in der Verarbeitung von Text, Daten und Grafik. Und dabei so ausbaufähig, daß sie immer soviel Kapazität bereitstellen, wie Sie gerade brauchen. Die Olivetti Personal Computer wachsen Schritt für Schritt mit Ihrem Bedarf – bis zu einem lokalen Netz – wenn Sie es wünschen.

Die Personal Computer von Olivetti: Made in Europe. Die Alternative.

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name: ....
Firma: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....

PC I/42-Welt

Der „Grenada-Effekt" greift

Fünf Wahlen seit der US-Intervention / Konservativer Trend in der Karibik

WERNER THOMAS, Miami

Wenn sich die Grenada-Intervention und das damit verbundene Ende einer Herrschaft von Marxisten im nächsten Monat zum ersten Mal jährt, bietet die englischsprachige Karibik ein konservatives Bild. Die antimarxistischen Regierungschefs sitzen fester denn je im Sattel oder wurden durch gleichgesinnte Politiker ersetzt. Die linken Bewegungen sind in der Defensive. Die Möglichkeiten eines weiteren marxistischen Experimentes in dieser Region sind vorerst gering. In der Karibik spricht man vom „Grenada-Effekt".

Es hat in der Zwischenzeit fünf vorgezogene Wahlen gegeben, weil sich die jeweiligen Regierungschefs auf der Popularitätswoge der Grenada-Ereignisse eine weitere Amtszeit sichern wollten. Die erste und zugleich *wichtigste fand bereits drei Wochen* nach der Landung der amerikanischen Truppen (25. Oktober 1983) statt: Am 15. Dezember 1983 ließ Jamaicas Premierminister Edward Seaga ein neues Parlament wählen. Seaga, die treibende Kraft hinter der Invasionsentscheidung, und seine „Jamaica Labour Party" (JLP) gewannen alle 60 Parlamentssitze. Die sozialistische Oppositionspartei „People's National Party" (PNP), von dem ehemaligen Premier Michael Manley gesteuert, boykottierte den Urnengang. Meinungsumfragen zufolge hätte sie keine Chance gehabt. Vor Grenada lag Manley weit in Führung. Seaga kann die größte englischsprachige Insel (2,3 Millionen Einwohner) jetzt bis 1988 regieren.

Anguilla, die kleine britische Kolonie (6500 Einwohner), folgte am 9. März dieses Jahres und erlebte einen Regierungswechsel: Emile Gumbs (Anguilla National Alliance) löste den bisherigen Chefminister Ronald Webster (Anguilla People's Party) ab. Beide hatten im Wahlkampf energisch die Invasion verteidigt. Webster unterlag, weil er nach 18 Regierungsjahren verbraucht wirkte.

Antigua/Barbuda, 70 000 Einwohner, 1981 unabhängig geworden, wählte am 24. April. Vere Cornwall Bird, der greise Premierminister (74), der seit drei Jahrzehnten die Politik dominiert, verbuchte einen überwältigenden Sieg. Seine Antigua Labour Party eroberte 16 der 17 Parlamentsmandate. Auch die beiden einflußreichsten Oppositionsparteien vertraten die Ansicht, daß die Grenada-Aktion notwendig war. Die Antigua Caribbean Liberation Movement jedoch, eine linke Bewegung mit Sympathien für die Marxisten Grenadas, wollte nicht antreten.

In St. Kitts/Nevis blieb ebenfalls alles beim alten, als die Bevölkerung am 21. Juni zu den Urnen gerufen wurde. Die People's Action Movement des Premierministers Dr. Kennedy Simmonds und die Nevis Reformation Party, die Koalitionspartei, erhielten neun der elf Sitze im Parlament. Die St. Kitts/Nevis Labour Party des Oppositionsführers Lee Moore verlor zwei ihrer bisher vier Sitze. Moore gilt als linker Sozialdemokrat, der gelegentlich Verständnis zeigte für das marxistische Experiment auf Grenada. Die beiden Inseln, erst seit September 1983 unabhängig, zählen mit nur 45 000 Einwohnern zu den kleinsten Inselstaaten der Welt.

Schließlich gab es am 25. Juli in jener Inselkette eine Wachablösung, die Grenada am nächsten liegt: St. Vincent and the Grenadines. Ex-Premier James Mitchell (New Democratic Party) verdrängte Regierungschef Robert Milton Cato (St. Vincent and the Grenadines Labour Party) von der Macht. Zwei linke Gruppen, United People's Movement und Movement of National Unity, die Kontakte hielten zur marxistischen New Jewel Movement auf Grenada, endeten weit abgeschlagen. Mancher Wähler dieser 110 000 Einwohner zählenden Nation, die 1979 ihre Unabhängigkeit von den Briten erhielt, wollte nicht vergessen, daß Cato im letzten Jahr konziliante Gesten gegenüber dem marxistischen Grenada empfohlen hatte. Als Premier Maurice Bishop von seinen innerparteilichen Rivalen ermordet wurde, drängte er die karibischen Staaten zu Verhandlungen mit dem Armeerat, der bis zur Invasion auf Grenada die Macht ausübte.

Catos Nachfolger Mitchell kümmerte sich auf andere Weise um Grenada: Zusammen mit John Compton und Tom Adams, den Regierungschefs von St. Lucia und Barbados, förderte er Ende August die Gründung einer neuen Partei der Mitte, der New National Party, die unter der Führung des angesehenen Geschäftsmannes Herbert Blaize steht. Denn im Dezember wird auch auf Grenada gewählt. Es sind Wahlen, denen die Reagan-Regierung etwas nervös entgegenblickt: Die Grenada United Labour Party des kontroversen Ex-Premiers Sir Eric Gairy, den fliegende Untertassen faszinieren, könnte gewinnen und die Uhr zurückstellen. Die Linken der Region würden jubilieren. Auch die Amerikaner hoffen, daß ein Mann wie Blaize die nächste Regierung bildet. (SAD)

Zu Tschernenkos Geburtstag nur ein Standfoto

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Wie das Moskauer Fernsehen Konstantin Tschernenko darbietet und wie er sich selbst dabei präsentiert, ist ein beliebtes Schauspiel der Sowjetmenschen geworden. Dies um so mehr, als von den politischen Aktivitäten des Kreml-Chefs wenig zu bemerken ist, seit er sich am 5. September nach siebenwöchiger Erholung durch eine Ordensverleihung öffentlich in Erinnerung brachte.

Zu seinem gestrigen 73. Geburtstag wurde er nun selbst geehrt: Das Präsidium des Obersten Sowjets, dem er als Staatsoberhaupt in eigener Person vorsitzt, verlieh ihm den vierten Lenin-Orden und zum dritten Male die Medaille „Hammer und Sichel" in Gold. Diese höchste sowjetische Auszeichnung ist mit dem Titel „Held der sozialistischen Arbeit" verbunden.

Von den Verdiensten des dreifachen Helden war viel, vom Anlaß nicht die Rede. Das Parteiorgan „Prawda" begnügte sich mit dem schmucklosen Abdruck der 14 Textzeilen. Das Fernsehen trug sie zu einem Standfoto des Partei- und Staatschefs majestätisch vor. Gab es also keine feierliche Ordensverleihung?

Das Staatsfernsehen bemüht sich neuerdings auffällig, die Leistungsfähigkeit Tschernenkos unter Beweis zu stellen. Nach erneuter Pause vor acht Tagen in den Kreml zurückgekehrt, erschien er während der Woche gleich zweimal auf dem Bildschirm.

Hatte der Generalsekretär bei seinem ersten Auftritt Anfang September durch starre Unbeweglichkeit irritiert, so dementierte seine Linke am Dienstag mit einem schwungvollen Schulterschlag überzeugend alle unangebrachten Spekulationen. Am Freitag wurde ein neues Arrangement gewählt: Tschernenko saß am leeren Konferenztisch und trug eine Grußbotschaft an das finnische Nachbarvolk scheinbar frei vor.

Unter Breschnew setzte der lange im Parteiapparat verborgene Funktionär zu rasantem Höhenflug an: 1976 wurde Tschernenko ZK-Sekretär, ein Jahr später Kandidat und 1978 Vollmitglied des Politbüros. Die Zurücksetzung unter Andropow hat ihn offenbar auch gesundheitlich so sehr mitgenommen, daß es schwerfällt, die Weisheit seiner Wahl zum Nachfolger glaubwürdig zu machen.

Die Pasok-Fraktion begehrte auf

Papandreous Kronprinz ist umstritten / Die Gewichte in der Regierungspartei

E. ANTONAROS, Athen

Die am Wochenende erfolgte kleine Umbildung des Kabinetts Papandreou hat nach zuverlässigen Informationen von eingeweihten Kreisen heftige Turbulenzen innerhalb der regierenden Pasok-Partei ausgelöst. Führende Partei- und Regierungsangehörige machen keinen Hehl aus ihrer Verärgerung ‚daß der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Akis Tsochatzopoulos, aufgewertet worden ist. In diesen Tagen soll er das Amt eines Ministers beim Ministerpräsidenten übernehmen.

Tsochatzopoulos, der neben dem Regierungschef mit Abstand das einflußreichste Mitglied des 11köpfigen Exekutivbüros der Pasok-Partei ist und politisch ziemlich weit links zu stehen scheint, sollte nach Papandreous Wunsch ursprünglich Vizepremier werden. Doch auf einer stürmischen Sitzung des Parteivorstandes einige Tage vor dem Revirement stießen Papandreous Pläne auf heftigen Widerstand. Insbesondere Außenminister Ioannis Charalambopoulos und Parlamentspräsident Ioannis Alevras, zwei der ältesten Mitarbeiter des Premiers und als gemäßigt bekannt, meldeten ihre Einwände gegen die geplante Beförderung des erst 45 Jahre alten Bauingenieurs Tsochatzopoulos an. Beide gelten als Sprecher der Fraktion der Regierungspartei, während Tsochatzopoulos sich als Cheforganisator der Partei einen Namen gemacht hat.

Mit so viel Widerstand – Charalambopoulos drohte gar mit einer Niederlegung seiner Ämter – konfrontiert, mußte Papandreou schließlich nachgeben. Er begnügte sich damit, Tsochatzopoulos zum Minister in seine Kanzlei zu berufen. Weil dieses Amt nicht existiert, wird Papandreous designierter Kronprinz, wie er von der Athener Presse bereits genannt wird, erst zu einem späteren Zeitpunkt vereidigt. Zuvor muß das entsprechende Gesetz verabschiedet werden.

Auch diese Kompromißformel ist von der Fraktion nur zähneknirschend akzeptiert worden. Tsochatzopoulos soll nämlich nunmehr die Funktion eines Oberkoordinators der Regierungstätigkeit übernehmen. Der bereits vorliegende Gesetzentwurf sieht vor, daß Papandreou ihm diverse Aufgaben in diesem Sinne übertragen kann. Dadurch könnte er zum Aufpasser seiner Kabinettskollegen werden. Das wollen sich wiederum andere wichtige Minister nicht gefallen lassen. Sie haben dem Premier bereits in aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie unter keinen Umständen bereit wären, Weisungen von Tsochatzopoulos entgegenzunehmen. Darüber hinaus wird Tsochatzopoulos' Berufung als ein gezielter Versuch Papandreous betrachtet, einen Nachfolger aufzubauen, ohne die Fraktion und die Partei-Organe zu konsultieren.

Die gespannten Beziehungen zwischen Fraktion und Partei versuchte Papandreou jetzt insofern zu entschärfen, indem er vier neue Köpfe, allesamt Fraktionsangehörige, ins Kabinett berief. Aber mit viel Applaus darf er auch diesmal nicht rechnen. Zahlreiche Pasok-Abgeordnete halten ihm vor, das Revirement nur aus rein kosmetischen Gründen vorgenommen zu haben und nicht unbedingt die fähigsten Köpfe in sein Kabinett aufgenommen zu haben. Mindestens fünf Abgeordnete haben Papandreous Offerten für ein Ministeramt zurückgewiesen, weil sie mit der Art und Weise, wie die Regierungsgeschäfte ausgeübt werden, nicht einverstanden sind. Trotz der Kritik, die hinter vorgehaltener Hand immer lauter wird, ist Papandreous Führungsstellung unbestritten. Aber er wird in Zukunft stärker das Gleichgewicht der Kräfte innerhalb seiner aus vielen Flügeln bestehenden Partei beachten müssen. (SAD)

Mulroney setzt Zeichen für die Wende

Treffen des kanadischen Premiers mit Reagan am Donnerstag / Anreize für Investitionen

F. MEICHSNER, Ottawa

Die nach dem konservativen Erdrutschsieg gebildete neue kanadische Regierung unter Premierminister Brian Mulroney hat die ersten Zeichen für die im Wahlkampf versprochene politische und wirtschaftliche Wende gesetzt: Mulroney vereinbarte für kommenden Donnerstag ein Treffen mit US-Präsident Ronald Reagan in Washington, und das Kabinett beschloß die Auflösung zweier defizitärer staatlicher Agenturen – ein Beschluß, der allgemein als Abkehr von der den abgewählten Liberalen vorgeworfenen unverantwortlichen Ausgabenpolitik und Praxis der Ämterpatronage gewertet wird.

Das Treffen in Washington, mit dem Mulroney auf internationalem Parkett debütieren wird, soll offensichtlich jenes „besondere Verhältnis" (special relationship) zwischen den beiden nordamerikanischen Nachbarn wiederherstellen, das in den zwei Jahrzehnten liberaler Vorherrschaft in Ottawa unter dem oft exzentrisch-nationalen Premierminister Pierre Trudeau kaum noch bestanden hatte. Während der Wahlkampagne hatte Mulroney immer wieder die Politik des Gleichen-Abstand-Haltens gegenüber den beiden Supermächten kritisiert, die von Trudeau – besonders mit Worten – verfolgt worden war.

Daß auch dem amerikanischen Präsidenten an einer Klimaverbesserung gelegen ist, schließt man in Ottawa aus der in der vergangenen Woche in Washington getroffenen Entscheidung, den kanadischen Stahlimport nicht zu begrenzen. Eine Kontingentierung, die von der kanadischen Stahlindustrie zunächst befürchtet worden war, hätte zwangsläufig zur weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Kanada geführt, die bei über elf Prozent liegt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht auf der Prioritätenliste der Regierung Mulroney an erster Stelle. Sie setzt dabei weniger auf Staatsinterventionen als auf die Ermutigung des freien Unternehmertums.

In Ottawa hofft man, daß unter der neuen Regierung auch das Auslandskapital wieder stärkere Investitionsanreize verspüren wird. Die Liberalen hatten im Bestreben, den Zufluß US-amerikanischen Kapitals unter Kontrolle zu halten, eine „Foreign Investment Review Agency" (FIRA) eingesetzt, von der jede ausländische Kapitalinvestition geprüft und genehmigt werden mußte.

Kanadische Regierungskreise erwarten jetzt zwar nicht unbedingt die Auflösung der FIRA, aber eine starke Verlagerung ihres Aufgabengebiets von der Kontrolle zur Steuerung, Beratung und Ermunterung potentieller ausländischer Kapitalanleger.

Aufgelöst hat die Regierung die „Canadian Sports Pool Corporation", eine staatlich betriebene Sportlotterie, die laufend Defizite produzierte und sich zu einer Pfründe für liberale Politiker entwickelt hatte, sowie das „Canadian Unity Information Office", das die vorherige Regierung weitgehend als liberales Propagandainstrument mißbraucht hatte.

Mulroney hatte schon im Wahlkampf angekündigt, daß er den Verteidigungshaushalt erhöhen werde. Das Budget für die 81 000 Mann starken Streitkräfte, von denen 5000 bis 6000 Mann in der Bundesrepublik stationiert sind, war unter den Liberalen an die unterste Grenze der NATO-Bandbreite abgerutscht. Mulroney, der den amerikanischen Wünschen nach einer Modernisierung der weitgehend veralteten Ausrüstung der Armee nachkommen will, scheint allerdings noch nicht zu wissen, woher er angesichts des explodierenden Haushaltsdefizits, das er einzudämmen versprochen hat, das Geld dazu nehmen soll.

In der Entwicklungspolitik deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß Kanada zwar grundsätzlich zu seinem Engagement auf diesem Gebiet steht, jedoch in der Praxis selektiver vorgehen wird als bisher.

Südjemen – Hinterland für Arafat

Für die PLO ist Aden ein verlässlicher Bundesgenosse / Traditionelle Verbindungen

Die Regierung Südjemens hat sich in *den letzten Monaten intensiv um eine* Aussöhnung zwischen der syrischen Regierung und PLO-Chef Arafat bemüht. Die Vermittlungsversuche blieben bisher ergebnislos. Sie zeigen aber, daß die PLO Arafats in Aden engagierte Fürsprecher hat.

Von HARALD VOCKE

Wie ein richtiger südjemenitischer Meuchelmord vonstatten geht, kann man in den südarabischen Dialektstudien des schwedischen Grafen Carlo Landberg nachlesen.

Um Blutrache wegen der Entführung einer Frau zu üben, schleichen sich Fadl Ali und sein Onkel ins Haus ihres Feindes Nasir ein. Während Nasir und seine Verwandten schlafen, stürzt sich Fadl Ali auf sie und schneidet dem Mann, auf den er zunächst stößt, mit dem Krummdolch die Kehle durch. Die Absicht, noch einen zweiten Mann zu erstechen, mißlingt. Denn der Dolch gleitet ab. Den Schießereien an den folgenden Tagen fallen nur wenige Menschen zum Opfer. Man verwüstet gegenseitig die Felder, stiehlt sich das Vieh. Die Krieger einer Partei töten fünfzehn Schafe und vier Kamele ihrer Feinde durch Stiche ins Bauchfell. Der Bericht über die südarabische Blutfehde endet mit der Bemerkung, der „Krieg" zwischen den verfeindeten Parteien dauere noch an.

In diesem Sommer starb in Madrid ein Araber, der von der spanischen Polizei zunächst als „südjemenitischer Diplomat" identifiziert worden war. Bei näherer Nachprüfung ergab es sich, daß jener Zaki al Hallu (alias Abu Said) für militärische Sonderkommandos der „Volksfront zur Befreiung Palästinas" verantwortlich gewesen sein soll. Seit der Flucht der „Organisation zur Befreiung Palästinas" (PLO) aus Libanon nach Tunis im Spätsommer 1982 ist es um die Aktivitäten mancher palästinensischer Kampforganisationen verdächtig ruhig geworden. Die großen Zusammenkünfte der Führungsstäbe der PLO in der libanesischen Hauptstadt, über die arabische Journalisten ausführliche Berichte verfaßten, gehören der Vergangenheit an. Die Spaltung der Fatah-Terroristen in einen dem PLO-Chef Arafat loyalen und einen prosyrischen Zweig lähmt die Aktivität der radikalen Palästinenser. Aber Erpressungsmanöver und politische Attentate lassen sich von Tunis aus ebensogut wie ehemals in Beirut organisieren. Die „Volksfront zur Befreiung Palästinas" und die „Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas" haben zwar einen nicht unerheblichen Teil ihres Anhangs in Beirut verloren. Aber mit Terroranschlägen und als Ideologen haben diese Palästina-Araber noch längst nicht ausgespielt.

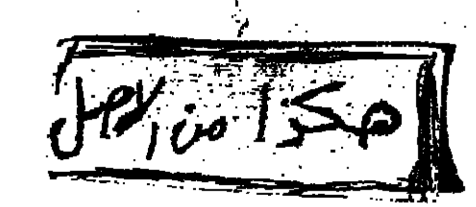
Südjemen ist ein Musterbeispiel dafür, daß die im Westen verbreitete These nicht stimmt, islamische Länder seien gegen den Kommunismus gefeit. In Aden hat nach dem Abzug der britischen Kolonialmacht eine radikal marxistisch orientierte Regierung die Macht ergriffen. Den traditionsreichen britischen Flottenstützpunkt und den Flugplatz übernahm die Sowjetunion. Ostberliner „Berater" haben den innenpolitischen Sicherheitsdienst in der Hand. Südjemen ist für Moskau ein wichtiges Land. Denn von hier aus können auf Karawanenwegen Revolutionäre in das ölreiche Saudi-Arabien eingeschleust werden.

Auch für den linken Flügel der palästinensischen Kampforganisationen ist Südjemen als marxistisches Hinterland nicht uninteressant. Najef Hawatmeh, der Gründer der „Demokratischen Volksfront zur Befreiung Palästinas", hat zeitweise in Südjemen gelebt. Der aus Transjordanien gebürtige Christ war schon in den sechziger Jahren unter den Arabern Palästinas einer der gewandtesten marxistischen Intellektuellen. Heute wirken die Kampfschriften, die er in den späten sechziger Jahren in arabischer Sprache verfaßte, freilich ermüdend abstrakt. Was hatte es zu bedeuten, wenn der Palästinenser Hawatmeh beispielsweise die südjemenitische Einheitspartei „Nationale Befreiungsfront" in Aden als „kleinbürgerlich" einstufte, ihrem Zweig in dem noch viel rückständigeren Hadramaut hingegen bescheinigte, daß er nicht „kleinbürgerlich" sei? Von Hawatmeh erschien in Beirut schon 1968 eine Schrift über die „Krise der südjemenitischen Revolution". 1970 glaubte er in einer weiteren Schrift dem „Palästinensischen Widerstand" eine Krise zuschreiben zu müssen.

Beirut hat den Palästinensern bis zu ihrem Abzug nach Tunis gute Druckpressen für die Veröffentlichung ideologischer Kampfschriften zur Verfügung gestellt. Radikaler als die libanesische Linke sind aber heute noch die Führungskader der südjemenitischen Einheitspartei. Ihr Land ist bettelarm. Zur hauchdünnen Führungsschicht der islamischen Schriftgelehrten haben die südjemenitischen Marxisten niemals gezählt. Auch wenn ihr Land de facto beinahe ein Satellit der Sowjetunion ist, geht es den marxistischen Funktionären in Aden heute besser, als es ihnen unter den Engländern ging.

Die ehemaligen Sultane, Oberscheiche und Prinzen der Kolonialzeit haben Südjemen mit der britischen Kolonialmacht schon 1967 verlassen. Im Westen fragt niemand nach Südjemen. Westliche Journalisten erhalten kein Einreisevisum in das von Moskau abhängige Land, soweit nicht von vornherein feststeht, daß sie vertrauenswürdige Freunde der Sowjetunion sind. In Südjemen wurden palästinensische Terroristen schon mehrfach für politische Attentate trainiert. Daß jener „Abu Said", der jüngst als südjemenitischer Diplomat in Spanien auftrat, das Opfer und nicht der Täter eines Attentats war, ist beinahe ein Zufall.

Zu leichtfertig hat 1967 der Westen in Aden, an der Südpforte Arabiens, strategisch wichtige Positionen geräumt. Für die PLO, deren Schirmherr und Waffenlieferant immer noch die Sowjetunion ist, sind die Südjemeniten verläßliche Bundesgenossen, gleichviel, ob sich das Hauptquartier der palästinensischen Kampforganisationen in Beirut oder in Tunis befindet.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Jugendliche und Politik

„Was haben junge Wähler gegen die alten Parteien?"; WELT vom 18. September

Sehr geehrte Redaktion,

Ihren Artikel können wir aus eigener Erfahrung nur unterstreichen. Zwei Punkte fehlen uns allerdings in der Aufzählung der Gründe für das gegenwärtige Verhalten so vieler Jugendlicher: die Erziehung zur Kritik und das Verhalten der Politiker selbst!

Wer ständig aufgefordert wird, alles und jedes zu hinterfragen, wird mit Grundsatzprogrammen wenig anfangen können. Daß in 80 Prozent aller Deutschbücher unser Staat als „ausbeuterische Klassengesellschaft" dargestellt wird, dürfte die Zustimmung zu den politischen Parteien auch nicht gerade erhöhen. Die „Wende" wird den bisher so erfolgreichen Marsch durch die Institutionen auch künftig nicht kompensieren können.

Ein wesentlicher Aspekt dürfte aber auch im Verhalten der Politiker selbst zu suchen sein. Wie ansprechend sind leere Bänke des Bundestags; besonders dann, wenn man am nächsten Tag in der Zeitung liest, daß die Sitzung wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden mußte.

Daneben werden Jugendliche innerhalb der Partei häufig ausschließlich als Jubelgarde angesehen. Kritische Vorschläge aus dieser Richtung werden zunächst darauf abgeklopft, ob einer der Partei-Etablierten dadurch seine Pfründe verliert. In manchen Vorstandssitzungen kommt man sich als Jugendlicher zudem vor wie im Kaspertheater.

Vergessen wir nicht die Aussage von H.-J. Veen, Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Jede Elterngeneration, jede Gesellschaft hat am Ende die Jugend, die ihr entspricht."

Ingrid Halasz,
Vorsitzende,
Junge Union, Hammelburg

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. *Je kürzer die Zuschrift ist, desto* größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Kehrtwendung

„SPD: Spenden für Friedensdemonstrationen"; WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist bezeichnend, daß die SPD, nachdem sie ihre Mitglieder schon dazu animiert hat, sich an den als Friedensdemonstrationen getarnten Manöverbehinderungen zu beteiligen, diese in einem internen Rundschreiben nun auch noch dazu verleiten will, die Kampagnen der sogenannten Friedensbewegung gegen die NATO-Manöver durch Spenden *finanziell zu unterstützen.* Als Empfänger der Spenden wird der als Einpeitscher und Scharfmacher auch bei anderen Aktionen – beispielsweise bei den Krawallen um das Kernkraftwerk Brokdorf – *bekannte Genosse* Leinen genannt.

Einige Bundestagsabgeordnete haben bereits ihren Obulus entrichtet. Es wäre interessant zu wissen, ob und welche Beträge die ehemaligen Verteidigungsminister Schmidt, Leber und Apel auf das Spendenkonto ihres Genossen Leinen – der zu Störaktionen gegen die „Kriegsmanöver der NATO" aufgerufen hat und der, wie sein Parteigenosse Lafontaine, den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO fordert – *einzahlen werden oder schon eingezahlt haben.*

Mit freundlichen Grüßen
P. Voelker,
Hildesheim

Das nahe Gute

„Schmerzgrenze beim Menü bei zehn Mark"; WELT vom 15. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Grund dafür, warum es vielen bundesdeutschen Autobahnraststätten nicht gut geht, ist ihr häufig phantasieloses Management sowie das wenig anregende Erscheinungsbild.

Wenn die Fachabteilung Autobahnraststätten im Gaststättenverband jetzt Shops einrichten will, die der Raststättenbesucher vor Passieren der Kasse durchwandert, so müssen als Vorbild hierfür nicht unbedingt die USA herhalten. Das Gute liegt viel näher, in unserem Falle in Österreich. Wer dort jemals die vorbildliche und sehr einfallsreiche Autobahngastronomie im wahrsten Sinne des Wortes genossen hat, kann es nur zutiefst bedauern, so etwas hierzulande entbehren zu müssen.

Freundliche Grüße,
Dr. Günter Thoß,
München

Wenig Ahnung

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Ihren Artikel „Das Charisma", erschienen am Samstag, den 15. September 1984, habe ich mit großem Interesse gelesen und stimme Ihnen inhaltlich voll zu. Dies gilt insbesondere für den zweiten Absatz der zweiten Spalte.

Die Forderung des Papstes, „den menschlichen Bedürfnissen Vorrang zu geben vor dem reinen finanziellen Gewinn", zeigt eigentlich nur, daß der Papst nur wenig Ahnung von wirtschaftlichen Dingen hat. Zum einen wird in vielen Bereichen der Wirtschaft seit langem danach verfahren, zum anderen bleibt der Papst die Antwort schuldig, wer bei welchen ökonomischen Sachzwängen den finanziellen Schaden zu tragen hat, bzw. wie hoch dieser für die Kapitalgeber zumutbar ist.

Die so formulierte Papstforderung oder -schelte macht meines Erachtens erneut deutlich, daß die Kirchen sich aus ökonomischen Fragen weitgehend heraushalten sollten, weil sie zu praxisnahen *Problemen* keine Antwort aus der Bibel geben können.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. W. von Seydlitz,
Ulm/Donau

Wort des Tages

„Auf die Füße kommt unsere Welt erst wieder, wenn sie sich beibringen läßt, daß ihr Heil nicht in neuen Maßnahmen, sondern in neuen Gesinnungen besteht."

Albert Schweitzer, Theologe, Arzt und Musiker (1875–1965)

Meinungsbildung

„Schilda in Bonn"; WELT vom 18. September

Die Stadt Bonn hat mit dem Komponisten, Herrn Olivier Messiaen, über einen Kompositionsauftrag verhandelt und diesbezüglich Einverständnis erzielt. *Darüber hinaus* sollen wesentliche Teile des Werkes Messiaens im Beethoven-Festival 1986 in das Programm aufgenommen werden. Dies ist Inhalt einer Korrespondenz *zwischen dem Oberstadtdirektor* der Stadt Bonn und Herrn Messiaen.

Über die Vergabe eines Beethovenpreises ist in diesem Zusammenhang *nicht verhandelt worden. Dies hat der* Kulturdezernent, Herr von Uslar, dann als zweiten Schritt vorgeschlagen. Dieser Vorschlag, den Beethovenpreis an Herrn Messiaen zu verleihen, *wurde in die Diskussion der* Kulturausschußsitzung vom 13. 9. 1984 eingebracht. Dazu gab es im politischen Raum unterschiedliche Betrachtungsweisen (ein Preis für Messiaen oder/und zusätzliche Preise für junge Komponisten?). Kurzum: Die Stadt und die Kulturverwaltung haben nichts nach außen versprochen, *was nicht von den Ratsmitgliedern* getragen werden konnte. Kein Schilda in Bonn, sondern normale Meinungsbildungsprozesse zwischen Legislative und Exekutive.

J. von Uslar,
Kultur- und Sportdezernent, Bonn

Rasche Reaktion

Sehr geehrter Herr Philipps,

mit großem Interesse haben wir Ihren Leitartikel „Einmaleins der Computer" in der WELT vom 12. 9. 1984 gelesen. Ihr Appell, „Angebote wie das der Sparkasse Bielefeld müßten aus dem Bereich der Wirtschaft verstärkt angeboten werden", ist bereits auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Stiftung der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein in Krefeld hat jetzt der kaufmännischen Berufsschule einen kompletten Computerraum eingerichtet, der sowohl zur Ausbildung der Berufsschüler als auch der Weiterbildung junger Berufstätiger in den Abendstunden dienen soll.

Dr. Büchel,
Krefeld

Personalien

VERANSTALTUNG

Noch einmal flotte Töne produzierte **Karl Theodor Paschke**, der bisherige Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes: Mit einer River Boat Shuffle auf dem Rhein verabschiedete sich der Diplomat, der auch Chef der Jazz-Band „Big Bonn Special" ist, von der Bundeshauptstadt. Paschke geht im Range eines Botschafters als Leiter der *Ständigen Vertretung* der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen nach Wien. Ein Gipsbein hatte Big Bonn Special nicht kopflos gemacht: Auf einem Barhocker thronend war Paschke als Saxophonist durchaus spielbereit. Bei der Bootsfahrt stellte sich auf überfülltem Unter- und Oberdeck auch offiziell sein Nachfolger vor: **Jürgen Chrobog**, der allerdings als Bandleader keine Nachfolge antreten wird. Seinen beiden Sprechern gaben Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** die Ehre und Bonns Regierungssprecher **Jürgen Sudhoff**, selbst einmal AA-Sprecher. Eingeladen war Bonns deutsche und internationale Presse.



Jazz wanted: Karl Theodor Paschke *FOTO: Keil*

*

„Auf sein Wort ist Verlaß. Wir, seine Freunde, haben dies in langen Jahren schätzen gelernt." So gestern **Walter Scheel**, Ehrenvorsitzender der FDP, in einer Laudatio zum 60. Geburtstag von Parteifreund **Wolfram Dorn**. *Die Liberalen* hatten sich zu einer Nachfeier in der Godesberger Stadthalle zusammengefunden. Dorn, früherer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, seit 1948 aktiv auf Kommunal-, Landes- und bundespolitischer Ebene für die FDP tätig, war im Juli 60 geworden. Wolfram Dorn ist heute Vorstandsvorsitzender der FDP-eigenen Wolfgang-Döring-Stiftung, die sich mit der Erwachsenenbildung befaßt. Als Gratulanten kamen die Minister **Martin Bangemann** und **Hans Engelhard**, die früheren FDP-Minister **Otto Graf Lambsdorff** und **Gerhart Baum**, Sportbundpräsident **Willi Weyer** und für die SPD Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau** sowie der sowjetische Exilschriftsteller **Lew Kopelew** und der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Döring-Stiftung, **Jürgen Möllemann**.

AUSZEICHNUNGEN

Preisträgerin des in diesem Jahr zum erstenmal vergebenen **Marie Luise Kaschnitz-Preises** der Evangelischen Akademie Tutzingen ist die Frankfurter Schriftstellerin **Ilse Aichinger**. Der Preis ist mit 10 000 Mark dotiert. Die Jury würdigte das poetische Gesamtwerk Ilse *Aichingers, zu dem erzählerische* und essayistische Prosa, Lyrik und Hörspiele zählen. Die Preisverleihung findet am 14. Oktober in Frankfurt am Main statt.

*

Zu den vom französischen Kulturminister **Jack Lang** ausgezeichneten Deutschen, an die der „Ordre des Arts et des Lettres" verliehen wurde, gehört auch der Leiter des Ludwighafener Theaters im Pfalzbau **Rainer Antoine**.

GEBURTSTAG

George Alfred Hesse, Mitglied einer der alten hanseatischen Kaufmannsfamilien in Hamburg, feierte seinen 75. Geburtstag. Hesse, selbst auch Außenhandelskaufmann, gestaltete sein Leben ganz in der Tradition der Familie, die neben dem Handel auch immer soziales Interesse bewiesen. So ist er Vorsitzender eines Kuratoriums für Altenheime, die sein Urgroßonkel im Jahre 1826 als Witwenstiftung gegründet hatte. Außerdem ist er Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Hilfsgemeinschaft, der Niederländischen Armencasse und Vorstandsmitglied des Hilfswerkes der Evangelischen Kirche. Im Jahre 1975 gründete Hesse den Verein Heine-Haus, um so ein Haus an Hamburgs Prachtstraße der Elbchaussee zu retten, in dem seinerzeit der Dichter sich mit seinem Onkel, dem Bankier **Salomon Heine**, zu treffen pflegte.

MILITÄR

Verteidigungsminister **Manfred Wörner** wird morgen den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant **Meinhard Glanz**, mit einem Großen Zapfenstreich in den Ruhestand verabschieden. Glanz stand seit Oktober 1981 an der Spitze der 311 000 Soldaten des Heeres. In seine Verantwortung fielen unter anderem die Umgliederung in die 4. Heeresstruktur und die Weichenstellung für eine verbesserte Truppen- sowie Führerausbildung. Nachfolger von Glanz wird Generalleutnant **Henning von Sandrart**.

*

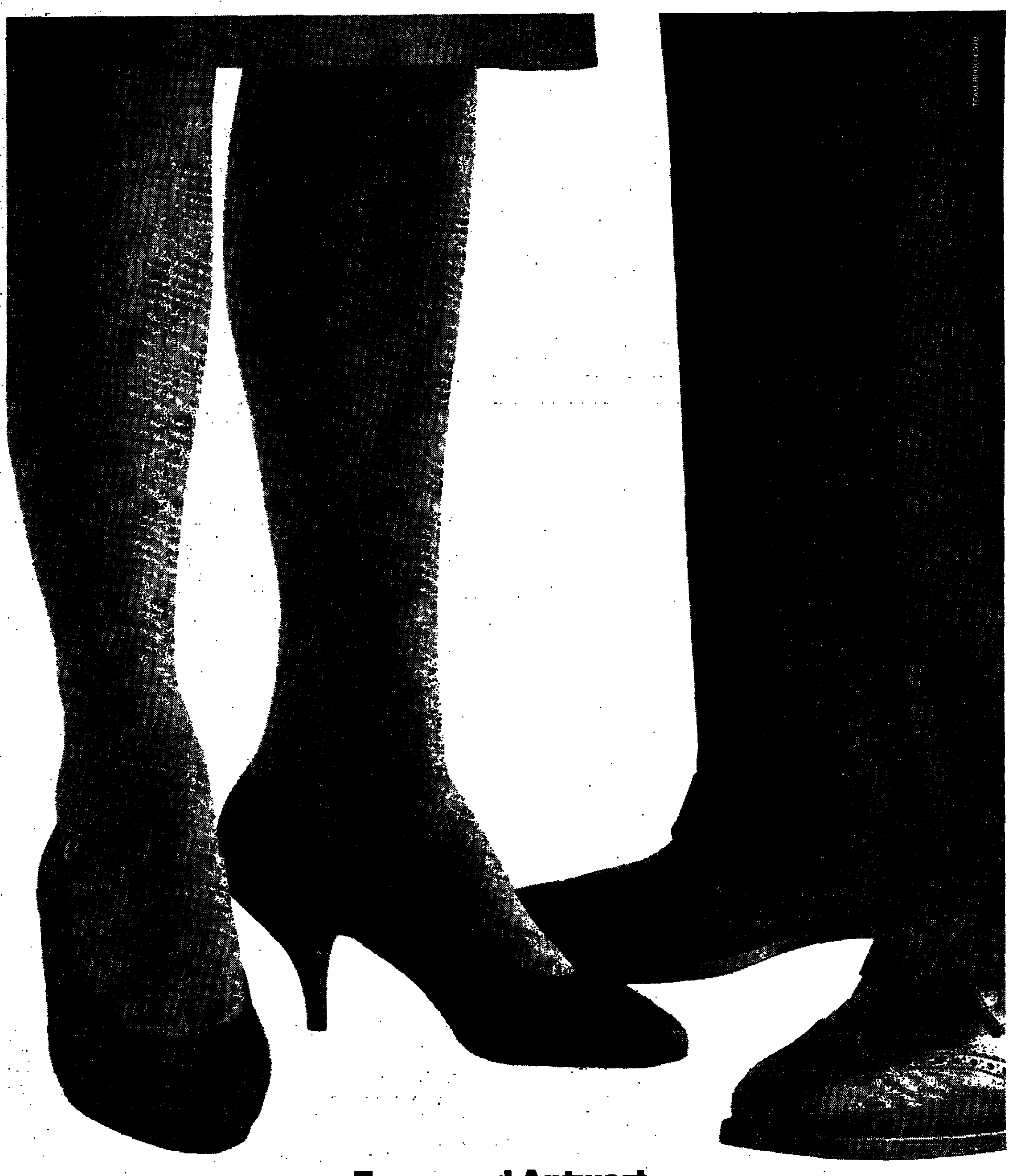
Bundesverteidigungsminister Dr. **Manfred Wörner** hat gestern seinen 50. Geburtstag gefeiert. Das *Stabsmusikkorps unter Oberst*leutnant **Andreas Lukacsy** brachte ihm ein Ständchen. Der Parlamentarische Staatssekretär **Peter-Kurt Würzbach** hielt eine, wie es hieß, *„launige und zugleich tiefernste"* Geburtstagsrede. Dann gratulierten dem Minister die Mitarbeiter aus seinem Büro, anschließend die Mitglieder des „Kollegiums", alle *Staatssekretäre und der Generalin*spekteur. „Vom Gefreiten bis zum General" kamen viele.

WAHL

Der frühere Bundesminister **Bruno Heck** ist von der Mitgliederversammlung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung erneut für zwei Jahre als Vorsitzender bestätigt worden. Heck steht bereits seit 1968 an der Spitze der Stiftung. Neuer Hauptgeschäftsführer wurde **Lothar Kraft**, seit 1974 Leiter des Instituts für internationale Solidarität der Stiftung.

BERUFUNG

Professor Dr. Dr. **Kurt Häfner**, Direktor des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim, wurde vom Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WGO), Dr. **Hafdan Mahler**, mit Zustimmung der Bundesregierung zum Mitglied der WGO-Beratungskommission für Seelische Gesundheit berufen.



NACHRICHTEN

Zola Budd verläßt England

London (SAD) – Die Südafrikanerin Zola Budd (18), die vor den Olympischen Spielen englische Staatsbürgerin wurde, um in Los Angeles starten zu können, ist in ihre Heimat zurückgekehrt und will dort auch bleiben. Die Junioren-Weltrekordlerin über 5000 Meter, die bei den Olympischen Spielen im Lauf über 3000 Meter nur achte wurde und in den Sturz der Favoritin Mary Decker (USA) verwickelt war, will bei ihrer schwerkranken Mutter bleiben.

Navratilovas 60. Sieg

Fort Lauderdale (dpa) – Martina Navratilova gewann ihr 60. Spiel hintereinander. Im Finale des Tennis-Turniers von Fort Lauderdale besiegte sie Michelle Torres (USA) mit 6:1, 6:0. John McEnroe benötigte nur 75 Minuten zum Finalsieg beim Turnier von San Francisco (6:4, 6:4 über Brad Gilbert/USA), der ihm 40 000 Dollar einbrachte.

Schotte kassierte

Barcelona (sid) – Der Schotte Sam Torrance gewann die Offenen Spanischen Golf-Meisterschaften nach einem Stechen gegen Des Smyth (Irland) und kassierte dafür 20 667 Dollar. Beide benötigten 281 Schläge, Bernhard Langer landete mit zehn Schlägen mehr weit abgeschlagen im Feld der Profis.

Georg Böhm im Finale

Lübeck (sid) – Zum Auftakt des Deutschland-Grand-Prix im Tischtennis erreichte Georg Böhm (ATSV Saarbrücken) überraschend das Finale. Dort unterlag er dem Chinesen Wang Huiyuan mit 21:19, 13:21, 22:24.

Thackwell Europameister

Brands Hatch (sid) – Der Neuseeländer Mike Thackwell (Ralt-Honda) wurde Europameister der Formel-2-Fahrer. Mit 72 Punkten liegt er nach dem letzten Rennen in Brands Hatch 28 Punkte vor dem Brasilianer Robert Moreno. Sieger des letzten Rennens wurde der Franzose Philippe Streiff (AGS-BMW).

Schauspieler Hingsen

München (dpa) – Filmproduzent Carl Spiehs („Supernasen") holt Jürgen Hingsen, Silbermedaillengewinner im Zehnkampf, und Gewichtheber-Olympiasieger Rolf Milser vor die Kamera. Der Film soll „Drei und eine halbe Portion" heißen (Regie: Sigi Götz). Die beiden Athleten werden Piloten spielen, die mit altersschwachen Flugzeugen Abenteuer zu überstehen haben.

ZAHLEN

GOLF

Preis von Refrath in Köln, Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golf-Verbandes (Standard und Par 72), Herren: 1. Strenger (Kronberg) 74+72+76=222 Schläge, 2. Reiter (Braunschweig) 72+77+76=225, 3. Thielemann (Hubbelrath) 75+78+73=226, 4. Mund (Wegberg) 75+76+77=228, 5.– 6. Hausmann (Ratingen) 79+77+73=229 und Domin (Hannover) 75+75+79=229. – **Damen:** 1. Greve (Ahrensburg) 83+74+76=223, 2. – 3. Lampert (Kronberg) 81+76+82=239 und Beer (Hanau) 80+81+78=239, 4. Umsen (Walddörfer) 83+75+82=240, 5. E. Peter (Regensburg) 81+83+80=244, 6. Bockelmann (Frankfurt) 81+83+83=247.

SPRINGREITEN

Großer Preis von Münster: 1. Meyer zu Bexten (Herford), Merano, 0 Fehler/31,4 Sek., 2. Ottens (Warendorf), Lanciano, 0/32,8, 3. Schulze-Hesselmann (Dortmund), Dublin, 4/31,8, 4. Kamps (Heiden), Walido, 4/32,4, 5. Bekker (Großostheim), Lexington, 4/32,6 (alle im Stechen), 6. Schockemöhle (Mühlen), So Long, und Brinkmann (Herford), Wilster, 4/81,1.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in San Francisco, Herren-Einzel, Finale: McEnroe – Gilbert (beide USA) 6:4, 6:4. – **Doppel:** McEnroe/Fleming – Giammalva/Depalmer (alle USA) 6:3, 6:4. – **Damen-Turnier in Fort Lauderdale, Finale:** Navratilova – Torres (beide USA) 6:1, 6:0. – **Damen-Turnier in New Orleans,** *erste Runde:* Moulton (USA) – Bunge (Deutschland) 3:6, 7:5, 6:3, Shriver (USA) – Rapponi-Longo (Argentinien) 6:0, 6:1.

SEGELN

Europameisterschaft vor Palamos/Spanien, Starboot: 1. Biganischwili/Zybin (UdSSR) 13,0 Punkte, 2. Wrede/Borowy (Deutschland) 26,0, 3. Fravezzi/Bonetti (Italien) 28,4, 4. Gorostegui/Gorostegui (Spanien) 42,0, 5. Hösch/Hösch (Deutschland) 45,7.

GEWINNZAHLEN

Toto: 6 aus 45: 12, 16, 21, 22, 31, 36, Zusatzspiel: 19. (Ohne Gewähr).

GALOPP / Trainer des Siegers im Europa-Preis liebt Starts in Deutschland

Selbst Königin Elizabeth läßt ihre Pferde von Ian Balding vorbereiten

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Im April 1984 besuchten deutsche Turf-Experten anläßlich der Weltmeisterschaft der Hindernisreiter im englischen Cheltenham auch den Stall von Trainer Ian Anthony Balding (45) in Kingsclere in der Grafschaft Birkshire. Balding stellte den Gästen jedes einzelne seiner über 100 Pferde vor. Als er an die Boxentüre des Hengstes Gold and Ivory kam, glänzten seine Augen. Er schwärmte: „Hier seht ihr den kommenden Sieger im englischen Derby." Das Derby in Epsom hat Gold and Ivory nicht gewonnen, eine Viruserkrankung hinderte ihn am Start. Aber die Siegprämie von 225 000 Mark für den Erfolg im Preis von Europa am Sonntag auf der Galopprennbahn in Köln war dem Hengst nicht zu nehmen. Mit Jockey Steve Cauthen (24) im Sattel spielte der Schützling Baldings mit der Konkurrenz. Kaiserstern wurde sieben Längen zurück Zweiter, insgesamt fast 14 Längen vom Sieger entfernt endete Abary als Dritter, die beiden sowjetischen Pferde Art und Mavr hatten ebenso keine Chance wie Lester Piggott mit dem französischen Hengst Romildo, der nur Siebter wurde.

Für Trainer Balding war es der erste Sieg in einem Rennen der Europagruppe I in diesem Jahr. Monatelang waren die Pferde aus den Park House Stables in Kingsclere total außer Form. Mit seinem Erfolg in Köln bewies Balding erneut, daß er eine besonders sensible, vor allem aber erfolgreiche Spürnase für lukrative Startmöglichkeiten im Ausland hat. Die deutschen Galopprennbahnen waren für den Trainer aus England in den letzten Jahren stets eine ergiebig sprudelnde Einnahmequelle. 1983 gewannen Balding-Pferde in Deutschland 337 000 Mark, ein Jahr zuvor 321 000 Mark.

Deutsche Trainer können allerdings wohl auch nur von den Bedingungen träumen, die ihm zur Verfügung stehen. Balding hat am 25. August 1969 die Trainertochter Emma Alice Mary Hastings-Bass geheiratet. Sein Schwiegervater stellte ihm ein Pferdeparadies zur Verfügung: Balding kann zwischen zwölf verschiedenen Trainingsbahnen wählen. Zum Vergleich: Über 400 Pferde werden in Köln auf drei Übungsbahnen trainiert, das Grasgeläuf steht dabei nur beschränkt zur Verfügung.

In Kingsclere läßt viel Prominenz des internationalen Turfs edle Rösser auf die großen Rennen vorbereiten: die Königin von England, Scheich Mohammed aus Dubai, Sir Michael Sobell und Lord Weinstock, Sheik Ali Abu Khamsin, Lord Porchester. Und eben auch Paul Mellon (77) von der Rokeby Farm in Upperville im US-Staat Virginia, der Eigentümer von Gold and Ivory. Ihm gehörten auch schon die Pferde Glint of Gold und Diamond Shoal, die sich als Sieger im Preis von Europa und im Großen Preis von Baden hierzulande hervortaten. Mellon bevorzugt für seine Pferde offenbar möglichst Namen, die mit Edelsteinen in Verbindung zu bringen sind. Auch ein Erfolgsrezept.

Mitten im Stallgelände von Ian Balding steht unübersehbar das Denkmal eines Pferdes. Es erinnert an den Hengst Mill Reef, Baldings bislang bestes Pferd. 1971 gewann dieser legendäre Hengst das englische Derby in Epsom und in Paris den Prix de *l'Arc de Triomphe*. Balding ist im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen (vor allem in Deutschland) ein Mensch, der nicht nur mit Pferdeverstand ausgestattet ist. Er spielt Cricket, Tennis, schwingt das Racket beim Squash und ist Master einer Schleppjagdmeute. Wenn es die Zeit erlaubt, reitet er als Amateur auch noch Rennen, über 70 hat er gewonnen.

Den internationalen Stellenwert des deutschen Turfs schätzt Balding so ein: „England liegt klar in Front, dann kommt Frankreich. Deutschland folgt auf Rang drei, dahinter Italien und dann der Rest. Die USA muß man gesondert sehen, diese Verhältnisse sind mit Europa nicht vergleichbar." Mit dem Europa-Preis-Sieger Gold and Ivory will Balding im nächsten Jahr wieder nach Deutschland kommen. Geplant ist ein Start im Großen Preis von Baden in Iffezheim, den er mit Glint of Gold 1982 und Diamond Shoal 1983 gewann.

Für den Kölner Rennverein wurde der letzte Tag des Europa-Meetings zu einem finanziellen Waterloo. Im Vergleich zum Vorjahr ging der Wettumsatz von 3 Millionen auf 2,2 Millionen Mark zurück.

Pecunia non olet: Federico Fellini und Franco Zeffirelli drehen Werbespots

„Das Geld bringt die besten Ideen"

Italiens Filmfans hockten kürzlich fast einen ganzen Tag vorm Fernsehen, denn keiner wußte, wann sie kommen würden: die 30 Sekunden dauernden Werbespots von Federico Fellini und Franco Zeffirelli, von denen Eingeweihte schon seit Wochen redeten.

Fellini, der sich zum ersten Mal herabgelassen hat, seine Kunst in den Dienst dieses goldträchtigen, aber bisher von berühmten Regisseuren Italiens offiziell verpönten Metiers zu stellen, hatte gesagt: „Man muß sich in einer halben Minute zu erkennen geben." Und nur unter Freunden fügte er hinzu: „Es ist das Geld, das auf Ideen bringt. Und wenn mir trotzdem nicht genug einfallen sollte, dann filme ich euch eben das Letzte Abendmahl mit einer Campariflasche auf dem Tisch."

Franco Zeffirelli hatte im voraus keinen Kommentar zu seinem Spot für Annabella-Pelze gegeben. Das macht er erst in seinem Sieben-Sekunden-Vorspann. Aber jeder Kenner war überzeugt davon, daß er die Klaue des Löwen gleich an seiner Handschrift der zärtlichen Eleganz, des gefühlvollen Luxus erkennen würde. Und damit hatten sie denn auch ganz recht.



Werbespots fürs Fernsehen: Was Fellini recht ist . . .

Das Zugabteil im Campari-Spot erinnerte sofort an eine Szene aus der „Stadt der Frauen". Und vor der lächelnden Hostess mit dem beschwörenden Blick – wo haben wir die doch schon gleich gesehen? – tauchte, aus der Erinnerung, die Haremsszene aus „Achteinhalb" auf.

Woher sonst, als aus Fellinis magischer Bildfantasie, konnten diese Landschaften steigen, die das Campari trinkende Paar mit uns am Zugfenster vorüberhuschen sieht? Mondlandschaften mit Zackenfelsen und Pyramiden. Städte im Wasser und im Gebirge, die wie skurrile Träume dahinfliegen. Übers Geld schwiegen sich die beteiligten Partner natürlich aus. Ein normaler Fernsehspot kostet in Italien circa 90 000 Mark. Für Fellini und Zeffirelli mußte man wohl tiefer in die Tasche greifen.

„Der Werbefilm ist die Kunstform der Zukunft", behauptete neulich der Leiter eines großen römischen Studios. Campari hat schon in seiner fernen Frühzeit große Maler wie Dudovich und Depero seine Plakate malen lassen. Die Firma war auch heute gut beraten, als sie Fellini den Hof machte.

„Wenn Federico ja sagt, kann ich mich nicht lumpen lassen", dürfte Franco Zeffirelli gedacht haben. Auch er hat sein Autogramm in 30 Sekunden abgeliefert. Da steht eine Schöne (Mick Jaggers Frau Jerry Hall, Amerikas Spitzenmodell) in ihren Annabella-Pelz gehüllt, akustisch von Liszts „Liebestraum" umschmeichelt, im Prachtsaal eines Palazzo. Das könnte auch ein Szenenbild für Zeffirellis „Traviata" sein. Dazu werden die Ahnenporträts lebendig, und ein kleines Mädchen späht durch den Türspalt. Da tritt ein Herr ein und ist blicklos für all den Luxus. Er sieht nur die Frau im Pelz, geht wie hypnotisiert auf sie zu und verfällt ihr, darauf kann man wetten, für immer.

Es sieht so aus, als ob nun auch in Italien die große Zeit der Werbespots beginnen würde, die bisher nur gräßlich waren und immer mitten in den interessantesten Sendungen gestört haben. „Gut gemachte Spots stören gar nicht, im Gegenteil", sagen die Fachleute. „Sie regen die Zuschauer womöglich sogar zu einem kurzen Gespräch an."

Und dann erzählen sie von zwei großen amerikanischen Kabelfernsehanstalten, die Pleite gemacht haben, als sie ihre Werbesendungen einstellten. Und erinnern an die englischen Regisseure, die seit Jahren gute „Commercials" drehen. Wie Adrian Lane (Flashdance) und Alan Parker (Fame), zu schweigen von Ridley Scott, dem Regisseur von „Alien" und „Blade Runner", der kürzlich das Werbefilmfestival in Cannes gewann. Pecunia non olet, und gute Werbung erst recht nicht.

MONIKA von ZITZEWITZ



. . . ist Zeffirelli teuer

FOTOS: C. VATERRATH KA[illegible]

FUSSBALL

Beckenbauer will Briegel nun doch zurückholen

sid/dpa, Hennef

Inhaltliche und personelle Änderungen gab Teamchef Franz Beckenbauer zu Beginn des dreitägigen Sonderlehrgangs der Fußball-Nationalmannschaft bekannt. War der Lehrgang ursprünglich gedacht als direkte Vorbereitung auf das Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel gegen Schweden am 17. Oktober, so mußte Beckenbauer nach den verletzungsbedingten Absagen von Rahn (Mönchengladbach), Jakobs und Rolff (beide Hamburg) kurzfristig umdisponieren. Taktische Planspiele erscheinen aufgrund der Absagen zwecklos: „Wichtiger ist die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Gegen Argentinien haben wir eine völlig neuformierte Truppe gesehen. Es wird noch einige Tage dauern, bis sich die Jungs auch wie eine Mannschaft benehmen und fühlen. Hier sollen sie sich besser kennenlernen und sich aktiv erholen."

Unabhängig von den drei Absagen deuten sich zwei personelle Änderungen an: „Den Bruns haben wir gesehen. Jetzt wollen wir einmal den Herget sehen", kommentierte Beckenbauer die Aufstellung des Uerdingers Mathias Herget, der für das Testspiel gegen die Junioren als Libero vorgesehen ist. Nach der unzureichenden Leistung von Hans-Günter Bruns auf der Liberoposition ruhen die Hoffnungen nun also auf Mathias Herget.

Er wird im Spiel gegen Schweden vermutlich ebenso zum Aufgebot gehören wie Hans-Peter Briegel, der in den Überlegungen des Teamchefs wieder eine Rolle spielt. „Ein Briegel in guter Form ist für mich immer ein Thema", erklärte Beckenbauer, der bereits morgen beim Länderspiel Italien gegen Schweden in Mailand mit Briegel sprechen will. Vor kurzem hieß es noch, Beckenbauer habe kein Interesse an Briegel. *Von der Form* des ehemaligen Bundesligaspielers will sich Beckenbauer am 7. Oktober ein Bild machen, wenn Briegel und Karl-Heinz Rummenigge mit ihren Vereinen Verona und Inter Mailand aufeinandertreffen. In der italienischen Presse wurde Briegel gestern erneut in den höchsten Tönen gelobt, nachdem er mit seiner Mannschaft (4:0 Punkte) Tabellenführer wurde und beim 3:1-Sieg bereits sein zweites Saisontor erzielte sowie einen weiteren Treffer vorbereitete.

SCHACH / Die neuen Gegner des Menschen

Computer erobern jetzt sogar die Turniersäle

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

In aller Stille haben sich die Schachcomputer in den letzten zwei, drei Jahren vom Spielzeug zu ernstzunehmenden Gegnern entwickelt. Zwar kämpfen sie noch lange nicht, wie kühne Laienspekulation es sich einst ausmalte, gegen einen Menschen um die Weltmeisterschaft. Aber sie haben sich inzwischen auch in der Bundesrepublik in den Turniersälen eingenistet, belegen achtbare Mittelplätze und streiten sogar in Mannschaftskämpfen um den Sieg. Fast noch überraschender ist dabei, wie schnell sich die menschlichen Schachspieler an die Maschinen gewöhnt haben.

Die aktuellste Erfolgsmeldung kommt aus Berlin, wo beim diesjährigen Offenen Turnier zum „Berliner Sommer" – mit 430 Teilnehmern, darunter mehreren internationalen Großmeistern, das größte deutsche Offene Turnier des Jahres – ein „Mephisto Exclusive S", das neueste Modell der Münchener Computerherstellung Hagener und Glaser, nicht nur mit fünf Punkten aus neun Partien einen Platz in der oberen Tabellenhälfte erorberte, sondern mit dem Berliner Stadtmeister Frank Grzesnik (Elo-Wertzahl 2285) zum erstenmal auch einen namhaften Spitzenspieler unter Turnierbedingungen schlagen konnte. (Die sogenannte Elo-Zahl gibt Auskunft über die Leistungsstärke eines Spielers, sie ist Ergebnis einer komplizierten Rechnung. Weltmeister Anatoli Karpow hat eine Elo-Zahl von 2700, sein Herausforderer Garri Kasparow wegen seiner vielen Turniersiege eine um zehn Punkte höhere Elo-Zahl.)

Bisher waren den Computern Siege gegen Spitzenspieler allenfalls in Simultanvorstellungen gelungen, etwa in Porz gegen den tschechoslowakischen Großmeister Vlastimil Hort, einen der stärksten Spieler der Welt, und einige Monate später gegen den ungarischen Internationalen Meister Horvath – und das dann auch in nur 14 Zügen.

Daß dies nun offenbar auch in normalen Turnieren, also mit einer für Mensch und Computer gleichermaßen geltenden Zeitbegrenzung der Bedenkzeit von zwei bis zweieinhalb Stunden für vierzig Züge, möglich ist, hängt mit dem beinahe gnadenlosen ökonomischen Wettbewerb der Hersteller zusammen. Sie haben ihr Hauptaugenmerk in letzter Zeit nicht so sehr auf spektakuläre, grundsätzliche Neuerungen im Programm, als vielmehr auf eine früher fast für unglaublich gehaltene Erhöhung der Rechengeschwindigkeit ihrer Geräte gerichtet. Dies erlaubt den Computern, ihre enorme Rechentiefe und damit eine größere Genauigkeit auch unter Turnierbedingungen zu nutzen. Brust an Brust kämpfen da mit wechselndem Erfolg vor allem drei Firmen an der Spitze: Neben den Mephisto-Modellen von Hegener und Glaser sind es die US-Firmen Fidelity Electronics mit ihren Elite-Modellen und Novag mit den Constellation-Modellen.

Experten schätzen, daß es in der Bundesrepublik inzwischen an die 500 000 Besitzer von Schachcomputern gibt (Verkaufszahlen der Firmen sind nicht bekannt). Das sind fünfmal so viel Geräte, wie in den deutschen Schachvereinen Spieler organisiert sind. Hinzu kommen spezielle Schachprogramme für die Heim- und Personalcomputer, die in Gebrauch sind.

Zwar gibt es nicht wenige Schachspieler, die angesichts einer zeitunglesenden und vielleicht sogar gelangweilten Bedienungsperson anstelle des gewohnten menschlichen Gegners in einer Turnierpartie ein so großes Unbehagen empfinden, daß sie Turniere meiden, an denen auch Computer teilnehmen. Mancher hat auch Angst davor, in einem Spiel gegen einen seelenlosen Rechner Mittelpunkt für schadenfrohe Kiebitze zu sein. Die Mehrzahl jedoch scheint sich daran zu gewöhnen.

In Ingolstadt gewann ein Team aus vier Computern Anfang des Jahres sogar ein ganzes Mannschaftsturnier, ohne daß dies bei den Gegnern Minderwertigkeitskomplexe ausgelöst hätte. Daß allerdings eines Tages Vereine auch für die offiziellen Mannschaftskämpfe Computer nominieren, wird vorerst für ausgeschlossen gehalten.

Wie viele Schachcomputer heimlich benutzt werden, etwa im Fernschach oder bei den Problemlösungsturnieren der Schachzeitschriften, weiß niemand und wird wohl auch nie jemand erfahren. Die Veranstalter hoffen und vertrauen fürs erste auf die Fairneß der Teilnehmer.

KRITIK

Liebenswerter Widerborst

Wenn Elisabeth Bergner, die große Protagonistin der zwanziger und dreißiger Jahre, auf dem Bildschirm erscheint, ist ohnehin Feierabend. Dem Zauber ihrer Persönlichkeit und großen Kunst haben Jahre und Jahrzehnte nichts anhaben können. Die Sicherheit ihrer schier unerklärlichen Präsenz ist, scheint's, unerschöpflich. Auch für jüngere Zuschauer muß, meint man, die wunderbare Herzlichkeit ihrer Ausstrahlung immer noch bezwingend sein.

Auch wenn die Spielanlässe, die man ihr darbietet, nur so geringfügig stichhaltig sind wie jetzt. Das Fernsehen denkt ja gern in Generalthemen und Themenschüben. Das ZDF hat für seine neueste Folge die Generalüberschrift **Alles aus Liebe** gewählt. Das hört sich leider an wie die Gesamtbetitelung einer reinlichen Folge billiger Romanhefte. Etwa so wirkte die erste Ausgabe dieser Serie leider tatsächlich.

Dramaturgisch (Buch: Rasi Levinas) läuft das Spiel mit dem Titel „Wenn ich dich nicht hätte" arglos und reichlich eingleisig. Dem sozialen Umfeld der beiden alten Liebenden ist hier kaum Aufmerksam geschenkt. Wir erfahren nur, daß den greisen Romeo (Rudolf Platte) ein Herzinfarkt getroffen hat. Er wird aus der Klinik entlassen und auf einer Bahre nach Hause geschafft. Wie er vor seiner schrecklichen Erfahrung war, läßt man uns nicht wissen. Jetzt wenigstens ist er unleidlich geworden. Er mault in seiner Todesangst. Er ist knurrig. Er schurigelt seine arme Frau, und die sorgt und müht sich doch so rührend um ihn.

Eines Tages ist er davon. Er wollte den Rest seines qualvollen und abhängigen Lebens im Teglersee ertränken. Er kann's nicht. Die alte Frau findet ihn auf einer Bank am Seeufer. Sie führt ihn ins Leben zurück. Langsame Abblende!

Das ist thematisch schrecklich [illegible]nig – und schrecklich viel. Daß [illegible] schließlich dann doch immer wie[illegible] über die reine Rührseligkeit hina[illegible] geriet, ist nur den beiden Darstelle[illegible] zu danken. Das wunderbare Gesich[illegible] der Bergner ist nach wie vor un[illegible] gründlich. Ihre strenge Freundlic[illegible]keit ist darstellerisch unerschöpfli[illegible] Sie adelt den sentimentalen Anla[illegible] immer wieder. Sie trocknet ihn a[illegible] Sie macht ihn erst erträglich – un[illegible] dann doch erschütternd.

Und Rudolf Platte steht ihr nic[illegible] nach. Er macht den vom Tode V[illegible]ängstigten fast verständlich. [illegible] knurrt aus Liebe wirklich. Er spi[illegible] einen alten Widerborst aus rein[illegible] Angst vor der letzten Verlassenheit.

Wie schön, zwei so bedeutende[illegible] Akteuren auf dem Bildschirm do[illegible] wieder zu begegnen. Und wie schad[illegible] daß man ihnen keine besseren Dre[illegible]bücher und Spielanlässe beim ZD[illegible] bieten kann. FRIEDRICH LU[illegible]



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Die Kaktusblüte
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit Ingrid Bergman, Walther Matthau u. a.
11.45 Umschau
11.55 Iki – Die Insel der zornigen Fischer
12.40 Ferien auf japanisch
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Die Publizistin Sybil Gräfin Schönfeld schrieb zahlreiche Bücher, kann Ehrenämter und Literaturpreise vorweisen und ist „nebenbei" noch als Journalistin tätig. Katja Aschke porträtierte die Autorin.
16.55 Spaß am Dienstag
Heute mit Walt Disneys Micky-and-Donald-Show und dem Hasen Cäsar
17.45 So sind Kinder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Mit Heinz Sielmann
21.00 Report
Was wird aus der Friedensbewegung? – Beobachtungen im „Fulda Gap" / Interview mit Hans-Jochen Vogel zur SPD / Erst Solidarität, dann Kündigung – „DDR"-Agent verklagt IG Metall / Krieg in Afghanistan – Verletzte Kinder klagen an / Aral dreht den Hahn zu – Tankstellenpächtern droht der Rausschmiß
Moderation: Günther von Lojewski
21.45 Dallas
Wer ist der Vater?
Nach einem Unfall erleidet Sue Ellen eine Fehlgeburt. J. R., stets von sich überzeugt, glaubt, daß nur er der Vater hätte sein können. Doch so klar liegt der Fall bei Sue Ellen nicht, denn auch der junge Peter Richards und Bobby schließen eine Mittäterschaft nicht aus . . .
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Unter den Flügeln des Pegasus
Dokumentation von Sabine Brüning
Das „Schinkelsche Schauspielhaus" am Berliner Gendarmenmarkt war über ein Jahrhundert lang ein bedeutender Schauplatz deutscher Theatergeschichte.
23.45 Kunstoffensive in Bonn
Bericht von der 1. Bonner Kunstwoche
Auf dem Programm: Ausstellungen, Aktionen und Festivals.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Fußgänger: Vorsicht!
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Jäger ohne Waffen
Film von Caroline und R. H. Materna
Seit in Neuseeland der Rotwildbestand überhand nahm, legten unternehmungslustige Farmer Gehege an, in denen sie freilebendes Wild unblutig jagen. Der Film zeigt den ungewöhnlichen Alltag einer Rotwildfarmerfamilie.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Mike Oldfield
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Der Tic
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Christine C. verließ den Unfallort
21.05 Tierporträt
Der Alpensteinbock
Der „König der Bergwelt" soll durch Blut, Gehörn und Magensteine Ausdauer und Kraft auf den Menschen übertragen. Dieser Glaube machte den Steinbock zum beliebten Jagdobjekt, weshalb das gehörnte Bergtier heute vom Aussterben bedroht ist.
21.15 WISO
Die Schuldenlawine der Dritten Welt – Gefahren für deutsche Kreditgeber? / Mexiko: Auf dem Öl ausgerutscht – 90 Milliarden Schulden erfordern einen langen Sanierungskredit / Tarifrunde im öffentlichen Dienst – Schon wieder Streik in Sicht?
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Soldier Girls – Frauen in Uniform
Amerikanischer Dokumentarfilm (1981)
Regie: Nicholas Broomfield und Joan Churchill
Originalfassung mit deutschem Text unterlegt.
Anschl. Ratschlag für Kinogänger *„Mann ohne Gedächtnis" von Kurt Gloor*
Vorgestellt von Ponkie
23.35 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Die neuen Jungunternehmer
22.15 Thema des Monats
23.15 Schach dem Weltmeister
23.45 Letze Nachrichten

NORD
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
21.15 Die Schrecken des Krieges (2)
Die Entstehung der Guerilla
22.10 Frauengeschichten
22.55 Schach dem Weltmeister
23.25 Nachrichten

HESSEN
19.00 Formel Eins
19.45 Tips für Schule und Beruf
20.15 Außer Rand und Band
Amerikanischer Musikfilm (1956)
Mit Bill Haley u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 „Das Leben ist ein Auszug . . ."
Jiri Kolar
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kulturkalender
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Blackout
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Party Girl – das Mädchen aus der Unterwelt
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Robert Taylor u. a.
22.50 Les cuisines régionales françaises (9)
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.15 Von der Sucht, mager zu werden
18.45 Rundschau
19.00 Der Fall Paradin
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Regie: Alfred Hitchcock
20.50 Die Sprechstunde
21.35 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

STAND ● PUNKT / *Tennis-Bundesliga ohne sportlichen Wert*

Vor fünf Jahren sagte Georg Stoves, der Generalsekretär des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), was ihm viel Ärger einbrachte: „Den Titel eines Bundesliga-Meisters gewinnt der Verein mit der dicksten Brieftasche." Heute besitzt dieser Ausspruch mehr Gültigkeit denn je zuvor. Mit dem erneuten Titelgewinn des Neusser Star-Teams gegen den TC Amberg wurde es erneut deutlich. Die Tennis-Bundesliga ist abhängig von Sponsoren und Mäzenen, die den sportlichen Wert hinter ihre persönliche Eitelkeit stellen.

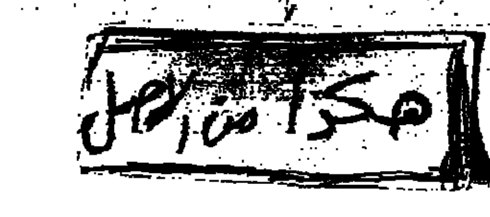
Da gibt es auch nach der 14. Saison der höchsten Spielklasse Probleme, die in den Spitzengremien des DTB in internen Gesprächen nicht wegzudiskutieren sind. Wem, bitte schön, helfen die sogenannten Weltklasse-Ausländer? In diesem Jahr startete immerhin zum erstenmal mit Anders Jarryd ein Aktiver der Top-Ten der Weltrangliste. Laut Wettspielordnung müssen die Stars jedoch lediglich zwei Gruppenspiele an einem Wochenende bestreiten, um in der Endrunde spielberechtigt zu sein. Also wurde Jarryd nach den US-Open eingeflogen, um an zwei Wochenenden die Meisterschaft zu gewinnen. Ein Beispiel, das auch für andere Vereine der End- und Abstiegsrunde zutrifft. Und selbst wenn die Zuschauer hoch erfreut über ein Match des Neuseeländers Lewis (Amberg) gegen den Niederländer Shapers (Hamburg) sind, dem deutschen Tennis hilft's mit Sicherheit nicht weiter.

Im Gegenteil. Mit der Bundesliga ist den Spielern ohne deren Wissen die eigentliche sportliche Basis entzogen worden. Denn alle jungen, aufstrebenden deutschen Talente haben immer noch nicht erkannt, daß die Basis immer noch der Heimatverein ist. Hier wird trainiert, hier können die jugendlichen Nachwuchsspieler reifen. Eine Möglichkeit, die in den Bundesligaklubs mit zwei, drei Ausnahmen nicht gegeben ist. Denn hier schert sich niemand um die spielerische Ausbildung; was einzig und allein zählt, ist die momentane Spielstärke, und die wird halt nach Ranglistenplatz bezahlt.

Bliebe dann noch die Frage offen, wie es – wenn nicht durch einen Zufall – geschehen könnte, daß deutsche Spitzenspieler auch in der Computer-Rangliste auf vorderen Plätzen landen. Da scheint die Nummer eins des DTB, Michael Westphal, eine plausible Lösung gefunden zu haben. Nach seinen Niederlagen in der Bundesliga gegen Shapers, Schwaier und Hermann in Reihenfolge deutete er im privaten Kreis einen Verzicht auf die nächste Bundesliga-Saison an.

Und in der Tat, dieser Schritt würde dem in den vergangenen Wochen hart kritisierten Hamburger gut zu Gesicht stehen. Denn er hat ja zusammen mit dem Münchner Hansjörg Schwaier auf dem diesjährigen US-Sommercirquit bewiesen, wie und wo der Schritt aus der Mittelmäßigkeit getan werden muß. In der Bundesliga geht das jedenfalls nicht.

HANS-JÜRGEN POHMANN



Reagan schlägt Sowjetunion Austausch vor

■ Fortsetzung von Seite 1

stungskontrollgespräche zu eröffnen, wobei im Mittelpunkt die Frage der Relation zwischen defensiven und offensiven Systemen stehen müßte – eine Anspielung auf die bedeutsamen Forschungen, die die USA selber unter der sogenannten „Strategic Defense Initiative" in die Wege geleitet haben.

Ohne Vorbedingungen für den Beginn solcher Verhandlungen aufzustellen, machte Reagan dennoch klar, daß „Vereinbarungen im Weltraum logisch davon abhängen, ob es uns gelingt, den Wettlauf der offensiven Systeme in den Griff zu bekommen ... und substantiell niedrigere Arsenale von atomaren Waffen zu erreichen".

Der versöhnliche Ton der Rede knüpfte eng an den Stil an, den Ronald Reagan bereits am 16. Januar 1984 in einem ersten programmatischen Vortrag zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen gepflegt hatte. Bei der Aufzählung regionaler Konfliktherde in der Welt vermied es der Präsident beispielsweise beim Thema Afghanistan, die Anwesenheit sowjetischer Truppen beim Namen zu nennen. An keiner einzigen Stelle kritisierte er direkt die Politik des Kreml.

Statt dessen hob der Präsident auf die allgemeinen Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen ab, sowie auf die „Universale Menschenrechtsdeklaration" der UNO vom Dezember 1948. Beide Texte dienten „der Sache des Friedens und der men schlichen Würde". Wörtlich sagte Reagan: „Die USA hoffen, eine Welt mitschaffen zu können, wo der Wohlstand ein Gemeinplatz, Konflikte eine Verirrung und menschliche Würde und Freiheit zum way of life geworden sind." Mit Zitaten von Gandhi und Ignatius von Loyola rief Reagan dazu auf, daß die Völker und Staaten mit vermehrtem Vertrauen aufeinander zugehen sollten.

Schon am Sonntagabend hatten sich Reagan und der sowjetische Außenminister Gromyko gesehen und freundliche Worte ausgetauscht.

SPD will gegenüber den Grünen aus der Defensive herauskommen

Acht Prozent CDU- und vier Prozent Grünen-Wähler möchte Glotz für seine Partei gewinnen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD hat sich auf die Suche nach den richtigen Verhaltensmustern gegenüber der grünen Konkurrenz in ihrem Wählerpotential begeben. Zu den kleinen, eher verborgenen Schritten gehört die in jüngster Zeit innerhalb der Sozialdemokratie wieder stärker gepflegte Rückbesinnung auf die genossenschaftlichen Wirtschafts-Gedanken der Vorfahren.

Grundsätzlicher angelegt ist das, was der erfindungsreiche Wortschöpfer und Parteigeschäftsführer Peter Glotz als „Prüfsteinpolitik" bezeichnet: Aus der Defensive gegenüber der Warnung vor dem „rot-grünen Chaos" soll die SPD herauskommen in die Offensive sowohl einer „Integrationsleistung" von abwandernden Unions- und Grünen-Wähler als auch zur Grenzziehung gegenüber den Grünen. Denn, so gab der Parteimanager als Parole aus, die SPD kann „acht Prozent CDU-Wähler bekommen, die dort schwach gebunden sind und als zweite Partei die SPD nennen, und vier Prozent Grünen-Wähler" für sich gewinnen.

Kampf um Themen

Wer immer mit der SPD gemeinsam etwas politisch bewegen wolle, sagt Glotz, müsse sich zuerst zu vier „politischen Eckpunkten" äußern: Wie er es mit „Abrüstung und Entspannungspolitik, gestützt auf eine demokratische Bundeswehr und das westliche Bündnis" halte, mit dem „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", der „ökologischen Modernisierung unserer Industriegesellschaft" und der „inneren Liberalität". Die SPD werde den „Kampf um die Themen" führen. In den Bereichen Außen- und Sicherheits-, Sozial- und Umweltpolitik habe die SPD bereits eine „strukturelle Mehrheit", die sie zu einer „wirklichen Mehrheit formen" müsse. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel spricht vom Zurückgewinnen der „Meinungsführerschaft".

Diese kräftigen, abgrenzenden Worte ändern natürlich nichts an der Tatsache, daß die Erörterung des Themas „Grün / Alternativ" fast immer zu einem Eiertanz bei vielen führenden Sozialdemokraten gerät. Glotz tut jede Zusammenarbeit – wie die des Sozialdemokraten Börner in Hessen – mit dem Hinweis darauf ab, daß einst auch Georg-August Zinn „nicht besonders happy darüber war, daß er mit dem BHE mußte, und unser großer bayerischer Sozialdemokrat, Wilhelm Högner, war nicht glücklich über die Bayernpartei".

Am rigorosesten konnte, dank seiner vollständigen Unverdächtigkeit, der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine bisher mit der Konkurrenz umgehen, die in letzter Zeit bundesweit abwandernde Wähler von den bürgerlichen Parteien an der SPD vorbei direkt in ihr Lager umgelenkt hatte: Er bot – für den Fall des Sieges bei der Landtagswahl – den Grünen mindestens einen Ministersessel an.

Die Aushängeschilder Jo Leinen (SPD, aber BBU-Vorstandsmitglied) und Otto Schily wurden in Saarbrükken schon genannt. Denn, so Lafontaine, die neue Partei müsse ihre „Jungfräulichkeit" verlieren. Wenn erst einmal ein grüner Umweltminister seine Skandale gehabt habe, so Lafontaines Denkrichtung, ist es auch zu einem großen Teil mit der Attraktivität der Grünen vorbei.

Auch wenn gestern der „Vertreter des Saarlandes bei den Grünen im Bundestag", wie Harry Kunz auf dem Fraktionsbriefbogen sich selbst bezeichnete, über die fehlenden „demokratischen Entscheidungsprozesse" seiner Landespartei barmte, der Bundes- und der Landesvorstand der Grünen haben einer solchen förmlichen Koalition wegen der von Lafontaine erhofften und von ihnen selbst befürchteten Gefahren am Wochenende eine Absage erteilt. Weiter als bis zur unverbindlichen „Duldung" nach hessischem Muster sind sie nicht bereit zu gehen.

Für Lafontaine war dies der Anlaß, nun die absolute Mehrheit anzustreben oder eine Minderheitsregierung Zeyer bis zur Ausschreibung von Neuwahlen als das kleinere Übel im Falle eines Wählerschwenks zu bezeichnen.

Daß man sich mit „Prüfsteinpolitik", wie sie Glotz nennt, also an der Sache mit den Grünen auseinandersetzen muß, weiß auch die CDU. Generalsekretär Heiner Geißler nahm in diesen Tagen das Ergebnis aller Wähleranalysen der jüngsten Vergangenheit auf, daß sich „die Grünen als vierte politische Partei stabilisiert haben". Aber nach seiner Analyse ist das Problem einer Zusammenarbeit nur die „Gretchenfrage" für die SPD, „wie sie in einem Aussteigerpakt mit den Grünen künftig Arbeitnehmerinteressen vertreten will". Auf diesem Weg sei der „Bruch der SPD mit ihrer Tradition als Arbeitnehmerpartei vorgezeichnet".

Verwandtschaft mit CDU

Zu teilweise anderen Schlußfolgerungen kommt sein Amtsvorgänger, der heutige Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, Kurt Biedenkopf, der wohl als erster prominenter CDU-Politiker die Forderung aufgestellt hatte, die Auseinandersetzung mit den Grünen „nicht auf das Thema rot-grüne Koalition zu begrenzen, sondern auch die Auseinandersetzung über die Antworten auf Fragen zu suchen, die die Grünen berechtigterweise stellen". Diesen Gedanken hat er am Wochenende noch weiter ausgemalt und kam dabei zu dem für manche überraschenden Schluß, daß viele Wähler der Grünen „politische Bestrebungen" verfolgten, die den Grundsätzen der Union verwandt seien.

Hier scheint er nicht weit von Gedanken des SPD-Parteimanagers Glotz entfernt zu sein, der die CDU schon auf dem Weg „von der heutigen Aussperrungskampagne gegenüber den Grünen zu einer Zusammenarbeit" sieht. Als Belege werden in der SPD-Parteizentrale genüßlich Beispiele aus dem kommunalen Bereich zitiert, in denen SPD-Kandidaten nicht zum Zuge kamen, weil sie von CDU- und Grünen-Mandatsträgern gemeinsam abgeblockt wurden.

Jerusalem setzt auf Vermittlung der USA

Übereinkunft über Abzug aus Libanon soll ausgehandelt werden

R. SELIGMANN, Tel Aviv

Jerusalem ist entschlossen, mit Hilfe Washingtons eine Übereinkunft mit Damaskus und Beirut herbeizuführen, die einen möglichst raschen Abzug der israelischen Truppen aus Süd-Libanon ermöglichen soll. Der israelische Außenminister, Yitzhak Shamir, der sich gegenwärtig zur Tagung der UNO-Vollversammlung in New York aufhält, sagte während eines Empfanges von Präsident Reagan gegenüber amerikanischen Journalisten, Jerusalem wünsche eine diplomatische Tätigkeit der USA im Nahen Osten. Bereits am vergangenen Wochenende hatte die „New York Times" berichtet, Israel wolle die USA ersuchen, als Vermittler gegenüber Syrien zu fungieren, um einen Abzug der israelischen Truppen aus Libanon zu arrangieren (WELT vom 24.9.).

Auf die Äußerungen Shamirs angesprochen, sagte US-Außenminister Shultz, die USA wollten helfen, wo sie könnten. „Und sie können behilflich sein, wenn alle Beteiligten Parteien ihre Hilfe wünschen." Shultz sagte, der Abteilungsleiter für Nahost-Angelegenheiten im State Department, Richard Murphy, sei nach Syrien gereist, um zu sondieren, ob Washington zu einer Lösung der Libanon-Frage beitragen könne.

Die Bemühungen Jerusalems um eine diplomatische Lösung, die einen baldigen Abzug der israelischen Soldaten aus Libanon ermöglichen sollen, kommen nicht überraschend. Die Stationierung der etwa 18 000 Soldaten im nördlichen Nachbarland und die ständigen Verluste durch Angriffe von Freischärlern haben in Israel eine Stimmung für eine möglichst rasche Beendigung der Truppenpräsenz in Libanon entstehen lassen. Als Voraussetzung für den Abzug der israelischen Einheiten nennen die entscheidenden politischen Kräfte in Jerusalem allerdings eine Sicherung der Nordgrenze gegenüber den Angriffen von Freischärlern.

Unmittelbar nach der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in Israel zeigte sich Jerusalem entschlossen, die politischen Bedingungen für einen Rückzug des Militärs aus Libanon zu schaffen. Voraussetzung dafür wiederum ist eine Einigung mit Syrien, das eine große Truppenpräsenz in Libanon unterhält und die Regierung in Beirut sowie die meisten politischen und militärischen Gruppen auf moslemischer Seite im Lande beherrscht.

Ein Arrangement mit Syrien wiederum ist nach israelischer Ansicht nur mit Hilfe Washingtons und der Vereinten Nationen möglich. Ein Vertreter des israelischen Außenministeriums erklärte bereits in der vergangenen Woche, Israel bemühe sich um Kontakte mit Damaskus, um eine Entflechtung der israelischen und syrischen Truppen in Libanon als Vorstufe zu einem Rückzug der israelischen Verbände herbeizuführen.

In der vergangenen Woche hatte der stellvertretende UNO-Generalsekretär, Urquhart, in Damaskus, Beirut und Jerusalem über einen Rückzug der israelischen Armee aus Libanon verhandelt. Nach seinen Gesprächen sagte Urquhart, die Unterredungen seien „vielversprechend" verlaufen. Alle Parteien hätten eine realistische Haltung gezeigt. So hätte Damaskus anerkannt, daß Jerusalem seine Nordgrenze gesichert sehen wolle.

Jerusalem wiederum habe seine Bereitschaft bekundet, seine Truppen zurückzuziehen, sobald Sicherheitsvorkehrungen für seine Nordgrenze ausgehandelt worden seien. Der UN-Diplomat nannte die Haltung Jerusalems flexibel. Jerusalem fordere als Bedingung für den Abzug seiner Truppen aus Libanon nicht mehr den gleichzeitigen Rückzug der syrischen Verbände aus dem Land. Dies sei eine „radikale Änderung" der israelischen Position, sagte Urquhart. Nach Angaben aus Regierungskreisen in Jerusalem soll Syrien gegenüber Urquhart die Bereitschaft gezeigt haben, sich für die Sicherung der israelischen Nordgrenze einzusetzen, falls Israel einen vollständigen Abzug seines Militärs aus Libanon zusage.

Frankreichs Sozialisten sind Sozialdemokraten

dpa, Paris

Frankreichs Sozialisten sind nach den Worten Jean Poperens, des zweiten Mannes in ihrer Führung, Sozialdemokraten und „schämen sich dessen nicht". Poperen hat mit dieser Feststellung zugegeben, was bisher von der regierenden Sozialistischen Partei Frankreichs (PS) entschieden zurückgewiesen worden war. Er schränkte seine überraschende Äußerung allerdings sofort ein: „Das bedeutet aber nicht, daß wir nun gleich das Godesberger Programm übernehmen."

Im Rundfunk erklärte Poperen: „Wenn man meint, daß sich der Wandel einer Gesellschaft, die so komplex ist wie unsere, in Etappen vollzieht, und daß dies während einer langen Zeit ein gemischtes Wirtschaftssystem erfordert, dann sind wir in der Tat Sozialdemokraten." Den von der KPF vollzogenen Rückzug aus der Linksunion bezeichnete Poperen als „kaum ein Ereignis", denn die veränderte Strategie sei vorher schon deutlich gemacht worden. Doch bleibe die „Einheit der Volkskräfte" die „Bedingung für den Erfolg". PS und KPF seien benachbarte, aber konkurrierende Parteien.

Lafontaine: Kritik an den Grünen

rtr, Bonn

Der Landesvorsitzende der SPD im Saarland, Oskar Lafontaine, sieht im Falle einer rot-grünen Mehrheit nach den Landtagswahlen im März 1985 nur die Möglichkeit einer Koalition zwischen SPD und Grünen oder Neuwahlen. Lafontaine lehnte gestern im Saarländischen Rundfunk die Tolerierung einer eventuellen SPD-Regierung durch die Grünen ab. Die Probleme an der Saar könnten nicht durch Tolerieren gelöst werden. Auch die Grünen müßten bereit sein, Mitverantwortung zu tragen.

Lafontaine sagte, er könne kein Verständnis aufbringen für die ablehnende Haltung der Grünen zu einer Koalition mit der SPD. Der Bundesvorstand der Umweltschutzpartei und die saarländischen Grünen hatten sich am Wochenende im Hinblick auf die Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und auf die Wahlen in Berlin gegen Koalitionen ausgesprochen, die Tolerierung einer SPD-Regierung jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Sowjets verschärfen ihre Kritik am Papst

Attacke der litauischen KP als Indiz der Beunruhigung

DW. Wilna/Bonn

Den seit Jahren schärfsten sowjetischen Angriff gegen Papst Johannes Paul II. hat das litauische kommunistische Partei-Organ „Sovetskaja Litva" erhoben. Es nennt den Papst einen der größten Baumeister des „antikommunistischen Klerikalismus", der „die Religion als Mittel des Kampfes gegen den sozialen Fortschritt benutzt". Die Attacke ist offensichtlich kein isoliertes Vorgehen einer der 15 sowjetischen Teilrepubliken, sondern eher eine vom Kreml inspirierte Handlungsweise.

Die sowjetische Führung reagiert damit direkt auf die Radiobotschaft von Johannes Paul II. anläßlich der 500-Jahr-Feier des litauischen Patrons Kasimir, in der das Oberhaupt der katholischen Kirche im August auf die Verfolgung der Christen in der UdSSR hingewiesen hatte. „Die Freude, die erhoffte Pilgerschaft des Glaubens und der Liebe nach Wilna zu unternehmen, um im Gebet niederzuknien am Grabe des Heiligen und den Schlußtag zusammen mit der katholischen Gemeinschaft zu verbringen, ist mir nicht zuteil geworden, ebenso wenig wie Euch meinen Gruß durch meinen Legaten zu überbringen", hatte der Papst damals zur Ablehnung der Litauen-Reise durch die sowjetischen Behörden erklärt.

Die Partei leugnet Verfolgung von Christen

Die Veröffentlichung des Telegramms an die litauischen Bischöfe durch den Vatikan galt in Rom als öffentliche Anklage gegen die sowjetische Regierung, aber auch als Indikator für den schlechten Stand der Beziehungen zwischen Moskau und dem Heiligen Stuhl. Der Bischof von Assisi, Goretti, nannte das „Njet" der Sowjets zu einer Reise des Papstes nach Litauen eine „Beleidigung für die Christen und die Menschen".

Das litauische Parteiblatt „Sovetskaja Litva" suchte jetzt eine Diskriminierung oder systematische Verfolgung von Christen in Abrede zu stellen und fuhr geradezu beschwörend fort, die „Appelle des klerikalen Antikommunismus finden in Litauen keine Resonanz"; und das nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch „bei vielen litauischen Priestern, deren Haltung von Loyalität gegenüber der politischen Macht gekennzeichnet ist". Diese Sprache verrät aber die Furcht vor dem „polnischen Bazillus", die auch bei dem strikten Nein zu einer Papst-Visite ausschlaggebend war. Nicht von ungefähr geht das Parteiblatt auf die kapitalismuskritischen Aussagen von Johannes Paul II. ein, wie sie während seiner jüngsten Reise nach Kanada dominierend waren. Um sich bei den Arbeitern anzubiedern, schreibt „Sovetskaja Litva", verurteile der Papst von Zeit zu Zeit „die Welt des Kapitalismus, aber nur in seinen extremen Erscheinungen". Er spreche den Arbeitern zwar das Recht zu, für ihre Rechte zu kämpfen und auch zu streiken, aber er erlaube ihnen mitnichten, ihre politischen Forderungen weiterzuentwickeln, „für eine wirkliche Emanzipation der Arbeit zu kämpfen". Erklärtes Ziel dieser „kommunistischen Warnung" vor Äußerungen des Papstes ist es offensichtlich, die „Solidarität"-freundlichen Erklärungen des Oberhauptes der katholischen Kirche, die gerade während der Kanada-Reise einen großen Stellenwert hatten, zu konterkarieren.

Die Gründe des Moskauer „Njet"

Auch hier ist der Zusammenhang mit dem verhinderten Besuch in Litauen zu sehen: Ein polnischer Papst in Wilna, das hätte Bedeutung gehabt im gesamten Baltikum, ja, weit darüber hinaus. Denn die orthodoxe Kirche bereitet für 1988 die Tausend-Jahr-Feier der Christianisierung Rußlands vor. Die Anwesenheit des Papstes hätte diesem Datum eine alles andere überragende Bedeutung gegeben.

Die Einladung zu den Kasimir-Feiern war 1983 von den litauischen Bischöfen anläßlich ihres Besuchs in Rom überbracht worden. Die Verbindungen zwischen dem Vatikan und der Kirche in Litauen – mit zweieinhalb Millionen die größte katholische Gemeinschaft innerhalb der Sowjetunion – hatten sich in den Jahren davor verbessert.

Im Juli 1982 hatte Moskau die Nominierung von zwei neuen Bischöfen erlaubt, und im vergangenen Jahr kamen die litauischen Oberhirten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg zur Berichterstattung in den Vatikan, zum sogenannten Ad-limina-Besuch, zu dem Bischöfe im Abstand von jeweils fünf Jahren verpflichtet sind.

Die jetzt wieder offenkundig gewordene Verhärtung in den Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Sowjetmacht wird von politischen Beobachtern überwiegend als eine Demonstration der Schwäche des kommunistischen Regimes interpretiert. Diese Schwäche wiederum könnte ein weiteres Indiz für einen Immobilismus im Kreml des schwerkranken Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko sein.

Koalitionsparteien für C-Waffen-Verbot

rtr, Bonn

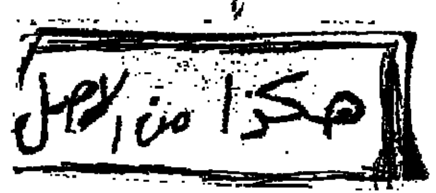
Die Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP haben gestern im Bundestag einen Antrag eingebracht, worin sie die weltweite Abschaffung aller chemischen Waffen verlangen. Zur Begründung erklärten die Abrüstungsexperten Jürgen Todenhöfer (CDU) und Helmut Schäfer (FDP), weder Ost noch West brauchten neben der atomaren Abschreckung noch eine chemische Abschreckung. Deshalb müßten alle Kräfte eingesetzt werden, die C-Waffen in überprüfbarer Form weltweit abzurüsten. Beide Fraktionen wollen auch eine Bundestagsdebatte über dieses Thema beantragen.

In Moskau nimmt Bahr Bonn in Schutz

dpa, Moskau

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke hat in Moskau bei einem deutsch-sowjetischen Seminar über europäische Sicherheit seine „Skepsis" über die Revanchismus-Kampagne der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht und sie als „absolut kontraproduktiv" bezeichnet. Zur Äußerung des an dem Seminar teilnehmenden sowjetischen Politbüro-Kandidaten Boris Ponomarjow, das Bekenntnis der Bundesregierung zu den Ostverträgen stehe im krassen Widerspruch zu ihren Taten, erklärte der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr, die Bundesregierung habe in keinem Punkt an die Ostverträge gerührt. Die Verträge hätten sich in schwieriger Zeit bewährt. Mit der Stationierung neuer Raketen durch die USA und die UdSSR sei die Lage für alle Seiten gefährlicher geworden, und man müsse jetzt zu einem Konzept der Sicherheitspartnerschaft finden.

Ponomarjow äußerte, man wolle gemeinsam mit den Sozialdemokraten einen Ausweg aus der schwierigen Situation finden. Ehmke hielt dem entgegen, daß ein noch so guter Meinungsaustausch die Beziehungen zwischen den Regierungen nicht ersetzen könne. Die Sozialdemokraten sähen sich nicht als Konkurrenz zur Bundesregierung, sondern versuchten, ihren Beitrag zu leisten. An dem Seminar nehmen ferner der frühere Forschungsminister Andreas von Bülow und der Friedensforscher Wolf Graf von Baudissin sowie der Leiter des sowjetischen Nordamerika-Instituts, Georgij Arbatow, und der ehemalige Chefunterhändler der UdSSR bei den abgebrochenen Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen in Europa, Julij Kwizinski, teil.



Fatale Vorschläge

Mk. – Zu den erfreulichsten Zeichen der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Entwicklung gehört die Eindämmung der Inflation, nicht nur in der Bundesrepublik, wo gegenwärtig der niedrigste Anstieg registriert wird, sondern auch in anderen Ländern. Für die Industriestaaten insgesamt veranschlagt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung die Teuerungsrate auf rund 4,5 Prozent zur Jahresmitte. Damit wurde das Niveau von Ende der sechziger Jahre wieder erreicht. Für das Wirtschaftswachstum haben sich damit die Voraussetzungen sicherlich verbessert.

Allerdings warnt das Institut zu Recht davor, diese Erfolge zu überschätzen. Und zwar nicht nur, weil die Inflationsraten jetzt noch doppelt so hoch sind wie zu Beginn der sechziger Jahre, sondern damals wuchs die Wirtschaft der Industrieländer im längerfristigen Durchschnitt mit einem Tempo, das jetzt gerade im Aufschwungsjahr 1984 erreicht werden konnte. Überdies sind die Kapazitäten weniger stark ausgelastet.

Trotzdem regen sich jetzt schon wieder die Stimmen, die angesichts der sich für 1985 abzeichnenden leichten konjunkturellen Abschwächung eine Abkehr vom Stabilitätskurs fordern. Dies wäre fatal. Zum einen ist der Preisauftrieb in vielen *Staaten einfach noch zu hoch, um* gerade den Investoren eine sichere Grundlage für die Kalkulation zu bieten. Zum anderen würde ein Vertrauensvorschuß in die Wirtschaftspolitik leichtfertig wieder verspielt. Die früheren Fehler sollten vermieden werden. Eine geringere *Inflation erleichtert die* Rückkehr zu dauerhaftem Wachstum.

Pilotprojekt

J. G. – Immer wieder ist von der „Pilotfunktion" für das Warenhausgeschäft auch der neunziger Jahre die Rede, wenn nun die Horten AG ihr jüngstes Warenhaus in bester Düsseldorfer City-Lage eröffnet. Man gehe in Neuland, biete in diesem „Carsch-Haus" zu gut der Hälfte Waren an, die der Konzern in solchem höheren Genre noch nicht in seinem Sortiment führte. Die Konkurrenz sieht's mit Erstaunen. In diesem Haus konnte man zumal bei Mode und Parfümerie die Zahl der angebotenen Spitzen-Marken internationalen Renommees gegenüber dem Herkömmlichen um die Hälfte steigern und Widerstände der Fabrikanten vor der Präsenz ihrer Produkte im Warenhaus überwinden. Natürlich gehört auch für die Horten-Leute das Klappern zum Handwerk. Und so bleibt abzuwarten, ob die probierte neue Sortimentspolitik sich auszahlt. Doch die Signalwirkung ist offensichtlich: Im Trend zum anspruchsvollen Konsum steckt für die von der Billigstkonkurrenz der Verbrauchermärkte hart bedräng*ten Warenhäuser eine Chance.*

Krise ohne Ende

Von WILHLEM HADLER, Brüssel

Zu früh gefreut hatten sich die Finanzminister der EG bei ihren informellen Verhandlungen über eine Beilegung der Brüsseler Haushaltskrise. Was am letzten Sonntag als weitgehende Einigung über eine Reform der Ausgabenpolitik der Gemeinschaft erschien, wurde dann schon 24 Stunden später im Rat der Außenminister wieder in Frage gestellt.

Es ging um die seit Jahr und Tag diskutierten Pläne für eine striktere Haushaltsdisziplin der EG. Sie sollen sicherstellen, daß der Finanzbedarf der Gemeinschaft nicht länger durch politische Ad-hoc-Beschlüsse in die Höhe schnellt, sondern im Rahmen einer vorher festgelegten Finanzplanung bleibt, die sich an den verfügbaren Einnahmen ausrichtet.

Die gegenwärtige Praxis führt vor allem die Agrarminister der Gemeinschaft immer wieder in Versuchung, im Haushalt nicht eingeplante Maßnahmen zu beschließen. Die jährlichen Brüsseler „Agrarpreis-Marathons" erfordern fast immer einen Nachtragshaushalt, weil Zugeständnisse gemacht werden müssen, ohne die ein Kompromiß unmöglich wäre. Da helfen auch gute Vorsätze nicht. In den meisten Fällen schafft ein nächtliches Telefonat mit dem Regierungschef immer wieder grünes Licht für eine Aufstockung der Agrarausgaben.

Die Bemühungen, der Explosion der Agrarkosten durch ein neues Haushaltsverfahren entgegenzutreten, sind vor allem auf britisches Drängen hin verstärkt worden. Die Frage ist, wie weit Selbstverpflichtungen aus der Finanzplanung künftig bindend gemacht werden können, ohne das Funktionieren des europäischen Landwirtschaftsmarktes zu gefährden.

Die Briten haben (mit Unterstützung des deutschen Finanzministers) versucht wirksamere Bremsen einzubauen, um die Fachräte vor allzu großer Kompromißfreudigkeit zu bewahren. Danach soll zu Beginn des Jahres jeweils ein Höchstplafond für die EG-Ausgaben (und für die Agrarkosten im besonderen) festgelegt werden, dessen Überschreitung nur mit Billigung der Finanzminister möglich ist und in den folgenden beiden Jahren zu entsprechenden Etatkürzungen führen soll.

Die von London gewünschte Regelung soll zwar nicht den Charakter einer Ratsverordnung erhalten, immerhin jedoch durch einen formellen Beschluß der Staats- und Regierungschefs eingesegnet werden. Der Verzicht auf eine rechtlich verpflichtende Form schien genügend flexibel zu sein, um auch die Zustimmung der besonders vom „grünen Europa" profitierenden Mitgliedsländer zu finden.

Was für den neuen französischen Finanzminister Beregevoy offenbar akzeptabel war, wischte *Europaminister* Roland Dumas anderntags wieder vom Tisch. Auf keinen Fall könne Paris einer Formel zustimmen, die dem Finanzminister eines einzelnen Landes praktisch ein Vetorecht gegen Agrarbeschlüsse einräumen würde, meinte er. Hinzu kommt, daß auch das Europaparlament allergrößte Bedenken gegen eine Regelung hat das seine Mitwirkung an den Etatbeschlüssen einschränkt.

Die Diskussion ist damit wieder am toten Punkt angelangt. Denn die Briten insistieren auf ein möglichst verbindliches Verfahren zur besseren Ausgabenplanung. Premierministerin Margaret Thatcher hat bereits früher öffentlich verkündet, daß sie den Beschluß über die Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen der EG nur dann dem Unterhaus zuleiten werde, wenn gleichzeitig ordentliche Vorkehrungen gegen ein weiteres Ausufern der Agrarlasten getroffen würden.

Die nächste Ratssitzung am 1./2. Oktober muß zeigen, ob es in der Zwischenzeit Bewegung gegeben hat. Da alles zu einem großen Verhandlungspaket zusammengeschnürt ist, könnte das ungelöste Problem der Haushaltsdisziplin nicht nur die Eigeneinnahmen gefährden, sondern zugleich auch die Verabschiedung des Nachtragsetats der Gemeinschaft für 1984, ohne den der Brüsseler Kommission demnächst das Geld ausgehen wird.

Die Briten wiederum warten auf die Freigabe ihres Beitragsrabatts durch das EG-Parlament. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, daß ihre Zustimmung zu höheren EG-Einnahmen vom Fortgang der Verhandlungen mit den Beitritt Spaniens und Portugals abhängen wird. Für Diskussionen ist folglich noch genügend Raum.

WELTBANK / Minister Warnke: Pragmatismus hat ideologische Ansätze aufgeweicht

Investitionsklima in der Dritten Welt soll nachhaltig verbessert werden

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Erst im kommenden Frühjahr werden die großen Industrienationen die Verschuldungsprobleme in der Dritten Welt anpacken und Hilfsprogramme für die ärmsten Länder südlich der Sahara beschließen. Dieses Fazit läßt sich schon kurz nach der Eröffnung der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington ziehen. Abgewartet werden müssen die US-Präsidentschaftswahlen.

Abgesehen davon, daß der amerikanische Kongreß entsprechende Gesetze erst in der am 20. Januar beginnenden neuen Legislaturperiode verabschieden würde, erhofft man sich bis zu der im April stattfindenden „Großkonferenz" der Finanz- und Entwicklungsminister sowie der Notenbankchefs auch eine Verbesserung der Haushaltslage in den Geberstaaten. Als Vorteil kann sich die Hinausschiebung insofern erweisen, als Hochzins, Handelsschranken, Öffnung der Märkte und Strukturanpassung gleichzeitig behandelt werden können.

Diese Einsicht ist auch der Grund dafür, daß der Entwicklungsausschuß, der sich nach einem Beschluß des Londoner Wirtschaftsgipfels mit der Schuldenkrise zu befassen hat, seine Beratungen in einem guten Klima ohne Konfrontation beenden konnte. Wie der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, erklärte, „hat der Pragmatismus frühere ideologische Lösungsversuche aufgeweicht". Heute bemühe man sich in allen Lagern um konkrete Ergebnisse.

Im Ausschuß hat Warnke durchgesetzt, daß Weltbank und IWF einen gemeinsamen Bericht über die wirtschaftlichen Fortschritte in Mexiko vorlegen, das nach wie vor als Musterbeispiel für die Überwindung der selbstverschuldeten Finanzkrise gilt. Als „Lohn" winken längere Laufzeiten bei Kreditumschuldungen mit herabgesetzten Gebühren. Es gibt indes noch keine Vereinbarung über die allgemeine Anwendung des mexikanischen Modells.

Das Entwicklungskomitee hat sich zunächst auf diese Formel geeinigt: Die strukturelle Bereinigung der Schuldenkrise ist nur ein Zwischenschritt. Vorrang hat jetzt die Verbesserung des Investitionsklimas in der Dritten Welt. Das fördert nicht nur ausländische Direktinvestitionen; durch das wachsende Vertrauen im Inland wird zudem die Kapitalflucht unterbunden.

Den 147 Mitgliedsstaaten unterbreitete die Weltbank ein Aktionsprogramm für Afrika, das aus sechs Punkten besteht. Einmal müssen die von Hungernot bedrohten Länder ihre eigenen finanziellen und menschlichen Ressourcen wirksamer einsetzen; zum anderen soll weiche Auslandshilfe stärker koordiniert und flexibler gehandhabt werden. Statt immer neue Projekte zu beginnen, empfiehlt die Bank eine bessere Auslastung der vorhandenen Anlagen. Folgt man der multinationalen Organisation, dann muß das Schwergewicht der Bemühungen in der Bevölkerungspolitik, der Gesundheitsfürsorge, der Ausbildung und der Mechanisierung der Landwirtschaft liegen. Die Bank hält es zudem für erforderlich, daß der Nettokapitalzufluß in die Staaten südlich der Sahara wie in den Jahren 1980/82 real elf Mrd. Dollar ausmacht. In der Ländergruppe übersteigt der jährliche Bevölkerungszuwachs drei Prozent, das Pro-Kopf-Einkommen liegt unter dem Niveau von 1970. Die Getreideerzeugung sinkt oder stagniert.

In seiner Eröffnungsrede nannte der Präsident der Weltbank, A. W. Clausen, das Aktionsprogramm einen „Aufruf zur Tat". Bis 1995 bleibe die Kreditvergabe der Geschäftsbanken bestenfalls konstant, betonte er. Die Weltbank müsse sich diesem Trend flexibel anpassen, und zwar durch schnelle und innovative Hilfen sowie Verstärkung ihrer Katalysatorenrolle bei der Mobilisierung kommerzieller Kapitalströme.

Laut Warnke sieht die Bundesregierung keinen „Umstrukturierungsbedarf" der Weltbank. Ihre künftige Rolle müsse weiterhin projektbezogen sein, notwendig seien allerdings mehr Anpassungsdarlehen. Warnke warnte vor einer Gefährdung der Kreditwürdigkeit der Weltbank. Das könne kontraproduktive Folgen auf den Kapitalmärkten haben.

AKTIENFORUM

Lob und Tadel für Bonn in der Vermögenspolitik

LEO FISCHER, Bonn

Mit dem vierten Vermögensbildungsgesetz, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft trat, sei man auf dem richtigen Weg, breite Bevölkerungskreise am Produktivkapital der Wirtschaft zu beteiligen. Dies war der Grundtenor der Vorträge und Diskussionen auf dem Aktienforum '84 in Bonn. Dabei herrschte aber auch die Meinung vor, daß noch vieles verbesserungswürdig sei. Die Hauptkritik bezog sich auf die gleichzeitige Förderung von Anlageformen, die nicht zur Bildung von Produktivkapital (Sparkonto) führen.

Die ungleichgewichtige Geldvermögensbildung der Bundesrepublik kritisierte auf derselben Veranstaltung Klaus Piltz, Sprecher des Vorstandes des Arbeitskreises Aktie und Vorstandsmitglied der Veba AG, Düsseldorf. Nach Angaben von Piltz machten Aktienanlagen im letzten Jahr rund vier Prozent der gesamten Geldvermögen aus, 1965 waren es noch 13 Prozent. Der Privatanleger hielt 1983 noch knapp 17 Prozent des umlaufenden Aktienkapitals nach gut 26 Prozent im Jahre 1965. Zum Vergleich: in den USA hält der Privatanleger 70 Prozent, in Großbritannien ein Viertel. Piltz sieht den Grund dafür nicht in einer ablehnenden Haltung der deutschen Sparer zum Risikopapier, sondern in einfachen Rentabilitätsüberlegungen.

Piltz wies darauf hin, daß die Einmalaktionen (Veba-Privatisierung) wenig erfolgreich waren. Denn die Zahl der Erstzeichner, die noch Veba-Aktien besitzen, ist auf unter 25 Prozent gesunken. Wesentlich positiver sei die nachhaltige Wirkung der Belegschaftsaktien. Einige Unternehmen hätten schon zum zehnten Mal Belegschaftsaktien herausgegeben. Begrüßenswert sei daher die Förderung der Ausgabe von Belegschaftsaktien nach dem neuen Vermögensbildungsgesetz.

Prof. Reinhart Schmidt von der Universität Kiel sieht in der Belegschaftsaktie das aus betriebswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen „ideale Instrument" der Mitarbeiterbeteiligung. Daß die Geldvermögensbildung in Form der „risikoarmen Geldanlage" erfolgte, (nach der Statistik der Deutschen Bundesbank für 1983 beträgt der Anteil der Festverzinslichen 81,2, der der Aktien 7,2 Prozent) geht auf die „ungleiche Förderung" der verschiedenen Anlageformen in der Vergangenheit zurück und auf den Rückgang der Unternehmensrenditen.

Dr. Klaus Esser, Direktor bei der Mannesmann AG, kritisierte, daß die Vermögensbildungsgesetze einem „Flickenteppich" glichen; vieles sei angestückelt und bürokratisch überperfekt. In diesem Zusammenhang wies er auf den hohen Verwaltungsaufwand bei Belegschaftsaktien hin. Mannesmann zahle an die Banken im Zusammenhang mit Belegschaftsaktien jährlich eine halbe Million DM. Eine Vereinfachung des Gesetzes sei dringend erforderlich.

AUF EIN WORT



„Unterlagen können kopiert werden, Qualifikationen und Persönlichkeiten aber nicht. Obwohl Konsequenzen aus falschen Entscheidungen immer relevanter werden, vertrauen viele Unternehmer bei der Anbahnung von Geschäftsverbindungen allein der Papierform ihrer potentiellen Partner. Das ist zwar rationell, aber oft verhängnisvoll. Jeder Verantwortliche sollte sich Zeit für einen persönlichen Eindruck vom Menschen nehmen, bevor es zum Kontrakt kommt."

Wolfram Hatesaul, Geschäftsführender Gesellschafter der P&M Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn

FOTO: GERD LUDWIG/VISUM

WÄHRUNGSTAGUNG

IWF-Chef: Hohe Realzinsen sind die größte Gefahr

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach den USA verstärkt sich jetzt auch der wirtschaftliche Aufschwung in den anderen Industriestaaten. Dramatisch verbessert hat sich bereits die Zahlungssituation in den hochverschuldeten Entwicklungsländern. Eine Bedrohung stellten jedoch die sehr hohen Realzinsen dar, erklärte der geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, der Franzose Jacques de Larosière, bei der Eröffnung der Währungstagung in Washington. Sie unterminierten eine dauerhafte Erholung und verschärften die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt.

Den Industrienationen empfahl de Larosière, die Basis ihrer Wirtschaftsexpansion möglichst rasch zu verbreitern. In Europa abgebaut werden müßten die strukturellen Starrheiten, die Ausstoß und Beschäftigung unterhalb ihres Potentials drückten. Außerdem seien in den europäischen Ländern trotz des größeren fiskalischen Gleichgewichts die öffentlichen Ausgaben immer noch zu hoch. An die Adresse der USA richtete er die Forderung, die Haushaltsdefizite zu kürzen, um die Abhängigkeit von ausländischen Ersparnissen zu verringern und den Zinsdruck zu mildern.

Der IWF-Chef erinnerte daran, daß in den Industriestaaten die Inflationsrate mit rund 4,5 Prozent noch um anderthalb Prozent über dem Niveau Anfang und Mitte der 60er Jahre liege. Über die Geldpolitik müsse deshalb der Kampf gegen die Teuerung fortgesetzt werden. Nach Berechnungen des Fonds wird das zusammengefaßte Leistungsbilanzdefizit der ölimportierenden Entwicklungsländer in diesem Jahre unter 50 Mrd. Dollar sinken. Gegenüber 1981 wird es sich mehr als halbieren.

EUROPÄISCHER GERICHTSHOF

Regierung sieht Preisbindung für Bücher nicht gefährdet

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die französische Preisbindung für Verlagserzeugnisse sieht die Bundesregierung das deutsche System der vertikalen Preisbindung in diesem Bereich nicht gefährdet. Denn im Unterschied zur privatwirtschaftlichen Preisbindung in der Bundesrepublik beruhe sie in Frankreich auf einer staatlichen Regelung. „Schon wegen dieses Unterschieds in der rechtlichen Ausgangslage kann das Urteil des Europäischen Gerichtshofs nicht unmittelbar präjudizierend sein für das bei uns praktizierte privatwirtschaftliche System", heißt es in der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Parlamentsanfrage.

Grundsätzlich sieht die Bundesregierung in dem System des festen Ladenpreises im Buchhandel, wie es sich in vielen Ländern der EG herausgebildet hat, ein wesentliches Instrument, um die literarische Qualität und Vielfalt beim Verlag und Vertrieb von Büchern und anderen Verlagserzeugnissen und damit unter den Autoren zu erhalten. Vor allem aus diesen Gründen sei nach dem deutschen Recht die Preisbindung bei Verlagserzeugnissen gestattet.

Die Bundesregierung hat auch keine Einwände gegen einen befristeten Verzicht auf eine Video-Auswertung von Kinofilmen. Dieses könne zu einer besseren Verwertung von Filmen beitragen. Dieses Ziel werde durch die vom Bundeskartellamt unbeanstandet gebliebene unverbindliche Verbandsempfehlung der Filmverleiher verfolgt. Danach solle den Kinos für sechs Monate ein ausschließliches Abspielrecht gesichert und die Video-Auswertung für diese Zeit möglichst ausgeschlossen werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Öffentliche Haushalte gaben mehr aus

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die öffentlichen Haushalte – Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände – haben im ersten Halbjahr 1984 insgesamt 265 Mrd. Mark ausgegeben, 1,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, stiegen die Personalausgaben um 1,6 Prozent, die laufenden Sachausgaben um 2,2 Prozent. Die Ausgaben für öffentliche Bauausgaben sind um 5,4 Prozent gesunken. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stiegen um 3,5 Prozent auf 232,7 Mrd. Mark.

Hohe Zuwachsraten

Berlin (dpa/VWD) – Eine „stürmische Entwicklung" der Computer-Grafik erwarten Hersteller und Anwender des Zeichnens von Bildern durch den Computer. Zuwachsraten von bis zu 30 Prozent pro Jahr prognostizierte Manfred Busche, Geschäftsführer der Berliner Ausstellungs-Messe-Kongreß GmbH, anläßlich der heute beginnenden „Camp '84", eines Kongresses für Computer-Grafik und ihre Anwendung für Management und Produktion. Zur dreitägigen Camp '84 haben sich 1 500 Teilnehmer und 80 Aussteller aus allen westlichen Industriestaaten angemeldet. Den Gesamtumsatz der Branche bezifferte IBM-Manager Peter Grunau für 1984 auf 4,2 Mrd. Dollar, der bis 1990 auf 9,1 Mrd. Dollar anwachsen werde.

Tausend neue Mitarbeiter

Wolfsburg (AP) – Seit Juli hat der Volkswagenkonzern rund tausend neue Mitarbeiter eingestellt. Wie das Unternehmen mitteilte, fanden die meisten davon im Hauptwerk Wolfsburg einen Arbeitsplatz. Bis zum Jahresende sollten in den sechs inländischen Werken noch weitere tausend Arbeitnehmer neu eingestellt werden, kündigte VW an. Dieser Schritt sei wegen der starken Nachfrage erforderlich. Er sollte außerdem dazu beitragen, den Produktionsausfall während des Metallerstreiks auszugleichen, hieß es.

Zinsen gesenkt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt hat mit Wirkung von gestern die Zinsen für ihre Kredite gesenkt. Wie es in einer Mitteilung heißt, betragen die Zinsen für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von höchstens 300 Mill. Mark künftig nur noch sieben (7,25) Prozent. Die Zinsen für Darlehen des vor kurzem vorgestellten KfW-Umweltschutzprogramms liegen jetzt bei 6,5 Prozent (6,75 Prozent). Unverändert bleiben hingegen der Auszahlungssatz von 95 Prozent und die Laufzeit von zehn Jahren.

Besserer Auftragsbestand

Hamburg (rtr) – Trotz hoher Überkapazitäten im Weltschiffbau besteht nach Ansicht des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie Bedarf an neuen Schiffen, die wirtschaftlich und energiesparend betrieben werden können. Auf diesen Bedarf konzentrieren sich die deutschen Werften, die ihre Produkte auf der internationalen Fachmesse „Schiff, Maschine, Meerestechnik" (SMM '84) in Hamburg vorstellen wollen, wie Verbandsgeschäftsführer Werner Fante gestern vor der Messeeröffnung erklärte. Die deutschen Werften verbuchten im ersten Halbjahr 1984 Aufträge für 1,568 Mrd. Mark nach Auftragseingängen über 2,519 Mrd. Mark für das gesamte Jahr 1983. Der Auftragsbestand betrug Mitte des Jahres 3,61 nach 3,161 Mrd. Mark Ende 1983 und 4,986 Mrd. Mark Ende 1982.

Energiebedarf bleibt gleich

München (dpa/VWD) – Der Energiebedarf der Bundesrepublik wird nach Ansicht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, bis zum Jahr 2000 auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben. Eine Energiebedarfsschätzung der Prognos AG, Basel, die einen Primärenergieverbrauch von 370 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) für die Jahrtausendwende voraussagt – rund drei Mill. Tonnen weniger als im laufenden Jahr – sei aus drei Gründen unrealistisch: Die Preise für Rohöl und andere Energieträger würden vermutlich nicht so schnell steigen, wie in der Prognos-Studie erwartet, der industrielle Strukturwandel verlaufe langsamer als angenommen und der Verbrauch verschiedener Sektoren sinke nicht so rapide.

RENAULT

Der Streik ist beendet

AFP, *Le Mans*

Der Arbeitskonflikt im Renault-Werk von Le Mans ist beendet. Die 8600 Arbeiter stimmten gestern in einer Urabstimmung einem Vorschlag zu, den Arbeitgeber und Gewerkschaften am Sonntag ausgehandelt hatten. Demnach werden in Le Mans keine Entlassungen *vorgenommen*. Der von der Werksleitung gewünschte Abbau der Beschäftigtenzahl soll *durch freiwillige Pensionierungen* erreicht werden. Die Reduzierung des Weihnachtsgeldes soll durch eine einmalige *Zahlung von 300 Franc* (rund 100 Mark) ausgeglichen werden. Schließlich soll all denjenigen, die ihre fünfte Urlaubswoche nicht während der Werksferien zwischen dem 21. Dezember und dem 2. Januar nehmen wollen, eine andere Regelung vorgeschlagen werden. Die Einstellung des Streiks erlaubt nach Angaben des Werks, den neuen Renault 5, der beim Pariser Automobilsalon am 4. Oktober vorgestellt werden soll, ohne nennenswerte Verzögerung zu produzieren. Die Ergebnisse werden nach Angaben der Gewerkschaft Vorbild für die Tarifverhandlungen sein, die morgen in den anderen Fabriken des Konzerns beginnen.

WEINWIRTSCHAFT / Pro-Kopf-Verbrauch erreichte Rekordhöhen – Düstere Aussichten bei der neuen Ernte

Preise des Jahrgangs 1983 werden wieder steigen

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Wer schlau ist, kauft jetzt seinen Wein ein. Nicht wahllos freilich, sondern ganz gezielt jene besseren Tropfen des Jahrgangs *1983*, die angesichts der eher düsteren Aussichten der neuen Ernte mit ziemlicher Sicherheit schon sehr bald im Preis anziehen werden. Obwohl der 83er in den deutschen Anbaugebieten die zweitgrößte Weinmenge der Geschichte erbrachte, rechnen Experten die höheren Qualitäten dieses Jahrgangs inzwischen nach einigen Monaten Lagerung zu den schönsten der letzten Jahrzehnte, vergleichbar fast dem legendären 1953er. Ähnliches gilt zum Teil auch für Frankreich (speziell Elsaß, *Loire und Bordeaux*) und Italien (speziell Südtirol, Friaul und Toscana).

*Dabei lagern vom 83er in den Kel*lern der deutschen Winzer nach einer vertraulichen Studie des Deutschen *Weinbauverbandes* unverkauft immer noch über 50 Prozent, in Baden und Württemberg mit ihren großen *Genossenschaftskellern sogar mehr* als 75 Prozent. Monatelang hat der Handel mit der Abnahme dieser Wei*ne gezögert. Man wollte zuerst abwar*ten, wie der 84er wird. Zwar gab es zu Beginn des Sommers in den Weinbergen einen deutlichen Vegetations*rückstand von drei Wochen*. Die Wärmeperiode im Hochsommer glich jedoch einiges aus. Die Trauben schienen kerngesund. Wieder *schien eine* relativ große Ernte (10 bis 11 Mill. Hektoliter) möglich.

Aber nun hat das jähe Ende des Sommers die Perspektive stark verändert. Die Ernteschätzung liegt jetzt bei 9 bis 10 Mill. hl. Den Rebstöcken droht die sogenannte Sauerfäule. Die Qualität dürfte weit unter der des 83ers liegen. Pessimisten fürchten einen der höchsten Tafelweinanteile der letzten Jahre. Prädikatsweine werden selten sein. Schon drohen wieder erbitterte politische Diskus*sionen um Winzerexistenzen*, Mindestmostgewichte, Naßverbesserung, Anreicherungsgrenzen und unerlaub*te Manipulationen im Keller. Da ge*winnen die guten, von der Lage und vom Erzeugerbetrieb her bewährten *Weine des 83ers mit Gewißheit an* Bedeutung und Wert.

Daß die Preise sich im Sektor der *besseren Qualitäten nach dem teil*weise katastrophalen Preisverfall der letzten anderthalb Jahre wieder festi*gen, kommt den Erzeugern sehr gele*gen. Sowohl auf dem Inlands- als auch auf dem Exportmarkt sind die mühsam erkämpften Absatzsteige*rungen* für deutschen Wein teuer mit erheblichen Preiszugeständnissen erkauft worden. Die jüngste Schät*zung des sogenannten Pro-Kopf-Ver*brauchs an Wein und Sekt in der Bundesrepublik beläuft sich auf die Rekordhöhe von ca. *28 Litern*. Dabei hat der deutsche Wein mit 14 Liter den Auslandswein (stagnierend bei 11 Liter) wieder deutlich überflügelt. Aber das alles bei sinkenden Preisen.

Auch im Export wurde im ersten Halbjahr 1984 der Absatz gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 um fast 20 Prozent gesteigert. Zum ersten Mal war der Zuwachs bei Qualitätsweinen höher als bei Tafelwein und EG-Verschnitten. Aber im *gleichen Zeitraum* sank der durchschnittliche Exporterlös gerade bei Qualitätswein von über *4 DM auf 3,53 DM pro Liter*.

Nach wie vor liegt das Hauptinteresse der ausländischen Kundschaft, soweit es *sich* um *deutsche* Weine handelt, bei halbtrockenen bis süßen Prädikatsweinen, vor allem Spätle*sen, Auslesen und Eisweinen. Die* Mühe, die sich manche machen, im Ausland auch trockene, deutsche Ka*binettweine an den Mann zu bringen*, scheint zum großen Teil vergeblich. Der Begriff des trockenen Weins ist für Amerikaner, Engländer oder Holländer zu *stark* vom *körperreichen* französischen oder italienischen Wein geprägt. Wer je eine Studiengruppe *ausländischer Weinkenner etwa im* Rahmen der „German Wine Academy“ auf Besichtigungstour zu führenden deutschen Weingütern beobachtet hat, der wird bestätigen: Sie loben zwar bei der Weinprobe auch die Trockenen, aber hinterher kaufen sie allesamt doch die lieblichen Spät- oder Auslesen.

Ein großer Teil der deutschen Winzer allerdings wird weder vom Ex*portboom, noch von den steigenden* Preisen für Prädikatsweine profitieren. Dort, wo man zum Teil noch auf *erheblichen Mengen des relativ* schwer verkäuflichen 1982er sitzt, vor allem aber dort, wo – speziell an Mosel, Saar *und Ruwer – die* Erzeugerpreise mit knapp über einer Mark pro Liter der Rebsorte Müller-Thurgau deutlich unter den Gestehungskosten liegen, wird man auch die EG für die Misere verantwortlich machen. Aus Brüssel *kam, pünktlich zur Unzeit* wie so oft, eine neue Verordnung über die Ernte- und Bestandsmel*dung im Herbst 1984. Es gibt neue* Formulare, neue Paragraphen, neue Bestimmungen über Destillation.

CHINA / EG-Vizepräsident Haferkamp in Peking

Kooperation wird erweitert

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu zehntägigen Gesprächen *mit* der chinesischen Regierung ist EG-Vizepräsident Wilhelm Haferkamp gestern in Peking eingetroffen. Bei dem Besuch soll auch ein umfassendes Kooperationsabkommen pa*raphiert werden, das die Beziehungen* zwischen der Gemeinschaft und China auf eine neue Grundlage stellt.

Das Rahmenabkommen ersetzt einen im Jahre 1978 vereinbarten Handelsvertrag. Es erweitert die wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf alle in die Kompetenzen der Gemeinschaft fallenden Bereiche. Genannt werden Industrie, Bergbau, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie sowie Energie, Verkehr, Umweltschutz und Kooperationen in dritten Ländern. Gefördert werden sollen vor allem Joint Ventures, der Austausch von Informationen, Kontakte zwischen Repräsentanten der Wirtschaft *sowie die Gewährung von* technischer Hilfe.

Die EG erklärt ihre Bereitschaft, *im Rahmen ihrer Programme für die* nichtassoziierten Länder der Dritten Welt eine Aufstockung ihrer Wirt*schaftshilfe an Peking zu prüfen, will* sich aber nicht auf Verhandlungen darüber einlassen. Ebenso will sie eine zunehmende Liberalisierung der Einfuhren aus China in Betracht ziehen, wie auch Peking sich verpflichtet, die EG-Importe „in günstigem Licht zu sehen“. Im Zollbereich sichern sich beide Seiten die Meistbegünstigung zu.

Der Handel zwischen der EG und China hat sich in den letzten zehn *Jahren* erheblich ausgedehnt. So stiegen die europäischen Importe von 668 Mill. Ecu (knapp 1,5 Mrd. DM) im Jahre 1975 auf 2,67 Mrd. Ecu (5,97 Mrd. DM) 1983. Während die Einfuhren der EG eine stetige Zunahme verzeichneten waren die Exporte großen Schwankungen ausgesetzt. 1983 nahmen die chinesischen Bezüge aus der EG stark zu. Die Gemeinschaft erzielte so zum ersten Mal seit 1979 wieder einen leichten Handelsüberschuß.

Seit 1980 profitiert *China* bereits von den Zollpräferenzen der EG für Entwicklungsländer. Eine Vereinbarung über *die freiwillige* Beschränkung von Textillieferungen besteht seit 1979. Die Importe der Gemeinschaft *aus China umfassen* neben Textilien und Bekleidung vor allem Textilfasern und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die EG *liefert* vornehmlich Maschinen, Eisen und Stahl sowie Chemikalien.

Grundstückspreise auf Talfahrt

dos. **Hannover**

Die niedersächsische Landgesellschaft mbH (NLG), Hannover, deren Tätigkeit auf die Entwicklung des ländlichen Raums in Norddeutschland ausgerichtet ist, rechnet damit, daß die Preise für landwirtschaftliche

Grundstücke *in* erheblichem *Maße* sinken werden. Bereits jetzt gebe es preislich stark differierende Grundstücksangebote. *Mit* der Geschäftsentwicklung im Jahre 1983 ist die NLG trotz eines Umsatzrückgangs *auf 220 (270) Mill. DM* zufrieden. Auf dem Grundstücksmarkt hat die NLG im eigenen Namen 917 Hektar ange*kauft und 1362 Hektar* verkauft. Der verfügbare Bestand verringerte sich auf 5314 (5764) Hektar.

FRANKREICH / Die Kaufkraft hat sich real verbessert

Mehr verdient, mehr gespart

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französische Lohnentwicklung ist real wieder nach oben gerichtet. Während sich der Preisanstieg von zwei Prozent im 1. Quartal auf 1,6 Prozent *im* 2. Quartal abgeschwächt hat, beschleunigte sich der Anstieg der Stundenlöhne von 1,5 auf zwei Prozent. Damit wurden die vorangegangenen Kaufkraftverluste in etwa wieder ausgeglichen. Unter Berücksichtigung der etwas verbesserten Arbeitszeit war das Ergebnis leicht positiv.

Im Jahresvergleich Juli entsprach der Anstieg der Stundenlöhne mit 7,6 Prozent der Inflationsrate (7.5 Pro*zent). Die Monatslöhne hatten sich* demgegenüber nur um 6,9 Prozent erhöht, während der gesetzlich garan*tierte Mindestlohn (Smic) um 8,9 Pro*zent aufgebessert worden war. In allen drei Kategorien hatte sich aber die *Tendenz gegenüber der von vor ei*nem Jahr auch im Vergleich zur Inflationstendenz etwas abgeflacht.

Die französische Konjunktur wurde von dem Kaufkraftzuwachs des 2. Quartals aber nicht beflügelt. Denn die Franzosen *haben wieder mehr ge*spart. Die unteren Einkommensschichten (mit überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen) zahlten auf die ihnen vorbehaltenen inflationsindexierten und steuerfreien Volkssparbücher nicht weniger als 5,1 Mrd. Franc nach 1,4 Mrd. Franc im 1. Quartal.

Der Zuwachs der gesamten Sparkasseneinlagen verminderte sich dagegen von 14,1 auf 5,2 Mrd. Franc. Dies war vor allem auf das nachlassende Industriebuch-Sparen (Codefi) zurückzuführen, welches nur noch 4,5 (13,5) Mrd. Franc erbrachte. Andererseits haben die besser bemittelten Franzosen im verstärktem Umfang Obligationen in Erwartung sinkender Rentenzinsen gekauft.

Wie stark das Interesse für Rentenwerte ist, ergibt sich daraus, daß die *Regierung den Betrag der vor einer* Woche aufgelegten neuen Staatsanleihe von 15 auf 20 Mrd. Franc aufgestockt hat. *Mit* Zinssätzen von 12,60 bzw. 11,60 Prozent (je nach Ausstattung der Tranchen) gilt diese Emission bei einer Inflationsrate von 6,5 Prozent immer noch als sehr attraktiv. Die Spartätigkeit wird damit in stärkerem *Maße* als *1983* von der Regierung in den Dienst der Budgetdefizit-Finanzierung gestellt.

ISRAEL / Indexierung von Löhnen und Gehältern bleibt

Subventionen kräftig gekürzt

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Neue Steuern und Abgaben, Strei*chungen von Subventionen* und Haushaltskürzungen in einem Gesamtbetrag von 1,2 Mrd. Dollar bilden *die erste Etappe des* Sanierungsprogramms, das die israelische Regierung am Sonntag, nach einer Woche *intensiver Verhandlungen mit dem* Gewerkschaftsverband Histadrut, beschlossen hat.

Wegen des Widerstandes der Histadrut mußte der neue Finanzminister, Itzhak Moda'i, auf sein Hauptziel verzichten: die Brechung der automatischen Indexierung aller Löhne und Gehälter. Der erst vor kurzem gewählte Generalsekretär der Histadrut, Israel Kessar, bestand auf der Indexierung als „unentbehrliches *Werkzeug zum Schutz des Reallohnes* des Arbeiters“.

Kessar und Moda'i akzeptierten die Forderung der Regierung nach einer „Senkung des Lebensstandards auf das Niveau von 1982“; doch bestand Kessar auf einer „gleichmäßigen Verteilung der Last zwischen allen Erwerbstätigen – Arbeitern, Angestellten und auch Selbständigen“. Diese Losung wurde von der Regierung angenommen, doch das Ergebnis, nämlich eine Erhöhung direkter und indirekter Steuern, sowie eine weitgehende Kürzung von Subventionen für Verbraucherwaren, trifft die Lohn- und Gehaltsempfänger viel härter als die Selbständigen. Es wird weithin angenommen, daß dies auch der Histadrut wohlbekannt ist, daß sie aber keinen anderen Ausweg sah und die „gleichmäßige Lastenverteilung“ als gesichtsrettende Formel annahm.

Die einzusparenden 1,2 Mrd. Dollar bestehen aus einer Haushaltskürzung von 300 Mill. Dollar und einer Kaufkraftabschöpfung in der Form von Steuern und Abgaben im Gesamtwert von 900 Mill. Die letztere Summe besteht aus einer Erhöhung der Einkommensteuer in den nächsten vier Monaten um fünf bis acht Prozent – insgesamt 150 Mill. –, einer einmaligen Abgabe von 0,5 bis zwei *Prozent* auf Privatfahrzeuge und Zweitwohnungen bei individuellen Steuerzahlern und auf Realbesitz und Maschinen bei Firmen – insgesamt 400 Mill. –, und einer Subventionskürzung im Betrag von 350 Mill. Im Fiskaljahr, das am 1. April 1985 beginnt, soll der Staatshaushalt um weitere 650 Mill. gekürzt werden. Insgesamt beläuft sich die Verringerung der Kaufkraft auf 1,8 Mrd. Dollar – nicht viel weniger als die 2 Mrd., die die meisten Wirtschaftsexperten für nötig halten.

Allerdings werden die Subventionskürzungen zu einem großen Preisanstieg führen. Finanzminister Moda'i selbst meinte, der Index der Lebenshaltungskosten im September werde wieder einen Rekord schlagen und um rund 20 Prozent zunehmen. Die jährliche Inflationsrate, die jetzt schon auf 396 Prozent steht, könnte sich verdoppeln und bis Jahresende sogar auf *1000 Prozent* anschwellen. Erst im nächsten Stadium der Sparmaßnahmen könne er die Inflation bremsen. Als Geste für die unteren Einkommensschichten wurden die Grundnahrungsmittel nur unerheblich verteuert. Bei Treibstoff wurden Subventionen gänzlich beseitigt.

Die Regierung hatte sich eine Woche lang mit dem Plan eines Lohn- und Preisstopps befaßt, kam dann jedoch einstimmig zum Entschluß, daß ein solcher Stopp unter den gegenwärtigen Umständen nicht durchführbar wäre. Solange noch Kaufkraft bestehe, würden preisgebundene Waren einfach von den Regalen verschwinden. Es würde sich ein schwarzer Markt bilden, und auch der Lohnstopp ließe sich dann nicht halten. Es bleibt aber die Frage offen, ob die neuen Maßnahmen zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen werden. Das erklärte Ziel der Regierung ist es, dies zu vermeiden. (SAD)

MANN & HUMMEL / Wieder ordentlich ausgelastet

US-Engagement aufgegeben

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Seit dem Spätsommer vergangenen Jahres ist die *Filterwerk Mann &* Hummel GmbH, Ludwigsburg, einer der führenden Hersteller von Luft-, Öl- und Kraftstoff-Filtern und damit einer der maßgeblichen Zulieferer für die Autoindustrie, wieder „ordentlich ausgelastet“. Diese gute Entwicklung habe sich auch in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1984 fortgesetzt. *Mit* weiteren Angaben, insbesondere auch über die Auswirkungen des Arbeitskampfes und die sich daraus ergebenden Aspekte, *hält* sich die Firma alledings zurück.

1983 hat sich der Außenumsatz der gesamten Firmengruppe Mann & Hummel um 1,6 Prozent auf 659 Mill. DM verringert. Dabei war der Gesamtumsatz der Auslandsgesellschaften auf 130 (136) Mill. DM zurückgegangen. Die 50prozentige Beteiligung in den USA wurde im vergangenen Jahr aufgegeben, was mit den gewachsenen Risiken des dortigen Marktes und der unterschiedlichen Auffassung der Partner über die Geschäftspolitik begründet wird. In Argentinien, Brasilien und Österreich hätten sich die Beteiligungsgesellschaften zwar behaupten können. Doch ging dies einher mit „beachtlichen“ Einbußen in Umsatz und Ertrag. Die *spanische* Beteiligung habe sich indessen befriedigend entwickelt.

Vom Gesamtumsatz der Gruppe, der zu fast 20 Prozent im Ausland produziert wurde, sind *45* Prozent direkt auf den Exportmärkten abgesetzt worden. Bei der Muttergesellschaft, die *inländische* Produktionsstätten in Ludwigsburg, Marklkofen/Niederbayern und in Speyer betreibt, nahm der *Umsatz im Berichtsjahr* um 2,2 Prozent auf 541 Mill. DM ab, die Gesamtleistung fiel sogar um 5,5 Prozent. *Maßgebend hierfür war* die unzureichende Kapazitätsauslastung in der ersten Jahreshälfte. Zeitweise arbeiteten *40 Prozent der Belegschaft* kurz. Die ungünstige Situation bei den Kundengruppen Nutzfahrzeug- und Anlagenbau hielt das ganze Jahr über an.

Auf der Kostenseite gelangen Erfolge auf der Materialseite. So weist das Unternehmen für das Berichtsjahr einen Jahresüberschuß von 10 (10,9) Mill. DM aus. Für 1982 war auf das in Besitz der Familien Mann und Hummel liegende Stammkapital von 56 Mill. DM eine Dividende von 8 Prozent ausgeschüttet worden. Die Eigenmittelquote beläuft sich auf rund ein Drittel. Die Gruppe zählt etwa 6600 (6800) Mitarbeiter.

Bernhard Niehues gestorben

Nach *langer* Krankheit ist Bernhard Niehues im Alter von 75 Jahren gestorben. Der Sohn des *Gründers der Textilfirma Niehues &* Dütting in Nordhorn hatte zunächst mit seinem Vater und nach dessen *Tod seit 1950 die Geschicke des Un*ternehmens „Nino“ bestimmt und den traditionsreichen Textilbetrieb *erfolgreich durch die Zeiten des texti*len Strukturwandels in die Moderne gesteuert. Aus der Kombination von *Niehues und Nordhorn schuf* Bernhard Niehues die Marke „Nino“ und machte damit erstmals Stoff zu einem allgemein bekannten Markenartikel. Der Familienunternehmer (und Mehrheitsaktionär) der Nino AG hat Weitblick bewiesen bei der energischen Überwindung der Strukturprobleme ebenso wie bei der rechtzeitigen Umwandlung von Nino in eine Aktiengesellschaft, die heute ein besseres Bild bietet als viele andere Textilunternehmen. (adh.)

UdSSR / Viele langlebige Konsumgüter unverkäuflich

Pkw-Absatz macht Probleme

dpa/VWD, **Hamburg**

Der Absatz einfacher und qualita*tiv nicht sehr hochwertiger Geräte ist* auch in der UdSSR heute kaum noch möglich, nachdem der Grundbedarf *an langlebigen Konsumgütern in der* Sowjetunion gedeckt ist. Heute entfallen nach Informationen des Ham*burger Instituts für Ost-Marktfor*schung auf 100 Haushalte: 520 Uhren, 90 Radios, 91 Fernsehgeräte (davon zehn Farbfernsehgeräte), 30 Tonbandgeräte, 32 Fotoapparate, 89 Kühlschränke, 70 Waschmaschinen, 33 Staubsauger, 13 Motorräder, 54 Fahrräder, 65 Nähmaschinen.

Nach Angaben des Instituts haben sich im Handel große Mengen unverkäuflicher langlebiger Konsumgüter angesammelt. Dem versuche man, durch die Möglichkeit der Ratenkäufe für fast alle langlebigen Konsumgüter, aber auch durch Schlußverkäufe und starke Preisreduzierungen zu begegnen. Außerdem werde das Sortiment bei langlebigen Konsumgütern bereinigt und die Produktion von Ladenhütern eingestellt.

Völlig neu sei aber, schreibt das Institut für Ost-Marktforschung, daß auch bei Pkw Absatzschwierigkeiten für die Modelle des „Moskvitsch“ und des *„Zaporozec“ bestehen*. Die Verkaufsentwicklung bei Pkw sieht folgendermaßen aus: 1970: 123 000 Ein*heiten, 1975: knapp eine Million, 1983:* 1,5 Millionen . Bei „Moskvitsch“ und „Zaporozec“ setzte bereits 1982 eine Absatzkrise ein.

Zunächst versuchte man dies dadurch zu überwinden, daß die Warte*zeit für diese Pkw aufgehoben* wurde und in den Zeitungen angekündigt wurde, daß jeder, der einen „Mos*kvitsch“ oder einen „Zaporozec“ kau*fen wolle, dies gegen Barzahlung sofort tun könne. Allein – dies half nicht. Jetzt wurde für diese Pkw-Typen der Ratenkauf eingeführt . Der Ratenkredit kann eine Laufzeit von maximal 36 Monaten haben. Nur wenn die Laufzeit 24 Monate überschreitet, wird ein Zins von drei Prozent erhoben. Ein „Moskvitsch“ kostet 7300 Rubel (rund 25 000 DM), ein „Zaporozec“ 5375 Rubel (18 400 DM). Von der Pkw-Produktion von rund 1,3 Millionen Stück im Jahr entfallen immerhin rund 500 000 auf diese beiden Modelle.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Brühl: Ilona Stabenow, Kerpen-Brüggen; Günter Zündorf, Hürth-Hermülheim; **Düsseldorf:** as Aqua Sports Vertriebsges. mbH; **Gelsenkirchen:** Josef Hues GmbH u. Co. KG; **Hagen:** Vertriebsges. f. Dach-Wand-Abdichtung mbH, Herdecke; **Münster:** Hinnemann Bauunternehmung GmbH; **Regensburg:** Hans Kortus jun. Kfz.-Meister; **Stolzenau:** Nordmeier GmbH, Rehburg-Loccum; **Stuttgart:** Nachl. d. Adolf Fink, Filderstadt; **Wolfratshausen:** Nachl. d. Georg Freudrich, Rottach-Egern; **Wuppertal:** Friedhelm Dannenberg; Glaswerkstätten Löttgen & Steffens GmbH; **Zweibrücken:** Lang u. Söhne, Kottweiler-Schwanden.

Vergleich eröffnet: Wuppertal: Artur Münster KG.

Vergleich beantragt: Heidelberg: Kurt Raunser GmbH Wärme-Technik-Service, Eberbach; **Kassel:** Hans-Josef Lehnen, Kaufmann, Fuldatal, Inh. d. Teppichhaus Lehnen, Kassel; **Nordhorn:** August Stemmann KG, Schüttorf; **Völklingen:** Brose Werkzeugmaschinen GmbH & Co. KG, Püttlingen; Brose Werkzeugmaschinen Geschäftsführungs GmbH, Püttlingen.

Kleineres Bauprogramm

nl. **Stuttgart**

Die Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart, die mehrheitlich der Diözese Rottenburg gehört, hat ihr Bauprogramm im laufenden Geschäftsjahr 1984 spürbar reduziert. Damit trug man nach Angaben der Verwaltung der Kapazitätsauslastung und auch der Nachfrageentwicklung am Wohnungsmarkt Rechnung. Verstärkt wurden neue Aufträge im Bereich der Stadterneuerung hereingenommen. Aus dem 1983 erwirtschafteten Jahresüberschuß von 4,5 (4,3) Mill. DM werden 0,6 Mill. DM ausgeschüttet. Das Stammkapital beläuft sich auf 18,4 Mill. DM.

Im Berichtsjahr 1983 verbuchte diese Bauträgergesellschaft 710 (412) Fertigstellungen. Einschließlich eines Überhangs von 927 (1063) Wohneinheiten stieg das Volumen auf 1637 (1475) Einheiten. Der Bauumsatz nahm um gut 27 Prozent auf 120 (94) Mill. DM zu. Alles in allem verwaltet das Siedlungswerk einen Bestand von knapp 11 000 Wohneinheiten.

Deutsche Duni auf Wachstumskurs

dos. **Bramsche**

Bei der Deutschen Duni GmbH, Bramsche, die zur schwedischen Bonnier-Gruppe gehört, setzt sich 1984 die günstige Geschäftsentwicklung des Vorjahres fort. Nach Angaben der Geschäftsführung ergab sich in den ersten acht Monaten eine Umsatzsteigerung um 13 Prozent auf 58 (51) Mill. DM. Für 1983 hatte die Gesellschaft ein Wachstum von 18 Prozent auf 84 Mill. DM ausgewiesen. Die stark gestiegenen Rohstoffpreise, so heißt es, haben Preiserhöhungen um 6 Prozent im wichtigsten Produktbereich (Papierservietten) unumgänglich werden lassen.

Um das bisherige Wachstum auch von der *Produktionsseite her zu* sichern, hat Duni von der *Servycette* in Berlin, die die Serviettenproduktion *kürzlich eingestellt hat, den größten* Teil des Maschinenparks übernommen. Das Unternehmen verspricht sich davon *eine weitere Erhöhung* des Marktanteils, der mittlerweile bei 16 Prozent liegt. Die Ertragssituation *wird als befriedigend bezeichnet.*

NAMEN

Dr. Dr. **Hans Bolza**, Seniorchef der Koenig & Bauer AG, Druckmaschinen, Würzburg, vollendete an 20. September das 95. Lebensjahr.

Walter Kniep hat seine Ämter als Mitglied und Vorsitzender des Auf*sichtsrates der Maizena Gesellschaft* mbH, Hamburg, niedergelegt und ist zum Ehrenvorsitzenden des Auf*sichtsrates ernannt worden*. Sein Nachfolger als Aufsichtsratsvorsitzender wurde **Wolfgang Hesse**, Corporate Executive Vice President der CPC International.

Heinz-J. Otto wurde per 1. August 1984 zum Vice President und Manager, Manufacturing Automation Sales, von General Electric Industrial Automation-Europe (GEIA-Europe) ernannt.

Ulrich Schmidt, *bisher Mitglied* der Geschäftsleitung der Vossen GmbH, Gütersloh, tritt am 1. Oktober *in die Geschäftsführung der S-Model*le-Damenkleider GmbH, Augsburg, ein. Er wird Nachfolger von **Helmut Hopp**, der im Laufe des Jahres *1985* – nach 25jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer – aus Altersgründen sein Amt niederlegen wird.

BERTELSMANN / Mohn: Aufsichtsrat muß sich aus Profis zusammensetzen, nicht aus Prominenten

Das Vorbild sind die amerikanischen Boards

BIRGIT STURM, **Gütersloh**

Der Aufsichtsrat eines Unternehmens muß sich aus Profis zusammensetzen, die noch eine berufliche *Funktion haben, und nicht aus Pro*minenten oder Rentnern. Nur wenn die Mitglieder des Aufsichts*gremiums über adäquaten* Sachverstand verfügen, sind sie zu einem konstruktiven Dialog mit dem Vorstand in der Lage. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats sollte sein Mandat sogar hauptberuflich ausüben und dafür entsprechend honoriert werden – bis zu einer Million Mark seien dafür durchaus angemessen. Nach Ansicht von Reinhard Mohn, Mehrheitsgesellschafter und seit drei Jahren Aufsichtsratsvorsitzender der Bertelsmann AG in Gütersloh, ist dieses Konzept das einzig richtige. Nur so *könne* die Kontinuität und die Führung eines Unternehmens gesichert werden.

Daß *ein solches Konzept* keine Utopie mehr ist, kann Mohn am Beispiel seines Hauses belegen, wo es mit *Erfolg* praktiziert werde. Mohn ist sich allerdings auch darüber im klaren, daß die Verwirklichung dieser Idee im eigenen Familienunternehmen leichter ist als bei einer Aktiengesellschaft mit breitgestreutem Kapital, zumal das Deutsche Aktiengesetz in erster Linie auf die Absicherung der Aktionäre ausgerichtet ist.

Die bisher von den meisten deutschen Aufsichtsräten geübte Praxis – *drei bis vier Sitzungen im Jahr – hält* Mohn für nicht mehr zeitgemäß. Vorbild ist für ihn das vergleichbare amerikanische Board. Deren *Mitglieder* kommen an 20 bis 30 Arbeitstagen im Jahr zu Sitzungen zusammen. Sie dürfen auch nur zwei Mandate ausüben. Hier hingegen würden Aufsichtsratsposten häufig geradezu gesammelt. Profis mit Engagement für diese Arbeit im Aufsichtsrat, räumt Mohn ein, sind allerdings schwer zu finden.

Um die Arbeit des Aufsichtsrats zu *intensivieren*, hat Mohn im Bertelsmann-AR Ausschüsse gebildet für Personalinvestitionen/Finanzen, Prü*fung/Kontrolle und* vor kurzem Produktion. Jeder Ausschuß ist mit vier bis sechs Personen besetzt, wobei ein AR-Mitglied zwei Ausschüssen angehören kann. Darüber hinaus werden Experten von außen hinzugezogen. Ein nach diesem Konzept arbeitender Aufsichtsrat sei über die Belange und Probleme bestens informiert und könne so dem Vorstand konstruktiv beratend zur Seite stehen.

Die Kontinuität in der Führung des Unternehmens zu sichern, hält Mohn für die wichtigste Aufgabe des Aufsichtsrats. Schlecht geführte Unternehmen und Managementfehler könne sich unsere Volkswirtschaft einfach nicht mehr leisten. „Wir müssen uns Unternehmer züchten, und zwar im eigenen Hause durch beste Schulung, Motivation, Delegation der Verantwortung, zum Beispiel über die Leitung eines Profitcenters, sowie erfolgsorientierte Bezahlung.“ Verantwortung zu delegieren, sei jedoch für viele Unternehmen eine große Klippe. Dadurch würde es ihnen aber nie gelingen, eine breite Führungspyramide aufzubauen. Vakanzen in der Führungsspitze von draußen – möglichst noch mit Stars – zu besetzen, hält Mohn für eine schlimme Praxis.

In der Sicherung der Kontinuität seines Hauses ist Mohn noch einen Schritt weitergegangen. Um die Unternehmensführung unabhängig von der eigenen Familie sicherzustellen, hat er für den Fall seines Ablebens eine neue Regelung getroffen. Da*nach wird künftig Führung und Kapi*tal endgültig voneinander getrennt sein. Hauptaktionär der Bertelsmann AG *wird stimmenmäßig die* Bertelsmann Vermögen-Verwaltung-GmbH sein. Die Geschäftsführer dieser Stiftung sind *verpflichtet*, den Minderheitenschutz für den in der Familie Mohn verbleibenden Vermögensanteil zu gewährleisten und den Bertelsmann-AR zu veranlassen, die Familienmitglieder in Funktionen des Vorstands zu berufen, falls die von Reinhard Mohn genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Der Anteil von Dr. Gerd Bucerius (10,7 Prozent) werde vermutlich nach seinem Tod der „Zeit“-Stiftung zufallen.

NESTLE / Einstieg in das Röstkaffee-Geschäft

Gemeinsam mit Dallmayr

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Das Bundeskartellamt in Berlin hat keine Einwendungen gegen ein Gemeinschaftsunternehmen der Nestlé Erzeugnisse GmbH und der Alois Dallmayr KG, München. Damit ist für die deutsche Nestlé-Gruppe der seit langem angepeilte Einstieg in das Röstkaffee-Geschäft in der Bundesrepublik frei.

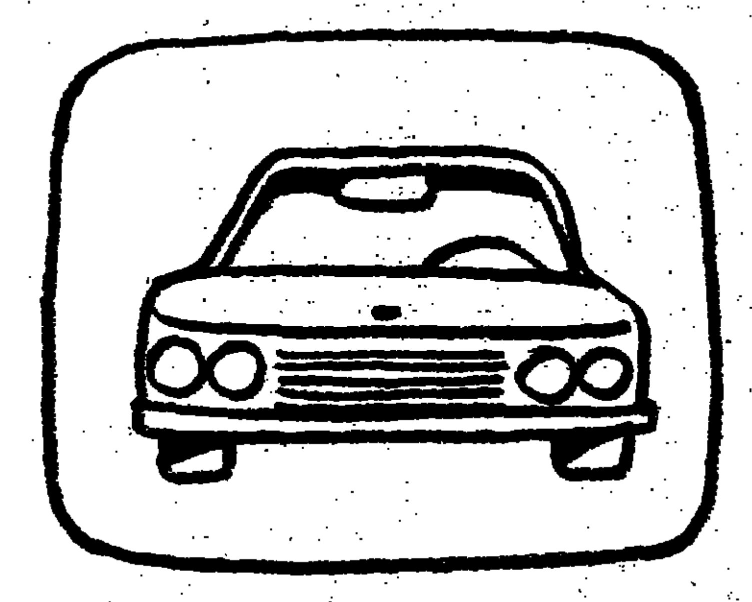
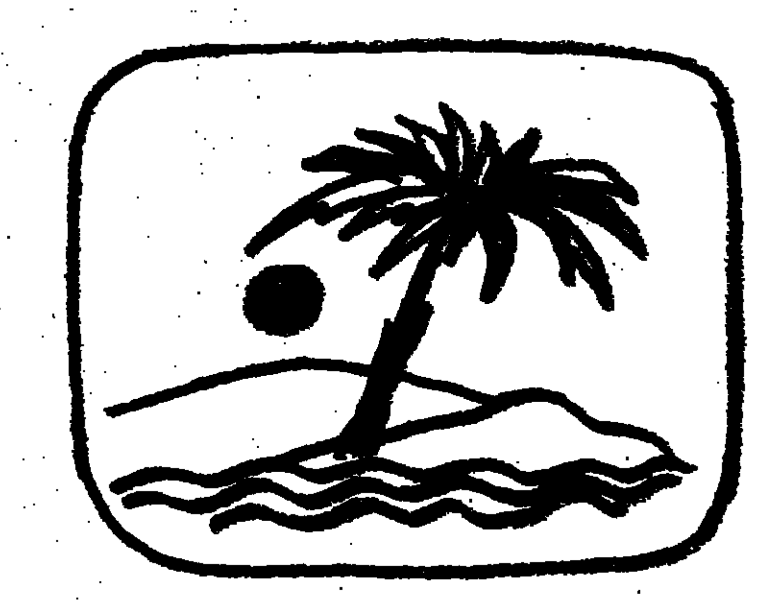
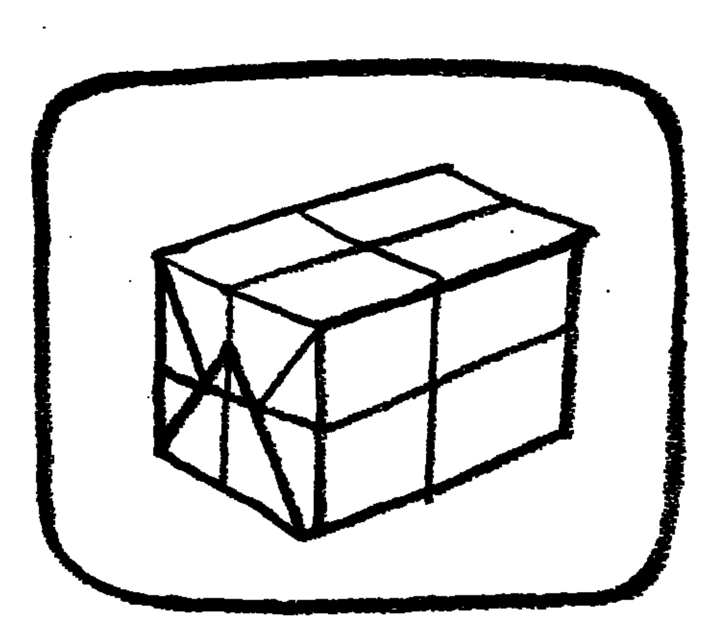
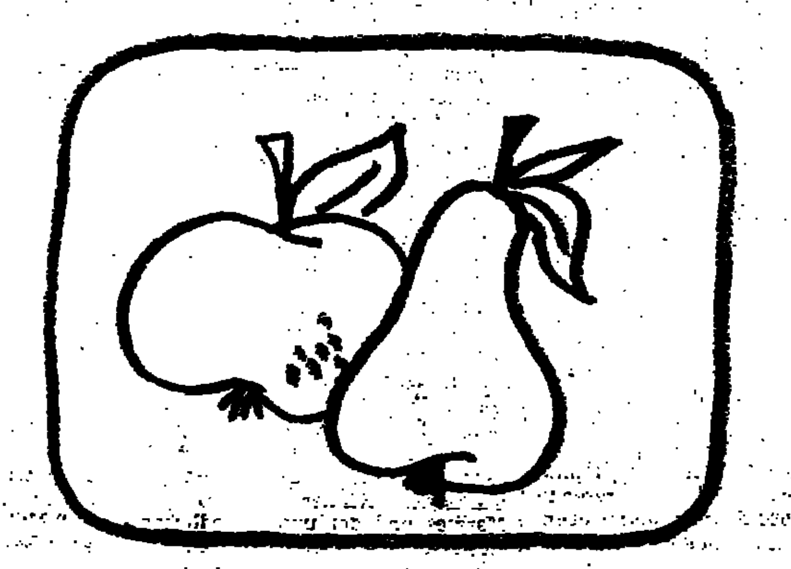
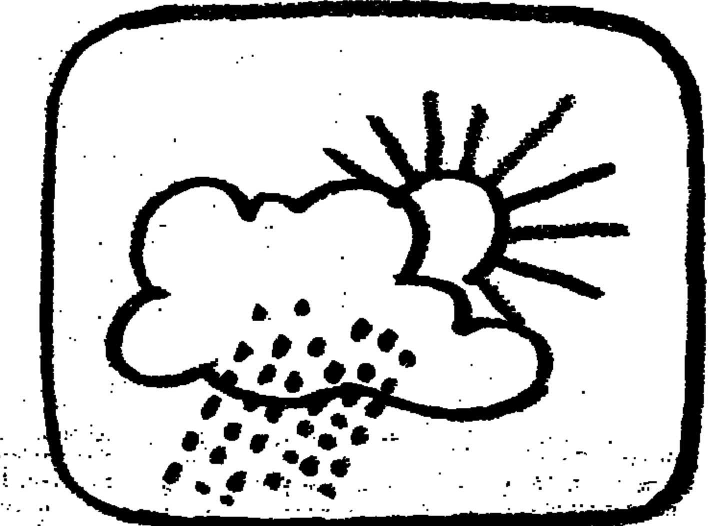
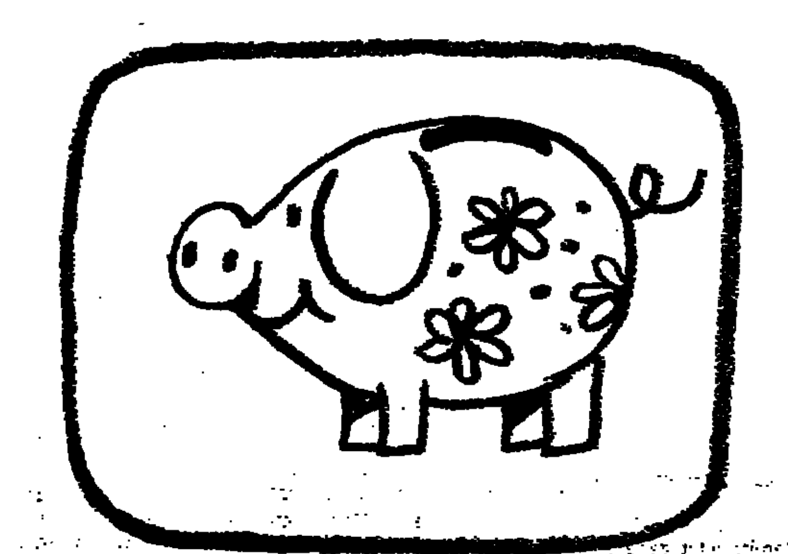
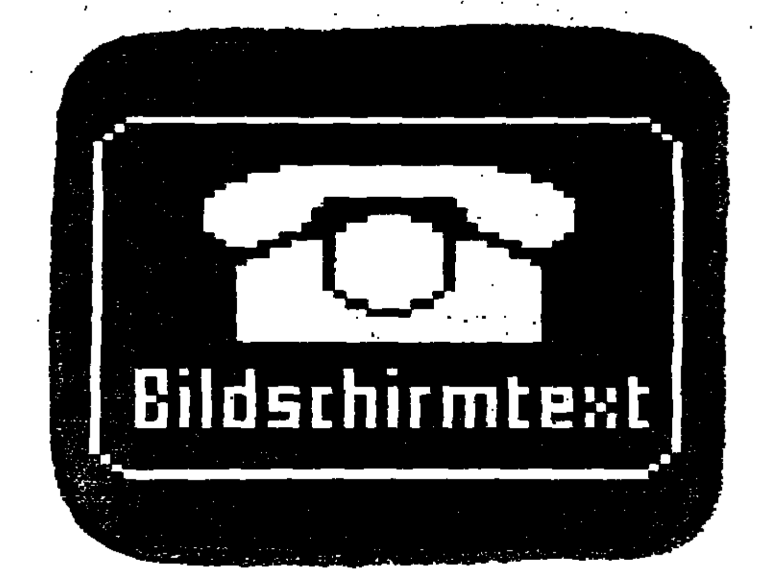
Der Drang *zum* Röstkaffee *ist* bei Nestlé vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Marktführer bei lösli*chem Kaffee (Nescafé) in einem fast* gesättigten Markt agiert, Wachstum also kaum noch zu erreichen ist. Gleichzeitig wird die Konkurrenz der Kaffeeröster als immer schärfer empfunden.

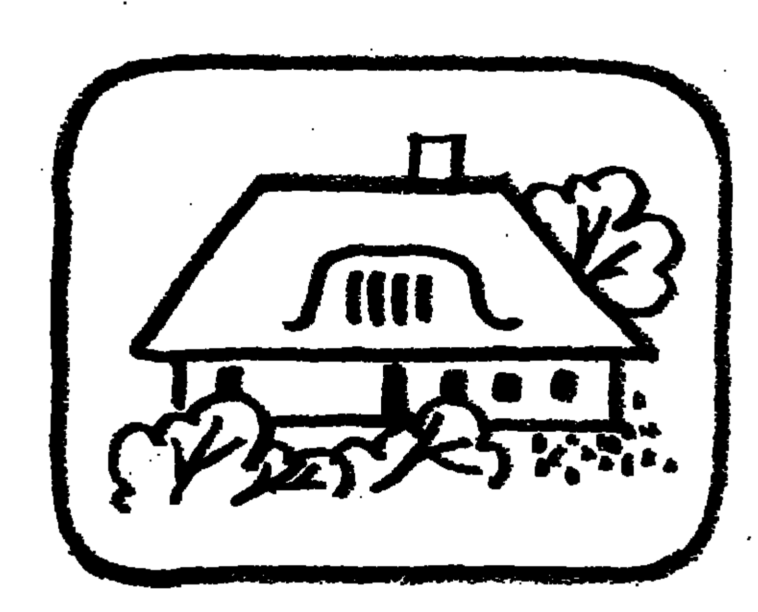
Über Einzelheiten des mit Dallmayr geplanten 50:50-Joint-venture laufen noch interne Verhandlungen, ist bei Nestlé zu erfahren. Grundsätzlich einig ist man sich aber über die paritätischen Besitzverhältnisse *und* darüber, daß die Geschäftsführung bei der in diesem Bereich erfahrenen *Dallmayr in München* liegen wird. Die Transaktion erfordert noch die endgültige Zustimmung des Nestlé-Verwaltungsrates in der Schweizer Konzernzentrale.

Nicht in die *Gemeinschaftspläne* einbezogen ist das Delikatessengeschäft. Dieser Bereich, mit Stammsitz in München, bleibt von den Verhandlungen unberührt. Die vor über 100 Jahren gegründete Alois Dallmayr KG befindet sich heute im Besitz der Familien Randlkofer und Wille, die sie auch als Familienunternehmen weiterführen wollen. Das bayerische Traditionsunternehmen, das mit rund 500 Beschäftigten an die 200 Mill. DM Jahresumsatz erzielt, ist seit Anfang der 50er Jahre im Röstkaffee-Geschäft tätig. *Der Anteil dieses* Bereichs am Umsatz dürfte bei 80 Prozent liegen.

Nestlé hatte in den zurückliegenden Monaten *mit* einer Reihe deutscher Kaffeeröster über *eine mög*liche Zusammenarbeit gesprochen. Derzeit laufen noch Gespräche mit der J. J. Darboven, Hamburg.

SIEMENS

A19100-D-289

Das komplette Siemens-Btx-Angebot. Der aktuelle Grund für einen BS 2000-Computer.

Banken, Versandhäuser und Verlage, aber auch Industrieunternehmen und Handelsketten mit großem Bestell- und Dispositionsvolumen, erschließen jetzt die Btx-Zukunft. Denn Voraussetzung dafür sind nicht nur die neuen Btx-Endgeräte und eine vielfältige Software, sondern vor allem moderne Computersysteme, bei denen die Btx-Zukunft schon vorgedacht und mitentwickelt wurde. Wie bei den BS 2000-Computern von Siemens.

BS 2000-Computersysteme: intern und extern

BS 2000-Computer eignen sich hervorragend für Bildschirmtext

- als Inhouse-Systeme für innerbetriebliche Anwendungen
- als Externe Rechner für außer- und innerbetriebliche Anwendungen
- für den kombinierten Einsatz von Externem Rechner und Inhouse-System.

Das Btx-Angebot von Siemens mit BS 2000-Computern erlaubt logisches Suchen (d. h. man benötigt keinen »Suchbaum«) und die Verwendung bereits bestehender Dateien und Datenbanken. Siemens hat als Btx-Pionierunternehmen die komplette Hard- und Software. Als führendes Unternehmen der Bürokommunikation bietet Siemens auch besondere Leistungen, wie etwa die Alpha-Geometrie in der Grafik.

Das Betriebssystem BS 2000 allein schon wegen Btx

Was Siemens für Bildschirmtext bietet, lohnt allein schon die Investition in ein BS 2000-System, beispielsweise mit der Hardware eines 7·500-Computers. Es hat schon seinen Grund, daß sich Tag für Tag in Europa zwei neue Anwender für einen BS 2000-Computer entscheiden. Denn das BS 2000 von Siemens ist heute schon mehr als 2600mal europaweit im Einsatz.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie an Infoservice 133/Z 69, Postfach 156, 8510 Fürth.

Aufgaben gibt's überall. Siemens Computer auch.

Nervosität bei den Aktien

Kursdrückende Gewinnmitnahmen des Berufshandels

DW. – Die anhaltenden Turbulenzen um den Dollar, aber vor allem der Rückschlag an der New Yorker Börse am Wochenende lösten in der Börsenkulisse Nervosität aus. Der Berufshandel baute seine Bestände weiter ab, um darin noch vorhandenen Kursgewinne abzusichern. Auf der anderen Seite hielten sich die Käufer wegen der Unsicherheiten im Zins- und Währungsbereich zurück. Das gilt besonders für die Ausländer, die in der Vorwoche zu einem großen Teil die Hausse-Bewegung am deutschen Aktienmarkt getragen hatten.

Im Gegensatz zu vielen an der deutschen Börse notierten US-Aktien konnte bei den deutschen Standardwerten auf Minus-Ankündigungen verzichtet werden. Der Druck war dort besonders stark, wo in der Vorwoche die Notierungen *überdurchschnittlich* gestiegen waren. Das traf auch für die Bankaktien zu, die sich bis zu 5 *DM* ermäßigten. Im Chemiebereich bröckelten die Titel der Großchemie bis zu 2,50 DM ab. Bei AEG hielten sich die anhaltenden spekulativen Käufe und Glattstellungen in etwa die Waage, so daß hier der Kurs fast unverändert blieb. Noch stärker unter Druck lagen PKI, dies allerdings bei geringen Umsätzen. Im Maschinenbaubereich gingen die Tagesabschläge über 5 DM kaum hinaus.

Düsseldorf: Um je 5 DM ermäßigten sich Buckau und Stinnes, *um je 6 DM Kabel + Metal und* Stahlwerke Bochum. Audi NSU mußten 15 DM abgeben. Zu den wenigen Gewinnern gehörten Ver. Rumpus mit plus 4 DM, AEG Kabel Rheydt mit plus 7 DM und Kromschröder mit plus 8 DM. Allianz Vers. gaben um 12 DM nach.

Frankfurt: *Andreae-N.Z. verloren* 4 DM auf 153 DM und Bankgesellschaft von 1899 10 DM auf 415 DM. Brau *AG* gaben um 4 *DM* auf 160 DM nach und BBC um 5,20 *DM* auf 204 DM. Holzmann verminderten um 9 DM. MAB-Vz. stockten um 10 DM auf 330 DM auf.

Hamburg: Haller Meurer schlossen um 10 DM fester. Triton gingen zu 109,50 DM und Bremer Vulkan zu 63 DM bis 62,50 DM aus dem Markt. Leichter tendierten HEW bei 81 DM und NWK Vz. bei 164,50 DM. Beiersdorf blieben mit 385 DM unverändert. Vereins- und Westbank wurden auf letzter Basis zu 297 DM gehandelt.

München: Etienne Aigner erhöhten um 1 DM und Ver. Filzfabriken um 4 DM auf 130 DM. Nachgegeben haben Spinnerei Kolber*moor um 1 DM, Stumpf AG St. um* 3 DM und Zanräder Renk um 10 DM. Audi NSU verloren 10 DM und Cassella 4 DM. Flachglas verminderten um 2 DM und Hofbräu Coburg um 30 DM.

Berlin: Lehmann-Werke festigten sich um 3 DM. Schering lagen um 1 *DM* geringfügig freundlicher. Concordia Chemie wurden um 10 DM höher taxiert. Orenstein wurden um 6 DM, Berthold um 5 DM, Herlitz Vz. um 4,70 DM und Herlitz St. um 4 DM zurückgenommen. DeTeWe bröckelten um 1 DM.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 153,8 (154,1)
WELT-Umsatzindex: 5160 (4697)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

	24. 9.	21. 9.
H Aachn. Beteil. 9+2,5	1000B	1000
H Aach. M. Vers. 7	355G	355G
D Aach. Rück. 9	990	990
D Aseag *4	490T	490T
M Act-Gögg 4	106bG	106,5
H Adca 0	118	120bB
D Adler 9	290G	290G
F Adt AG 4	105bG	105bG
F AEG-Telef. 0	114,3	114,9
D AEG-Kabel 8	322	315bG
S Aesculap 8	335bG	340TG

	24. 9.	21. 9.
H Br. H. Hypo 10	315G	317G
Hn Brsch. Jute *0	96	97,5G
H Breitenb.-C. *78	540G	540T
H Br. Straßb. *0	–	–
H Br. Vulkan 0	61,6	61,5
H Br. Wollk. 6	137	137
F BBC 6	204	209,2
S BSU Textil %20	1290G	1290G
D Buckau-W. 4,1	135	140T
D Budenus *12	402G	402G
M Bgl. Br. Ing. *11+1	760G	760G
S Bgl. Brh. Rov. *0	450TB	470

	24. 9.	21. 9.
M En. Oberfr. 4,5	282bG	270bG
M En. Ostb. 5+1	251	250B
H Elbrott 0	38,6G	–
B Engelhardt 7	222G	220T
D Esko 6,67	176,2	174
M Erlus 10	505B	509bG
M Erste Kulmb. 9	1000bB	1000G
S esbi *0	14,5G	15bB
S Essl. Masch. *6	2357G	235
M Esterer **16	570bG	558bG
D Farb. Liqu. RM 0	7,9	7,9
F Flachglas 8	210	210
D Ford *0	1050T	1050T

	24. 9.	21. 9.
H Holsten-Br. 6+1	256	252,1
F Holzmann 10	379	388
D Horten 6	176	178
B Hw. Kayser *12	255T	260G
D Hussel 8	278	278
D Hutа Heg. 0	71B	70
M Hutschenr. 9	229bG	229bB
H Hypo Hbg. 12,5	421G	421bG
D IKB 7	188	189,5
S IWKA 0	250,5	253
M Isar-Amper 6,5+1	291bG	291bG
D Jagenberg *9,5	137T	135G

DM-Anleihen

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Toronto · London · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

London

Br. Leyland	45	43
British Petroleum	518	516
Burmah Oil	187	189
Cadbury Schweppes	136	–
Charter Cons.	230	235
Cons. Gold. Fields	482	489
Cons. Murchison	630	600
Courtaulds	127	129
De Beers $	5,17	5,20
Distillers	301	305
Driefontein $	29,37	29,62
Dunlop	36	38

Mailand

Montedison	1177	1160
Olivetti Vz.	4910	4900
dgl. St.	5775	5820
Pirelli SpA	1745	1731
Rinascente	473	475
RAS	54400	54000
S. A. I.	11550	11400
SIP	1891	1875
Snia Viscosa	1815	1822
STET	2145	2135
Index	–	215,01

Wien

Gösser-Brauerei	322	322
Länderbank Vz.	210	210
Oesterr. Brau AG	301	299
Perlmooser	346	345
Reininghaus	400	400
Schwechater Br.	155	155
Semperit	98	–
Steyr-Daimler-P.	148	147
Universale Hoch Tief	–	287
Veitscher Magnesit	225	225
Index	54,32	54,25

Kopenhagen

Den Danske Bank	242	237
Jyske Bank	449	445
Kopenh. Handelsbk.	248	243
Novo Industri	366	363
Privatbanken	279	714
Ostasiat. Komp.	161	155
Dan. Sukkerfabr.	625	620
For. Bryggerier St.	765	820
Kgl. Porz. Fabr.	300	300

Brüssel

Brux. Lambert	2590	2585
Cockerill Ougrée	286	286
Ebes	2860	2990
Gevaert	3700	3635
Kredietbank	7200	7150
Pétrofina	7690	7680
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1860
Sofina	7100	7070
Solvay	4350	4350
UCB	5440	5440
Index	163,19	162,74

Singapur

Cycle + Car.	3,18	3,16
Cold Storage	3,14	3,16
Dev. Bk. of Sing.	7,70	7,75
Fraser + Neave	5,60	5,60
Kl. Kepong	–	2,58
Mal. Banking	8,90	8,90
Nat. Iron	4,12	4,12
OCBC	9,40	9,40
Sime Darby	2,10	2,11
Singapur Land	3,74	3,82
Un. Overs. Bank	4,54	4,52

Sydney

Metals Expl.	0,52	0,52
MIM-Holdings	2,74	2,67
Myer Emporium	1,94	1,92
North Broken Hill	2,22	1,92
Oakbridge	0,81	0,82
Peko Wallsend	5,00	4,89
Poseidon	3,20	2,95
Thomas Nat. Tr.	1,70	1,68
Waltons Bond	0,32	0,31
Western Mining	3,25	3,06
Woodside Petr.	1,27	1,26
Index	731,20	725,70

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

... 2,5, 4-100/3, 4-110/7, BASF 10-160/4, 1-160/4,9, Bayer 1-170/1,7, Commerzbank 1-160/1, 4-160/3, Conti 4-120/3, 4-130/6,4, *Deutsche Bk. 1-340/3, 4-340/5,8, 4-360/9,5, Hoesch 1-100/4,5,* Kloeckner 1-60/1,5, Lufthansa Vz. 1-160/8, Mannesmann 10-160/5, 1-150/1,8, Schering 4-370/5,4, Kali+Salz 1-230/3, 4-230/4,95, Siemens 1-400/3,5, 1-910/5, VW 1-180/7, 4-170/7, Alcan 1-88/5, Chrysler 10-90/1,2, 4-85/4,4, 4-90/7,8, IBM 1-380/10, 4-370/16,4, Philips 4-45/1,9, 4-50/3, 5, Royal Dutch 4-160/7,35, Unilever 4-250/8,6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅝–5¾	5⅛–5¼
3 Monate	11⅝–11⅞	5½–5¾	5⅛–5⅜
6 Monate	11⅝–11⅞	5⅞–6⅛	5¼–5½
12 Monate	11⅞–12⅛	6 –6¼	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1520,00	1881,00
10 US-Dollar (Indian)**)	865,00	1032,55
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	239,00	295,36
1 £ Sovereign Elizabeth II.	236,00	291,84
20 belgische Franken	184,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	249,00	311,22
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1068,00	1257,42
Maple Leaf	1068,00	1257,42
Platin Noble Man	1034,00	1207,26
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	248,00	310,08
20 schweiz Franken „Vreneli"	188,00	238,46
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	987,00	1189,02
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,94
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	452,00	565,18
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfs.-Kurs[4])	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York[3])	3,0170	3,0250	2,9851	2,96	3,06
London[1])	3,772	3,787	3,736	3,71	3,86
Dublin[1])	3,096	3,110	3,048	3,76	3,91
Montreal[3])	2,2967	2,3047	2,2520	2,25	2,35
Amsterd.	88,580	88,800	88,025	87,25	89,75
Zürich	121,350	121,550	121,09	119,75	122,50
Brüssel	4,937	4,957	4,891	4,81	5,01
Paris	32,480	32,640	32,14	31,75	33,50
Kopenh.	27,540	27,680	27,24	26,50	28,25
Oslo	34,530	34,650	33,58	33,50	35,25
Stockh.**)	36,080	36,240	34,27	34,25	36,00
Mailand[2]) **)	1,606	1,616	1,571	1,57	1,67
Wien	14,213	14,253	14,176	14,15	14,35
Madrid**)	1,770	1,780	1,748	1,72	1,84
Lissabon**)	1,886	1,905	1,773	1,55	2,28
Tokio	1,2370	1,2400	–	1,20	1,26
Helsinki	48,040	48,340	47,685	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,22
Athen*) **)	2,4345	2,4665	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5045	2,5225	–	2,45	2,56
Johannesbg.*)	1,8140	1,8330	–	1,80	1,85

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der Schock den die Deutsche Bundesbank durch ihre freitäglichen Interventionen in New York dem *Markt verpaßte, war in seinen Auswirkungen auch* am 24. 9. noch zu verspüren. Die Bundesbank griff frühzeitig erneut mit Dollar-Verkäufen in das Marktgeschehen ein, so daß sich bei allerdings sehr *breiter* Kursstellung ein Rückgang von 3,05 bis 2,9850 einstellte. Nach einer amtlichen Notiz von 3,0210 fiel der Kurs gegen Geschäftsschluß wieder auf 3,- zurück. An der Börse beschränkte sich die Bundesbank auf den Spitzenausgleich und verkaufte 9,75 Millionen Dollar. Kurskorrekturen mußten auch die übrigen amtlich notierten Währungen gegenüber der D-Mark hinnehmen. Die größten Veränderungen verzeichneten der Kanadische Dollar mit einem Rückgang um 3,98 Prozent, der Japanische Yen um 3,05 Prozent und die Norwegische Krone um 3,38 Prozent nach der erklärten Abwertung um 2 Prozent vom Wochenende. US-Dollar in: Amsterdam 3,4090; Brüssel 63,8325; Paris 9,2680; Mailand 1877,50; Wien 2122,90; Zürich 2,4874; Ir. Pfund/DM 3,103; Pfund/Dollar 1,2512; PFD/DM 3,780.

Ostmarkkurs am 24. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Pfund Report gegen US-Dollar am 24. September durchweg erhöht. In US-Dollar-Bereich gab es dagegen keine wesentlichen Veränderungen.

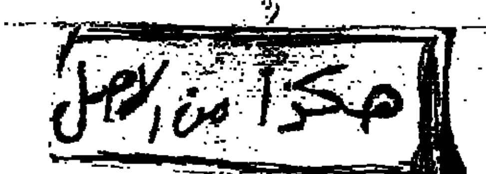
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,54/1,44	4,57/4,47	8,45/8,35
Pfund/Dollar	0,06–0,08	0,24–0,27	0,58–0,61
Pfund/DM	2,40/1,00	5,80/4,40	9,80/8,40
FF/DM	23/7	54/38	96/80

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 9.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,7–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–7,75 (6,87)–8,00 (7,12)–8,25 (7,31)–8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–7,25 (6,91)–8,00 (7,18)–8,25 (7,40)–8,50 (7,58)–8,50 (7,71). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.



Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

	24. 9.	21. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	84,5	84,5
6½ dgl. Pf 5	89G	89G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 108	104,95G	104,95B
10 dgl. Pf 108	109,4G	109,4B
7 dgl. KS 132	97,8G	97,8G
8 dgl. KS 155	100,8G	100,8G
9 dgl. KS 159	102,55B	102,55G

Bundesbahn

		24. 9.	21. 9.
F 6 Bdbahn 78 II	11/84	100	100G
6½ dgl 79	2/85	100,1G	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,8	100,8

Renten weiter stabil

Ungeachtet der Dollarschwankungen und der plötzlich aufgekommenen Furcht, die in den USA möglicherweise auflebende Geldentwertung könnte dort zu höheren Zinsen führen, lagen öffentliche Anleihen am Wochenbeginn noch bis zu 0,15 Prozentpunkte fester. Dazu mag beigetragen haben, daß einige US-Banken die Prime Rate gesenkt haben. Die stabile Tendenz bei den öffentlichen Anleihen stützte die DM-Auslandsemissionen, die ebenfalls widerstandsfähig lagen. Bei den Pfandbriefen nur geringe Umsätze zu fast unveränderten Notierungen.

	24. 9.	21. 9.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	94,75G	94,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	89G	89G
7 dgl. Pf 3	87,5bG	87,5bG
6½ dgl. KS 14	99G	99G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl. Pf 11	129,25G	129,25G

[illegible]

	24. 9.	21. 9.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92,6G	92,6bG
6 dgl. 47	81	81
F 5 Helaba Pf 8	111G	110,5
5 dgl. Pf 50	96,95G	96,95G
8 dgl. Pf 73	102,05G	102,05G
4 dgl. KO 5	103G	103G

[illegible]

	24. 9.	21. 9.
M 5 Vereinsbank Hbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 85	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,6G	100,6G
D 6 WestLB Pf 380	101,1G	101,05G
6½ dgl. Pf 403	99,35G	99,35G
9½ dgl. Pf 1007	107,75G	107,75G
8 dgl. Pf 1015	101,3G	101,3G
7 dgl. KO 558	100,2bG	100,2bG

[illegible]

	24. 9.	21. 9.
5½ dgl. Pf 62	88,6G	88,6G
6½ dgl. Pf 65	100G	100G
6½ dgl. Pf 80	97,65G	97,65G
6½ dgl. Pf 74	99,6G	99,6G
6½ dgl. Pf 76	98,75G	98,75G
Br 6½ dgl. Pf 77	98,1G	98,1G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	71,5G	71,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 120	94,45G	94,45G
6½ dgl. Pf 133	88,5G	88,5G

	24. 9.	21. 9.
M 6 Süddtsche. Bod. Pf 41	91,5G	91,5G
5½ dgl. Pf 57	78,75G	78,75G
6½ dgl. Pf 143	98G	98G
7 dgl. Pf 87	98G	98G
7½ dgl. Pf 104	98G	98G
7 dgl. KS 49	95,5G	95,5G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	100,25G	100,25G
8½ dgl. KS 132	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 185	103,75G	103,75G
9½ dgl. KS 171	105,75G	105,75G

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Woldenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gisela Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Gewinne in allen Sichten verzeichneten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 9.	20. 9.
Dez.	351,00	348,75
März	357,25	353,75
Mai	355,50	353,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 9.	20. 9.
St. Lawrence 1 CW	240,39	239,50
Amber Durum	258,62	257,50

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	142,10	141,30
Dez.	147,50	146,30
März	153,00	152,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,20	121,50
Dez.	123,00	121,90
März	124,70	134,00

Hafer Chicago (c/bush)	21. 9.	20. 9.
Dez.	178,00	177,00
März	176,00	175,50
Mai	173,25	174,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	285,25	285,25
März	290,50	291,25
Mai	294,00	295,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 9.	20. 9.
Okt.	126,80	125,50
Dez.	128,90	128,10
März	131,90	131,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 9.	20. 9.
Terminkontr. Dez.	139,50	138,70
März	137,75	136,90
Mai	136,50	135,60

Kakao New York ($/t)	21. 9.	20. 9.
Terminkontr. Dez.	2356	2326
März	2276	2264
Mai	2280	2270
Umsatz	6276	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,11	4,04
Jan.	4,78	4,75
März	5,35	5,32
Mai	5,70	5,67
Juli	6,01	5,98
Umsatz	12 675	11 670

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 9.	20. 9.
	3,89	3,80

Kaffee London (£/t) Robusta-	21. 9.	20. 9.
Kontrakt Sept.	2400–2420	2420–2422
Nov.	2420–2421	2447–2449
Jan.	2342–2344	2374–2375
Umsatz	3185	1511

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2277–2280	2282–2284
Dez.	1985–1987	1984–1985
März	1907–1908	1889–1890
Umsatz	7897	5014

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	118,00–117,80	116,60–116,80
Dez.	130,00–129,80	129,20–129,20
März	145,60–145,40	145,40–145,60
Umsatz	1843	4035

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 9.	20. 9.
schw. Sarawak spez.	450,00	435,00
weißer Sarawak	700,00	695,00
weißer Muntok	707,50	702,00

Orangensaft New York (c/lb)	21. 9.	20. 9.
Nov.	183,25	183,50
Jan.	183,95	183,10
März	183,80	183,10
Mai	183,90	182,50
Juli	183,75	182,00
Umsatz	2 500	2 200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 9.	20. 9.
Südstaaten fob Werk	36,00	37,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,25	28,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	25,40	25,12
Dez.	24,75	24,20
Jan.	24,60	24,00
März	24,40	23,80
Mai	24,10	23,55
Juli	23,95	23,35
Aug.	23,50	23,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	27,00	27,00
Choice white hog 4% fr. F.	21,50	21,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	45,75	47,15
Dez.	47,40	48,85
Febr.	49,20	50,80

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,40	64,30
März	61,52	63,45
Mai	62,27	64,25

Häute Chicago (c/lb)	21. 9.	20. 9.
Ochsen unb. schwere River Northern	68,00	69,00
Kühe unb. schwere River Northern	67,00	70,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	600,00	590,50
Jan.	610,00	603,00
März	624,00	617,00
Mai	632,00	627,50
Juli	638,50	631,50
Aug.	638,50	631,50
Sept.	625,50	620,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	148,00	146,80
Dez.	154,00	153,20
Jan.	156,00	155,50
März	161,00	160,50
Mai	166,00	164,50
Juli	170,00	168,00
Aug.	169,50	166,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 9.	20. 9.
Okt.	344,70	344,90
Dez.	354,20	354,30
März	366,00	366,80

Kokosöl New York (c/lb)	21. 9.	20. 9.
Westküste fob Werk	60,50	61,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	24. 9.	21. 9.
jegl. Herk. cif	915,00	920,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	640,00	635,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	645,00	635,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	236,00	238,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1240,00	1340,00

Leinsamen Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	286,00	285,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	21. 9.	20. 9.
Okt.	63,95	63,42
Dez.	65,20	64,56
März	66,85	66,42
Mai	68,00	67,80
Juli	69,01	68,82
Okt.	69,40	69,40

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	46,25	46,50

Wolle Lond. (Neusl.-c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	21. 9.	20. 9.
Okt.	510-512	505-509
Dez.	510-516	515-517
Jan.	512-517	515-517
Umsatz	79	99

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	21. 9.	20. 9.
Dez.	51,40	51,40
März	53,10	53,10
Mai	53,40	53,40
Juli	53,50	53,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	21. 9.	20. 9.
Okt.	554,0-557,0	558,0-559,0
Dez.	562,5-565,0	579,0-582,0
März	574,0-576,0	0
Umsatz	27	11

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	21. 9.	20. 9.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 9.	20. 9.
Sept.	13 300	13 300
Okt.	13 215	13 194

Kautschuk London (p/kg)	21. 9.	20. 9.
Nr. 1 RSS loco	63,00-66,00	63,00-66,99
Okt.	70,00	61,50-65,50
Nov.	62,00	63,00-67,00
Dez.	63,00-68,00	65,00-68,50
Tendenz: unsicher		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	21. 9.	20. 9.
Okt.	217,25–217,75	218,00–218,50
Nov.	217,50–218,00	218,75–219,50
Nr. 2 RSS Okt.	205,00–206,00	206,00–207,00
Nr. 3 RSS Okt.	201,50–202,50	202,50–203,50
Nr. 4 RSS Okt.	194,50–195,50	195,50–196,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	21. 9.	20. 9.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Ft. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	24. 9.	21. 9.
laufend. Monat	126,11–128,49	125,13–125,51
drittfolg. Monat	127,61–128,00	127,44–127,82

Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,98–235,17	239,47–239,86
drittfolg. Monat	232,90–233,08	237,16–237,35
Produz.-Preis	284,35	292,94
Reinzinn 99,9%	4292–4334	4201–4242

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 9.	21. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	391,76–393,66	403,67–405,60
Blei in Kabeln	134,00–135,00	133,00–134,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Reindbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Verziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 9.	21. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382–384	389–392
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425–432	432–438
MS 63	410–419	418–427

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	21. 9.	20. 9.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 9.	21. 9.
Leg. 225	345–368	350–368
Leg. 226	347–370	352–370
Leg. 231	377–400	382–400
Leg. 233	387–410	382–410

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 9.	21. 9.
Platin (DM je g)	34,85	35,25
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 200	35 050
Rücknahmepr.	33 450	34 400
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 500	35 390
Rücknahmepr.	33 840	34 510
verarbeitet	36 200	37 120
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 785	34 605
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	762,80	745,20
Rücknahmepr.	740,40	723,40
verarbeitet	796,30	778,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	24. 9.	21. 9.
London 10.30	347,25	339,75
15.00	347,75	343,50
Zürich mittags	348,20–348,70	339,80–340,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103200	105 600
Silber (p/Feinunze) London Kasse	612,65	588,30
3 Monate	628,25	603,40
6 Monate	644,95	619,45
12 Monate	676,90	651,42

Platin (£-Feinunze)	21. 9.	20. 9.
London fr. Markt	260,60	263,00
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,70	112,55

New Yorker Preise	21. 9.	20. 9.
Gold H & H Ankauf	343,50	338,7[illegible]
Silber H & H Ankauf	747,00	712,0[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	322,50–327,00	320,00–322,0[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,0[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	138,00–139,00	136,50–137,5[illegible]
Produz.-Preis	150,00	150,0[illegible]
Silber (c/Feinunze) Sept.	768,00	723,[illegible]
Okt.	769,00	727,[illegible]
Nov.	773,00	734,[illegible]
Dez.	778,00	740,[illegible]
Jan.	787,00	747,[illegible]
März	800,00	761,0[illegible]
Mai	817,00	775,[illegible]
Umsatz	30 000	20 00[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 9.	20. 9.
Sept.	56,45	55,5[illegible]
Okt.	56,65	55,7[illegible]
Dez.	57,20	56,[illegible]
Jan.	57,75	56,[illegible]
März	58,45	57,4[illegible]
Mai	58,60	58,6[illegible]
Juli	60,70	59,6[illegible]
Umsatz	9 000	8 50[illegible]

Londoner Metallbörse

	24. 9.	21. 9.
Aluminium (£/t) Kasse	812,50–813,00	817,00–818,0[illegible]
3 Monate	836,50–837,00	830,50–831,0[illegible]
Blei (£/t) Kasse	333,00–334,00	321,00–322,0[illegible]
3 Monate	337,50–338,00	327,50–328,[illegible]
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1022,0–1022,5	1036,0–1036,[illegible]
3 Monate	1044,0–1044,5	1056,5–1057,[illegible]
abends Kasse	–	1033,0–1034,[illegible]
3 Monate	–	1054,5–1055,[illegible]
(Kupfer-Standard) Kasse	1025,0–1026,0	1037,0–1038,[illegible]
3 Monate	1043,5–1044,0	1053,0–1054,[illegible]
Zink (£/t) Kasse	620,50–621,00	680,00–685,[illegible]
3 Monate	615,00–615,50	686,00–688,0[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	9590–9600	9620–962[illegible]
3 Monate	9500–9505	9530–955[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–31[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84–8[illegible]

Am 16. September 1984 starb

Herr Bernhard Niehues

Er war uns jahrzehntelang in Freundschaft verbunden. Bereits 1953 Mitglied des Aufsichtsrats der Norddeutschen Bank, stand er uns später viele Jahre im Aufsichtsrat und im Kreditausschuß unserer Bank als geschätzter Ratgeber zur Seite.

Ausgezeichnet mit breit fundierten Kenntnissen und Erfahrungen sowie großer persönlicher Ausstrahlungskraft, hat er uns durch sein kluges, abgewogenes Urteil wertvolle Hilfe geleistet und an der Entwicklung der *Bank* lebhaften Anteil genommen.

Wir werden seiner stets in Dankbarkeit und Verehrung gedenken.

Frankfurt am Main, im September 1984

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

ATLAS COPCO GRUPPE, STOCKHOLM

Konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 1983

AKTIVA	1983		1982	
	– Mio skr –			
Umlaufvermögen				
Barmittel, Bankguthaben und kurzfristige Finanzanlagen	918,0		1 140,6	
Forderungen	2 183,9		2 162,7	
Vorräte	2 697,6	5 799,5	3 011,2	6 314,5
Anlagevermögen				
Aktien und Beteiligungen	116,6		114,7	
Goodwill	8,5		16,7	
Langfristige Forderungen	245,6		249,5	
Im Bau befindliche Anlagen	26,1		45,5	
Maschinen, Einrichtungen und Zubehör	492,9		511,2	
Gebäude	640,3		625,2	
Grundstücke	140,5	1 670,5	144,0	1 706,8
Aktiva insgesamt		7 470,0		8 021,3
PASSIVA				
Kurzfristige Verbindlichkeiten				
Verzinsliche Verbindlichkeiten				
Bankdarlehen und Wechsel	1 045,4		1 403,8	
Kurzfristiger Teil der langfristigen Verbindlichkeiten	198,3		264,2	
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	57,9		–	
Unverzinsliche Verbindlichkeiten				
Wechselverbindlichkeiten	139,8		195,2	
Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten	503,1		451,7	
Steuerrückstellungen	100,9		108,0	
Rechnungsabgrenzungsposten	274,9		290,0	
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	441,0	2 761,3	493,1	3 206,0
Langfristige Verbindlichkeiten				
Verzinsliche Verbindlichkeiten				
Anleihen	354,8		249,8	
Hypothekarisch gesicherte und andere langfristige Verbindlichkeiten	1 042,3		994,3	
Pensionsrückstellungen	481,7		448,6	
Unverzinsliche Verbindlichkeiten				
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	89,6	1 968,4	98,3	1 791,0
Verbindlichkeiten insgesamt		4 729,7		4 997,0
Nicht versteuerte Rückstellungen				
Allgemeine Wertberichtigung auf Vorräte	176,5		311,7	
Aufgelaufene Sonderabschreibungen	252,5		225,5	
Investitionsrückstellung	22,8		20,5	
Investitionssonderrückstellung	21,0		1,7	
Investitionszwangsrückstellung	–		37,4	
Rückstellung für Wechselkursverluste	–		43,0	
Sonstige Rückstellungen	24,4	497,2	13,2	653,0
Minderheitsanteile		112,0		102,1
Eigenkapital				
Nichtfreies Eigenkapital				
Aktienkapital	586,5		586,5	
Gesetzliche Rücklage	1 183,0	1 769,5	1 108,6	1 695,1
Freies Eigenkapital				
Einbehaltene Gewinne	358,9		372,9	
Jahresreingewinn	2,7	361,6	201,2	574,1
Eigenkapital insgesamt		2 131,1		2 269,2
Passiva insgesamt		7 470,0		8 021,3
Verpfändete Vermögenswerte		674,7		707,8
Bedingte Verbindlichkeiten				
Diskontierte Wechsel		134,9		193,8
Sonstige bedingte Verbindlichkeiten		445,4		531,8

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für 1983

	1983	1982
	– Mio skr –	
Umsatzerlöse	8 092,7	7 923,9
Kosten der verkauften Waren, technischen Entwicklung, des Verkaufs, der Verwaltung usw.	– 7 282,8	– 6 963,0
Betriebsgewinn vor Abschreibungen	809,9	960,9
Abschreibungen		
Goodwill	– 12,3	– 24,7
Maschinen, Einrichtungen und Zubehör	– 108,2	– 93,6
Gebäude	– 30,9	– 37,0
Betriebsgewinn nach Abschreibungen	658,5	805,6
Finanzerträge und -aufwendungen		
Zinserträge	227,6	174,5
Zinsaufwendungen	– 532,8	– 591,3
Dividendenerträge	6,6	0,7
Fremdwährungsdifferenzen	– 106,6	– 36,5
Gewinn nach Finanzerträgen und -aufwendungen	253,3	353,0
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	– 243,5	– 22,6
Gewinn vor Zuweisungen und Steuern	9,8	330,4
Zuweisungen		
Allgemeine Wertberichtigung auf Vorräte	135,2	80,4
Investitionsrückstellung	– 5,8	– 4,1
Investitionssonderrückstellung	– 21,0	–
Sonstige Rückstellungen	– 11,2	– 13,2
Unterschiedsbetrag zwischen den Abschreibungen auf den Buch- und Anschaffungswert	– 39,3	– 11,1
Aufgelaufene Sonderabschreibungen auf veräußerte Anlagevermögenswerte	12,3	4,1
Auflösung von Rückstellungen für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Investitionszwangs- und Investitionsrückstellungen	42,6	6,5
Rückstellung für Wechselkursverluste	43,0	–
Gewinn vor Steuern	165,6	393,0
Steuern	– 151,5	– 175,2
Minderheitsanteil am Gewinn	– 11,4	– 16,6
Reingewinn	2,7	201,2

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief am 21. September 1984 mein geliebter Mann, unser herzensguter und verehrter Vater und Großvater

Kapitän zur See a. D.

Fritz Böhme

Ritterkreuzträger

im Alter von 85 Jahren.

In Liebe und Dankbarkeit
Thilli Böhme geb. Langschwager
Dr. Eckart Böhme und Frau Brigitta
Dr. Jürgen Damm und Frau Bodil geb. Böhme
Olaf Böhme und Frau Ellen
seine Enkel
und alle Angehörigen

Glücksburg, Seniorenresidenz

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 28. September 1984, um 14.00 Uhr in der Dänischen *Kapelle zu Glücksburg statt.*

Niedersächsisches Hafenamt Cuxhaven

Am Schleusenpriel 2, Postfach 5 26, 2190 Cuxhaven, Tel. 0 47 21 / 3 70 77

Öffentlicher Teilnahmewettbewerb – Markterkundung

Das Land Niedersachsen erwägt, die Durchführung von Naßbaggerarbeiten zu Erhaltung der vorhandenen Sohlentiefe auszuschreiben und an eine private Firma zu vergeben. Zum Zwecke der Markterkundung wird *zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Eine spätere* Ausschreibung gemäß § 3 VDL/A ist vom Ergebnis dieses Teilnahmewettbewerbs abhängig und bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Bei den Arbeiten handelt es sich im wesentlichen um das Baggern, Fördern und Verklappen von Sedimentationsmaterial aus den verschiedenen Hafenbecken des Hafens Cuxhaven außer dem Amerikahafen. Die Durchführung der Arbeiten soll auf einem zeitlich begrenzten Leistungsvertrag nach VDL basieren. Der Auftragnehmer hat die vorgegebenen Solltiefen jederzeit zu garantieren.

Die Einzelheiten sind dem Leistungsverzeichnis zu entnehmen, das beim Niedersächsischen Hafenamt Cuxhaven abzufordern und Grundlage der *Preisinformation ist. Das Leistungsverzeichnis wird nur an* Bewerber abgegeben, die sich gewerbsmäßig mit der Ausführung von Naßbaggerarbeiten befassen.

Die Preisvorstellungen sind bis Mittwoch, dem 31. Oktober 1984 beim Niedersächsischen Hafenamt Cuxhaven einzureichen. Unkosten werden nicht erstattet.

Sie wohnen in Großbritannien

und wollen in der WELT inserieren? Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

The Axel Springer Publishing Group, Kristian Wentzel
58 Jermyn Street,
London SW1Y 6PA
Tel.: 499 / 29 94 / 5
Telex: 267627

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

WELT am SONNTAG

NWK
NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AG

Bekanntmachung

über die Auslosung per 02.01.1985 der 6% Anleihe von 1961
– Kenn-Nr. 376509 –

In der am 17. September 1984 vorgenommenen Auslosung per 02.01.1985 sind folgende Endzifferngruppen gezogen worden:

11, 26, 79, 80, 85.

Als ausgelost gelten sämtliche Schuldverschreibungen, deren Nummern *in den zwei letzten Stellen (Zehner und Einer) eine der gezogenen* Zifferngruppen aufweisen. Die **Einlösung** der am 17. September 1984 ausgelosten Stücke erfolgt vom **2. Januar 1985** ab zum Nennwert gegen *Einreichung der Schuldverschreibungen mit Zinsscheinen per 1. Juli* 1985 uff. bei nachstehend verzeichneten Zahlstellen und ihren Niederlassungen:

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Commerzbank Aktiengesellschaft
Conrad Hinrich Donner
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Mit Ablauf des 31. Dezember 1984 hört die Verzinsung der zum 2. Januar 1985 gelosten Schuldverschreibungen auf.

Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird von dem Kapitalbetrag gekürzt.

Restanten:
Stücke mit den zweistelligen Endnummern:

00	(per 02.01.1971)
44	(per 02.01.1972)
84	(per 02.01.1978)
38	(per 02.01.1983)
01, 25, 42, 50, 97	(per 02.01.1984)

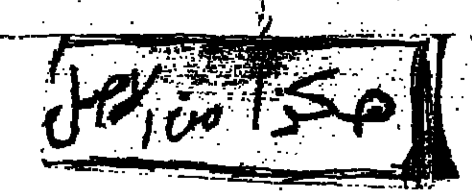
Hamburg, 17. September 1984

DER VORSTAND

Laßt uns Brücken bauen über Gräber hinweg, von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Str. 2 · 3500 Kassel · Postscheckkonto Hannover 103380-301



Die Welt als Puzzle

P. Jo. – Kaum ist das Kind dem Babyalter entwachsen, findet es sein erstes Puzzle unter dem Spielzeug. Da gilt es dann, die rote Kaffeekanne an den richtigen Platz in ein Holzbrettchen einzupassen oder das Püppchen. Bald steigen die Anforderungen: Schon müssen Bilder aus zehn, zwanzig, fünfzig Teilen zusammengesetzt werden. Und wer an diesen Geduldsspielen Vergnügen findet, kann sich bis zu Legebildern aus 5000 Teilen hochdienen. Da war bislang Schluß. Dem Puzzlewütigen blieb nur der Neid auf die Frau jenes Pressezaren in Orson Welles' „Citizen Kane", die ihre einsamen Tage in dem abgelegenen Schloß Xanadu damit verbrachte, zimmergroße Puzzles zusammenzufügen.

Aber was die Filmphantasie vorwegnahm, ist nun für jedermann erreichbar – dank der Ravensburger Puzzles. In ihrem neuesten Katalog bietet die Firma „Das größte seriengefertigte Puzzle der Welt" an. Es ist „Die Versuchung des heiligen Antonius" von Hieronymus Bosch, zersägt in 12 000 Teile. Um die zusammenzufügen, reicht das Kinderzimmer einer Sozialwohnung längst nicht mehr aus, denn das Bild mißt 240 x 168 cm – von der Zeit, die vonnöten ist, ganz zu schweigen. Man braucht, um eine geringe Vorstellung davon zu gewinnen, nur einmal langsam von Eins bis Zwölftausend zu zählen.

Die Ravensburger sind allerdings auch über diese Größe schon hinaus. Unlängst zersägten sie für „Greenpeace" ein hundert Quadratmeter großes Bild mit Walen und anderem schutzwürdigen Getier. In 48stündigem Dauereinsatz wurde das Riesenpuzzle publicityträchtig vom Tauchclub Bleienten im Duisburger Revierpark Mattlerbusch in vier Meter Tiefe wieder zusammengesetzt. Inzwischen soll, von dieser Leistung beeindruckt, schon die Anfrage einer Großstadt vorliegen, ob man sich nicht an ein rathausplatzgroßes Puzzle wagen könne.

Dieser Eifer läßt hoffen. Denn wenn die Welt eines Tages in Stükke gehen sollte, dann können wir darauf vertrauen, daß die gut trainierten Puzzler sie uns wieder zusammensetzen.

Gelsenkirchen: Kunstsammlung in neuem Haus

Ein Mekka der Kinetiker

Die Kunstsammlung der Stadt Gelsenkirchen konnte sich immer schon sehen lassen. Aber jetzt erst kann sie's wirklich. Nach langem Hin und Her haben die Stadtväter ihr endlich ein Haus bauen lassen, ein schönes Museum, mitten in Buer, mit dem die Stadt sich selber ein Schmuckstück schenkte, und die unbekannten Kunstschätze konnten aus dem Dunkel der Magazine und Depots erstmals geschlossen ans Licht gebracht werden.

Seit 1950 wird gesammelt, und seit Ende der 60er Jahre wurden Neubaupläne für ein Museum diskutiert; denn die klassizistische Villa in Buer konnte von Anfang an nur als ein Provisorium gelten. Der Neubau, so war geplant, sollte den gesamten Eigenbesitz aufnehmen, mit der modernen Kunst auch die natur- und kulturgeschichtliche Sammlung, sowie ein Kommunikationszentrum samt Bücherei.

Diese Planungen erwiesen sich als zu üppig; schließlich entschied man sich, 1982, für eine reduzierte Konzeption des Gelsenkirchener Architekten A. E. Wittig. Für die Gesamtsumme von 8,5 Millionen Mark entstand ein architektonisch, museumstechnisch und städtebaulich bemerkenswerter Bau, der immerhin die beiden Sammlungen – die historische wie die moderne – und die Volkshochschule auf rund 2620 Quadratmetern Nutzfläche vereinigt. Der Neubau ist mit der alten Villa verbunden, die für Wechselausstellungen und dem örtlichen Kunstverein zur Verfügung steht.

Das äußere Bild, das in der Bevölkerung sofort lebhafte Zustimmung fand, wird geprägt durch den schönen Museumsgarten mit seinem alten Baumbestand und zur Straße hin durch einen offenen Vorhof mit Treppen- und Rampenanlage um einen künstlichen Teich, der auf der einen Seite von der alten Villa, auf der anderen von der Kolonnade des Neubaus begrenzt wird, die wie ein breites Schaufenster Einblick in die ebenerdige Kunstausstellung gewährt. Dort hat Museumsdirektor Reinhold Lange seine schönsten Aquarelle als Attraktion aufgehängt. Im Innern ist der Neubau in sieben versetzte Halbgeschosse gegliedert, die eine fortlaufende Folge von Räumen und Raumgruppen mit weiten Durchblicken und gesonderten Galerien bilden.

Die Sammlung reicht sozusagen von Barbizon bis heute. Gewiß stellt sie keine lückenlose Kunstgeschichte dieser letzten 120 Jahre dar; aber sie ist imstande, so gut wie alle Zeitströmungen und Stilbewegungen dieses Zeitraums mit beachtlichen Beispielen, wenn auch nicht durchweg mit Meisterwerken zu belegen. Aber auch daran fehlt es nicht. Liebermann, Corinth und Slevogt zum Beispiel sind mit exemplarischen Gemälden vertreten, ebenso Trübner, Leo von König und der einzige deutsche Pointillist, Paul Baum, ein „verzauberter Landschafter" vom Geiste Seurats.

Noch eindrucksvoller als der Impressionismus sind Expressionismus, Realismus, Neue Sachlichkeit, Surrealismus, die Ecole de Paris und die sogenannten Neuen Tendenzen in Gelsenkirchen vertreten, jene Tendenzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Europa unter vielerlei Bezeichnungen und in vielen Gruppierungen (ZERO z. B.) dem „technischen Zeitalter" ihren Tribut zollten, indem sie hauptsächlich mit Licht und Bewegung experimentierten. Für sie waren die Gelsenkirchener Kunstsammler offenbar besonders aufgeschlossen; und deswegen kann das neue Museum mit der vielleicht umfassendsten und in Deutschland einzigartigen Sammlung kinetischer Kunst überraschen, die als geschlossene Abteilung entschieden den Schwerpunkt des modernen Bestandes bildet.

Und was zu seiner Vervollkommnung vielleicht noch gefehlt hätte, das zeigt eine langfristige Sonderausstellung anläßlich der Eröffnung des neuen Museums unter dem Titel „Adolf Luther und Freunde", unter denen uns freilich auch Willi Baumeister, Serge Poliakoff, Lucio Fontana, Mario Merz und Tàpies begegnen. Gleichviel: die „Tiere des Waldes" von Campendonk, die Landschaften Heckels, Kirchners und Pechsteins, die Ölbilder und Aquarelle von Rohlfs, die „Gladiolen" Noldes, das Reiterbild von Nauen und das „Große Zeitalter" von Magritte möchte man trotzdem hier nicht missen.

EO PLUNIEN

Phil Youngs Drama „Klare Sicht" in Düsseldorf

Angst vor dem Dunkel

Eine Dreiecksgeschichte wie gehabt: Jane liebt Richard; Richard lernt das Mädchen Tom kennen, das eigentlich den aparten Namen Thomasina trägt; nach zermürbenden *Zimmerschlachten* räumt Jane endgültig das Feld. Aber da hat die Liebe zwischen Tom und Richard schon erhebliche Schrammen abbekommen. Bald sind alle drei wieder allein.

Keine Dreiecksgeschichte wie gehabt: Tom ist blind, und Richard, schwer zuckerkrank, kann nur auf einem Auge sehen. Selbst das versagt bald seinen Dienst, „vorübergehend nur", wie die Ärzte beruhigend sagen, aber sie haben sich geirrt: Richard bleibt blind.

„Klare Sicht" heißt Phil Youngs Theaterstück, die erste Premiere dieser Spielzeit auf der kleinen Bühne des Düsseldorfer Schauspielhauses. Der Titel ist nicht so ironisch, wie er klingt. Denn durch ihre Behinderung erst erkennen Tom und Richard, was sie einander bedeuten, was sie voneinander erwarten können. Und Tom, die so auf Richards Auge angewiesen war, weiß am Ende, daß sie sich wieder trennen müssen. Zwei blinde Partner – das führt unweigerlich in die Katastrophe. Nur die sehende Jane ist mit Blindheit geschlagen, verschließt die Augen vor der Tatsache, daß sie ihrem Freund nichts mehr bedeutet, quält ihn und sich mit masochistischen Dialogen, die eigentlich Monologe des Selbstmitleids sind.

Phil Young hat sein Stück in London mit Schauspielern entwickelt, die schwarze Kontaktlinsen trugen, um möglichst authentisch spielen zu können. In Düsseldorf wurde diese Praxis beibehalten: Thomas Hodina und Elisabeth Krejcir tasten sich vorsichtig durch das schick-gammelige Zimmer, das Heiko Zolchow für Richard, den Galeristen (!), entworfen hat.

Dem Stück fehlt jedoch eine entscheidende Dimension: das wirklich Dramatische, das eine Abhandlung des Themas auf dem Theater erst rechtfertigen würde. Und die Regie verschärfte den Mangel noch. Was Regisseur Rolf Stahl uns vorsetzte, war ein bebildertes Hörspiel, und ein überdrehtes obendrein. Da wurde geschrien, geflucht, geheult und gejammert (vor allem von Susanne Flury als enttäuschter Jane), wo leise Töne viel mehr bewirkt hätten.

Die wirklich dramatischen Augenblicke waren rar: Immer dann, wenn Tom oder Richard die existentielle Bedrohung der Behinderung erschütternd vorführten, wenn sie die übermenschliche Angst vor der Dunkelheit demonstrierten oder, wie Richard, hinter bitterem Zynismus verbargen, konnte der Zuschauer die Tragweite ermessen, die hinter einem solchen Schicksalsschlag liegt. Doch die Betroffenheit wurde von Hodinas Ausbrüchen, die bis an die Grenze des Albernen gingen, schnell wieder weggewischt. Schade um ein im Grunde wichtiges Stück.

RAINER NOLDEN

„Protestantisch oder katholisch, das gilt bei ihm nicht" – WELT-Interview mit H. v. Karajan über Bach

Gott mit tintenfeuchten Noten geehrt

Heute trifft Herbert von Karajan in Berlin ein, um mit den Proben zu den Festwochen-Aufführungen der h-moll-Messe von Johann Sebastian Bach am kommenden Wochenende zu beginnen. Damit nimmt Karajan die mehrere Monate lang unterbrochene Arbeit mit dem Berliner Philharmonischen Orchester wieder auf. Aus diesem Anlaß sprach DIE WELT mit Karajan über das Bach-Bild des Dirigenten.



Eröffnet mit der h-moll-Messe das Bach-Jahr: Herbert von Karajan in Berlin FOTO: KINDERMANN

WELT: Was hat man eigentlich in Ihrer Jugendzeit in Salzburg am Mozarteum über Bach erfahren können?

Karajan: Nichts.

WELT: Gehörte Bach überhaupt auf den Lehrplan?

Karajan: Das schon. Aber der Plan des Mozarteums war ja so angelegt, daß er sich natürlicherweise in der Hauptsache auf Mozart konzentrierte und auf die Klassiker.

WELT: Und zu den Klassikern gehörte Bach nicht?

Karajan: Nein. Schauen Sie, Salzburg ist eine sehr katholische Stadt, und die Pflege von Bach war dort wirklich nicht sehr bedeutend.

WELT: Sind Sie selbst streng katholisch erzogen worden?

Karajan: Ich bin streng katholisch erzogen worden im Glauben, nicht aber in der Musik.

WELT: Wann und wie sind Sie zuerst auf Bach gestoßen?

Karajan: Bei meinem Klavierunterricht. Wir haben relativ viel gespielt von Bach, und ich verdanke meinem Lehrer, Professor Ledwinka, etwas, das jetzt natürlich nützlich und sogar einfach zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden ist: das genaue Einhalten des Tempos, also etwas, was damals Zeit fast unbekannt war.

WELT: Welches war denn nun Ihr Bach-Urerlebnis?

Karajan: Es war in Aachen. Aachen war ja der Sitz eines bedeutenden Chors, den ich übernommen habe, als ich in den 30er Jahren Generalmusikdirektor wurde. Ich habe ihn mit Hilfe des Opernchors weiter ausgebaut. Denn das war von jeher immer meine Begeisterung: Chorsingen. Und endlich hatte ich die Gelegenheit, diese Leidenschaft zu befriedigen. Aachen hatte einen Chor von ungefähr 160 Stimmen, und wir haben als erstes die h-moll-Messe erarbeitet, d. h. mit einem vollen Jahr Vorbereitung. Ich habe damals 70 Klavierproben allein mit dem Chor gehalten und habe angefangen, den Sängern vorzuspielen: „Singen Sie nicht", sagte ich, „hören Sie sich nur hinein, summen Sie's mit." Und je tiefer wir in die Arbeit hinein kamen, desto größer wurde meine Bewunderung für Bach. Und die hat sich bis heute nicht nur gehalten, sie hat sich verstärkt.

WELT: *Muß man Bach mit den Mitteln des 20. Jahrhunderts aufführen?*

Karajan: Aber selbstverständlich. Dieses ganze Gezänk und Gestreit um die wahre Bach-Darstellung *kommt mir immer nur lächerlich vor*. Wissen wir, wie die damaligen Stimmen klangen? Wir haben keine Ahnung. Wissen wir, wie die Instrumente wirklich geklungen haben? Und wie Bach sie sich erträumte? Wir wissen nur eines: wie man sie heute hört. Und ich verlange vor allem bei einem Orchester, daß die Instrumente untereinander und in sich selbst stimmen. Das hört man fast nie. Da ist es mir viel lieber, wir nehmen die Instrumente von heute, von denen wir wissen, daß sie vollkommen zu beherrschen sind. Ich kann nicht glauben, daß ein Mann wie Bach, der in einzigartiger Weise Fähigkeiten besaß, sich in Musik auszudrücken und sich Musik vorzustellen (z. B. bei den Fugen in Kombinationen, die er bestimmt schon bei der Konzeption des Themas vorausgehört hat), daß jemand also, der so unglaublich zu hören verstand, sich mit schlecht gespielter Musik zufriedengeben konnte. Man liest doch immer, daß er in seiner Wut manchmal eine Notenrolle auf das Haupt eines schlecht spielenden Musikanten niederfahren ließ. Außerdem sind doch die Stücke gewöhnlich direkt vom Abschreiber gekommen. Es mußte also schon zwangsweise improvisiert werden. Bei dieser Art von Stilübung spüre ich nicht, daß ein Orchester singt, das Orchester kreischt gewöhnlich. Man hat sich natürlich beim jahrelangen Musizieren in den Gedankenkreis des Meisters hineingelesen und hat gewisse Dinge von selbst gespielt. Aber fraglos war das von der rein musikalischen Seite, von der musikästhetischen Seite nicht sehr schön.

WELT: Welchem Werk Bachs gehört Ihre ganz persönliche Vorliebe?

Karajan: Ganz ohne Frage der h-moll-Messe und den Passionen.

WELT: Was zieht Sie besonders zur Messe des protestantischen Bach?

Karajan: Ich kann nicht in Kategorien wie protestantisch oder katholisch denken. Ich bin da eigentlich so wie einer der großen Päpste, wie Pius XII. Ich erinnere mich ganz genau, wie wir die Matthäus-Passion verfilmt und bebildert haben aus dem ungeheuren Schatz der Malerei. Wir wurden eingeladen zu einer Audienz beim Papst, und ich muß sagen, ich war außerordentlich beeindruckt von seiner Person. Er sagte mir: „Es muß doch für Sie ein erhebendes Gefühl sein, eines dieser Werke zu dirigieren." Da wurde von Protestantismus gar nicht geredet.

WELT: Jetzt also beginnen die Proben aufs Neue.

Karajan: Sie haben längst begonnen. Wir haben uns wirklich gut vorbereitet. Seit drei Monaten schon, hier in Wien. Jeden Abend nach dem Schluß der Filmaufnahmen um 18 Uhr habe ich meinen geliebten Wiener Singverein bei mir gehabt, und wir haben wirklich alles getan, was man tun kann, um es wirklich schön zu machen. Denn für mich ist das Erlebnis dieses Werkes, und auch das muß ich einmal einfach sagen, das Dirigieren. Es ist ein so ungeheurer Genuß und gibt einen so tiefen Einblick, daß ich mich wirklich darauf besonders freue.

KLAUS GEITEL

Die Hanns-Seidel-Stiftung lud nach Budapest ein

Erstes Gebot: Rücksicht

Seltsam mutet es schon an, wenn eine politische Stiftung der Bundesrepublik eine „Fachtagung zur europäischen Kulturpolitik" ausgerechnet in einem Ostblockland abhält. Die Münchner Hanns-Seidel-Stiftung wagte das bizarre Experiment in Budapest. Eingeladen waren Teilnehmer aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, aus Italien und Belgien. Aufgeboten waren offizielle Sprecher für Kulturfragen. Künstler und vor allem natürlich Funktionäre aus dem Gastland zuhauf.

Die dreitägige Veranstaltung gestaltete sich schwierig, manchmal konfus, manchmal allzu voluminös. Auch wenn György Nadur, Generaldirektor des „Internationalen Kulturinstituts von Budapest", davon sprach, daß man „den Fluß von Helsinki weiterführen wolle" und daß „Kultur und kultureller Austausch eine Hauptrolle darin spielen würden", so zeigte sich doch gerade in dieser liebevollen Hätschelung der Vokabel „kulturelle Freiheit" die Absurdität, wenn man z. B. weiß, daß Gerd Krasso, einer der ungarischen Oppositionellen, die gelegentlich über „Radio Free Europe" zu hören sind, erst neulich wieder verhört, der Dichter Gabor Demszny gerade in diesen Tagen zu Gefängnis (mit Bewährung) verurteilt wurde.

Nun gelten ja Ungarn und speziell Budapest schon seit geraumer Zeit als die „fröhlichste Baracke des Ostblocks". Die Hauptstadt bietet einen Kommunismus von einiger Raffinesse und mit in vielen Dingen westlichem Standard dar. Nicht nur, daß Bücher und Schallplatten, Konzerte und Opernabende zu einem extrem niedrigen Preis angeboten werden, auch der Austausch von Film- und Fernsehprogrammen mit dem westlichen Ausland sticht ins Auge. Aber schließlich hat Ungarn auch Kulturabkommen mit 26 europäischen Ländern.

Dennoch, das sowjetische Korsett sitzt auch hier nach wie vor stramm. Darauf hatten auch die westlichen Redner der Tagung Rücksicht zu nehmen, und sie nahmen oft mehr Rücksicht, als der Sache guttat.

Wiens Vize-Bürgermeister Erhard Bussek (ÖVP) plädierte in einem Vortrag dafür, die Achse Wien / Budapest als „kulturelles Zentrum Mitteleuropas, als Träger und Mitgestalter der mitteleuropäischen Synthese" herauszuarbeiten. Trotz der Grenzen gebe es eine „europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der Wissenschaft, in der Kultur, in der Kunst". Konkrete Friedensarbeit leisten, hieße u. a., ein dichtes Netz von Binnenkontakten auf allen Ebenen und über alle Grenzen herzustellen, von Stadt zu Stadt, von Schule zu Schule, von Musikkapelle zu Musikkapelle, „aber um Himmels willen nicht nur auf der Ebene der Präsidenten, Obmänner und Funktionäre, sondern von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie".

Im gleichen Sinne argumentierte Maurice Druon, ehemaliger Kulturminister von Frankreich. Auch er forderte, wieder zurückzukehren zu den Quellen Europas, ungeachtet der unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, denn „nur die kulturelle Einheit kann uns noch retten". Und das Vorstandsmitglied der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Reinhold Kreile, erinnerte die Teilnehmer daran, daß zwar Regierungen die Rahmen für die Kulturpolitik schaffen könnten, alles andere aber „in uns" läge: „Der Export des Geistes darf keine Schranken haben."

Wie man in Budapest sah, bedarf es dazu jedoch noch gewaltiger Anstrengungen. Immerhin, die ersten Schritte des Sichkennenlernens sind getan. Eine Unmenge wird noch folgen müssen. Rosarote Brillen sind dafür ungeeignet.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

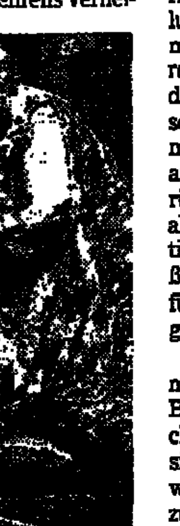
Bonn: Strauss' „Salome" mit Hildegard Behrens

Verschleierter Lustgipfel

Richard Strauss' „Salome" schildert jenen Fall von Nekrophilie, den das dekadente 19. Jahrhundert der Bibel andichtete. Weil sich ihr der lebende Prophet Jochanaan verweigerte, küßt Salome den Mund des toten, dessen abgeschlagenes Haupt ihr in einer Silberschüssel gereicht wird. Was Oscar Wilde aus der bei Matthäus und Markus schlicht von ihrer Mutter Herodias angestifteten Stieftochter des Herodes macht, jene Kindsbraut, in deren jungfräulichem Schoß sich Eros und Tod lasziv verschwistern, greift die Strauss'sche Partitur unverhüllt auf. Sie gehört mit ihren irisierenden Lichtwechseln und ihrem ekstatischen Glanz zum Abgefeimtesten, was dieser Meister eines hochartistischen Orchesterkolorits je auf seiner Palette gemischt hat.

In Bonn sang jetzt Hildegard Behrens die Salome, Karajans Salzburger Star von 1977 und der entsprechenden Schallplattenaufnahme. Ihre Schlußszene dürfte so ziemlich das Beste sein, was man da haben kann, Lust-Gipfel und rauschhaftes Verbrennen wie in einem einzigen hochgespannten Augenblick. Nur daß die Lichtregie das Häufchen Asche, das da eigentlich übrigbleiben müßte, in opulente Leuchtfarben tauchte.

Ein Touch von Hollywood, was den nicht wundern kann, der weiß, daß der Amerikaner Seth Schneidman sein Glück zunächst mal mit Filmen, Opernfilmen auch, versucht hat. Es ist kein Geheimnis, die Bonner verdanken Schneidmans erste Opernregie unter anderem auch der Tatsache, daß er mit Hildegard Behrens verheiratet ist. Aber der Jubel am Ende ließ keinen Zweifel: Man würde sich für die Behrens noch ganz was anderes einhandeln. Schneidmans Plus: Er hat seine Sänger auch spielen lassen, sein Manko, daß er dabei mal zuwenig, mal zuviel Ehrgeiz entwickelte. Wenn in entscheidenden Momenten des Herodes' Personal im Hintergrund ungeniert herumturtelt, macht das wenig Sinn, auch kein Bild, jedenfalls kein gutes, zumal eine ganze Menge des Dekors aus einer amerikanischen „Aida"-Verfilmung stammen könnte.



Hildegard Behrens als Salome und Hermann Winkler als Herodes FOTO: STEFAN ODRY

Auf der anderen Seite war er ehrgeizig genug, Salomes Schleiertanz der Behrens auf den Leib zu inszenieren, was erst mit Schattenspielen nicht nur umständlich, sondern dann leibhaftig auch einigermaßen heillos geriet, auch in der versuchten erotischen Selbsterfüllung die Musik ein bißchen mißverstand, die, fast unter dem sonstigen Niveau der Partitur, den Striptease ja ganz direkt dem König verkauft, mehr nicht.

Hubert Monloups Bühne rekapitulierte nicht ungeschickt die in der Geschichte zusammenstoßenden Zeiten: Jochanaans Zisterne links, Tempelüberreste nach hinten, zur Rechten der Prunkpalast des Tetrarchen. Was ihr fehlte, entbehrte man auch an der Inszenierung: Irritation und das Atmosphärische heraufziehenden Unheils, das die Spotlights auf die Salome immer schon im Ansatz zerstörten.

Besetzt war die Aufführung groß. Hildegard Behrens' stimmliche Ekstasen, ihre sängerische wie spielerische Präsenz, ganz vornean. Dem lustgepeinigten Herodes gab Hermann Winkler Züge nervöser Überreiztheit. Einmal nicht unter Wert war die Herodias mit Helga Dernesch besetzt: Ihr prachtvoller Mezzo strahlte mit grellen Farben eine Intensität aus, die die Proportionen zurechtrückte. Last but not least Bernd Weikl als Jochanaan, die langweiligste Partie, zu der Strauss eingestandenermaßen wenig eingefallen ist – aber was für eine Stimme und wie herrlich eingesetzt!

Gustav Kuhn am Pult führte am mittleren Zügel, ließ sich von der Bühne zu einigem Glamour-Streicherglanz verleiten, und wenn man sich auch schon mal fragen mochte, wozu Strauss die riesige Bläserbesetzung brauchte, die Glitzereffekte der Partitur ließ er sich so wenig entgehen wie ihre manchmal etwas breit genommenen ekstatischen Aufschwünge.

DIETER SCHÜREN

KULTURNOTIZEN

Der amerikanische Maler Cy Twombly erhält als erster den Preis des Landes Baden-Württemberg für bildende Kunst (30 000 Mark).

George Tabori kehrt als fester Regisseur an die Münchner Kammerspiele zurück. Er hat sich für vier Jahre verpflichtet.

Der Villa Ichon in Bremen wurde vom deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz der diesjährige Preis für Denkmalschutz zuerkannt.

Das „Valentin-Musäum" im Münchner Isartorturm, Erinnerungsstätte für den Komiker Karl Valentin, feiert sein 25jähriges Jubiläum.

Walter Sölter, Leiter des Ruhrlandmuseums Essen, wird Direktor des geplanten Rheinischen Industriemuseums in Oberhausen.

JOURNAL

Deutscher Kongreß für Philosophie

dpa, **Bonn**

Etwa 500 Philosophen aus den deutschsprachigen Ländern, aber auch aus Bulgarien, den Niederlanden, China und den USA sind zum 13. Deutschen Kongreß für Philosophie an der Universität Bonn zusammengekommen. Das bis zum Samstag angesetzte Treffen steht unter dem Thema „Tradition und Innovation". Einzelvorträge des Kongresses beschäftigen sich mit dem Wandel der Werte in der modernen Gesellschaft unter dem Titel „Moral, Ethos und das politische Bewußtsein". Fragen der Ökologie und der Bewertung neuer Technologien stehen ebenso auf dem Programm wie die philosophische Erörterung der „Aktuellen Wende in der Kunst".

Autorenwettbewerb für junge Schriftsteller

xhk. **Tübingen**

Zum zweiten Mal führt der Freie Deutsche Autorenverband (FDA) einen Wettbewerb junger Autoren durch. Jedermann im Alter bis zu 25 Jahren ist aufgerufen, Lyrik und Prosa zum Thema „Natur und Mensch" einzusenden. Die Teilnehmer sollen maximal zwei Arbeiten (eine Kurzgeschichte und/oder ein Gedicht) bis zum 15. Juli 1985 in dreifacher Ausfertigung, nicht länger als acht Schreibmaschinenseiten, an den FDA Landesverband Baden-Württemberg, z. Hd. Herrn Klaus Jentzsch, Weilerhalde 41, 7400 Tübingen, schicken. Die besten Arbeiten werden im November 1985 in Stuttgart vorgestellt.

Industriemuseum in Westfalen wird erweitert

sch. **Münster/W.**

Vor fünf Jahren beschloß die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe die Gründung eines Industriemuseums. Es sollte nicht ein geschlossener Komplex werden, sondern Beispiele der industriellen Vergangenheit an verschiedenen Orten dokumentieren. Bisher wurden drei ehemalige Zechen, eine Glashütte, eine Ziegelei und das Schiffshebewerk Henrichenburg dafür restauriert. Über das Projekt des Westfälischen Industriemuseums unterrichtet eine Broschüre, die kostenlos vom Landschaftsverband (4000 Münster/W., Landeshaus) bezogen werden kann.

Kulturhandbuch für das Dreiländereck

DW. **Freiburg/Br.**

Um das vielseitige Kulturangebot im Dreiländereck zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz überschaubar zu machen, wurde von der Arbeitsgruppe des Dreiseitigen Regionalausschusses der deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission das „Kulturhandbuch" erarbeitet. Es stellt auf 520 Seiten in Kurzfassung mit Adressen, Öffnungszeiten und Arbeitsgebieten die Archive, Bibliotheken, Museen, Galerien, Theater und Musikveranstalter in Baden, der Pfalz, dem Elsaß und der Nordwestschweiz vor. Deutscher Herausgeber ist das Regierungspräsidium Freiburg.

Judenverfolgungen in der Sowjetunion

DW. **Odessa**

Nachdem am 25. Juli in Estland der 34jährige Hebräisch-Lehrer Alexander Cholmjanskij verhaftet wurde, erfolgte am 12. August in *Odessa die Verhaftung des jüdischen Aktivisten* Yakov Levin. Im Laufe einer vorangegangenen Haussuchung wurden u. a. Hebräisch-Lehrbücher und israelische Postkarten beschlagnahmt. Dies teilte die Menschenrechtsorganisation Gesellschaft Kontinent mit. Nach Angaben der Gesellschaft häufen sich in der UdSSR Repressalien gegen jüdische Ausreisewillige. In einem offenen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko haben unlängst 20 jüdische Sowjetbürger den in der UdSSR herrschenden „antisemitischen Terror" angeprangert.

Pierre Emmanuel †

Er sah aus, wie sich junge Mädchen einen Dichter träumen, dieser Pierre Emmanuel aus Gan vom Rand der Pyrenäen, der jetzt mit 68 Jahren in Paris gestorben ist. Der schlanke Mann mit glutvollen Augen, lebendigen Gesten und einer mitreißenden Suada hätte den 40 Unsterblichen unter der Akademie-Kuppel zum schönen Schmuck gereicht, wenn er es länger bei ihnen ausgehalten hätte. Aber der 1968 in die illustre Gesellschaft Gewählte trat sieben Jahre später aus Protest gegen die Zuwahl eines belgischen, der Kollaboration beschuldigten Schriftstellers wieder aus. Emmanuels Sessel blieb unbesetzt, einen Austritt aus der Académie Française hatte es noch nie gegeben. Der mit Ehrenämtern überhäufte Dichter (u. a. Präsident des Internationalen PEN) hat zahlreiche Versbände publiziert, die ihn als gläubigen Christen und Kenner der Psychoanalyse ausweisen.

jae

Tödlicher Kampf um ein Hochzeitsgeschenk

Hamburger Trabrennbahn wird zur Kulisse eines Dramas

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Am Tisch Nummer C 23 in der ersten Etage der Tribüne der Trabrennbahn am Volkspark in Hamburg-Bahrenfeld hatte Bianca Jessen-Schwisow (37) ihren Stammplatz. In der Hamburger Traberszene war die als exzentrisch geltende Abbruchunternehmerin durchaus ein Begriff. Schon wegen ihrer Affären, über die man munkelte. Wenige Minuten vor dem Start des Deutschland-Pokals am Sonntagnachmittag gegen 17.15 Uhr ist sie von ihrem Ex-Ehemann auf eben diesem Platz erschossen worden.

Friedrich-Karl Schwisow (52) feuerte mit einem Trommelrevolver so lange auf seine geschiedene Frau, bis sie blutüberströmt zusammenbrach. Die Notärzte konnten nur noch ihren Tod feststellen.

Über die Lautsprecher der Trabrennbahn ließ Manager Hans-Ludolf Matthiessen einen „technischen Defekt“ verkünden, der Start des Rennens (es ging um insgesamt 100 000 Mark Prämien) verzögerte sich um mehr als eine Stunde.

Die Ursache der Tat stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Rennen. Dort sollte der siebenjährige erfolgreiche Hengst Fabiant laufen, der bislang immerhin 226 840 Mark zusammengetrabt hat. Züchter des Pferdes ist Friedrich-Karl Schwisow.

Fabiant bestritt sein letztes Rennen am 15. September 1983 in Hamburg. Dann begann ein komplizierter Streit um das wertvolle Roß. Wochenlang war das Pferd verschwunden, angeblich hatte ihn Züchter Schwisow bei Freunden versteckt. Trainer Kenneth Gustavsson soll ihn aber auf alle Fälle zuletzt auf den Deutschland-Pokal vorbereitet haben.

Gelaufen ist er dann aber doch nicht, denn nach dem folgenschweren Ereignis auf der Tribüne ließ ihn der Fahrer im Stall, allerdings erst auf Initiative des Veranstalters, der Hamburger Trabrenngesellschaft.

Bianca Jessen hatte eine Herausgabeklage gegen ihren Ex-Ehemann vor Gericht erfolgreich durchgezogen. Danach sollte Fabiant im Deutschland-Pokal für sie starten. Ursprünglich war der Hengst das Hochzeitsgeschenk Schwisows an seine Frau gewesen. Bianca Jessen besaß einst einen großen Rennstall mit 20 Pferden und stieg sogar selbst erfolgreich in den Sulky. Zuletzt kursierten Gerüchte über rückläufige Umsätze ihres Unternehmens, deshalb wurde wohl auch der Rennstall verkleinert. Schwisow hat angeblich 1,2 Millionen Mark in das Geschäft seiner Ex-Ehefrau investiert, um es wieder in Schwung zu bringen. Seinen Lebensunterhalt verdient der ehemalige Kellner einer Disco als Geldverleiher.

Den Kampf um ihr Hochzeitsgeschenk hat die Traberfanatikerin schließlich mit dem Leben bezahlt. Der Beschuldigte ließ sich nach der Tat widerstandslos von einem zufällig anwesenden Polizeibeamten in Zivil festnehmen. Ein Augenzeuge der Tat: „Er machte fast einen zufriedenen Eindruck.“ Tischnachbarn der Getöteten wollen den letzten Satz gehört haben, den Schwisow seiner Ex-Ehefrau widmete: „Auch Du siehst Fabiant nie mehr laufen.“

Gestern wurde Haftbefehl wegen Totschlags erlassen. Eine Erweiterung auf Mord ist nicht auszuschließen.



Tischgespräch

Aufgenommen von HANS-WILHELM HÖFT

Ein brenzliger Abend in der Deutschen Oper

dpa, Berlin

Deutsche Oper Berlin, Sonntag abend, kurz vor 20.00 Uhr: Seit etwa einer dreiviertel Stunde läuft die seit der Premiere vor einer Woche mit Spannung erwartete zweite Aufführung von Richard Wagners „Rheingold“ in der Neuinszenierung von Hausherr Götz Friedrich. Wie schon bei der Premiere waren auch diesmal viele der 1885 Zuschauer in der ausverkauften Oper eigens wegen dieser Aufführung nach Berlin gekommen.

Als die Riesen Fasolt und Fafner (Matti Salminen und Bengt Rundgren) mit Wotan (Simon Estes) wegen Freia auf der zu einem überdimensionalen futuristischen Tunnelgewölbe gewordenen Bühne gerade im Streit liegen, flackert am Dirigentenpult von Generalmusikdirektor Jesus Lopez Cobos plötzlich die rote Alarmlampe auf. Er kann sich darauf noch keinen Reim machen, aber das Lämpchen gibt keine Ruhe.

Schließlich verlöscht das Pultlicht der Musiker, und Cobos bekommt das Zeichen: „Abbrechen!“ Das Orchester verstummt, die verdutzten Sänger singen aber noch einen Moment weiter; im Zuschauerraum geht plötzlich die Notbeleuchtung an, der Vorhang fällt. Unruhe im Saal. „Meine Damen und Herren“, bittet ein Herr vor dem Vorhang um Aufmerksamkeit, „ein Defekt in der elektrischen Anlage außerhalb des Hauses zwingt uns zu einer Unterbrechung.“

In der zentralen Meldeanlage beim Pförtner des Opernhauses in der Richard-Wagner-Straße Ecke Bismarckstraße hatte die automatische Alarmanzeige einen Störfall im etwa 20 Meter entfernten, zum Hof gelegenen und durch schwere Eisentüren gesicherten Transformatorenraum gemeldet. Als der Pförtner bei einem der vier erst in diesem Sommer neu installierten Transformatoren den Schwelbrand bemerkt, alarmiert er die Feuerwehr, die binnen vier Minuten eintrifft. Angestellte der Oper versuchen inzwischen ihr Glück mit Handfeuerlöschern. Ein Feuerwehrmann später: „So ein Schwelbrand kommt schon mal vor. Es ist aber sehr selten, daß eine Vorstellung abgebrochen werden muß.“

20.30 Uhr: Götz Friedrich dankt über Lautsprecher den Besuchern für die Disziplin, mit der sie den Zuschauerraum verlassen haben. Die Pausenbuffets sehen sich einem unerwarteten Ansturm ausgesetzt, für den sie eigentlich auch nicht gerüstet waren – „Rheingold“ hat normalerweise keine Pause. 21.00 Uhr – erneute Durchsage: „Die Feuerwehr hat den Brand gelöscht. Für Ihre persönliche Sicherheit besteht keine Gefahr!“

21.20 Uhr: Die Vorstellung, die normalerweise jetzt schon zu Ende wäre, soll endlich weitergehen. Es klappt auch – zunächst. Aber die übrigen Transformatoren verkraften die höhere Belastung nicht; ihre Sicherungen, durch die enorme Hitzeentwicklung sowieso schon angeschlagen, brennen durch. Um 21.30 Uhr ist es wieder aus. Die Zuschauer werden erneut um etwas Geduld gebeten, „vielleicht nur fünf Minuten“. Danach ungehaltene Rufe aus dem Zuschauerraum: „Die Frist ist um!“ Die ersten Besucher verlassen die Oper.

21.45 Uhr: Götz Friedrich muß „trotz aller Bemühungen“ das endgültige, vorzeitige „Aus“ dieses Abends verkünden. Beifall und Buhrufe, bedauerndes Schulterzucken des Chefs. WILFRIED MOMMERT

Verkehrswacht: Alkohol am Steuer nimmt zu

AP, Bonn

Auf das nach ihrer Meinung weiterhin alarmierende Problem des Alkohols am Steuer hat die Deutsche Verkehrswacht gestern hingewiesen und den Nutzen der 0,8-Promille-Grenze in Frage gestellt. Die Organisation setzt sich für mehr Kontrollen im Straßenverkehr ein. „Erschreckend“ nannte es ein Sprecher, „daß nicht nur die zu vermutende Zahl von Alkoholfahrten hoch geblieben ist, sondern daß unter den auffällig gewordenen Kraftfahrern inzwischen jeder Dritte eine Alkoholkonzentration von mehr als zwei Promille aufweist“. Die Blutproben aller „verkehrsauffällig gewordenen“ Männer erreichten einen Durchschnitt von 1,9 Promille, die der Frauen von 1,4. Sieben Prozent aller Blutproben von 36- bis 45jährigen enthielten sogar mehr als drei Promille Blutalkohlkonzentration. „Solche Zahlen werfen die Frage auf, ob das 0,8-Promille-Gesetz von 1973 die erwartete Wirkung getan hat“ oder ob nicht nach Anfangserfolgen längst wieder der alte Schlendrian eingetreten sei.

Pershing-Unfall

dpa, Lorch

Ein mit einer Pershing-II-Rakete beladener Transporter der US-Streitkräfte ist gestern auf einem Waldweg bei Lorch/Ostalbkreis umgekippt. Dabei wurde die Rakete beschädigt. Eine Gefährdung der Bevölkerung ist „ausgeschlossen“. Die Rakete trug keinen Sprengkopf.

Vom Blitz erschlagen

AFP, Amsterdam

Der 20jährige Sohn des ehemaligen niederländischen Nationaltorhüters Jan Jonbloed, Erik, ist am Sonntag in Amsterdam beim Fußballspielen vom Blitz erschlagen worden. Sein 43jähriger Vater, der 1974 in München und 1978 in Buenos Aires jeweils Vize-Weltmeister wurde, befand sich zum gleichen Zeitpunkt in Rotterdam auf dem Spielfeld. Dieses und 20 weitere Spiele mußten wegen Gewitters abgebrochen werden.

75 000 auf der Flucht

rtr, Legaspi

Rund 75 000 Menschen sind nach dem Ausbruch des Vulkans Mayon vom Sonntag (s. WELT von gestern) auf den Zentral-Philippinen vor den heranfließenden Lava- und Gesteinsmassen aus ihren Häusern geflohen. Bergungsteams versuchten, sich zu rund 150 Dorfbewohnern vorzuarbeiten, die von den Geröllmassen eingeschlossen sind.

Rätsel bleibt ungelöst

AP, München

Neue Krankmeldungen unter den 1800 Bediensteten der Bundesbahndirektion München sind gestern registriert worden. Damit erhöhte sich die Zahl der an einer rätselhaften Epidemie Erkrankten auf mehr als 200. Die Patienten leiden unter Brechdurchfall, Schüttelfrost und teilweise Fieber. Mit denselben Symptomen hatte sich auch der 59jährige Abteilungspräsident Waldemar Schmidt krank gemeldet, der wenige Stunden später starb. Die für gestern erwartete Analyse der Kantinenspeise brachte kein Resultat.

Raffinerie angezeigt

rtr, Bochum

Wegen schwerer Umweltverschmutzung hat die Bochumer Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen eine örtliche Altöl-Raffinerie aufgenommen. Anzeige wurde gegen die Werner Ölwerke wegen Verstoßes gegen die Genehmigungsbedingungen erstattet, nachdem auf dem Gelände der Raffinerie hohe Schadstoffwerte festgestellt worden waren.

ZU GUTER LETZT

„Das BMA will die GOZ am GOÄ-Konzept orientieren.“ (Überschrift in den „Zahnärztlichen Mitteilungen“ Nr. 18/1984. Sie besagt, daß das Bundesarbeitsministerium die Gebührenordnung für Zahnärzte der ärztlichen Gebührenordnung angleichen will.)

LEUTE HEUTE

Beweis gelungen

Unter dem Pseudonym **Jane Somers** schrieb die britische Bestseller-Autorin **Doris Lessing** (64) einen neuen Roman und fiel prompt herein. Nicht nur, daß die Autorin mit der Millionenauflage bei zahllosen Verlagen – darunter ihrem eigenen – abblitzte; als sie endlich doch einen fand, verkaufte sich ihr neuestes Werk („Das Tagebuch einer guten Nachbarin“) nur 2000mal. Sportlicher Kommentar der Dame: Sie wollte beweisen, daß „nur Erfolgreiche Erfolg haben.“

„Netter Kerl“

US-Präsident **Ronald Reagan** „gehört die ganze Welt außer China, Japan, Deutschland und Rußland“. Außerdem ist er „ein netter Kerl“, der „die Wahrheit sagt“ und „seiner Mutter schreibt“. So beschrieben sechsjährige Amerikaner einer Volksschule in Spring Lake (Bundesstaat Michigan) ihren 73jährigen Präsidenten.

Großmut

Der Pressesekretär des Weißen Hauses, **James Brady**, der beim Attentat auf Präsident **Reagan** 1981 schwer verwundet wurde, empfindet keinen Haß gegenüber Attentäter **John Hinckley jr.**, sondern „nur Mitleid“. Das erklärte Brady auf einem Empfang ihm zu Ehren. Brady, der immer noch teilgelähmt ist, spielte auf seinen Spitznamen „der Bär“ an, als er sagte, daß man Bären nur mit „einem Blattschuß“ erledige. Der ehemalige Journalist hat seine Arbeit im Weißen Haus immer noch nicht wieder aufgenommen.

Der teure Spaß der wundersamen Biervermehrung

Erste Erfolge der Münchner Bier-Polizei / Sprecher der Wies'n-Wirte zu 4000 Mark Geldstrafe verurteilt

PETER SCHMALZ, München

Zu den Furchtsamen der Nation zählen sie nicht, die Schankkellner auf dem Münchner Oktoberfest. Ein raunziges „Schleich di“ zählt noch zum charmanten Teil ihres Wesens, das sie einem bierseligen Gast offenbaren, der zudringlich wird oder gar die Frechheit besitzt, eine schlecht eingeschenkte Maß zu reklamieren. Diesmal aber, auf der 150. Wies'n, kuschen sie vor einem dünnen Metallstab, zwölf Zentimeter lang und 28 Millimeter breit.

Zieht ein bisher harmlos wirkender Besucher ein solches Teufelsding aus der Jankertasche, fährt ihnen dermaßen der Schreck in die Glieder, daß ihnen schier die zehn Maßkrüge aus beiden Händen zu fallen drohen: schon wieder einer von der „Bier-Polizei“.

30 Beamte hat Münchens Kreisverwaltungsreferent am ersten Wies'n-Wochenende allein mit dem Auftrag durch die Bierburgen schwärmen lassen, bei den Maßkrügen auf die Differenz zwischen Eichstrich und Bierinhalt zu achten. Das Ergebnis des ersten zweitägigen Einsatzes stimmt zuversichtlich. „Es ist sehr wohl möglich, auf dem Oktoberfest eine gut eingeschenkte Maß zu servieren“, verkündete der Behördensprecher gestern.

Möglich schon, aber doch nicht stets der Fall. 12 895 von 800 000 am Wochenende gezapften Maß wurden gemessen, 12 044 hatten eine Mindermenge von weniger als zehn Prozent, was als tolerabel gilt. 466 Krüge aber ließen bis zu 20 Prozent Bier vermissen.

Mag manchen Wies'n-Besucher ein solches Reduktions-Maß überhaupt nicht stören – wer reklamiert, muß nachgeschenkt bekommen, und zwar in angemessener Zeit und nicht eine Stunde später, wie das früher üblich war.

Zwei resolute Krug-Stemmerinnen verweigerten das Nachschenken. Eine Bedienung wehrte sich gegen die Kontrollen, zwei Schankkellner und drei Wirte fielen auf. Nach Abmahnung waren alle zur „tätigen Reue“ bereit.

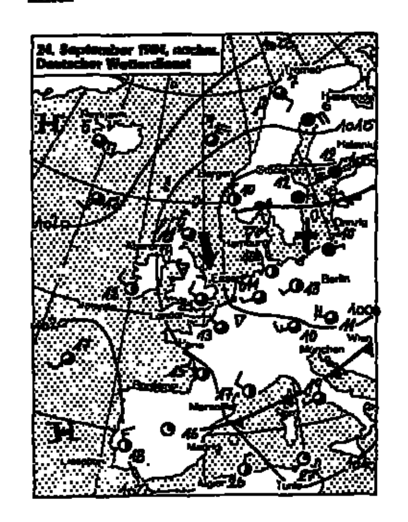
Als größter Biersünder wurde ausgerechnet Richard Süßmeier, der Sprecher der Wies'n-Wirte und Chef des „Armbrustschützenzeltes“, ertappt. Bei ihm wurde nun schon zum zweiten Mal die wundersame Vermehrung des Gerstensaftes festgestellt. Heuer war es ein 152-Liter-Faß, das 198 Krüge hergab, seinerzeit füllten 200 Liter 289 Maß.

Die Quittung folgte auf dem Fuße: 4000 Mark Geldbuße. Der Wirte-Sprecher zerriß zwar wütend die Verfügung – sie verfehlte indes ihre Wirkung nicht: Schon tags darauf soll er „viel besser“ eingeschenkt haben.

Es geht um Geld. Viel Geld. Bei 15 Prozent Minderausschank, den die Behörden für 1983 errechnet haben, betrug der Zusatzverdienst mehr als zwei Millionen Mark. Damit dürfte die nächste Bierpreis-Diskussion sicher sein.

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Ein ausgedehntes Tiefdrucksystem mit seinem Kern über der Ostsee lenkt weiterhin recht kühle und wolkenreiche Luft nach Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

In ganz Deutschland morgens örtlich neblig-trüb. Sonst wechselnd, überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad. Nachts Abkühlung auf 9 bis 4 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind, vorwiegend aus West.

Weitere Aussichten:

Noch keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	34°
Bonn	10°	Kopenh.	14°
Dresden	11°	Las Palmas	24°
Essen	11°	London	11°
Frankfurt	10°	Madrid	16°
Hamburg	10°	Mailand	17°
List/Sylt	12°	Mallorca	21°
München	10°	Moskau	16°
Stuttgart	7°	Nizza	18°
Algier	26°	Oslo	9°
Amsterdam	10°	Paris	13°
Athen	27°	Prag	10°
Barcelona	19°	Rom	19°
Brüssel	11°	Stockholm	12°
Budapest	16°	Tel Aviv	28°
Bukarest	24°	Tunis	27°
Helsinki	12°	Wien	11°
Istanbul	24°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.15 Uhr, Untergang: 19.11 Uhr; **Mondaufgang:** 8.43 Uhr, Untergang: 20.02 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Im 1. Sexreport der „DDR“ läßt Dr. Kinsey grüßen

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR“ zieht nun auch in der Liebe nach: In den mitteldeutschen Buchläden avancierte, vielfach ausverkauft, der erste „DDR“-Sexreport zum Bestseller. In Ost-Berlin legte der „Deutsche Verlag der Wissenschaften“ auf 355 Seiten für 19,80 Mark die bislang ausführlichste wissenschaftliche Untersuchung des Liebeslebens junger „DDR“-Bürger vor. Was ergraute SED-Funktionäre früher als „dekadente Libertinage“ verdammten, gehört heute zum Standard: frühe Erfahrungen, ein variantenreiches Intimleben, die Sehnsucht nach der „große Liebe“ – die jungen Deutschen in Ost und West ähneln sich frappierend.

Im Land mit der höchsten Scheidungsrate der Welt (1983: drei Trennungen auf 1000 Einwohner) ist nicht die Planerfüllung, sondern die Liebe neben Reisen, Auto und Karriere das Thema Nr. 1. Die beiden Autoren Kurt Starke und Walter Friedrich – Professoren am „Zentralinstitut für Jugendforschung“ – werteten gemeinsam mit einem Expertenstab die Aussagen von 5500 repräsentativ befragten jungen Leuten zwischen 16 und 30 aus. Ihr Fazit: vor allem die Mädchen in der „DDR“ haben ihrer an Werkbank und Mähdrescher oft strapaziösen Gleichberechtigung in Sachen Arbeit die angenehmere Gleichberechtigung in Sachen Liebe angefügt.

Sie stellen oft höhere Ansprüche als ihre Partner und verlangen, in „Küche, Beruf und Bett“ gleichermaßen respektiert zu werden. Die „DDR“-Frauen halten nach diesem umfänglichen Report auch einen Spitzenplatz im Lustgewinn: Nahezu 70 Prozent erleben „fast immer“ einen Höhepunkt, nur sieben Prozent „nie“. Diese Werte liegen über den Angaben, die westliche Autoren für die USA oder die Bundesrepublik Deutschland machen. Gegenüber den sowjetischen Frauen besitzen die deutschen Mädchen auf diesem Gebiet sogar ausgesprochenes Weltniveau: Nur sechs von zehn Befragten konnten nach einer Moskauer Untersuchung von sich sagen, stets die optimale Lust zu erleben.

Das Buch besticht durch Wissenschaftlichkeit, Systematik, Übersichtlichkeit und eine Fülle von Zitaten. Die Autoren gaben ihre anonymen Fragebögen in 55 Betrieben aus und befragten außerdem 700 Studenten. Nach den Erkenntnissen beginnt auch in der „DDR“ die Liebe sehr jung: Mit durchschnittlich 16,9 Jahren passierte „es“ zum erstenmal. Aber es fehlt nicht an Romantik. 86 Prozent der Jungen und sogar fünf Prozent mehr Mädchen glauben an die „große Liebe“.

Zwar sprang die Scheidungsrate bei den Jung-Ehen innerhalb von zehn Jahren (1970–1979) von 18,8 pro tausend Verheiratete eines Jahrgangs auf 31,3 – aber die Treue ist beim Nachwuchs dennoch kein leerer Wahn. Für 22 Prozent der Jungen und 16 Prozent der Mädchen blieb der erste Liebespartner auch der einzige.

Für den „DDR“-Leser bedeutet das Buch trotz seiner Schwäche – die Schwarz-Weiß-Fotos mit Amateurmodellen sind oft unfreiwillig komisch und erinnern im Sujet an die „Lichtbund“-Freunde der zwanziger Jahre – auch eine Begegnung mit den westlichen Forschungsergebnissen. Kinsey grüßt auf vielen Seiten, die Sex-Klassiker Masters und Johnson tun es ebenfalls. Dagegen wird der „Hite-Report“ mit Tadel bedacht: Dies sei Feminismus mit „agitatorischem Eifer“. Feministinnen mag man in der „DDR“ nicht. Derartige Utopien „verschlechterten“ nur den sozialen Klassenkampf, schelten die Verfasser.

Bei den sozialistischen Klassikern wurden die Autoren nicht recht fündig, und bemerkenswerterweise finden sich auch keine Hinweise auf wichtige Untersuchungen im Bruderland Sowjetunion. In den Fundstellen taucht lediglich einmal der Titel „Marx, Engels und Lenin: Über die Frau und die Familie“ auf. Im Vorwort heißt es behutsam: „Die öffentliche Meinung zu Glück, Lust, Körperlichkeit, Liebe hat sich gewandelt, sie ist liebesfreundlicher geworden, allerdings bei gleichzeitig hohen Ansprüchen unserer Gesellschaft an die Qualität der Liebes- und Sexualbeziehungen.“ Dies hätten bereits die Klassiker des Marxismus-Leninismus „vorausgesehen“.

Ideologische Gesichtspunkte nach dem Muster „Wer politisch aktiv ist, hat mehr von der Liebe“ bleiben in dem Buch ausgespart. Zwar liege die sexuelle Aktivität von gesellschaftlich Aktiven „im allgemeinen höher“ als die anderer Jugendlicher, aber man hütet sich vor Gemeinplätzen. Auch im Sozialismus bleibt die Liebe eben ein seltsames Spiel.

